



*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner*

Die Neue Gesellschaft

1

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vst.)
Bruno Friedrich (st. Vst.)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 7,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,6% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Mit diesem Heft gibt Herbert Wehner die Chefredaktion der *Neuen Gesellschaft* ab. Neun Jahre, vom Heft 10/73 ab, hat er die Redaktion behutsam geführt und die Hand über sie gehalten. Schon vorher war er der Primus inter pares im Redaktionsbeirat gewesen. Jetzt rückt er in den Herausgeberkreis ein, der gleichzeitig neu zusammengesetzt wird. Er wurde verkleinert, um ihn arbeitsfähiger zu machen. Künftig wird die *Neue Gesellschaft* von Herbert Wehner, Heinz Oskar Vetter, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel herausgegeben.

Dies bedeutet: Herbert Wehner bleibt der *Neuen Gesellschaft* verbunden. Er hatte sie übernommen, als der unvergessene Leo Bauer seiner schweren Krankheit erlag. „Sein Andenken soll nicht nur in Ehren gehalten werden“, sagte er anlässlich der Gedenkstunde zu Leo Bauers Tod, zu der am 27. September 1972 der Herausgeberkreis der *Neuen Gesellschaft* im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladen hatte – „wir bedürfen, nehmen wir alles in allem, auch seines Beispiels.“ Neun lange Jahre hat

Herbert Wehner, neben aller anderen Arbeitslast, dieses Vermächtnis getragen. Verlag, Herausgeber, der Redaktionsbeirat und die Redaktion danken ihm für seine Unermüdlichkeit.

Auch der Redaktionsbeirat gliedert sich neu. Helmut Schmidt wird den Vorsitz behalten; die Geschäftsführung im Redaktionsbeirat wird Bruno Friedrich übernehmen. Wir danken den ausscheidenden Mitgliedern des Herausgeberkreises und des Redaktionsbeirates ebenso wie denen, die sich jetzt bereiterklärt haben, diese Arbeit weiterzuführen. Sie repräsentieren das breite Spektrum des demokratischen Sozialismus, dem sich diese Zeitschrift verpflichtet weiß.

Neuer Chefredakteur wird Peter Glotz, der seit dem Aufgehen von „Bildung und Politik“ in der *Neuen Gesellschaft* dem Herausgeberkreis angehört hatte. Das neue Team wird sich bemühen, die Tradition der Zeitschrift fortzusetzen und gleichzeitig mit den Herausforderungen einer neuen Situation fertigzuwerden.

Seite	Autor	Titel
4	Klaus von Dohnanyi	Scheitfragen
6	Peter Glotz Peter von Oertzen	Streitgespräch über Parteiorganisation, Arbeiterinteressen und Volkspartei
12	Martin Winter	Begreifen was ist! – Das Verhältnis von SPD und Alternativen
16	Hartmut Holzapfel/ Manfred Murck	Basis, Delegierte, Demoskopien – Probleme der Innerparteilichen Willensbildung
21	Björn Engholm	Solidarität und Loyalität statt Frontenbildung und Profilierungssucht
22	Dietrich Sperling	Verärgerter Familienvater? – Zu den Thesen von Richard Löwenthal
23	Phillip Rosenthal	Löwen ohne Rosen führen in zu enges Tal – Offener Brief an Richard Löwenthal
26	Dietrich Jörn Weder	Nicht irgendwelche Aussteiger, sondern politisch Enttäuschte – Löwenthals Theorien und die politische Wirklichkeit
28	Karl Kühne	Zehn Thesen eines Ökonomen zum Löwenthal-Syndrom
31	Herbert Tieber	Die sozialliberale Wählerkoalition der SPD
34	Barbara Bortfeldt	Grenzen der Leidensfähigkeit – Über die Leistungsbereitschaft der SPD-Basis
38	Kommission für Umwelt- fragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand	Ökologiepolitische Orientierungen
41	Leserbriefe zum Thema SPD	
49	Hermann Scheer	Plädoyer für parteiinterne Direktwahl bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten
52	Hans Karl Rupp	„Kampf dem Atomtod“ und SPD – Eine Erwiderung auf Annemarie Renger in NG 8/81
55	Helmut L. Müller	Keine Einigkeit mit den Einzelgängern – Schriftsteller und SPD heute
60	Thomas Scheffler	Populismus, Konservatismus und Neue Soziale Bewegungen
64	Ulrich Steger	Amerikanische Wachstumskrise und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Ein europäischer Kommentar)
68	Peter Lang	Bilanz der deutschen Währungspolitik
71	Karl Kühne	Sachverständigen Gutachten 1981/2 – Sehfehler mit Teilumfall
73	Hans Günter Brauch	Vorbereitungen einer chemischen Nachrüstung
		Berichte aus europäischen Ländern
80	Europäische Gemeinschaft	„Europäische Akte“ macht Beschäftigungsstrategie nicht überflüssig
81	Belgien	Unruhe vorprogrammiert
83	Dänemark	Vor dem Chaos?
84	Frankreich	Reformen und Hindernisse
86	Griechenland	Verbindlich in der Form – hart in der Sache
87	Großbritannien	Labour und Konservative am Ende?
89	Irland	Paisleys Dritte Kraft
90	Italien	Italiens Kommunisten nicht auf Moskau-Kurs
91	Luxemburg	Katerstimmung
93	Niederlande	Die KP wirft historischen Ballast ab
94		Kritik



Klaus von Dohnanyi: Scheinfragen Antwort auf Richard Löwenthal

Dr. Klaus von Dohnanyi, geb. 1928, ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt, ist seit 1981 Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Richard Löwenthals Artikel „Identität und Zukunft der SPD“ in NG 12/81 hat eine breite Diskussion ausgelöst. Ungewollt – aber unvermeidlich – wurde Löwenthal auch zu einem Keil, den Gegner der SPD nun versuchen in die Partei zu treiben. Zu diesem Zweck wurden Löwenthals Positionen häufig mißdeutet und mißbraucht – „Die Zeitbombe des Genossen Löwenthal“, stand im Deutschland-Magazin (Januar 1982) zu lesen. Wir selbst sollten uns allerdings durch derartige, sattsam bekannte Versuche, Sozialdemokraten gegeneinander auszuspielen, nicht beirren lassen. Löwenthals Thesen bedürfen der Kritik und lohnen die Auseinandersetzung.

Vorweg eine generelle Bemerkung: Löwenthal, dem es sowohl um inhaltliche Positionen der SPD wie auch um den Führungsstil des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt geht, hat dessen Positionen mißverständlich verkürzt. Der Vorsitzende der SPD, der die schwierige Aufgabe hat, eine von seiner Partei nur *zum Teil* gestellte Regierung *ganz* zu decken, dient gegenwärtig allgemein als Prügelknabe für die internen Schwierigkeiten der SPD. Dabei werden Brandts Bemühungen um eine Integration unterschiedlicher Auffassungen gerne als allzu weiche „sowohl als auch“-Positionen dargestellt. Zu Unrecht.

In der von Löwenthal kritisch kommentierten Rede Willy Brandts zum 10. Todestag Willi Eichlers hatte Brandt gefordert, „sich nicht damit abzufinden, daß einige der engagierten Jungen sich dauerhaft außerhalb der Partei für Ziele organisieren, die den unseren nicht widersprechen.“ Hier hakt Löwenthal ein: Er hält den Versuch, Brücken zur Ökologie-Bewegung und zu den Friedensdemonstranten zu schlagen, für vergeblich, für einen Irrweg. Dabei hatte Willy Brandt nicht für eine Anpassung an „grüne“ Positionen plädiert, sondern im Gegenteil davor ge-

wahrt, „jedem nachzulaufen, der uns davonläuft“ und ausdrücklich unterstrichen, daß „die Forderungen dieser Gruppe, ihre konkreten Antworten in vielen Fällen – das erleben wir fast täglich – nicht unsere Antworten sein können.“ Und wer in den Tagen, in denen der Löwenthal-Streit aufflammte, dabei war, wie Willy Brandt entscheidend dazu beitrug, daß Holger Börners Startbahn-West-Positionen in der SPD-Landtagsfraktion durchsetzbar blieben, dem mußten die gleichzeitigen Vorwürfe einer angeblichen grünen Anpassungsstrategie gegenüber dem Parteivorsitzenden als bittere Ironie erscheinen.

Die „Thesen“ also nur ein Mißverständnis? Im Anlaß (die Eichler-Rede Willy Brandts am 21. 10. 81) ja, in der Sache: Nein. Löwenthal formulierte die Frage prinzipiell, die SPD und Gewerkschaften heute auf jeder Konferenz konkret beschäftigt: Gibt es einen Konflikt zwischen den Arbeitsmarktinteressen von heute und den gesellschaftlichen Interessen von morgen? Und wenn ja: Wie muß die Debatte über diesen Konflikt geführt werden: in den Parteien oder mit einer neuen Partei?

Löwenthal beantwortet die erste Frage in seinen Thesen nicht. Er bezieht eine sowohl-als-auch-Position, wenn er schreibt, „die Sozialdemokratie macht aus statistischem Maximalwachstum keinen Fetisch – aber sie macht erst recht keinen Fetisch aus einem Nullwachstum.“ Richtig, aber neben der Sache. Eine Scheinfrage, die so weder in der Partei gestellt wird noch bei den „Grünen“. Dasselbe gilt für die Scheinalternative „arbeitsteilige Industriegesellschaft oder Rückzug auf Inseln der Selbstverwirklichung“, die Löwenthal allzu vereinfachend diagnostiziert. Sicherlich, es gibt „Aussteiger“, die versuchen, die Lebensformen und Lebensnotwendigkeiten der Industriegesellschaft ganz (oder besser *fast* ganz!) abzuschütteln. Aber diese sind eine verschwindende Minderheit. Und sie sind weder die Wortführer noch die „kritische Masse“, die zur „Kettenreaktion“ für eine neue Partei ausgereicht hätte.

Tatsächlich ist die sogenannte „Alternative Bewegung“ weder allein ein Phänomen der Jugend noch beschränkt auf die konkrete Gegnerschaft zu industriellen Großprojekten (Atomkraftwerke, Startbahn West etc.), wenn sie sich auch dort immer wieder kristallisiert und manifestiert. Weit über Jugendbewegung und partikularistische Bürgerinitiativen hinaus spiegelt die „Alternative Bewegung“ ein Stimmungsbild der Gesellschaft wider, das in erster Linie von zwei Faktoren gezeichnet wird: einer industriellen Sättigung, die nicht wirklich satt gemacht hat; und einer zunehmenden Erkenntnis über die Gefah-

ren, die eine weitere Entwicklung mit sich bringen kann. Den Menschen fehlt Orientierung. Nur so ist übrigens auch zu erklären, daß gleichzeitig mit dem Vertrauensverlust der SPD ein erheblicher Vertrauensverlust der Bundesregierung (allerdings nicht des Bundeskanzlers) zu verzeichnen ist. Eine Partei, die regiert, wird nämlich in erster Linie an ihrer Regierungsarbeit und erst in zweiter Linie an parteiinternen Diskussionen gemessen.

Daß die Menschen unsicher geworden sind, ist nur allzu verständlich. Im Laufe der 70er Jahre sind nämlich faktisch alle der bisherigen Konstanten der Nachkriegsentwicklung in Frage gestellt, erschüttert oder gar zerstört worden. Zu diesen Konstanten zählten unter anderem: reale Wachstumsraten, die über dem Niveau der Produktivitätsfortschritte lagen und daher Vollbeschäftigung sicherten; billige Energie, die eine Basisgrundlage dieser Wachstumsraten bildete; scheinbar unerschöpfliche natürliche Ressourcen, die eine besondere Rücksichtnahme auf die Natur mehr als Marotte denn als Lebensnotwendigkeit erscheinen ließ; feste Wechselkurse und damit gesicherte Kalkulationen im Welthandel; westliche militärische Überlegenheit, die ein sorgloses Leben auch am Rande der Sowjetunion erlaubte. Alle diese Grundpfeiler des in den Nachkriegsjahren entstandenen Systems sind heute in Frage gestellt.

Wenn Richard Löwenthal nun meint, eine deutlichere Unterstreichung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft als Grundlage sozialdemokratischer Politik könne nicht nur Wähler zurückgewinnen, sondern auch schon eine Politik bedeuten, die den Fortfall der bisherigen Konstanten ersetzt, so muß man dies bezweifeln. Peter von Oertzen hat mit Recht die Frage gestellt, wie die Sozialdemokratie auf der Grundlage ihrer historischen programmatischen Überzeugungen ihre Führungsaufgabe unter so völlig veränderten Bedingungen wahrnehmen kann. Die Verantwortung für den Menschen, für soziale Gerechtigkeit, für den Ausbau individueller Freiheit in Solidarität und für die Sicherung einer demokratischen Verfassung kann nur in konkreten Schritten geleistet werden. Und diese Schritte müssen als richtige Antworten auf richtige Fragen verstanden werden. Daran aber mangelt es.

Die kritische Beurteilung der SPD durch die Wähler ist deshalb weniger auf die sicherlich oft irritierenden „Flügelkämpfe“ zurückzuführen als vielmehr darauf, daß die Bürger die Erschütterung oder Zerstörung jener Nachkriegskonstanten unserer Politik begriffen haben, ohne daß von der Bundesregierung oder SPD auf die hierdurch aufgeworfenen Fragen wirklich befriedigende Antworten gegeben werden.

Dies mag wie eine herbe Kritik an Bundesregierung und SPD klingen: allerdings nur, wenn man die tiefgreifenden historischen Veränderungen, mit denen wir zu tun haben, unterschätzt. Denn wer die Veränderungen in ihrem wirklichen Ausmaß begreift, der erkennt auch, daß nicht nur eine Epoche der Nachkriegszeit zu Ende gegangen ist, sondern daß der historische Prozeß der Industrialisierung unvermeidlich in eine neue Entwicklungsphase eingetreten ist. Sicherlich hat Löwenthal recht: Es geht um eine Fortführung der Industriegesellschaft. Es geht um eine Humanisierung der Arbeitsteilung, um die Ernährung der Milliarden unterernährter Menschen. Aber niemand hat bisher gezeigt, wie dies angesichts der erkannten Begrenzungen möglich sein wird. Radikales Denken ist hier vonnöten. Und wer dies sieht, der wird auch verstehen, wie schwierig es sein muß, auf derartig tiefgreifende Veränderungen überzeugende Antworten im politischen Alltag zu finden.

Die SPD ist um solche Antworten bemüht. Sie bleibt im Ringen um neue Erkenntnisse selbstkritisch und zwangsläufig in sich „streitig“, weil es einfache Antworten auf die komplexen Fragen nicht geben kann. Einen Weg zurück in die Welt der 50er und 60er Jahre wird es nicht geben. Dies sollte unstrittig sein, obwohl gerade dieser Weg von der Opposition mit lautstarker Stimme immer wieder gewiesen wird. Einsicht, Logik und ein Blick auf die Verhältnisse in konservativ regierten Industriestaaten machen deutlich, daß der Weg zurück kein Weg nach vorne sein kann.

Hier, so scheint es mir, liegen die Unzulänglichkeiten der Thesen von Richard Löwenthal. In vielen Einzelheiten kann man ihm zustimmen: In der Schlußfolgerung jedoch, wonach das ausdrückliche Bekenntnis zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft und die Abkehr von den „Aussteigern“ sozialdemokratische Identität werden könne, erliegt er einem Irrtum. Die Debatte um den richtigen Weg muß in der Partei und nicht mit einer neuen Partei geführt werden.

Die Sozialdemokratie muß sich darum bemühen, das historische Bündnis mit der Wissenschaft wieder zu schließen und Wege zu bestimmen, auf denen wir unsere soziale Demokratie sichern und den offensichtlichen Gefahren entgehen können. Sie wird dann manche liebgewordenen Vorstellungen über Bord werfen müssen. Aber von allen Parteien wird sie allein in der Lage sein, auf einer neuen Ebene der historischen Erkenntnis zu argumentieren und zu überzeugen. Es geht eben nicht um einen Scheindialog mit der Jugend oder taktische Kompromisse mit „Grünen“, sondern um konkrete Antworten auf neue und konkrete Fragen. Dies aber genau hatte Willy Brandt gefordert.

Parteiorganisation, Arbeiterinteressen und Volkspartei

Streitgespräch zwischen Peter Glotz und Peter von Oertzen

Hans Schumacher: Genosse Glotz, Du hast vor kurzem auf einer Funktionärskonferenz in Bad Godesberg den Vorschlag gemacht, die Hälfte der Plätze „geborener“ Delegierter, also derjenigen Delegierten, die es durch ihre Funktion sind, bei Unterbezirksparteitagen aktiven Betriebsräten und Gewerkschaftern zu reservieren. Damit solle in der Partei der Einfluß aktiver Betriebsräte gestärkt werden.

Peter Glotz: Ja, denn ich bin der festen Überzeugung, daß man – auf welchem Wege auch immer – innerhalb der SPD die Kerntruppen des Industrialismus, den „produktivistischen Leistungskern“ unserer Gesellschaft, um mit Habermas zu sprechen, sichern muß. Das passiert heute nicht mehr automatisch. Damit sind wir natürlich beim Thema „Volkspartei“ insgesamt, d. h. also bei der „schwierigen“ Zusammensetzung von weiten Teilen der Parteiorganisation. Ich sage ausdrücklich: es gibt Ausnahmen, beispielsweise in einer Reihe von Industrierevieren. Aber in weiten Teilen der Organisation ist die Mitgliedschaft inzwischen so differenziert, daß häufig in der Konkurrenz unterschiedlicher Schichten miteinander insbesondere Arbeiter und Betriebsräte aus unterschiedlichen Gründen in zu geringer Zahl zu Delegierten gewählt werden.

Das bringt auf die Dauer solche Situationen mit sich, wie ich sie im letzten Berliner Wahlkampf erlebt habe. Da haben wir z. B. Besuch von Genossen aus Rheinland-Pfalz bekommen, die von der Organisation „vor einen Betrieb gestellt“ wurden. In dem Betrieb gab es sozialdemokratische Betriebsräte. Die Leute standen nur zur falschen Zeit mit den falschen Flugblättern vor den Toren, weil in der Parteiorganisation gar nicht mehr bekannt war, wann dort Schichtwechsel für Angestellte und für Arbeiter ist. Das heißt also, diejenigen, die in der SPD-Organisation aktiv sind, und diejenigen, die in den Betrieben aktiv sind, haben miteinander keinen Kontakt mehr. Das ist eine Situation, die in Teilen des Bezirks Westliches Westfalen oder auch in Mittelfranken oder im Rhein/Main-Gebiet lächerlich wirken mag, weil das Problem dort nicht entsteht; in weiten Teilen der SPD aber gibt es dieses Problem. Auf diese große Gefährdung der Kerntruppen des sozialdemokratischen Bündnisses muß man reagieren. Denn wenn man das nicht tut, würden sich auf die Dauer

beispielsweise die Facharbeiter durch die Repräsentanten der SPD, die dann fast alle aus den Mittelschichten kämen, nicht mehr vertreten fühlen. Solche „Sicherungen“ sind gerade dann nötig, wenn man wie ich die Öffnung der Partei für unterschiedliche Schichten und Gruppen nachdrücklich vertritt. Peter v. Oertzen: Sicherlich bringt der von Peter Glotz angedeutete Gegensatz zwischen einer Kerntruppe von betriebstätigen Arbeitnehmern, Arbeitern und Angestellten, auf der einen Seite und den Mittelschichten auf der anderen Seite Schwierigkeiten mit sich, wenn sich die Partei der Wirklichkeit der in den Betrieben tätigen Arbeitnehmer verschließt, wobei aber der Umstand, daß der Parteiapparat, der Gäste einsetzt, nicht weiß, wann Schichtwechsel in den Betrieben ist, eigentlich nichts mit der sozialen Zusammensetzung der Partei zu tun hat, sondern mit der Qualität der Funktionäre. Denn auch ein „Mittelschichten-Sozialdemokrat“ wäre an sich in der Lage zu begreifen, daß es zweckmäßig ist, bei Schichtwechsel Zettel zu verteilen. Es soll sogar Professoren und Lehrer geben, die in der Lage sind, dieses Problem angemessen zu erfassen. Aber trotzdem gibt es solche Störungen.

Ich stehe der von Peter Glotz vorgeschlagenen praktischen Regelung, die 20% „geborenen“ Mandate bei Unterbezirkskonferenzen zur Hälfte Delegierten aus dem Betriebsbereich zuzubilligen, zwar skeptisch gegenüber, aber nicht prinzipiell ablehnend. Ich habe selbst bei einer vergleichbaren Diskussion – die Diskussion ist ja sehr alt und wiederholt sich so alle 10 bis 15 Jahre – zwischen 1957 und 1960 in der Partei einen ähnlichen Standpunkt vertreten. Damals haben wir noch erörtert, die Betriebsorganisation der Ortsorganisation gleichzustellen. Aber inzwischen hat das Parteiengesetz diese Möglichkeit durch eine eindeutige Festlegung auf die Ortsorganisation verbaut.

Ich glaube aber trotzdem, daß es keinen Zweck hat, über die Mittel zu diskutieren, solange man nicht das Problem richtig untersucht hat. Und da möchte ich einfach ein paar hinter der Alternative „Kerntruppen/Mittelschicht“ steckende Scheinprobleme ein wenig auflösen. Erstens einmal wird häufig, wenn hier von Kerntruppen geredet wird, in erster Linie an die Arbeiter, und zwar an die Arbeiter in den privaten gewerblichen Unternehmungen gedacht. Es gibt ja eine große Anzahl von Arbeitern im öffentlichen Dienst, z. B. bei der Post oder der Bundesbahn und auch in den kommunalen Verwaltungen. Deren soziale Situation und auch deren innerbetriebliche Situation ist mit der von Arbeitern

in privaten Betrieben nicht ohne weiteres vergleichbar. Was nun diese Arbeiter anbetrifft, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sie gegenüber Angestellten und Beamten in unserer Gesellschaft längst in der Minderheit sind, so daß, grob gesagt, rein zahlenmäßig das Potential an denkbaren Aktivbürgern, potentiellen Parteimitgliedern und Funktionären, im Verhältnis zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten wahrscheinlich schon rein statistisch wie 1:2 ist. Die Arbeiter, wenn man sie als „Kerntruppe“ der Partei betrachtet, sind eine Minderheit in der Gesellschaft, zumindest die deutschen Arbeiter und noch enger die deutschen Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft. Und von dieser Kerntruppe ist leider – das spricht gegen unser ökonomisches System, aber das ist ja eine Realität – wieder ein Teil bei der Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Rechte sehr stark benachteiligt gegenüber Angestellten und Beamten, beispielsweise durch Schichtarbeit. Die Entwicklung, die hierhin geführt hat, beschleunigt sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit. Das PROGNOSE-Institut hat ermittelt, daß von den 25 Millionen Arbeitsplätzen der Arbeitnehmerschaft und der Selbständigen voraussichtlich in den Jahren bis 1990 ca. 1,5 Millionen wenig qualifizierte Arbeitsplätze fortfallen werden und ca. 1,5 Millionen Hochschul-, Fachhochschul- und Fachschulabsolventenplätze dazukommen werden. D. h., der klassische Handarbeiter – auch der ausgebildete – ist eigentlich eine Minderheit und wird es immer mehr.

Die sogenannten Mittelschichten, wenn wir etwa qualifizierte Angestellte und hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker und Akademiker zur Mittelschicht rechnen, sind nicht etwa eine kleine Minderheit, die die Macht in der Gesellschaft monopolisiert, sondern sie sind bereits in der Arbeitnehmerschaft die Mehrheit. Es gibt natürlich ein Problem, und das halte ich für das eigentlich wesentliche, nämlich das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes und der privaten Wirtschaft. Wenn unter den Parteiaktiven jemand überrepräsentiert ist, dann sind es weniger die Angestellten und die Angehörigen der Mittelschichten gegenüber den Arbeitern, sondern der öffentliche Dienst ist gegenüber der privaten Wirtschaft überrepräsentiert. Die leitenden, die technischen und die Verwaltungsangestellten der privaten Wirtschaft sind trotz Fachschul- oder Hochschulbildung in unserer Partei genauso unterrepräsentiert – auch in den Funktionen – wie die Arbeiter der privaten Wirtschaft. Überrepräsentiert sind die Oberinspektoren der Stadtverwaltungen, um es etwas polemisch zuzuspitzen.

Ein weiteres Argument ist, daß diejenigen in der Arbeiterschaft, die aktiv sind und bleiben wollen, im Vergleich zur Weimarer Republik in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten, vor allem unter den Bedingungen des Betriebsverfassungsgesetzes, eine solche Fülle von sinnvollen gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen finden, daß in vielen Fällen die gewerkschaftliche Arbeit einfach reizvoller ist – auch ökonomisch. Es ist viel interessanter, freigestellter Betriebsrat in einem mittleren oder großen Unternehmen zu sein als Ratsherr in einer mittleren Gemeinde. Wenn man vor einer Entscheidung steht, weil man beides zeitlich nicht unter einen Hut bringen kann, entscheidet sich mancher Arbeiter eben in erster Linie für die gewerkschaftliche Funktion. Deshalb ist das nicht nur ein Problem, das durch mehr guten Willen oder durch organisatorische Kunstgriffe aus der Welt geschafft werden kann, sondern diese Verlegenheit der Partei – da bin ich mit Peter Glotz einer Meinung, daß es sich um ein Problem der Partei handelt – ist auch Ausdruck eines objektiven und sich noch radikal beschleunigenden Strukturwandels der Gesellschaft und des Strukturwandels der sogenannten Arbeitnehmerschaft insgesamt.

H. S.: „Verlegenheit der Partei“, heißt das: nicht mehr genug Arbeitnehmerinteressen in die direkte Politik der Partei aufnehmen zu können? Den Kontakt zur emotionalen und historischen Basis zu verlieren? Oder was heißt „Problem der Partei“ in diesem Zusammenhang?

P. v. O.: Es heißt in erster Linie: „Mangel an Informationen“ – zum Beispiel, daß man nicht weiß, von wann bis wann die Kollegen eines Betriebes arbeiten und wann sie Freizeit haben, bedeutet auch, daß man über ihre Situation und ihre Interessen nicht hinlänglich genau orientiert ist. Die „Verlegenheit“ besteht auch darin, daß die Partei häufig nicht mehr genau weiß, in welcher Form und mit welchen Schwerpunkten sie ihre Politik diesen Arbeitnehmerschichten gegenüber vertreten soll.

Die Kernarbeiterschaft der privaten Industriebetriebe ist und bleibt jedoch auch aufgrund ihres hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrads und ihrer politischen Tradition eine Kernschicht der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Aber sie ist eben bei weitem nicht mehr die Mehrheit. Eine sozialdemokratische Partei, die sich primär – und unter Vernachlässigung der sogenannten „Mittelschichten“ – nur auf diesen industriellen Kernarbeiterstamm stützen würde, wäre eine Minderheitenpartei von 20–25%. Dies ist genau die Situation der Französischen Kommunistischen Partei.

P. G.: Gerade deshalb ist ja diese Diskussion, die sozusagen diese neuen Mittelschichten als „Aussteiger“ oder inzwischen (wie die FAZ es definiert hat) als „Teilaussteiger“ diffamieren und ausgrenzen will, ganz unsinnig. Insofern stimme ich mit dieser Analyse vollständig überein. Und ich teile auch Deine Meinung über die Doppelbelastung von Gewerkschaftsfunktionären, über die besonderen Attraktionen ihrer eigenen Gewerkschaftsarbeit, die eine Ursache für ihr sinkendes Engagement in der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist. Aber gerade weil ich das genauso sehe wie Du, finde ich es ungeheuer wichtig, daß die Verankerung von Themen und von Kenntnissen aus dem Bereich der gewerblichen Arbeitnehmerschaft in allen Entscheidungsgremien der Partei gesichert bleibt. Ich glaube, daß dies auch nur durch ganz praktische Maßnahmen, nicht nur durch Appelle zu leisten ist. Wenn wir das nämlich nicht zustande bekommen, wird in der Tat ein ganz großer und wichtiger Bereich der Gesellschaft in die tägliche Arbeit der SPD nur noch durch „guten Willen“ integriert und nicht durch die tägliche Beschäftigung mit den Problemen. Das, glaube ich, muß man unbedingt verhindern.

Die Entwicklung, über die wir gerade reden, hat für mich sehr eindrücklich André Gorz in seinem „Abschied vom Proletariat“*) geschildert. Er beschreibt, daß sich immer mehr die Art der Arbeit wandelt, d. h. also, daß die in die Gesellschaft integrierende und stark prägende Arbeit, die aus dem Handwerk kam und dann auch den frühen Sozialismus mit geprägt hatte, und die Facharbeiterfähigkeit in der Industrie sich verändern. In der Tat ist es so, daß Menschen, die ihre Tätigkeiten relativ häufig ändern müssen, ganz einfach, weil sie sich an einen veränderten Arbeitsmarkt anpassen müssen, ein anderes Bewußtsein haben und haben müssen als der gelernte Chemiarbeiter oder der gelernte Metallfacharbeiter oder der gelernte Bauarbeiter, die ihre Berufe ein Leben lang ausüben. Der Heilgymnastiker, der Reisebüroangestellte, der Programmierer, der Analytiker, das sind alles Berufe mit anderen Arbeiterfähigkeiten und einer anderen Art von Arbeitsethos. Diese Tätigkeiten integrieren anders in die Gesellschaft.

P. v. O.: Aber Gorz ist in seinem Buch hin und wieder seiner Neigung zur feuilletonistischen Überzeichnung unterlegen, denn beispielsweise der Animateur beim Club Méditerranée, den er als Typus dem Industriearbei-

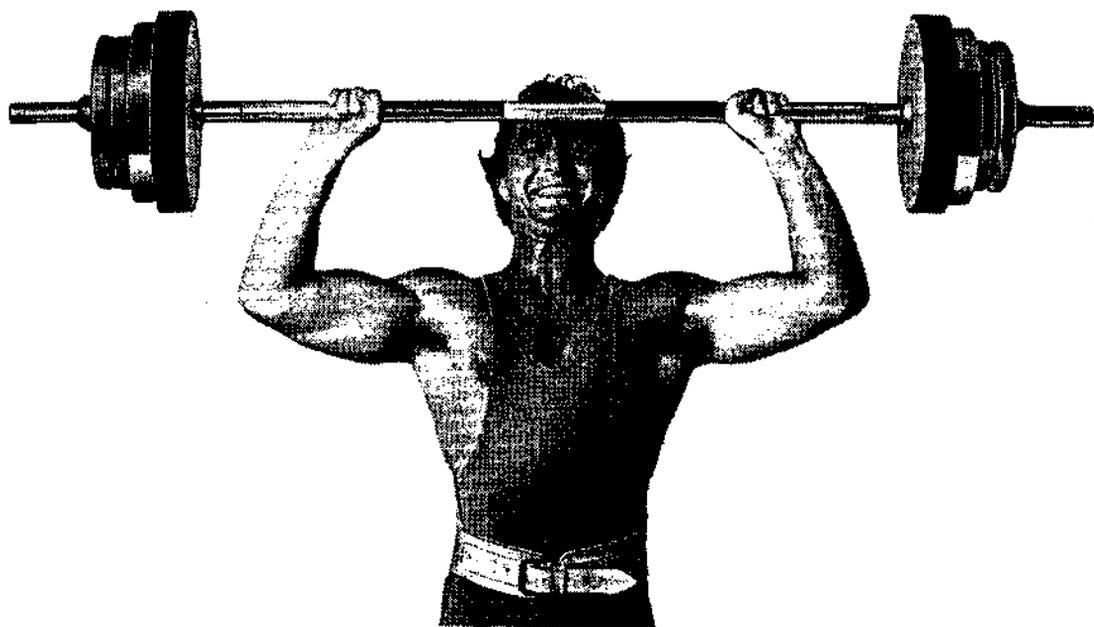
*) André Gorz, Abschied vom Proletariat, EVA/Syndikat, Frankfurt (Main) 1981. Siehe auch die ausführliche Rezension in NG 10/80; Red.

ter gegenüberstellt, ist nun wirklich nur eine Arabeske und nicht Bestandteil einer ernsthaften soziologischen Analyse. Das ist vielleicht im 21. Jahrhundert so weit, aber jetzt noch nicht. Aber der technische und der organisatorische Angestellte, der hochqualifizierte Beamte des gehobenen Dienstes aus dem dem technischen Bereich und der Verwaltung, der Oberinspektor bei der Post oder bei der Finanzverwaltung, der Computerfachmann ist oder Elektrotechnikfachmann, das sind die Typen, deren Fehlen in unserer Parteiorganisation mindestens genauso schwerwiegend ist, wie das Fehlen des gestandenen Betriebsrates eines Betriebs der Montanindustrie, der auch nicht Zeit und Lust hat, sich in der Partei zu engagieren. Beide weißen Stellen in der soziologischen Landkarte der Partei sind schmerzhaft. Es gibt noch ein wichtiges Problem bei einer Verwirklichung des Vorschlags von Peter Glotz: Bei einem Nominierungsrecht der AfA würden natürlich die Betriebsgruppen des öffentlichen Dienstes völlig gleichberechtigt neben den Betriebsgruppen der privaten Wirtschaft stehen – und nach dem Parteistatut auch stehen müssen. Ich befürchte, wenn man ein Nominierungsrecht für die AfA unterstellt, um diese 10 Prozent zusätzlicher Delegierter aus den Betrieben und aus der Wirtschaft zustandezubekommen, dann wird es genau in den Bereichen, in denen das Problem akut ist, bestehen bleiben, und das ist nicht in Dortmund und Bochum, da erledigt sich das Problem sowieso derzeit von selbst.

P. G.: Sicher, das sind ganz erhebliche Schwierigkeiten. Die Frage ist, ob man die besondere Chance, die man über die „geborenen“ Mitglieder den betriebstätigen Arbeitnehmern geben will, nicht verbinden könnte mit einer Analyse der jeweiligen Situation in den jeweiligen Unterbezirken. Z. B. könnte man mit Fragebogen einigermaßen sicher die soziale Struktur des Unterbezirks und der Mitgliedschaft des Unterbezirks und der Delegiertenschaft feststellen. Entsprechende Versuche gibt es schon, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Berlin und anderswo. Nimmt man dann die Korrektur gemäß dem Ergebnis einer solchen Analyse der Sozialstruktur der Delegierten einer Unterbezirkskonferenz vor, könnte man eventuell die Betriebsgruppen und diejenigen Arbeitsbereiche bevorzugen, die in der Delegiertenschaft besonders unterrepräsentiert sind.

Wenn man eine Art Feinststeuerung machte durch eine Analyse der Sozialstruktur der Mitgliedschaft, weiß man genauer Bescheid über das, was in einzelnen Bereichen eigentlich passiert. Das wäre unter Umständen eine Chance. Die Gefahr, die ich auch

Strengt man sich an, gelingt das Lächeln nicht immer.



Eine Bank, bei der man Konto, Sparbuch und Kredit haben kann, ist – nun ja, eine Bank. Wir möchten etwas mehr für Sie sein.

Sie sollen sich bei uns gut aufgehoben fühlen. Sie sollen sich häufiger sagen können:

„Da hat mir meine Bank einen vernünftigen Rat gegeben“. Dazu müssen wir uns intensiv mit Ihrer individuellen Situation beschäftigen. Eine gute Beratung kann man nicht nebenbei machen.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

sehe, ist, daß demnächst die Gymnasien Betriebsgruppen bilden und dann die AfA von daher geprägt würde.

P. v. O.: Der Kernpunkt wäre also, daß man in der Form einer Sollvorschrift bestimmen müßte, daß das Verhältnis zwischen AfA-Vertretern aus dem öffentlichen Dienst und solchen der privaten Wirtschaft der Arbeitnehmerstruktur des jeweiligen Unterbezirks entspricht, wobei man da nicht unbedingt die Feinabgrenzung übertreiben muß. Dann bleibt natürlich immer noch die Frage, welche Funktionen würden diese „besonderen“ Delegierten, die es ja nur auf der Unterbezirksebene geben soll, auf anderen Gliederungsebenen haben.

P. G.: Meine eigentliche Hoffnung ist, daß sie durch die einfache Tatsache, im Unterbezirk zu Delegierten gewählt zu sein, auch wieder so in die Partiarbeit integriert würden, daß sie sich dann auch mehr um die Organisation kümmern und deswegen auch eine Chance haben, auf normalem Weg gewählt zu werden. Mein Wunsch ist, daß man einen Personenkreis, der bisher langsam an den Rand der Parteiorganisation gedrängt wird, wieder stärker an der Parteiorganisation interessiert.

P. v. O.: Wünschenswert wäre sicher, daß ein Unterbezirk, der fünf oder sechs Delegierte zum Bezirksparteitag entsendet, wenigstens einen aktiven Betriebsfunktionär aus dem gewerblichen Bereich dabei zu wählen hätte und bei höheren Delegiertenzahlen entsprechend mehr. Es gibt aber ein weiteres Problem: Die AfA ist doch mit Ausnahme der besonders stark gewerkschaftlich organisierten Regionen mit einer aktiven Gewerkschaftsbewegung – und soweit ich das übersehen kann, gilt das eigentlich nur für den Kern des Ruhrgebietes, allenfalls noch für die Hansestädte Bremen und Hamburg und den Großraum Frankfurt – eigentlich nicht so einflußreich. Insofern könnte der Vorschlag von Peter Glotz nützlich sein und die AfA auch aus dem Bereich der aktiven Gewerkschafter, die direkt nicht in die Partiarbeit integriert sind, Vorschläge machen zu lassen.

Damit könnte auch das Problem angegangen werden, das mir im Grunde noch schwieriger zu sein scheint als das Problem der Reintegration von Mitgliedern aus dem Arbeitnehmerbereich in die Partiarbeit. Ich meine das Problem des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Zahl der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionäre der Gewerkschaften, die ja immer noch das Parteibuch der SPD in der Tasche tragen, die sich aber in ihrer Arbeitseinstellung und in ihren Interessenschwer-

punkten immer mehr von der SPD entfernt haben, wächst in erschreckendem Umfang. Ein Vorschlagsrecht der AfA, wenn es vernünftiger wahrgenommen wird, könnte auch dazu führen, daß der eine oder andere Gewerkschaftsfunktionär wieder für Partiefunktionen herangezogen würde, möglichst mit einer verminderten zeitlichen Belastung, da er ja auch noch Gewerkschaftsfunktionen hat. Das wäre eine Chance.

P. G.: Es ist wichtig, daß es erst einmal in der Partei eine Diskussion gibt, ob unser Delegiertenkörper eigentlich die Partei noch richtig repräsentiert. Wenn sich herausstellt, Mitgliedschaft und Delegierte stimmen ihrer sozialen Struktur nach mehr oder weniger überein, um so besser. Wenn das aber nicht der Fall ist, muß man dann einen zweiten Schritt versuchen und eine entsprechende Regel in der Satzung verankern. Auf jeden Fall muß man aus dem Ganzen einen längeren Prozeß des Nachdenkens und des Anregens der Parteiorganisation machen, man muß versuchen, das Problem in das Bewußtsein der zuständigen Genossen zu transportieren.

P. v. O.: Einverstanden, aber es gibt natürlich auch Lösungen zwischen einer ganz starren Satzungsregelung auf der einen Seite und dem bloßen Anstoß auf der anderen Seite. Ich bin nun als uralter-erfahrener Sozialdemokrat mit 36 Jahren Parteimitgliedschaft auf dem Buckel ein bißchen skeptisch geworden gegenüber sogenannten Denkanstößen. In den meisten Fällen gehen die Denkanstöße ins Leere, und nach einem Jahr redet keiner mehr darüber. Ich hielte es für möglich, eine Satzungsänderung – und meiner Meinung nach möglicherweise sogar noch zum nächsten Parteitag – vorzuschlagen, die auf eine „Öffnungsklausel“ hinausläuft und den Bezirken und Unterbezirken erlaubt, in ihren Statuten eine entsprechende Regelung vorzusehen. Zur Zeit wäre das nicht möglich, weil eine solche Regelung in einem Unterbezirk oder einem Bezirk dem Parteistatut widersprechen würde. Eine solche „Öffnungsklausel“ hätte den Vorzug, daß nicht jedem Unterbezirk eine starre Regel auferlegt würde.

H. S.: Besteht nicht die Gefahr, daß durch solche Regelungen zumindest der Eindruck entstände, die SPD würde auf Dauer zum losen Verband von Partikularinteressen?

P. G.: Ich glaube nicht, daß solche Regelungen die Solidarität in der SPD stören müßten. Natürlich war früher die Mitgliedschaft näher beieinander – auch sozial. Die Partei war insgesamt homogener. Auch die ökonomischen Interessen der Mitglieder waren homogener. Das ist vorbei und läßt sich nicht wieder

zurückbringen. Ich glaube, eine Gefahr entsteht nicht, wenn man begreift, daß man Mitglieder aus unterschiedlichen sozialen Schichten zur politischen Handlungsfähigkeit nur durch Dialog zusammenführen kann, also durch die Bereitschaft, in dieser Partei wirklich eine gemeinsame politische Auffassung durch Diskussion und diskursive Verständigung herzustellen. Das erscheint mir für eine so schwierig zusammengesetzte Volkspartei wie die SPD noch sehr viel konstitutiver als für andere Parteien zu sein. Wenn das allerdings geschieht, und wenn man vermeidet, daß die Partei in unterschiedliche Blöcke auseinanderfällt und die Partei nur noch ein Dachverband über Arbeitsgemeinschaften wäre, dann wird diese Gefahr nicht entstehen.

P. v. O.: Ich frage mich, ob hier nicht, und da braucht man nicht genau so zu verfahren wie bei den Arbeitnehmern in der Partei, ein Ansatz gegeben ist, um die Partei gegenüber ihrer sozialen Umwelt ganz allgemein zu öffnen. Denn die Hauptgefahr für die SPD ist, daß sie auf dem Wege dazu ist, sich zu einer Partei von Aspiranten für Ämter im öffentlichen Dienst und von Inhabern solcher Ämter zu verengen. Und unser gesamtes Umfeld spürt demgegenüber die Notwendigkeit – und das trifft Jugendliche und Schüler, Studenten, Lehrer, Frauen, Aussteiger und Nichtaussteiger, Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft in gleicher Weise, bis hin zu den Selbständigen und freischwebenden Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern –, daß die Partei eine lebendige und auch wirksame Kommunikation, sprich einen Austausch von Erfahrungen, Informationen und Meinungen mit der sie umgebenden sozialen Wirklichkeit führt. Die Notwendigkeit besteht ganz generell und ist nicht beschränkt auf den Bereich „gewerbliche Arbeitnehmer“.

Der Versuch, die Partei aus ihrer Isolierung als eine Organisation von Berufspolitikern bzw. von solchen, die es waren oder werden wollen, herauszuholen, sie zu befähigen, mit dem normalen Bürger in intensiveren Kontakt zu treten, der bleibt uns ganz allgemein nicht erspart. Die jüngsten Diskussionen über die Parteifinanzierung haben ja ein erschreckendes, vielleicht aber auch heilsames Maß an Verdrossenheit mit der Wirklichkeit der politischen Parteien sichtbar gemacht, das sicherlich nicht immer gerecht

ist, aber als Symptom für die Entfremdung der Parteien vom tatsächlichen sozialen Leben doch sehr nachdenklich stimmen muß.

Natürlich sind auch die neuen sozialen Bewegungen, wie die Friedensbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Alternativbewegung Symptome hierfür, aber ich betone noch einmal, dies alles kann nur angepackt werden, von Bewältigung will ich gar nicht reden, wenn die Partei ihren Arbeitsstil insgesamt auflockert und nicht etwa nur durch organisatorische Kunstgriffe Unterstützung zu finden sucht.

P. G.: „Arbeitsstil auflockern“, ja! Und zwar unbedingt in dem Sinne, daß der „closed shop“, bei dem die Berufspolitiker von gestern, von heute und von morgen miteinander an einem Tisch sitzen, aufgebrochen wird. Deswegen die „Kleinen Netze“, die „Foren“, die Ideenbörse für Vertrauensarbeit, der Dröschker-Preis usw.. Auf der anderen Seite muß aber auch die Struktur der Partei erhalten bleiben. Die Partei muß auch eine Partei bleiben, sie ist eben keine Bürgerinitiative, kein Kreuzzug und nicht bloß „Bewegung“, d. h. klare Führungsstrukturen, auch ein Minimum an Disziplin müssen wir uns erhalten. Die Klassenkämpfe, die auf uns in den Jahren 1982/83/84 zukommen, werden so hart sein, daß sie überhaupt nur von einer einigermaßen standfesten Organisation überstanden werden können. Ich polemisiere nicht gegen die Friedensbewegung, ich polemisiere nicht gegen neu entstehende spontane Volksbewegungen, die vielleicht nur in ein, zwei Punkten einig sind, und in 1000 Punkten uneinig, aber wir können uns nicht die Organisationsrichtlinien oder die Gewohnheiten solcher Bewegungen zu eigen machen, sonst würden wir zerfallen, und sonst würden wir bei der Bündelung divergenter Interessen, bei der Verarbeitung politischen Rohstoffes, bei der Arbeit der Zuspitzung, bei der politischen Bearbeitung der Wünsche der Menschen versagen. Wir würden konflikt- und kampfunfähig; das darf nicht sein.

P. v. O.: Ich stimme Dir völlig zu, und mehr als je zuvor kann man sagen, daß unsere politische Arbeit nicht unter einem Zuviel an Organisation und organisatorischer Lenkung, sondern an einem Mangel an organisierter, konsequenter, zielbewußter politischer Führung leidet. An klarer, konsequenter, politischer Führung kann man nie genug haben.

Martin Winter: Begreifen was ist! Das Verhältnis von SPD und Alternativen

Martin Winter M. A., geb. 1948, ehemaliger wissenschaftlicher Berater im Planungsbüro des Bundeskanzleramtes und von 1979-81 Mitarbeiter im Büro des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, ist freiberuflich als politikwissenschaftlicher Berater tätig und Mitglied des UB-Vorstandes der SPD in Aachen.

Zweifellos, die SPD muß mit den akuten Wirtschaftsproblemen in einer sozial vertretbaren Weise fertig werden, will sie ihre Mehrheitsfähigkeit nicht endgültig verlieren. So wichtig eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist, für die Zukunft einer gesicherten sozialdemokratischen Reformpolitik ist sie nicht ausreichend. Der SPD muß es auch gelingen, die Abwanderung von Wählern zu den Grünen, den alternativen Listen oder in den totalen Protest der Wahlverweigerung aufzuhalten. Umfrageergebnisse signalisieren ein dramatisches Abrutschen der Sozialdemokratie in Richtung 35 Prozent. Der größte Teil der potentiellen Stimmverluste hängt direkt mit der Alternativbewegung zusammen, mit dem Verfall gesellschaftsleitender Werte der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und einem partiellen Versagen des sozialdemokratischen Reformanspruches. Die Alternativbewegung scheint für mehr und mehr Menschen zum einzigen Hoffnungsschimmer am politischen Horizont zu werden. Die Reaktion von Sozialdemokraten auf diese politische und gesellschaftliche Entwicklung reicht von arroganter Ablehnung bis zu peinlichen Dialogangeboten, die allzu durchsichtig taktisch, aber nicht ehrlich gemeint sind. So unterschiedlich die Reaktionen in der SPD auch sind, gemeinsam ist ihnen eine gewisse Atemlosigkeit. Über dem hastigen Produzieren wohlfeiler Lösungsvorschläge und einfacher Erklärungsmuster wird oft eine ausführliche Analyse der Alternativbewegung verpaßt. Das kann fatale Auswirkungen auf das Verhältnis der SPD zu den Alternativen haben.

Gibt es „die“ Alternativbewegung?

Schon das pauschale Reden von „der“ Alternativbewegung verführt ihre Anhänger wie ihre Gegner dazu, von einer annähernd homogenen Bewegung auszugehen, die sich auf gemeinsame abstrakte, praktische und politische Werte stützt und ihre Anhänger fast beliebig mobilisieren kann. Auf diesem Hinter-

grund werden dann eindrucksvolle aber nichtssagende Vergleiche gezogen wie: in Bürgerinitiativen und alternativen Projekten arbeiten mehr Menschen mit, als die SPD Mitglieder hat. Solche Zahlenspielerien täuschen darüber hinweg, daß die Alternativbewegung außerordentlich vielschichtig ist und nur sehr abstrakte gemeinsame Nenner hat. Allen, die sich selber als Alternative verstehen oder von anderen so bezeichnet werden, ist eine allgemeine Werthaltung gemeinsam: Sie haben einen Drang zur Ganzheitlichkeit und lehnen Systeme und Institutionen ab, die den Menschen in Rollen aufteilen, ihn unmündig machen und entfremden. Der fortschreitenden Entmündigung des Menschen in der Expertokratie setzen die Alternativen den emotional orientierten Menschen, der an der Basis lebt, entgegen.

Veröffentlichungen, Selbstdarstellungen und Beschreibungen aus dem alternativen Bereich machen deutlich: Charakteristisch für die Mehrzahl der Alternativen ist eine Fundamentalkritik an den leitenden Werten der modernen Industriegesellschaft. Wachstum, Leistung, Konsum und Profit sind obsolet geworden. Aus der Kritik an der Wachstums- und Wohlstandsdeologie haben die Alternativen einige Werte entwickelt, die die einzige Klammer zwischen den sehr unterschiedlichen Teilen der Bewegung zu sein scheinen.

Selbstverwaltung/Selbstbestimmung: Dieser Grundsatz wird gegen Regelungen von oben, gegen Hierarchien, gegen Bürokratien gesetzt. Gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben und Arbeiten sind die Antwort auf die als entfremdet empfundene Lebens- und Arbeitssituation in der modernen Industriegesellschaft. Mitbestimmung erscheint in dem Zusammenhang nicht erstrebenswert, da sie immer noch Hierarchien und Abhängigkeiten voraussetzt.

Dezentralisation: Aus der Erkenntnis, daß Zentralisierung zur Machtansammlung bei einigen wenigen führen kann, wird auf Eigenständigkeit der Gruppen bestanden. Die Forderung nach Dezentralisation speist sich einerseits aus der Bürokratiekritik, andererseits aus dem Wunsch nach Selbstbestimmung.

Ganzheitlichkeit: Die Aufhebung der Entfremdung im Produktionsprozeß, die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit, die gegenseitige Durchdringung von Arbeit, Privatheit und politischer Betätigung sind der Hintergrund des Versuches, ganzheitlich zu leben.

Individualität/Humanität: Die Kritik an der modernen Industriegesellschaft kommt zu dem Ergebnis, daß der Mensch durch den technischen Fortschritt und das Anwachsen der Apparate immer mehr auf Funk-

tionen reduziert und auch jenseits der Arbeitswelt erfaßt, reglementiert und kontrolliert wird. Dem werden der individuelle Mensch und das Postulat der Humanität entgegengehalten.

Einfache Lebensweise: Das „small is beautiful“ aus den USA ist auch für viele Alternative bei uns zu einem Grundprinzip der Lebensführung geworden. Es ist die in einem Schlagwort zusammengefaßte Kritik an der materialistischen, der konsumorientierten Gesellschaft. Die Alternative dazu ist das bewußt einfache Leben, das nicht in erster Linie auf die äußere Erscheinung des Menschen, sondern auf dessen innere Entwicklung Wert legt. Einfache Lebensweise darf nicht mit Armut verwechselt werden. Sie gilt als ein Stück Befreiung von den Zwängen der Industriegesellschaft.

Alle diese Werte sind abstrakt und politisch nicht eindeutig. Deshalb besitzen sie eine (unterschiedlich) breite Zustimmungsfähigkeit. Bei konservativen Kräften finden die Forderung nach Dezentralisation, der Wunsch nach mehr Individualität und Humanität, selbst Teilbereiche der Vorstellung von der einfachen Lebensweise auch Anklang. Vorstellungen der Linken entsprechen der Kritik an den unmenschlichen Verhältnissen der Arbeitswelt, an den großen Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten und dem Wunsch nach Aufhebung der Entfremdung. Das Ziel Selbstverwaltung/Selbstbestimmung scheint auf den ersten Blick SPD und Gewerkschaften lediglich links zu überholen, bringt viele Alternative durch ihre Absage an den pragmatischen Schritt „Mitbestimmung“ aber in einen Gegensatz zu den beiden großen Organisationen der Arbeiterbewegung. Gegen Werte wie Humanität, Individualität etc. wird kein vernünftiger Mensch ernsthaft reden.

Gerade die extreme Allgemeinheit von Werten und Begriffen ermöglicht es den unterschiedlichsten Gruppen, sich zu den Alternativen zu rechnen. So finden sich unter dem gleichen Markenzeichen Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Konservative und manchmal auch Blut-und-Boden-Ideologen; Gruppen also, die sich aufgrund ihrer divergierenden gesellschaftlichen Interessen und Ideologien eigentlich als Gegner gegenüberstehen müßten. Aber so verdeckt diese Gegensätze durch den Begriff „alternativ“ auch sein mögen, spätestens bei dem Versuch gemeinsamer politischer Organisation und Aktion brechen sie wieder auf. Die Gründungsphase der Grünen ist dafür ein gutes Beispiel.

Wer gehört zur Alternativbewegung?

Die Alternativbewegung hat nur sehr undeutliche und fließende Grenzen. Deshalb ist es schwierig, ganz genau zu bestimmen, wer dazu gehört und wer

nicht. Der bei Alternativen beliebteste Weg, die Größe der Bewegung zu belegen, ist die Aufzählung aller Gruppen, Initiativen und Bewegungen, die nicht in den engen Rahmen der traditionellen Parteien-, Gewerkschafts- und Verbandsorganisationen passen. Da werden dann pauschal alle Bürgerinitiativen vereinnahmt, die gesamte Ökologiebewegung, die Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die Friedensbewegung, die Hausbesetzer, die Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte, die undogmatische Linke und das Spontitum.

So eindrucksvoll diese Aufzählung auch ist, muß doch bezweifelt werden, ob alle Vereinnahmten damit einverstanden sind. So ist auch z. B. die Frauenbewegung wiederum außerordentlich komplex. Sozialdemokratische Frauen und Gewerkschafterinnen oder bestimmte Fraktionen der Feministinnen gehören zweifellos zur Frauenbewegung, müssen deshalb aber noch lange nicht alternativen Werten oder Lebensstilen anhängen. Ähnliches gilt für die Friedensbewegung. Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter oder Kirchenleute werden noch lange nicht zu Alternativen, wenn sie in der Friedensbewegung mitarbeiten. Sinnvoller als das Addieren von „Bewegungen“ ist der Versuch, alternative Aktivitäten nach ihren Inhalten zu kategorisieren:

- *Bürgerinitiativen*, die über ein egoistisches Anliegen hinaus mit ihrer Arbeit darauf abzielen, verkrustete Strukturen aufzubrechen und mehr Mitspracherechte der Bürger durchzusetzen;
- *Produktions- und Handwerksbetriebe*, in denen neue Formen der Zusammenarbeit (ohne Chef) und des Besitzes (gleichberechtigte Verfügungsgehalt) erprobt werden;
- *Wohngemeinschaften und Landkommunen*, in denen neue Wege des Lebens und Zusammenlebens entwickelt und erprobt werden;
- *Gruppen, die neue Formen von Sozial- und Bildungsarbeit entwickeln* – in deutlicher Absetzung von der staatlichen Sozialbürokratie, aber oft auch von den traditionellen Wohlfahrtsverbänden;
- *Öffentlichkeitsarbeiter*, die über die Produktion von Zeitungen, Zeitschriften, Filmen und Rundfunk den Informationsfluß unter den Alternativen erhalten und ausbauen, für alternative Ideen und Praxis ein öffentliches Podium bieten und darüber hinaus Gegenöffentlichkeit herzustellen versuchen, zur Korrektur der (unterstellten) selektiven Arbeitsweise der „traditionellen“ Medien.

Wer sind die Alternativen?

Vielfach ist die Meinung zu hören, daß die Alternativen sich vor allem aus der Mittel- und Ober-

schicht rekrutieren. Wie in vielen Vorurteilen steckt auch darin etwas Wahrheit. Tatsächlich sind Alternativgruppen in Städten mit Hochschulen stärker vertreten als anderswo. Und man kann getrost davon ausgehen, daß die überwiegende Mehrzahl der Alternativen eine formal hohe Bildung hat und nicht aus der Unterschicht stammt. Allerdings gibt es dafür nur indirekte Anhaltspunkte, wie z. B. die Bereitschaft bestimmter Bevölkerungsgruppen, die Grünen oder alternative Listen zu wählen. Einer präzisen, zahlenmäßig belegbaren Sozialstrukturanalyse entzieht sich der alternative Bereich weitgehend. Es ist zwar bekannt, daß in der Bundesrepublik ca. 11 500 alternative Projekte arbeiten, was auf eine Zahl von ca. 80 000 Aktivisten schließen läßt, aber weitere Informationen sind kaum zu bekommen. Das liegt in erster Linie daran, daß eine große Zahl von Projekten rein lokal organisiert wird und – symptomatisch für Alternative – eine überregionale Organisation und damit Erfassung ihrer Arbeit und der Teilnehmer ablehnt.

Aus der vermuteten Sozialstruktur der Alternativen allerdings zu schließen, daß es sich bei der Bewegung in erster Linie um das Produkt einer über-sättigten Mittel- und Oberschicht handelt, die sich alternatives Leben leisten kann, wäre falsch. Gewiß spielt die soziale Herkunft auch eine Rolle, aber dadurch darf man sich nicht den Blick für Motivationen und politische Hintergründe verstellen lassen.

Drei Personengruppen bestimmen im wesentlichen das Bild der Alternativen: Da sind zum einen die in ihren Hoffnungen enttäuschten 68er. Es sind diejenigen, die nach der Studentenbewegung bereit waren, den mühsamen Reformweg zu gehen, unterwegs aber merkten, daß sie ihre Kraft überschätzt hatten, oder feststellen mußten, daß einige Reformen am „System“ scheiterten, andere im Gestrüpp von Parteien, Interessensgruppen und Bürokratie bis zur Unkenntlichkeit verkamen.

Die zweite Gruppe sind die Jungen, die das partielle Scheitern der 68er nicht selbst erlebt, jedoch Erfahrungen aus dieser Zeit noch frisch mitbekommen haben. Diese Jungen sind in die Problemlage Wachstum/Rohstoffe/Umwelt/Großapparate hineingewachsen und ihre politische Wahrnehmung ist bestimmt durch die Ereignisse und Diskussionen nach dem ersten Ölshock 1973. Wichtig für diese Gruppe ist vermutlich auch, daß sie in der Wohlstandsgesellschaft aufgewachsen ist und für sie Begriffe wie Konsum und Leistung nicht die Antwort auf erfahrene Mangelsituationen darstellen, sondern als Bedrohung ihrer Individualität erfahren werden.

Die dritte Gruppe sind junge (vereinzelt auch ältere) Arbeitslose, die entweder am normalen Arbeitsmarkt keine Chance haben oder nicht mehr in der gewerblichen Wirtschaft oder im Büro arbeiten wollen. Sie machen alternative Werkstätten auf oder entwickeln – wie in den Arbeiter-Selbsthilfe-Gruppen – genossenschaftliche Formen von gemeinsamem Leben, Arbeiten und politischem Engagement. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird die Zahl derjenigen steigen, die in alternativen Projekten eine materielle Basis und persönliche Geborgenheit suchen.

Wahrscheinlich stellt die zweite Gruppe das Gros der Bewegung, während die dritte noch keine prägende Rolle spielt. Eine differenzierte Typologie der Alternativen ist bisher noch nicht erarbeitet worden. Die gängige Unterscheidung zwischen „Aussteigern“, die ganz in ihren Projekten aufgehen und die Verbindung zum „normalen“ Leben weitgehend abgebrochen haben, und den „Etablierten“, die sich nur in ihrer Freizeit an alternativen Projekten beteiligen, ist jedenfalls zu grob, um die Vielschichtigkeit der Bewegung und ihrer Anhänger zu erfassen.

Wer stützt die Alternativbewegung?

Viele Autoren, die sich mit der Alternativbewegung beschäftigen, weisen auf die große materielle wie politisch-ideologische Bedeutung der Sympathisanten der Alternativbewegung hin. Es gibt Schätzungen, nach denen sich die Alternativen in der Bundesrepublik auf mehr als 400 000 Sympathisanten stützen können. Die Sympathisanten arbeiten nicht in alternativen Projekten mit, aber sie haben für die Alternativen vier überlebenswichtige Funktionen:

- Sie tragen zur Verbreitung alternativer Einstellungen bei;
- sie unterstützen alternative Projekte entweder durch Spenden oder als Dauerkunden, wenn es sich um wirtschaftliche Projekte handelt;
- sie ermöglichen alternativen Zeitungen durch Daurabonnement das Überleben;
- sie sind der politische und gesellschaftliche Schutzschild der aktiven Alternativen, indem sie durch Einflußnahme auf Verwaltung, Parteien, Verbände und Regierungen versuchen, die Arbeit der Alternativen abzusichern, gegen Angriffe in Schutz zu nehmen und vor Gefährdungen in der politischen Auseinandersetzung zu bewahren.

Schon aus diesem Katalog geht hervor, daß es sich bei einem Sympathisanten in der Regel um jemanden handelt, der politisch engagiert ist, vielleicht sogar öffentliche Mandate bekleidet, der Einfluß auf

maßgebliche Institutionen hat oder zumindest weiß, wie man Einfluß ausüben kann und wie man die Öffentlichkeit mobilisiert. Vermutlich haben die meisten Sympathisanten schon einmal in einem alternativen Projekt mitgearbeitet oder werden es irgendwann einmal tun.

Alternative Projekte und überregionale Organisation

Es soll hier nicht ausführlich auf die Zahl und die Art der alternativen Projekte eingegangen werden. Aber es ist festzustellen, daß die meisten im Bereich von Dienstleistungen (ca. 70 Prozent) und politischer Arbeit (ca. 18 Prozent) angesiedelt sind und nur 12 Prozent im produktiven Sektor. (Die Zahlen stammen alle aus Josef Huber: „Wer soll das alles ändern?“) Das deutet einerseits auf die Mittelschichtenverankerung der Alternativen hin, und zwar sowohl der Aktiven wie der Sympathisanten. Andererseits ist es ein Indiz dafür, daß es in der Gesellschaft ein quantitatives, vor allem aber qualitatives Defizit von Angeboten in Bildung, Sozialdiensten und Politik gibt. Die Entwicklung von Kinderläden z. B. hat sowohl etwas zu tun mit der Unterversorgung mit Kindergartenplätzen, als auch mit der Kritik an der Erziehungsweise in den traditionellen Kindergärten.

Eine besondere gesellschaftliche Bedeutung hat eine Reihe von Projekten im Sozialbereich bekommen. Gruppen, die sich um Drogenabhängige, Trebegänger, Obdachlose kümmern, nehmen Aufgaben wahr, denen die klassische Sozialverwaltung nicht oder nur in geringem Maße gewachsen ist. Es liegt auf der Hand, daß Problemgruppen wie Drogenabhängige, die sich an der Grenze zur Kriminalität bewegen, eher einer freien und aus ihren eigenen Reihen stammenden Initiative Vertrauen entgegenbringen als einem Vertreter der staatlichen Sozialverwaltung. Wenn es auch noch keine präzise Erhebung über Zahl, Umfang und Wirkung solcher Initiativen gibt, so kann doch heute schon die These gewagt werden, daß unser Sozialstaat ohne die Aktivitäten von Alternativen partiell nicht mehr funktionsfähig wäre.

Seit einigen Jahren spielt der Begriff „Vernetzung“ in der bundesdeutschen Alternativ-Diskussion eine wichtige Rolle. Die Stärke der Alternativen, spontan, unkonventionell und oft ohne Organisation zu arbeiten, ist zugleich auch ihre Schwäche. Denn über 10000 unabhängig voneinander arbeitende Projekte mögen zwar in ihrem je eigenen Anliegen erfolgreich sein, aber sie sind damit noch kein gewichtiger Faktor in der gesamtgesellschaftlichen Machtauseinandersetzung. Die traditionelle Antwort auf diese Situation wäre die Schaffung einer überregionalen Organi-

sation der Alternativen. Dieser Weg verbietet sich aus dem Selbstverständnis der Alternativen. Die Vernetzung ist der Versuch, zwischen klassischer Organisation und alternativem Einzelkämpfertum einen Weg zu finden. Binerseits soll die ideologische und praktische Selbständigkeit der Gruppen und Projekte nicht angetastet werden, andererseits soll aber durch feste Kommunikations- und Finanzierungszusammenhänge gemeinsame Arbeit ermöglicht werden. So soll auf Dauer eine neue Qualität gesellschaftlicher Macht hergestellt werden. Die spektakulärste und bisher erfolgreichste Entwicklung auf diesem Gebiet ist das Netzwerk Berlin, deren Übertragung auf das Bundesgebiet aber nur sehr schleppend und mit großen Problemen vorstatten geht.

Es gibt auch andere Versuche der Vernetzung. So z. B. regelmäßige Treffen der Arbeiter-Selbsthilfen oder Kommunikationszusammenhänge über Adresenkarteien. Trotz solcher Ansätze scheinen (mit Ausnahme West-Berlins) die Vernetzungsversuche für die Alternativszene bisher gescheitert zu sein.

Was macht die Alternativen so attraktiv?

Die Alternativbewegung findet weit über den Kreis ihrer Aktiven und Unterstützer hinaus Sympathien – vor allem bei jungen Menschen, aber nicht nur bei ihnen. Die Attraktivität alternativer Lebensstile, Einstellungen und Projekte liegt darin, daß sie Defizite der Parteien, der Organisationen und der gesellschaftlichen Struktur aufzeigen und etwas Positives an deren Stelle zu setzen versuchen.

Fünf attraktive Angebote macht die Alternativbewegung an die Menschen, die durch Wachstums-, Rohstoff- und Umweltkrise verunsichert sind, die mühsam Abschied nehmen müssen von dem unerschütterlichen Fortschrittsglauben der 50er und 60er Jahre und die wieder Angst haben vor einem Krieg:

1. Die Alternativen haben ein starkes Praxismoment in ihrer Arbeit. Darum sind sie glaubhafter als andere, die zwar reden und Versprechungen machen, aber selber nichts Sichtbares zur Veränderung der Gesellschaft beitragen.
2. Die Alternativbewegung bietet die Möglichkeit, politische Hoffnungen nicht mehr auf Hanoi oder Havanna projizieren zu müssen, sondern konkret, selbst und hier schon etwas tun zu können.
3. Die Alternativbewegung verschiebt individuelle Emanzipationsansprüche nicht auf die Zeit nach einer imaginären Umwälzung, sondern nimmt sie schon jetzt in den Alltag hinein. Es gibt keine Vertröstungen und Ziele, aus denen Askese, Opfer und Leiden abgeleitet würden.

4. Alternativgruppen bieten oft eine Geborgenheit und Vertrautheit, die die Institutionen des Systems, oft inklusive der Familie, nicht mehr gewährleisten können.
5. Die Alternativen suchen oder haben bereits Antworten auf Fragen, mit denen sich die etablierten Parteien und gesellschaftlichen Gruppen immer noch schwer tun.

Aus diesen fünf Punkten wird ersichtlich, wo auch die SPD Defizite aufzuweisen hat, die zu einer Abwanderung besonders sensibler und kritischer Wählerkreise führen kann.

Was tun, SPD?

In ihrer Reaktion auf die Alternativen sollte die SPD zwei Fehler vermeiden: Der erste Fehler wäre es, die Partei abzuschließen gegen eine Diskussion mit denjenigen, die Zweifel über den Weg unserer Gesellschaft haben. Wer glaubt, sich mit der Bemerkung: „Die Arbeiter haben ganz andere Probleme“, vor der Auseinandersetzung mit sich wandelnden Werten drücken zu können, der hat noch nicht erkannt, daß die Probleme der Arbeiter sehr viel zu tun haben mit der Sinnfrage in unserer Gesellschaft. Außerdem sind Zweifel an der Entwicklung unserer Gesellschaft bis in weite Kreise der Partei vorgedrungen.

Der zweite Fehler wäre es zu glauben, mit einem taktisch angelegten Dialog die alternative Bewegung

in die Partei einbinden zu können. Denn die Alternativen sind keine Leute, denen man unsere Gesellschaft nur einfach richtig erklären müßte. Im Gegenteil: Sie haben die Gesellschaft und deren Werte sehr wohl verstanden. Gerade deshalb setzen sie sich für neue Werte und eine veränderte Gesellschaft ein.

Die Sozialdemokraten sollten sich in einer intensiven Diskussion mit den Alternativen über deren Werte und Vorstellungen auseinandersetzen und die eigenen Werte und Vorstellungen kritisch überprüfen. Denn unabhängig von den Wahlchancen der Grünen oder alternativer Listen ist unübersehbar, daß unsere Gesellschaft und auch die SPD von einem Wertewandel ergriffen sind, der mittelfristig zu einer Neuorientierung der Politik führen muß. In diesem Prozeß können und müssen Sozialdemokraten mit ihrer politischen und geistigen Tradition und ihrem Anspruch, Politik für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte zu machen, die führende Rolle spielen.

Die Sozialdemokraten werden Wähler nur dann zurückgewinnen und Reformpolitik nur dann wieder mehrheitsfähig machen, wenn sie Glaubwürdigkeit durch glaubwürdiges politisches Handeln schaffen, Bereitschaft zeigen, die Wertfragen unserer Gesellschaft zu diskutieren und in klare politische Perspektiven umzusetzen, und wenn es ihnen gelingt, aus der Karriereleiter SPD wieder eine lebendige Partei zu machen.

Hartmut Holzapfel/Manfred Murck: Basis, Delegierte, Demoskopien – Probleme der Innerparteilichen Willensbildung

Der Diplomoziologe Hartmut Holzapfel, Jahrgang 1944, ist kultur- und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Von 1970 bis 1981 war er Mitglied des Unterbezirksvorstandes Frankfurt/Main.

Der Diplomoziologe Dr. Manfred Murck, Jahrgang 1949, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Sozialforschung.

Daß die SPD zerrissen ist, daß sie zumindest aber ein zerrissenes Bild abgibt, darüber besteht bei gut-

und bei böswilligen Betrachtern innerhalb und außerhalb der Partei kaum noch Zweifel. Mittlerweile hat sogar eine Funktionärskonferenz stattgefunden (2./3. Oktober in Bad Godesberg d. Red.), die sich mit dem desolaten Zustand der Partei beschäftigte und Lösungswege suchte. Mit unserem Beitrag wollen wir versuchen, den notwendigen Diskussions- und Klärungsprozeß zu fördern.

Die Hintergründe der aufgebrochenen Meinungsunterschiede

Zwar entzündeten sich die Konflikte zwischen den Vertretern verschiedener Positionen in der SPD an einzelnen aktuellen Streitfragen wie beispielsweise den Risiken der Kernenergie, der Nachrüstungsfrage oder den Wegen der Ausländerintegration. Die Ursachen aller Streitereien aber liegen tiefer und lassen sich nicht mit einem Blick auf die in den jeweiligen

Einzelfragen vorgetragenen Argumente ablesen. Vielmehr sind nahezu alle Konflikte nur Ausdruck eines Wandels in der Anhänger- und der Mitgliedschaft der Partei einerseits und den Strukturen der parteiinternen Willensbildung andererseits.

Ungefähr zu demselben Zeitpunkt, an dem die SPD in Bonn Regierungsverantwortung übernahm, erfolgte auch ein tiefgreifender Umbruch in der Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft und ihrer Mitglieder; dieser Umbruch war bereits durch das Godesberger Programm angelegt und wurde durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den 60er Jahren gefördert. Das eindeutige Übergewicht der industriellen Facharbeiter schwand, Beamte und Angestellte – der an einem „modernem Deutschland“ interessierte „neue Mittelstand“ – kennzeichneten zunehmend das Gesicht der Partei. Diese neu zugewachsenen Gruppierungen waren weniger an den traditionellen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der SPD orientiert, sie wünschten vielmehr eine „Entrümpelung“ von den Relikten der Adenauer-Ära (Antikommunismus, Klerikalismus).

Im Anschluß an die Studentenbewegung kamen viele jüngere und hochgebildete Bürger, die von der SPD geförderte Bildungsexpansion verstärkte ihren Zustrom. Einige von ihnen hatten bewußt den „Marsch durch die Institutionen“ angetreten, für andere war politische Betätigung eine Freizeitbeschäftigung und ein Weg zur Selbstentfaltung. Vermutlich kamen die meisten von ihnen aus geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen und gingen in den öffentlichen Dienst, aber nicht nur die vielgeschmähten Soziologen, sondern auch andere Bildungs- bzw. Berufsparten (z. B. Lehrer und Rechtsanwälte) waren häufig vertreten.

Insbesondere dieser Zustrom junger Akademiker war es nun, der die parteiinterne Willensbildung folgenreich veränderte. Denn zwei Merkmale waren und sind für diese neuen Mitglieder kennzeichnend: sie sind zum einen politisch besonders interessiert und aktiv und sie sind zum anderen die vorrangigen Träger solcher politischer Zielvorstellungen, die mit dem Schlagwort „neue Werte“ angesprochen werden (wobei man sich über die Neuigkeit dieser Werte streiten kann). Charakteristisch für diese Werthaltung ist die große Bedeutung des Umweltschutzes im Vergleich zu wirtschaftlichem Wachstum und technischen Innovationen, eine hohe Sensibilität gegenüber sozialen Problemgruppen und Minderheiten sowie die Betonung von Selbstbestimmungschancen des einzelnen in Politik und Beruf.

Auf der relativ gesichert erscheinenden sozialöko-

nomischen Basis der 70er Jahre konnte sich diese Werthaltung weitgehend ungestört entwickeln. Daß in demselben Zeitraum viele der traditionellen gesellschafts- und sozialpolitischen Forderungen der SPD zumindest näherungsweise realisiert wurden, schaffte eine weitere Voraussetzung dafür, daß sich die „neuen Werte“ zur Auffüllung eines sich abzeichnenden programmatischen Defizits anboten. Diese Konstellation ermöglichte es den Trägern der „neuen Werte“, in den parteiinternen Prozessen der Willensbildung breiten Fuß zu fassen, ihr hoher Aktivitätsgrad und – nebenbei – ihre große Freizeit sorgten dafür, daß sie diese Chance auch wahrnehmen konnten. Mittlerweile sind sie in vielen Unterbezirken und teilweise auch Landesverbänden tonangebend.

Die aktuellen Konfliktlinien

Doch nicht die bloße Tatsache, daß auf den verschiedenen, insbesondere den unteren und mittleren Ebenen der parteiinternen Willensbildung mit den jüngeren und höhergebildeten Mitgliedern nunmehr eine bestimmte soziale Gruppe überrepräsentiert ist, die also die Zusammensetzung der gesamten Mitgliedschaft nicht mehr widerspiegelt, ist das eigentliche Problem. Denn schon immer waren Bürger aus den gebildeten Schichten in der Politik überrepräsentiert; oft mit dem Anspruch, auch für andere Schichten aufzutreten und deren Interessen zu vertreten. Problematisch ist die sozialstrukturelle Verzerrung zwischen der passiven Mehrheit der Parteimitglieder und -anhänger einerseits und den politisch Aktiven andererseits erst dadurch geworden, daß die Aktiven den sozialen Kontakt zu großen Teilen der Parteibasis verloren haben, zugleich aber den Anspruch darauf erheben, bestimmen zu können, was „sozialdemokratisch“ sei.

Sie bewegen sich vorwiegend in Lebensbereichen (Universität, Schule), die von der Alltagswelt der „Normalbürger“ und deren Erfahrungen und Risiken relativ weit entfernt sind. Die Verankerung in Sport- oder Hobbyvereinen, in Betrieben und Gewerkschaften, die den traditionellen Parteifunktionär kennzeichnete, fehlt ihnen. Statt dessen konzentrieren sie sich auf ihre eigenen, mehr oder weniger akademisch orientierten Zirkel, haben ihre eigenen Urlaubsgewohnheiten und Kneipen und wohnen in mittelschicht-typischen Stadtteilen. Sie haben, um es drastisch zu formulieren, eine nach „unten“ weitgehend abgeschottete Subkultur ausgebildet.

Auf diese Weise haben viele der aktiven Parteimitglieder ihr von den angesprochenen „neuen Werten“ geprägtes Wertbild gegenüber Anforderungen

und Kritik von außen weitgehend immunisiert. Dies hat sie zu der fatalen Fehleinschätzung verleitet, ihre Auffassungen und Zielvorstellungen seien auch die der Bevölkerungsmehrheit, zumindest aber die der überwiegenden SPD-Anhängerschaft.

Daß es sich dabei um eine Fehleinschätzung handelt, läßt sich durch die Analyse von repräsentativen Umfragedaten belegen. In den meisten kritischen Punkten, an denen sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen entzündeten, gibt es große Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppierungen innerhalb der SPD-Anhängerschaft. Beispielsweise befürworten rund siebzig Prozent der SPD-Wähler mit Hauptschulabschluß den Ausbau der Kernenergie, während es bei denen mit Abitur 40% sind. Die Diskrepanzen etwa bei der Ausländerpolitik oder der inneren Sicherheit sind noch größer.

In der Summe bedeutet diese Konstellation, daß die Verfechter „neuer Werte“ mit ihren Vorstellungen allenfalls ein Drittel des SPD-Wählerpotentials ansprechen können. Die überwiegende Mehrheit der Parteianhänger ist dagegen an „traditionellen“ Zielen orientiert, in deren Mittelpunkt derzeit wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit stehen. Dies gilt nicht nur für die Stammwähler der Partei. Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, die nach Godesberg neu erreichten Wähler des „neuen Mittelstands“ wären identisch mit den Vertretern der „neuen Werte“. Festzustellen ist dagegen, daß sich mit dem Ende der wirtschaftlichen Prosperität auch die Bindungen des „neuen Mittelstands“ an die SPD gelockert haben. Insbesondere im Bereich der Angestellten haben in den letzten Jahren die Sorgen um den Erhalt des eigenen Status quo (Rationalisierung!) und um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung die Oberhand gegenüber dem Wunsch nach weiteren gesellschaftspolitischen Veränderungen gewonnen.

Die Spitzenrepräsentanten der SPD, insbesondere soweit sie Regierungsverantwortung tragen, kennen die geschilderte Situation. Sie wissen, daß das, was viele innerparteiliche Gremien von ihnen fordern, nicht dem Meinungsbild der Wähler entspricht. Um die Wählbarkeit der SPD vor allem bei ihren Stammwählern zu erhalten, dürfen sie diesen Forderungen nicht nachgeben. Dort, wo dies doch geschehen ist, gingen viele bisherige SPD-Wähler nicht zur Wahl oder direkt zur CDU. Genau dieses Debakel hat sich bei einigen Kommunalwahlen (z. B. Frankfurt, zuletzt auch in Niedersachsen) abgespielt. Die Verluste bei Stammwählern und neuem Mittelstand waren dabei offensichtlich größer als der – erhoffte – Gewinn im ökologischen Lager.

Die Bedeutung von schweigender Mehrheit und aktiven Parteimitgliedern

Die Quintessenz unserer Überlegungen ist, daß es sich bei den meisten der aktuellen Auseinandersetzungen in der SPD nicht um Konflikte zwischen Spitzenpolitikern und Basis handelt, sondern um Konflikte zwischen den Funktionären und Spitzenpolitikern, die sich auf die Meinung der schweigenden Parteimehrheit berufen, und den Funktionären, die sich auf den aktiven Teil der Mitgliedschaft berufen. Den Hintergrund für die Situation liefern Veränderungen in der Struktur der (aktiven) Parteimitglieder einerseits, schlechter gewordene wirtschaftliche Rahmenbedingungen andererseits.

Welche Wege aus dem Dilemma sind nun realistisch und wünschenswert, welche der skizzierten Konfliktparteien sollte wo nachgeben, um die Risse in der SPD zu kitten? Nimmt man als einziges Kriterium die Wahlchancen, so gibt es nach den vorliegenden Meinungsumfragen und den Wahlergebnissen der letzten Jahre wohl nur eine Antwort: die aktiven Vertreter der neuen Werte sollten einsehen, daß ihre Vorstellungen und die von ihnen aufgeworfenen Auseinandersetzungen der Partei schaden, daß sie Stammwähler und neuen Mittelstand vergraulen, ohne dafür am ökologischen Rand der Partei einen Ausgleich zu schaffen. Folglich sollten diese Parteiaktivisten programmatisch zurückstecken, anderen Positionen mehr Raum geben und insbesondere darauf verzichten, Konflikte mit Spitzenrepräsentanten und Mandatsträgern vom Zaun zu brechen.

Nun werden sich die angesprochenen Gruppierungen in der Partei mit dieser Aufforderung nicht so einfach zufrieden geben. Sie werden vielmehr bestreiten, daß Mehrheitsmeinungen und Wahlchancen das wichtigste Kriterium für die Programmatik der Partei sein sollten. Sind nicht diejenigen, die sich aktiv am politischen Geschehen beteiligen, die besseren Demokraten? Haben sie nicht oft die besseren Argumente? Und hat die Partei nicht schließlich in der Vergangenheit immer wieder Positionen verfochten, die zunächst Minderheitsmeinung waren?

Grundsätzlich: Auch wenn man, wie es bei Sozialdemokraten wohl selbstverständlich ist, die Meinung vertritt, daß sich in einer Demokratie möglichst viele aktiv an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen beteiligen sollten, so darf das Ausmaß der politischen Aktivität niemals zum Maßstab der Legitimität von Forderungen und der Qualität von Argumenten werden. Wer nur einen Rest Geschichtsbewußtsein hat, wird dieser Aussage nicht widersprechen. Das Recht zur politischen Beteiligung darf nicht dazu führen,

daß die Interessen der Bürger, die sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht beteiligen, unter den Tisch fallen. Auch wer keine Zeit, keine Lust oder soziale Barrieren hat, in Parteien, Verbänden oder Bürgerinitiativen aufzutreten, ist ein Mitglied dieser Demokratie.

Wer glaubt, Mehrheitsmeinungen in seiner Programmatik aus „höheren“ Gründen ignorieren zu können, der muß wissen, daß sie sich dann auf andere Art und Weise artikulieren. Wer in die Opposition geht, der verliert nicht nur die Regierungsverantwortung, sondern der sollte auch begründen, warum er glaubt, seine Ziele aus der Opposition besser realisieren zu können. Die Flucht aus der Mehrheit ist die Flucht aus der Wirklichkeit. Viel Mißbrauch wird in diesem Zusammenhang mit Formeln getrieben wie: man müsse „die Bürger aufklären“ oder (nach verllorener Wahl) man habe seine „Position nicht richtig vermittelt“. So wichtig Aufklärungsarbeit ist, so wenig darf sie dazu führen, daß man sich in der Rolle des Besserwissers sieht, dem die verblendeteten Wähler nicht recht gefolgt sind. Es ist zuallererst unsere Aufgabe, „dem Volk aufs Maul zu schauen“, die tatsächlichen Sorgen und Meinungen der Bürger zu erfahren und sie zu respektieren. Erst auf dieser Basis dürfen wir in unseren Positionen weiterschreiten und dafür werben.

Schließlich haben sich auch und gerade Sozialdemokraten auf die Interessen und Wünsche passiver Mehrheiten berufen, wenn es darum ging, sie gegenüber organisierten Interessengruppen zu behaupten. Ein schlagendes Beispiel dafür liefern Auseinandersetzungen in der Bildungspolitik, bei denen aktive Minderheiten (z. B. in den Elternvereinen) versucht haben, die – durch Umfragen bestätigte – Zustimmung zu Gesamtschulen oder Förderstufen nicht Realität werden zu lassen. Sozialdemokraten sind sich bei diesen Auseinandersetzungen immer bewußt gewesen, daß bestimmte Gruppen artikulationsfähiger sind und leichteren Zugang zur Öffentlichkeit finden, daß man sie deshalb aber nicht mit den Interessen und Auffassungen der Mehrheit gleichsetzen darf.

Selbstverständlich sind Mehrheitsmeinungen und Demoskopie kein Ersatz für aktive politische Willensbildung. Sie liefern aber Hinweise auf die Bedingungen, unter denen politische Arbeit stattfindet. Man sollte diese Bedingungen zur Kenntnis nehmen und sie nicht einfach leugnen oder als unmaßgeblich abtun. Wer sich auf die Interessen breiter Bevölkerungsschichten beruft, der sollte auch nachweisen, daß er diese Interessen kennt. Man erinnere sich bei-

spielsweise daran, wie überzeugt die Gegner eines Ausbaus des Frankfurter Flughafens davon waren, daß sie die Meinung der Bevölkerung repräsentieren. Tatsächlich zeigte eine Umfrage in Hessen aber, daß die Mehrheit der Bürger (und, was für diese Überlegungen noch wichtiger ist: auch die Mehrheit der SPD-Anhänger) für die vielumstrittene Startbahn West ist und daß gleichzeitig dieses Problem für sie nicht so bedeutsam ist, wie man nach dem Ausmaß und der Verbissenheit der geführten Auseinandersetzungen hätte vermuten können.

Die Rolle von Presse und Bürgerinitiativen

Daß viele der aktiven Parteimitglieder davon überzeugt sind, Mehrheitspositionen zu vertreten, hängt nicht zuletzt von ihren Informationskanälen ab. Je weniger sie in ihrer sozialen Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur entsprechen, um so weniger sollten sie sich auf ihre eigene Meinung verlassen und um so stärker sollten sie sich um andere Informationsquellen kümmern. Verhängnisvolle Auswirkungen hat es nun, daß einerseits die Medien, andererseits die Bürgerinitiativen zu den wichtigsten Informations- und Legitimationsquellen der aktiven Parteimitglieder geworden sind.

Analysiert man die Berichterstattung der Medien, so kommt man – jenseits unterschiedlicher Kommentare von Redakteuren aus verschiedenen politischen Lagern – zu dem Befund, daß sie im wesentlichen die Aktivitäten der Parteien und organisierten Interessengruppen widerspiegeln, ohne viel zusätzliche Informationen über die nicht aktiven Bürger zu bieten. Oder, mit anderen Worten, wie man in den Blätterwald hineinruft, so schallt es zurück. Eben darin besteht ja der Wert der Presse für manche Parteistrategen: man will über sich selbst berichtet wissen. Hinzu kommt, daß in vielen Medien, die für Sozialdemokraten meinungsführend sind, die Redaktionen überwiegend mit Verfechtern der „neuen Werte“ besetzt sind, so daß der Zirkelschluß „Medien gleich Bürgermeinung“ ein nahezu perfekter Trugschluß ist.

Wer, beispielsweise, den Lokalteil der „Frankfurter Rundschau“ in den letzten Jahren verfolgte, der mußte zu dem Eindruck kommen, daß die CDU ihre Politik gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerungsmehrheit betreibt und somit die Stunden des CDU-Oberbürgermeisters gezählt seien. Die Überraschung, daß die SPD mit ihrem Wahlkampfmotto „Wir stehen Ihnen näher“ bei den Kommunalwahlen gründlich scheiterte, war für diejenigen, deren Situationseinschätzung hiervon geprägt wurde, entsprechend groß.

Ähnlich immunisierend auf das eigene Weltbild wirkt die vorschnelle Annahme, in Bürgerinitiativen würde die Meinung der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Es ist hinlänglich bekannt und nachweisbar, daß auch Bürgerinitiativen eine starke sozialstrukturelle Schlagseite aufweisen, daß in ihnen jüngere und sozial bessergestellte Bürger bestimmend sind. Dies mindert nicht ihren Wert als Indikator für gesellschaftliche Probleme, sollte aber davor warnen, sie als Informations- und Legitimationsquelle zu überschätzen. Erstaunlich ist jedenfalls, daß die gleichen Sozialdemokraten, die sich der spezifischen Gruppeninteressen von Elternvereinen bewußt waren, dies in anderen Politikbereichen nicht wahrhaben wollen.

Will man eine angemessene Position der Partei gegenüber Bürgerinitiativen gewinnen, so muß man berücksichtigen, daß sich in Bürgerinitiativen zumeist „die Betroffenen“ organisieren, die von einer bestimmten Planungsmaßnahme Nachteile, zumeist in ihrer näheren Wohnumwelt, zu erwarten haben. Bedenkt man, daß es bei den meisten Maßnahmen, ob Flughafenusbau oder Streckenerweiterung bei der Bahn, ob Haftanstalt oder Asylantenheim, immer irgendwo Betroffene gibt, so zeigen sich die Grenzen, die den Argumenten von Bürgerinitiativen gesteckt werden müssen. Nichts, was auch unangenehme Folgen hat, wäre sonst noch machbar. Sozialdemokraten müssen verhindern, daß die notwendig entstehenden Übel von den Bürgern, die sich organisieren können, auf diejenigen abgewälzt werden, die stillschweigend ertragen.

Zur Integrationsfähigkeit der Partei

Die geschilderten Prozesse und Konflikte in der SPD werden, zumindest in Teilen, sicher auch von einigen der Parteimitglieder so gesehen, die sich den hier gezogenen *Schlußfolgerungen nicht anschließen* wollen. Sie verweisen darauf, daß es auch Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gelungen sei, kritische und aktive Jugendliche an die Partei zu binden und zu integrieren. Selbstverständlich ist es richtig und wichtig, daß man dies, soweit es geht, auch mit den heutigen „Bewegungen“ versuchen sollte. Die Frage ist nur: wieweit geht dies, ohne die Identität und die Bedeutung der Partei aufs Spiel zu setzen? Hier stellen sich nun andere Ausgangsbedingungen als vor zehn Jahren. Denn damals, unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums und einer verbreiteten Aufbruchstimmung war auch die Mehrheit der traditionellen SPD-Anhänger und der nach Godesberg hinzugekommenen neuen Wählerschich-

ten offener für neue Wertorientierungen und gesellschaftspolitische Veränderungen. Heute dominieren bei ihnen dagegen die Sorgen um die wirtschaftliche Situation und diese Sorgen engen den Spielraum für „Neuorientierungen“ ein.

In dem Maße, in dem die „alten“ Fragen nach sozialer Sicherheit und nach sozialer Gerechtigkeit für die Mehrheit der SPD-Wähler wieder unmittelbar aktuell werden, wird die Integration der „neuen“ Fragen, vor allem aus der Ökologie-Bewegung, nicht leichter, sondern schwerer. Sie wird dann völlig unmöglich, wenn deren Verfechter sich gegen diese Erfahrung weithin immunisieren und statt dessen den Alleinvertretungsanspruch verstärken, allein zu wissen, was die „wirklichen“ Ziele der SPD zu sein hätten.

Integration darf nicht Verdrängung heißen. Sie kann nicht bedeuten, daß die Diskussionen der Partei ausschließlich von einer Seite aus bestimmt werden und die Fragen, Ängste und Erwartungen einer breiten Mehrheit in ihr zunehmend nicht mehr repräsentiert sind. In der Wahl der Themen, in der Wahl der Akzente, aber auch in der Form des Umgangs miteinander können sich viele in der SPD nicht mehr wiederfinden, die ihr traditionell verbunden waren oder nach Godesberg zu ihr gestoßen sind.

Integration darf daher auch nicht heißen, daß die traditionelle Programmatik der Partei, in deren Zentrum Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit stehen, in den Hintergrund tritt. Es muß bei allen Integrationsbemühungen abgewogen werden, inwieweit sie die Selbstdarstellung der SPD als einer zwar diskussionsfreudigen, aber im Zweifelsfall geschlossenen und an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerungsschichten orientierten Partei auf Dauer unmöglich machen. Wenn insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation und zurückgehenden Sozialprodukts die „alten“ Fragen für die Wähler der SPD wieder verstärkt aktuell sind, so werden sie wohl auch mit Aufmerksamkeit registrieren, ob die Sicherung von Einkommen und Lebensstandard, die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit auch bei tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschaft im Zentrum der innerparteilichen Diskussion stehen oder ob diese von anderen Fragen beherrscht wird, in der die Wähler die sie bedrängenden Probleme nicht wiederzufinden vermögen. „Jugend“ und „Basis“ findet die SPD nicht in Bürgerinitiativen, Demonstrationen und unter den Delegierten ihrer eigenen Parteitage, sondern auch in Betrieben, Büros, Berufsschulen und Vereinen.

Björn Engholm: Solidarität und Loyalität statt Frontenbildung und Profillierungssucht

Björn Engholm, Jahrgang 1939, 1st Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und gehört seit 1969 dem Bundestag an. Auf dem Zweiten Bildungsweg wurde der gelernte Schriftsetzer graduiert Sozialwirt und Diplom-Politologe. Veröffentlichungen zur Bildungsreform u. a. in NG 4/79, 12/79, 3/80, 2/81 und 9/81.

Reicht ein Schwarz-Weiß-Raster wirklich aus, um die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (oder die SPD) an der Jahreswende 1981/82 zu beschreiben? Trägt es bei zur Aufhellung der Probleme, mit denen wir es wirklich zu tun haben, wenn eine Frontstellung aufgebaut wird zwischen „dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits“ und „dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits“?

Die Frontstellung der Löwenthal-These 2 ist falsch

Ich verstehe, daß manche einen so einfachen Nenner suchen für die komplizierte Lage unserer Gesellschaft am Anfang des neuen Jahrzehnts. Aber eine solche Vereinfachung führt in Wahrheit zu einer schiefen Polarisierung: Zwischen den „eingegliederten Berufstätigen“, den „Normalen“, den sich „Einfügenden“, auch den „Arbeitsbesitzern“ und dem Rest der Gesellschaft, „dem Rand“, den sich einen anderen Weg Suchenden, den „Unnormalen“, den am Übergang in die „angepaßte“ oder, wie es einmal hieß, „formierte Gesellschaft“ noch Fragenden.

Eine so holzschnittartige Darstellung reißt Klüfte auf, wo Brückenschlag notwendig ist. Ist diese Sehnsucht nach dem einfachen Weg der Ausgrenzung nicht in Wahrheit Verweigerung gegenüber neuen Problemen? Wer diese Fronten so aufbaut, muß wissen, daß er dazu beiträgt, nicht nur Teile dieser Gesellschaft „abzuschreiben“, sondern auch Teile der SPD. Denn (und ich meine: glücklicherweise) die Sozialdemokratie widerspiegelt seit ihrer Öffnung durch das Godesberger Programm, was um sie herum vorgeht. Damit steht nicht in Einklang eine „Abschottung“ gegenüber relevanten neuen Bewegungen oder ein Trennungsstrich zwischen Mitgliedern unserer Partei. Wenn die SPD nicht den Anspruch verlieren will, eine Volkspartei zu sein, darf sie nicht Konflikte

in der Gesellschaft von sich weisen. Sie muß sie annehmen, bewußt und mit Kraft zur Integration: Sie muß sie austragen, auch stellvertretend für die Gesellschaft. So haben wir uns immer verstanden, und nur so bleibt die SPD eine lebendige Partei der Zukunft.

Die Probleme sind mit einfachen Formeln nicht zu lösen

Die besondere Problematik nahezu aller Industriegesellschaften – läßt man das Friedensthema einmal außen vor – wird schlaglichtartig beschrieben durch die Stichworte „Arbeitsmarkt“, „Energie/Umwelt“, „Wachstum“.

Arbeitsmarkt: Sind die hohen Arbeitslosenzahlen verursacht oder auch nur wesentlich beeinflusst durch eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber „grünen“ oder ökologischen Argumenten? Das wird im Ernst wohl niemand behaupten wollen.

Energie/Umwelt: Ist der Diskussionsstand nicht eigentlich längst überwunden, wo Ökonomie und Ökologie in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander gesehen wurden? Die Politik des sparsamen Einsatzes von Öl beispielsweise hat sich sowohl ökonomisch als auch ökologisch als sinnvoll erwiesen. Und der verstärkte Einsatz von energiesparenden Technologien schafft auch Arbeitsplätze, und zwar solche mit Zukunft.

Wachstum: Es wird im Grunde seit Jahren nicht mehr ernsthaft diskutiert, ob man Wachstum will oder nicht. Die Auseinandersetzung wird um die Frage geführt, was wachsen soll und wo Wachstum möglicherweise der Gesamtgesellschaft so große Folgekosten aufbürdet, daß es letztlich unökonomisch wird. Diese Diskussion, wie und wo Wachstum beeinflussbar ist, hat aus der ökologischen Bewegung wichtige Impulse erfahren.

Begriffliche Sanberkeit tut not!

Die umstrittenen Thesen plädieren für eine klare Entscheidung der SPD zugunsten der „arbeitsteiligen Industriegesellschaft“. Zur „arbeitsteiligen Industriegesellschaft“ gehören aber auch die Probleme von Resignation in unserer Jugend, der Isolation von Menschen, der Suche nach Ausgleich in neuen Lebensformen, auch wenn sie uns heute noch nicht tragfähig erscheinen. Man kann nicht nur die eine Seite einer Gesellschaft wollen und die andere verschweigen oder ins Abseits drängen. Bevor ich mich daher entscheiden kann, möchte ich genau wissen, was Autor und Unterzeichner unter der „arbeitsteiligen Industriegesellschaft“ verstanden wissen wollen.

Ist es nur die Gesellschaft der schon Eingegliederten, die Gesellschaft der Arbeitbesitzenden, oder ist es auch die Gesellschaft der kritisch Fragenden, der ihren Weg noch Suchenden, auch der abseits Stehenden?

Mir scheint, daß die Welt heute nicht mehr so einfach ist, als daß man alles und jedes mit Etiketten versehen und daraus jeweils die Interessenlage bestimmen könnte. Von Fehlentscheidungen etwa, die die Nachwelt irreversibel belasten, sind Kinder von Unternehmern, Arbeitnehmern und grünen Außenseitern gleichermaßen betroffen.

Die Arbeiterbewegung ist als „Randgruppe“ entstanden – sie muß offen bleiben für alle kritischen Geister einer Gesellschaft

Die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung waren – wenn man so will – „Aussteiger“ aus der damaligen Gesellschaft. Sie und ihre Nachfolger haben diese Gesellschaft nachhaltig verändert. Ohne solche Fragen „von außen“ und eine etablierte Gesellschaft wären Selbstzufriedenheit, Sterilität und Stillstand die Folge. Wir müssen es uns daher auch gefallen lassen, daß vieles immer wieder in Frage gestellt wird. Wir dürfen es uns nicht bequem machen durch Ausgrenzung und Etikettierung. Das gilt allemal für die SPD.

Denn: Wer die Fähigkeit der Partei zum Brückenschlag, zur Offenheit gegenüber auch unbequemen Herausforderungen aufgibt, amputiert sie von Kräften in unserer Gesellschaft, die nicht als Randgruppen abgetan werden können. Das Ergebnis wäre eine möglicherweise ruhigere, vielleicht auch stabilere, aber gewiß keine mehrheitsfähige Partei.

Schließlich auch: Wer eine Sozialdemokratie der „arbeitsteiligen Industriegesellschaft“ will (ohne all

jene Aussteiger, Nörgler, Kritiker und „Parasiten“, ohne unruhige Jugend, linke Ränder, Moralisten und Rigoristen . . .), der kann sie sich schaffen: Um den Preis des Niedergangs auf unter 30 Prozent. Regieren wird er auch dann noch können – freilich nicht unter dem Preis einer Großen Koalition. Ob den Thesenbefürwortern das klar ist?

Kritik ja – aber es kommt auch an auf Form und Methode

Was Form und Methode (notwendiger) innerparteilicher Auseinandersetzungen um Sachprobleme in der SPD angeht, so ist in den letzten Wochen und Monaten auf mehr als einer Seite geründigt worden. Es mangelt an Solidarität, insbesondere dann, wenn sich inhaltliche mit personellen Hintergründen vermischen. Eine solche Lage verdeckt in Wahrheit vorhandene Sachprobleme und verhindert ihre notwendige Klärung.

Gerade weil ich im konkreten Fall eine Inhaltsdiskussion für legitim und notwendig halte, frage ich: Warum werden solche Thesen, wenn sie für die Unterzeichner eine solche zentrale Bedeutung haben, nicht offen in die Debatte gebracht – etwa im Parteivorstand, im Parteirat oder auch in der Bundestagsfraktion? Warum werden sie zum Gegenstand einer Briefaktion gemacht, die ins Zwielicht geraten ist? Das „Spiel an die Bande“ war noch nie ein geeignetes Mittel einer vom Geist der Solidarität geprägten innerparteilichen Auseinandersetzung.

Ich bin für Ehrlichkeit, gerade dann, wenn es auch um Personen geht. Wer eine andere Politik als der Parteivorsitzende will, dem steht es frei, darüber auf Parteitag zu diskutieren.

Dietrich Sperling: Verärgertes Familienvater? Zu den Thesen von Richard Löwenthal

Dr. Dietrich Sperling, geb. 1933, ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Städ.

Richard Löwenthal hat seine Thesen scharf und „glänzend“ formuliert, so glänzend, daß er diejeni-

gen, die ihm mit ihrer Unterschrift gefolgt sind, durch diesen Glanz geblendet hat. Ich halte Richard Löwenthal für zu klug, um das Bild der sozialen Wirklichkeit, das er gezeichnet hat, für eine tragfähige Analyse zu halten. Die Funktion dieses Bildes ist taktisch, und die Thesen sind auf Provokation orientiert.

Nimmt man das, was er schreibt, für bare Münze, müßte die SPD ihr soziales Spektrum enorm verengen, und hätte man früher danach gehandelt, wäre die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik in einigen Zeitabschnitten der 60er und 70er Jahre ganz erheblich anders verlaufen.

Der Tenor der Thesen erinnert mich an die Stimmung eines verärgerten Familienvaters, dessen eigenes Erwachsenwerden mehr mit Disziplin und klaren Verhältnissen verbunden war als mit Diskussion und schnellem Wandel festgefügtter Strukturen und dazu passender Werthaltungen und der jetzt seine Kinder nicht mehr versteht, aber meint, mit einem klaren Wort und strammer Haltung wieder Ordnung schaffen zu können.

Der zentrale Punkt ist: Die soziale Wirklichkeit, die uns Richard Löwenthal vorstellt, zeigt eine im Grunde heile, wachsende Industriegesellschaft mit ein paar externalisierbaren Problemchen: Aussteiger. Das ist (bildlich gesprochen) das Ruhrgebiet der 50er und 60er Jahre. Und um im Bild zu bleiben: Das Ruhrgebiet ist eine alte Industrieregion mit bleibenden Strukturschwächen geworden. Die Wachstumsbereiche liegen woanders und sind nicht mehr industriell. Industriearbeit mit ihren entsprechenden „Tugenden“ und Werthaltungen nimmt ab. Die Zahl der Arbeitsplätze und Tätigkeiten in einem Dienstleistungsbereich nimmt zu, der Dienstleistung am Menschen bedeutet und andere Tugenden und Werthaltungen verlangt als Disziplin, Präzision und eindimensionales Maximierungsdenken. Dieser Wandlungsprozeß hat unter historischen Gesichtspunkten ein atemberaubendes Tempo und ist noch lange nicht zu Ende. Tugenden und Werthaltungen ändern sich zwangsläufig, wenn auch mit Zeitverzug und Brüchen.

Es ist falsch zu glauben, die Folgen dieser Entwicklung seien gesellschaftlich nur bei den ganz konsequenten Aussteigern und Verweigerern festzustellen. Darin liegt eine Selbsttäuschung, die ich Richard Löwenthal eigentlich gar nicht zutraue. Die unterschiedlichen Werthaltungen der verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft stoßen in der Frage des Umgangs des Menschen mit der Natur am härtesten

aufeinander. „Ausgrenzen“ kann da nicht helfen. Wenn da kein Dialog möglich ist, geht die soziale Basis für eine politische Änderung unserer Gesellschaft im Sinne der Ziele des Godesberger Programmes verloren.

Es gibt unüberbrückbare Grundfragen. Es ist aber wohl nicht notwendig, Kurt Schumacher zu zitieren, um klarzumachen, daß unterschiedliche geistige Herkunft in der SPD nicht überbrückt und „versinnlicht“ werden kann und soll. Notwendig ist eine Einigung über politische Handlungskonzepte. Warum soll es, um ein einfaches Beispiel zu nehmen, zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Tiefbau unbedingt notwendig sein, Autobahnschneisen durch Wälder zu schlagen und alle Bachläufe gerade zu betonieren? Verkehrsberuhigende Maßnahmen und der Bau von Fernwärmeleitungen, energiepolitisch und ökologisch viel sinnvoller, bieten die gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wer Werthaltungen, die vom industriellen Wachstum geprägt sind, nicht vertritt oder skeptisch beurteilt und Korrekturen im Umgang unseres Wirtschaftssystems mit der Natur für notwendig hält, ist mitnichten ein Randgruppenangehöriger oder Aussteiger, es sei denn, es gibt überhaupt nur noch Randgruppen.

Richard Löwenthal unterstellt eine Art von Klassenbewußtsein der schweigenden Mehrheit der Arbeitnehmer als Basis für die SPD, das es auch nur noch als Randgruppenbewußtsein gibt. Die SPD ist – wie jede andere Partei auch – ein soziales Bündnis von Gruppen unterschiedlicher Art, Zusammensetzung, geistiger Herkunft. Sie hat eine politische Integrationsleistung zu erbringen, die schwer und schmerzhaft ist.

Der Versuch der relativ größten Gruppe, dies aufzugeben, wäre der Verzicht auf eine Mehrheit für den demokratischen Sozialismus.

Philip Rosenthal: Löwen ohne Rosen führ'n In zu enges Tal Offener Brief an Richard Löwenthal

Philip Rosenthal Jahrgang 1916, ist Vorstandsvorsitzender der Rosenthal-AG und gehört seit 1969 dem Deutschen Bundestag an.

Lieber Genosse Löwenthal, und diese Anrede ist keine Leerformel, denn ich schätze Deinen Einsatz und teile voll Deine Meinung von der gefährlichen Unterschätzung der *Identität* in unserer Partei. Denn ob in einem Unternehmen, einer Partei oder der Demokratie überhaupt – es geht immer abwärts, wenn Augenblicksprobleme und Personenzwist zuviel und Perspektiven zuwenig bedeuten. Ich stimme auch mit vielem in Deinen 6 Thesen überein; deshalb hier nur 6 Überlegungen, wo sie mir einseitig und überzogen erscheinen.

Überlegung Nr. 1

Unser derzeitiges Tief ist keineswegs nur auf eine Identitätskrise zurückzuführen, sondern z. B. auch auf mangelnde Verständlichkeit unserer Politik gegenüber dem Normalwähler. Wenn davon mehr als die Hälfte nicht wissen, was „NATO-Doppelbeschluß“ bedeutet, dann zeigen wir den vernünftigen Mittelweg – Schmidts und Brandts – nicht deutlich genug auf. Zwischen: „Den Russen müssen wir's zeigen“ (Aufrüstungsgedonner) und naiven Pazifisten (die z. B. auch Hitlers Weltkrieg ermöglichten): Leise, aber bestimmt den Amerikanern sagen: „Wir sind verlässliche und auch dankbare Verbündete (Berlin-Schutz und Wiederaufbau nach dem Kriege), aber Ihr müßt wirklich in Richtung Abrüstung – und dies besonders in Europa – verhandeln“; und leise, aber bestimmt den Vernünftigen, die es auch im Kreml gibt und die lieber ihr Geld für Wohlstand als für Rüstung ausgeben würden, sagen: „Ihr müßt im Gleichgewicht abrüsten, und dazu gehören nicht nur Eure neuen Raketen, sondern auch Euer Übergewicht an Panzern und Bataillonen, sonst müssen wir nachrüsten.“

Überlegung Nr. 2

Wir Westdeutschen entwickeln uns ziemlich schnell vom Weltmeister im Fußball zum Weltmeister im Miesmachen. Und wir Sozialdemokraten schaffen es nicht, daß unsere Bürger nicht nur wissen, sondern auch empfinden, daß unser Deutschland in den 4 Rennen gegen den Wind der Energieverteuerung, nämlich im Rennen um Einkommen, Beschäftigung, Geldwertstabilität und soziale Sicherheit (von den Entwicklungsländern gar nicht zu sprechen), vor allen westlichen Industrieländern an erster Stelle liegt und sogar das reiche Amerika überrundet hat. Oder daß wir sie – auch wegen unserer freiheitlichen Demokratie – wieder stolz darauf machen, Deutsche zu sein.

Überlegung Nr. 3

Dein Plädoyer für eine arbeitsteilige Industriegesellschaft erscheint selbst mir, der in einem Unternehmen arbeitet, das soeben vom Europäischen Management Forum als eines der 100 Pionierunternehmen in Europa – 14 davon in Deutschland – ausgewählt wurde, gefährlich einseitig. Die arbeitsteilige Industriegesellschaft – die es in Moskau wie in Minneapolis und Mannheim gibt – ist ein Faktum, aber deshalb noch nicht motivierendes Ziel für eine Reformpartei. Genauso wie im 18. Jahrhundert die Landwirtschaft ein Faktum war. Aber die Identität

der Reformier von damals war ja nicht ein Ja zur Landwirtschaft, sondern die Frage, wem sie gehört und welche Rechte der in ihr arbeitende Mensch haben sollte. So ist zumindest Teil unserer Identität nicht die arbeitsteilige Industriegesellschaft, sondern die *Wirtschaftsdemokratie*. Schon das, was Sozialdemokraten bis jetzt geleistet haben, um den arbeitenden Menschen am Sagen und Haben (Mitbestimmung und Vermögensbildung) zu beteiligen, ist ein Hauptgrund unseres verhältnismäßig stabilen sozialen Friedens und so auch unseres Wohlstands. Davon sollten wir reden, und dafür sollten wir handeln. Warum soll die entgegen allem Argwohn konservativer Unternehmer auch wirtschaftlich funktionierende Mitbestimmung der Arbeitnehmer nur auf Aktiengesellschaften mit mehr als 2000 Arbeitnehmern beschränkt werden und nicht auf GmbHs und Personengesellschaften mit oft fünfmaligem Umsatz? Warum sollen nur 70 Prozent von den Unternehmen, die es nach dem Gesetz haben könnten, Betriebsräte haben?

Und der andere Teil der Wirtschaftsdemokratie: Mitbesitz. So wichtig wie damals Bauern statt Großgrundbesitz oder heute Kolchose. Seit 10 Jahren sagen es die Sachverständigen, daß mit Nominalöhnen allein wenig umzuveteilbar ist, weil alles, was über den Produktivitätsfortschritt hinaus verteilt wird, nur Investitionen verhindert und so die Arbeitsplätze verringert; oder um noch investieren zu können, erhöhen die Unternehmen die Preise, und dem Arbeiter wird das Geld, das er in die Lohntasche bekommen hat, aus der Preistasche wieder herausgezogen. Heute erkennen denkende Rechte wie Lambsdorff und denkende Linke wie Roth, daß die notwendigen Investitionen nur zustande kommen, wenn mehr und besonders die Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligt werden.

Aber unser Ziel Wirtschaftsdemokratie ist auch eine emotionelle Perspektive, wie es früher die politische Demokratie war. Warum ist diese stabiler als andere Systeme? Weil der Bürger das Gefühl hat, daß er einen Bürgermeister, einen Abgeordneten, einen Kanzler wählen und abwählen kann. Also beteiligt sein, mitbestimmen. Das ist unser wirtschaftlich und emotional funktionierender Mittelweg zwischen dem Großkapitalismus und dem Kommunismus, die beide durch Anonymität und Beziehungslosigkeit versagt haben.

Überlegung Nr. 4

Gibt es nicht in Ländern und Zeiten, als die Landwirtschaft das essentielle Faktum war, beliebig viele

Beispiele, wo *falsches* Wachstum sie zerstörte? Zum Beispiel in den Sahara-Randzonen oder auf den griechischen Inseln, wo Abholzen, um mehr Schiffe zu bauen, die Landwirtschaft zerstört hat. Ist nicht Persien ein überdeutliches Beispiel, wohin die Überbewertung des materiellen Wachstums führt? Der Schah und seine Berater haben in diesem Land durch westliche Wachstumspolitik unheimlich schnell den materiellen Lebensstandard dort verbessert. Aber sie haben die realistische Erkenntnis, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, nicht berücksichtigt, und das Ergebnis war eine genauso einseitige, dumme, grausame, aber eben dadurch verursachte Gegenreaktion.

So gehört es doch als essentielle Perspektive zur Identität unserer Partei, darauf aufmerksam zu machen, daß blauer Himmel über der Ruhr, sauberer Rhein, erhaltene Landschaft, kommunikative Städte und Dörfer mehr für das menschliche Wohlbefinden zählen, als noch 'ne Pille, noch 'n Eierkocher, noch 'n Fernsehprogramm, noch 'n fremdorganisierter Urlaub. Wichtiger als noch 'ne Straße, auf der man mit dem Auto durch die Stadt rasen kann, wichtiger als Innenstädte durch graue Riesenhäuser von Banken und Versicherungen zuzumauern und veröden zu lassen und den mittelständischen Einzelhandel, der noch Kommunikation bringt, zu verdrängen, weil er die Mieten nicht mehr zahlen kann, sind Fußgängerzonen, wo Menschen wieder etwas einkaufen, etwas anschauen, etwas essen und zusammenkommen können. Oder wollen wir wachstumsarbeitsteilig das schon selbstmordnahe New York nachmachen?

Überlegung Nr. 5

Irrst Du nicht, wenn Du glaubst, daß dieser Zweifel an nur materiellem Wachstum, also höherem Lebensstandard allein, nur auf Aussteiger, Spinner und Faulenzer begrenzt ist? Bewußt, aber vor allem unbewußt, verbreitet sich die uralte Weisheit, daß Geld allein nicht glücklich macht, mehr oder weniger in allen Schichten, nicht nur unseres Volkes, sondern der westlichen Welt. Unsere Identität ist eine rechtzeitige Balance – ich benutze jetzt auch ein Schlagwort: „Arbeiten, um zu leben, und nicht nur leben, um zu arbeiten.“

Neben der Perspektive „Wirtschaftsdemokratie“ ist eine Perspektive für unsere Schul- und Studienwelt nötig: damit der werdende Mensch nicht nur zum Wissen, sondern zum Leben erzogen wird. Ein biß-

chen weniger Stunden für Wissensfächer und mehr für Liebe zur und Verständnis für unsere Umwelt, von der Pflanze bis zum Wald, von der Kleidung bis zur Wohnung und Stadt. Für Mannschaftssport und vor allem für praktische Kommunikation untereinander, wie es die Odenwald-Schule und die englischen Schulen früher praktiziert haben. Endlich einmal wieder zwischen Abitur und Studium 1½ oder 2 Jahre „Lehr- und Wanderjahre“ einzulegen (praktisches Leben, Gleicher unter Gleichen zu sein), ob es durch Wehr-, Zivil- oder sozialen Entwicklungsdienst in der Dritten Welt ist. Dann bekommen wir auch nicht wieder eine neue Klassentrennung, eine Bildungsaristokratie, auch mit einem gefährlichen Übergewicht in unserer Partei. Komischerweise versagen diese Nur-Spezialisten ohne Lebenserfahrung auch oft dann, wenn sie in die wirklich führenden Positionen kommen, wo Balance und Überblick wichtiger sind als Spezialkenntnisse.

Überlegung Nr. 6

Unterschätzt Du nicht unsere Stammwähler, unsere Zielgruppen, die Arbeiter, Angestellten, Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und den Mittelstand? Gibt's unter denen, ob Arbeiter oder Assistent, nicht genauso viele Junge zwischen 15 oder 50 Jahren wie bei den Pfarrern und Professoren? Und die sind die entscheidenden. Die zu motivieren für eine bessere Welt draußen und drinnen, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger wichtig wie ihre materielle Interessensvertretung.

Extreme rechts und links ausschalten – ja. In Zweifelsfällen wäre oft Ignorieren besser – denn Hochspielen gibt nur unseren Gegnern Futter –; aber nur negative Wirkung bei allen unseren Wählern hat es, wenn wir, nur in Nuancen und Methoden Andersdenkende bei uns schon irgendwie als nicht ganz astrein ansehen. Schlimmste Simplifikation wäre ein Schmidt *oder* Brandt. Und zwar sowohl für unsere Regierungsfähigkeit als längerfristig für die Partei (übrigens oberflächlich und beleidigend für beide, denn der eine hat doch auch Verständnis für eine vernünftige Umwelt und der andere für eine vernünftige Wirtschaft). Also Schmidt *und* Brandt. Eine vernünftige Balance zwischen Umwelt und Wirtschaft und eine demokratische Struktur dieser Wirtschaft – da liegen unsere Perspektiven, da liegt unsere Identität, und wir haben allen Grund stolz darauf zu sein.

Dein Philipp Rosenthal

Dietrich Jörn Weder: Nicht irgendwelche Aussteiger, sondern politisch Enttäuschte Löwenthals Theorien und die politi- sche Wirksamkeit

Dr. Dietrich Jörn Weder, Jahrgang 1936, 1st Rundfunk- und Fernsehkommentator beim Hessischen Rundfunk. Sein besonderes politisches Interesse gilt der Wirtschaftspolitik und der Ökologie.

Löwenthals Analyse dringt nicht bis zu den Wurzeln der Krise der SPD und der bundesdeutschen Gesellschaft vor und ist deshalb im Ergebnis irreführend. Würden Löwenthals Empfehlungen zum erklärten Programm der Partei, lenkten sie diese erst geistig, dann politisch ins Abseits.

Brauchte die SPD nur einen Trennstrich zu den jugendlichen Aussteigern zu ziehen, um mit sich und ihren Wählern ins Reine zu kommen, sollte sie dies ohne Zögern und Geschrei tun. Nur wer die Berliner Alternativkultur allzu dicht vor Augen hat, dem kann sich bundesdeutsche Wirklichkeit dahin verzerren, daß er meint, die Anziehungskraft der SPD hinge davon ab, wie sie sich zu Fixern und Ökofreaks stellt.

Bereits ein Fünftel der Jugendlichen neigt laut einer Studie der Shell bei der Stimmabgabe grünen und alternativen Listen zu. Das heißt nicht, daß ebenso viele junge Menschen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft unumkehrbar den Rücken gekehrt haben, sondern es bedeutet, daß mehr und mehr von ihnen an der menschen- und umweltverträglichen Gestaltbarkeit dieser Gesellschaft durch die bisherige politische Praxis zu zweifeln beginnen.

Die Gruppe der zum Ausstieg bereiten Jugendlichen wird groß oder sehr klein sein, je nachdem, wie es gelingt, das Wirtschaftsgeschehen und den Schutz der Umwelt miteinander zu versöhnen, eingeschlossen die Gestaltung eines Arbeitslebens, das der seelischen und körperlichen Gesundheit des Menschen zuträglich ist und so auch die Qualität des Erzeugten fördert. Die Entmenschlichung der Produktion entspringt doch nicht der kranken Sicht überempfindsamer Jugendlicher, sondern sie ist eine allgemeine Festlegung der organisierten Arbeitnehmerschaft, der letztere, wenn auch ohne durchschlagenden Erfolg, mit der Forderung nach Humanisierung des Arbeitslebens begegnet.

Was eine Minderheit der Jugendlichen dazu treibt, Steine zu werfen, zu resignieren oder nach alternati-

ven Lebensformen zu suchen, das hat längst auch breite Schichten Älterer als mehr oder weniger dumpfes Unbehagen am Gang der Dinge befallen, darunter selbst solche, die alle Demonstranten für Sozialschmarotzer halten und sich an Stammtischen für ein Aufräumen mit denselben aussprechen.

Der Krise in der SPD entspricht eine Krise in der bundesdeutschen Gesellschaft. So hat die sozialliberale Koalition Vollbeschäftigung zu einer vorrangigen Aufgabe ihrer Politik erklärt, doch das Unvermögen der Regierungen in Bonn und andernorts, jedermann Arbeit zu schaffen, ist unübersehbar. Wissen und beschreiten Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung Wege, die mit vertrauenserweckender Wahrscheinlichkeit zum Ziel der Vollbeschäftigung hinführen? Oder fällt regierenden Sozialdemokraten auch nichts anderes ein (oder bleibt ihnen nichts anderes übrig), als den kleinen Mann vielfältig zur Ader zu lassen, um die Unternehmerschaft in den Stand und in die Laune zu versetzen, doch gefälligst bitte mehr zu investieren, damit das Angebot – in den Worten des Sachverständigenrates – seine eigene Nachfrage schafft, Reaganomics der Richtung nach, wenn auch gschamig nicht so genannt? Könnten es die verschwimmenden sozialdemokratischen Konturen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, die Arbeitnehmer der Partei der Arbeit entfremden?

Daß die Friedensbewegung den Lebensnerv der Partei berührt, ja daß sie die heutige Hauptrechtfertigung der Sozialdemokratie in Frage stellen kann, besser als andere den Frieden zu bewahren, das hat Richard Löwenthal richtig erkannt. Doch zu viele Funktionäre und noch mehr Mitglieder der SPD wollen sich nicht dazu bekennen, daß der richtige Weg zu einer Verringerung der Gefahr eines Atomkrieges über den sogenannten Doppelbeschuß der NATO führt; denn sie glauben, daß die eventuelle Aufstellung der als Erstschlagwaffen einsetzbaren Pershing II-Raketen ausschließlich auf bundesdeutschem Boden keinen Zugewinn an Sicherheit bringt, sondern die denkbar schwerste Hypothek für unser Überleben darstellt.

Daß die vorher ins Lächerliche gezogene Null-Lösung nunmehr aus vielen Gründen zu einem erstrebenswerten und angeblich auch erstrebten Ziel der Genfer Verhandlungen geworden ist, ist wesentlich ein Verdienst der Friedensbewegung. Führen die von Helmut Schmidt mit Weitsicht und Geschick in Gang gebrachten Verhandlungen trotz ihres engen Zeitrahmens tatsächlich zu einer Null-Lösung oder in deren Nähe, dann gebührt dem Kanzler die Krone des Friedensstifters, und auch auf seine Partei fällt

von diesem Glanz etwas ab. Werden die Raketen aber, wie beschlossen, hier plaziert, trennen sich die heute zum Teil noch gemeinsamen Wege von SPD und Friedensbewegung, es sei denn eine SPD in der Opposition machte ebenfalls gegen die neuen Atomwaffen Front. Es ist ja eine wesentliche Eigenschaft dieser neuerlichen Bewegung, daß sie dem Gleichgewicht des Schreckens – gleichgültig auf welchem Niveau – nicht mehr vertraut und daß sie die Sicherheit der Deutschen nicht mehr allein den Politikern überlassen will. Wie es zwischen SPD und Friedensbewegung weitergeht, ist nicht eine Frage des geschickten Umgangs mit einem unvernünftigen Kind, sondern ist abhängig von sichtbaren Abrüstungserfolgen.

Den bislang unaufgelösten Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und der Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens auf unserem Planeten übergeht Löwenthal, so als gäbe es diesen Widerspruch nicht oder als sei er eine Erfindung von ausstiegssüchtigen Alternativlern. Man muß doch mindestens ein Auge zumachen, um behaupten zu können, die Umweltpolitik seit 1969 habe die wirtschaftlichen Erfordernisse einerseits und den Schutz der Natur wie der menschlichen Gesundheit andererseits in Einklang gebracht.

Die großräumige Zersiedlung und Vergiftung bundesdeutscher Landschaft ist seitdem in atemberaubendem Tempo fortgeschritten. Ein großer Teil aller Tier- und Pflanzenarten nähert sich der Ausrottung, indem ihnen ein Refugium nach dem anderen entzogen wird. Durch einen Riesenaufwand an Kläranlagen ist es gelungen, die sauerstoffzehrende Schmutzfracht der großen Flußläufe zu erleichtern, dafür hat die Giftigkeit der Abwässer zugenommen. Die Schloten der Industrie stoßen weniger Staub und Ruß aus, aber die Emission von Schwefeldioxyd ist so stark geblieben, daß unter dem sauren Niederschlag unsere Wälder zu sterben beginnen.

Was ist das für ein Land, dessen oberste Gesundheitsbehörde die Menschen davor warnen muß, nicht mehr als einmal in der Woche tierische Innereien oder Pilze zu essen, um nicht allzu viele Schwermetalle oder andere giftige Rückstände in sich aufzunehmen? Wo junge Mütter fürchten müssen, ihre Kinder mit der eigenen Milch zu vergiften? Wo selbst solche Umweltschutzmaßnahmen unterbleiben, die technisch machbar und wirtschaftlich tragbar sind, vermutlich sogar weit mehr Schaden verhüten, als sie Kosten verursachen (z. B. Schwefelabsorption in Kraftwerken oder Autoabgasreinigung), wo die Regierung nicht einmal genug Macht oder Mut

besitzt, um Getränkeherstellern Pfandflaschen vorzuschreiben? Da kann man sich nicht wundern, wenn aufgeklärte Bürger in dieser Hinsicht in die bisherige politische Praxis keine Hoffnung mehr setzen.

Es waren nicht der Traum vom Öko-Hof oder die Sehnsucht nach Selbstgestricktem, die am 14. November 1981 150 000 Menschen zum Demonstrieren auf die Straßen Wiesbadens trieben. Die handfeste Drohung vielmehr, daß die letzte große geschlossene Waldung des überstrapazierten engeren Rhein-Main-Ballungsgebietes dem Bau einer dritten Startbahn des Frankfurter Flughafens zum Opfer fallen soll, vereinte alle diese Menschen im Protest. Getragen von der Sympathie vieler Bürger außerhalb ihres Gebietes, verteidigt die Bevölkerung der hauptbetroffenen Region, praktisch geschlossen von CDU bis DKP, den Rest intakter heimatlicher Natur, dafür Strapazen, Polizeihiebe und finanzielle Opfer in Kauf nehmend: Alles Aussteiger?

Gestützt auf ein nahezu einhelliges Votum seiner Gewerkschaftskollegen gegen die Startbahn West, sagt Gerhard Wink, Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers der Opel-Werke in Rüsselsheim: „Wenn wir hier nicht mehr leben können, dann können wir auch nicht mehr arbeiten.“ Offenbar sitzt der grüne Wurm schon im Kerngehäuse der Arbeiterbewegung. Eine Mehrheit der hessischen Arbeiter, denen die Bäume des Mönchsbruchs zu ferne stehen, mag desensibilisiert den Startbahnbau für richtig halten, doch genug andere, nicht minder sozialdemokratisch gesinnte Bürger läßt das Projekt der Regierung in Wiesbaden uneins werden, so daß selbst treue Stützen Holger Börners für den nächsten Wahltermin schwarz sehen.

Wenn ohne weiteren Raubbau an der Natur gleichwohl nicht genug neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, könnte Richard Löwenthal dennoch recht haben: Dieses und andere derartige Projekte müßten im Interesse der Mehrheit durchgestanden werden. Aber ob die Beschäftigungswirkung den Preis an grüner Substanz und den politischen Einsatz wert ist, ist ja nicht nur in diesem Fall höchst strittig. Jedenfalls wird hier ein Weg der Arbeitsplatzbeschaffung beschritten, dem sich in unserem dicht bevölkerten und industriebesetzten Land viel Raum nicht mehr bietet. Ich teile die Überzeugung der Hauff'schen Umweltkommission, daß wir schleunigst eine „Kreislaufwirtschaft“ ansteuern müssen, die sich im langfristigen Gleichgewicht mit ihrer natürlichen Umwelt befindet.

„Die Menschen, die sich um die Erhaltung unserer Umwelt sorgen, müssen die Industriegesellschaft im

Ganzen verändern.“ Auch diese im Öko-Papier der SPD getroffene Feststellung ist unbestreitbar richtig. Alles andere ist unzulängliches Reparaturflickwerk.

Würde sich beispielsweise die SPD daran machen, die im gleichen Papier skizzierte ressourcenschonende Verkehrspolitik in die Tat umzusetzen, brauchte sie nicht irgendwelchen Aussteigern nach-

Karl Kühne: Zehn Thesen eines Ökonomen zum Löwenthal-Syndrom

Dr. Karl Kühne, Jahrgang 1917, ist Abteilungsreferent beim Hauptverwaltungsrat der EWG in Brüssel. Er hat zahlreiche wirtschaftspolitische Bücher und Zeitschriftenartikel veröffentlicht.

In der Debatte „Löwenthal kontra Brandt“ fehlt es vielleicht etwas an leidenschaftsloser Sachanalyse; eine (möglicherweise leicht impertinent wirkende) ökonomische Betrachtungsweise könnte dabei sicher nicht schaden.

1. Die Debatte um die Frage, ob die SPD sich mehr nach links oder nach rechts orientieren soll, wird am „Aussteiger-Problem“ aufgehängt; das ist zunächst ein soziologisches Problem: Wandern mehr schwankende Wähler mit Rechtsdrall zur CDU ab, oder bleiben mehr Stammwähler zu Hause, wenn das Bild der Partei stärker von Linken geprägt wird, oder stellen die Linken (die ja wohl nicht sämtlich als „Aussteiger“ bezeichnet werden können) ein Stimmenreservoir der Partei dar, das man unbedingt halten muß? Andersherum gefragt: Wenn nun schon nicht mehr die Rede vom potentiellen Zugewinn ist, wo glaubt man dann mehr zu verlieren – am linken oder rechten Wählerfiskus? Man kann diese soziologische Frage, die die Umfragen zu beantworten suchen (vor ihrer Überschätzung sei gewarnt!) dann ins Ökonomische wenden, wenn man fragt: Wo setzt die Partei ihre Energien am wählerwirksamsten ein – bzw. am wirtschaftlichsten (es geht ja auch um Geld); beim Halten der rechten Stimmen oder beim Wiedergewinnen der Linken? Mir will scheinen, daß mit dem Auftauchen der Alternativen Listen, den Ökologen- und Friedensdemonstrationen bereits ein gewisser Verlust links und stärker als rechts zu verzeichnen ist.

zulaufen, sondern sie könnte mit Zusteigern selbst aus diesem Potential rechnen. Der Gegensatz zwischen den unerschütterten Anhängern der bisherigen Wirtschaftsweise und den bereits alternativ Denkenden ist überbrückbar durch die SPD, die frühzeitig die neuen Horizonte ins Auge faßt und sich konsequent auf diese zubewegt.

2. Man kann sich wohl nicht darauf verlassen, daß (wie bei der letzten Bundestagswahl) in breiten Kreisen der Jugend und der potentiell „Alternativen“ die Einsicht groß genug ist, daß sie beim Stimmen für eine eigene Liste nur der CDU/CSU zum Siege verhelfen (siehe Berlin). Wenn man diese linken Wähler also sowieso als verloren ansieht, kann man natürlich so argumentieren, daß es kräfteökonomischer ist, sich auf das Halten rechter Wähler zu konzentrieren, zumal in Teilen der Arbeitnehmerschaft (und auch der Arbeiterschaft, die zahlenmäßig zurückzutreten beginnt), ein Rechtsdrall (teils auf dem Wege über Steuer- und Abgabenverdrossenheit) spürbar wird. Sollte sich bei uns das Reagan-Phänomen wiederholen, daß Arbeiter diejenigen wählen, die die Sozialleistungen drosseln werden?

3. Die Tendenz, mehr auf die Verluste rechter Marginalwähler als auf die linker Elemente zu achten, wurde noch durch den „abgewandelten politischen Zyklus“ verstärkt. So wie der polnische Ökonom Michal Kalecki dessen Auftreten 1943 vorausgesagt hatte, bedeutet dieser, daß jede amtierende Regierung die Tendenz hat, vor einer Wahl die Wirtschaft anzukurbeln (und dabei mehr oder weniger zu inflationieren) und dann nach der Wahl zu dämpfen (bzw. Deflation zu treiben)! Konservative Regierungen in Großbritannien sind Paradeferde dafür, und bei uns waren es seinerzeit Schäffer und Erhard. Sozialistische Regierungen dagegen laufen Gefahr, zwar auch nach der Wahl deflationär zu dämpfen, aber vor der Wahl selbst vor milden Ankurbelungen zurückzuschrecken, weil sie etwas inflationär wirken könnten. Woher dieser Zwiespalt der Natur? Die Angst vor der Inflation erklärt sich nicht nur aus den Erfahrungen der frühen zwanziger und der Mitte der vierziger Jahre, sondern vor allem aus der Tatsache, daß die Marginalwähler der Sozialdemokraten auf jede Preissteigerung nervöser reagieren als auf Steigerungen der Arbeitslosenquoten: Junge „Aufsteiger“, auch gehobene Facharbeiter, die in die Stadttrandsiedlungen

abwandern und ein erkleckliches „Nestei“ auf dem Sparkonto haben, fürchten dessen Entwertung, aber rechnen wenig mit Arbeitslosigkeit, die sie seltener trifft... Die Rücksicht auf diese Marginalwähler deckt sich mit dem Anliegen Löwenthals und seiner Vernachlässigung derer, die er etwas global als „Aussteiger“ abqualifiziert. Ist man lange genug arbeitslos, rutscht man in diese Kategorie.

4. Nun wird das Bild allerdings dadurch unklarer, daß erstens die Zahl der Arbeitslosen wächst und damit ein Teil der Marginalwähler, die sich für „Aufsteiger“ hielten, zu „Aussteigern“ werden kann, und daß man sich der Masse der Arbeitslosen keineswegs mehr so sicher ist wie dereinst. Wer jahrelang arbeitslos ist, tendiert dahin, aus der Not eine Tugend zu machen und die „Aussteigerphilosophie“ zu übernehmen. Man wird radikal, links, wenn nicht gar ultrarechts. Auch ein Großteil der von der Partei-rechten verächtlich als „Bafög“-Sozialisten diffamierten linken Studenten gehört wohl in die Kategorie der verkappten Arbeitslosen.

5. Soweit aber offene und versteckte Arbeitslosigkeit „sparwutbedingt“ ist und auf die Haushaltsdrosselungspolitik der Koalition zurückzuführen ist, könnte man zu der Ansicht kommen, daß die Rechte der Partei, insofern sie mit der FDP diese Politik trägt, mit quasi-konservativer Wirtschaftspolitik am laufenden Bande ihre eigenen Linken selbst produziert. Und umgekehrt: Eine Rückkehr zur neoklassischen Wirtschaftspolitik, wie sie im Stabilitätsgesetz dereinst konzipiert war, und zur bewußten Rezessionsbekämpfung wäre auf dem Wege über die Vermehrung der Arbeitsplätze das beste Mittel, dafür zu sorgen, daß es nicht zum „Hochzüchten“ einer Menschengruppe kommt, die sich nicht mehr einordnen kann – auch nicht in die Mindestdisziplin, wie sie jede politisch bewußte Partei erfordert. Arbeitsbeschaffungspolitik wäre die beste Wahlpolitik! Statt dessen hat man den Eindruck, daß die Koalition wie das Huhn am Kreidestrich gebannt auf das Straußenei der fiktiven Staatsschuldenprobleme starrt. Die Koalition steht über dem im Bundestagswahlkampf erlegten Wildbret des Vogels Strauß und nimmt das Haut-Guß ihrer Jagdtrophäe an, oder, weniger drastisch ausgedrückt: Sie kommt in den Geruch, an einem psychischen Staatsschuldenkomplex zu leiden – aus dem sehr real das linke Aussteigertum resultiert.

6. Mit der Verbreiterung der Randschichten, die ausgestoßen werden aus dem Produktionsprozeß, muß sich die politische Drohung, die daraus resultiert, allmählich verschärfen. Das jeden Linksdralls

unverdächtige Deutsche Industrieinstitut hat schon 1977 (Studie von G. Butler/B. Hof, Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahre 2000, Köln 1977, S. 103, 127, 107, 117 und 112)

- die Arbeitslosenziffer bei „Miniwachstum“ für 1980 nahezu richtig auf 1,78 Millionen geschätzt, 1,2 Millionen mehr, als bei maximal realisierbarem Wachstum erreicht werden könnte;
- ermittelt, daß der Beschäftigungsstand von 1965 auch bei 4% durchschnittlichem Jahreswachstum erst in 23 Jahren wieder erreicht werden könnte;
- die Befürchtung geäußert, daß bei einem Miniwachstum von im Schnitt 2% im Jahresdurchschnitt (bei dem wir etwa angelangt sind) bis zum Höhepunkt der demographischen Welle 1988 etwa 3,1 Mill. Arbeitslose gezählt werden dürften;
- bis zum Jahre 2000, wenn die Geburtenziffern weiter sinken und nicht mehr Ausländer zuwandern, „nur“ eine Arbeitslosenquote von 6,2% verbleibt – also eine Verewigung des Aussteiger-Syndroms.

7. Die Diskussion beim Eichler-Symposium (Die Neue Gesellschaft, 12/81) hat wie in einer Nußschale die Argumente von rechts und links zusammengefaßt: *Rechts* ist danach eine Bejahung des Industriezeitalters, „Bruttonationalproduktssozialismus“ plus Verteilung aus Zuwächsen, Sicherung von Arbeitsplätzen, Umstrukturierung der Wirtschaft auf produktivere Wachstumsbereiche (nicht nur Defensiv!).

Links ist gleichzusetzen mit Anrennen gegen Industriegesellschaft, ist Umwelt- und Lebensqualitätsbetonung, Utopie, „Humanität auch außerhalb der Konsumgesellschaft“, Freiheitsbegriff mit Utopie-Einschlag, Betonung des Außerökonomischen (aber nicht Askese?). Sollte es da keine Versöhnung geben?

Am Gegensatz zwischen „konservativen“ Arbeitern und „intellektuellen“ Angestellten (die an Zahl absolut und relativ zu überwiegen beginnen, kann man diese Problematik nicht aufhängen: Letztere sind vielfach Arbeiter mit Monatsgehalt – die statistische Unterscheidung ist oberflächlich. Alle Jobs, auch die der Handarbeiter, werden „intellektueller“ – nur daß Akkordlöhne den Arbeiter vielleicht als „Unternehmer seines eigenen Körpers“ rentabilitätsbezogener machen, aber auch produktivitätsbewußter und – eingedenk seiner Verwundbarkeit – absicherungsbedürftiger.

Die SPD steht und fällt mit der Kombination von Vollbeschäftigungswillen plus Umverteilung plus Umstrukturierung des Gesellschaftssystems über Mitbestimmung und teilweiser Gemeinwirtschaft.

Der Wohlfahrtsstaat, der das „Aussteigen“ erst ermöglicht, ist überall in Europa von ihr in erster Linie getragen worden. Vor dem Gegenangriff konservativer Kräfte, die ihn abbauen wollen, haben Linke wie Rechte (in der Sozialdemokratie) alles Interesse, eine gemeinsame Defensivfront zu bilden.

Die Ausweitung des Staatsanteils stand gewiß einmal auf dem Programm der SPD. Die Tendenz geht aber sowieso in diese Richtung – einfach weil öffentliche Güter und Leistungen für den Staat im Preise rascher steigen. Konservative Parteien können diesen Trend nur verlangsamten, nicht verzögern. Aus der Not eine Tugend zu machen und bewußt Kollektivnachfrage zu fördern, wäre ein Programmpunkt, auf den sich auch diejenigen festlegen könnten, die die Konsumgesellschaft nicht lieben.

Die konservative Gegenrevolution bedroht gerade in dem Augenblick, in dem das Wachstum nachläßt, die damit ohnehin schwerer gewordene Umverteilung – unter Berufung darauf, der Staat dürfe sich nicht verschulden. Daß mit der Verweigerung öffentlicher Investitionen und des damit aufgebauten Produktivkapitals der Gesellschaft gerade auch im Bildungsbereich übermorgen noch weniger zu verteilen wäre, sollte die SPD stärker betonen, statt ihres Hausvaterkomplexes. Linke Hausbesetzer demonstrieren letztlich gegen das Fehlen einer sozialistischen Wohnungsbaupolitik à la Rotes Wien . . .

Nun kann man natürlich behaupten, der „rechte Abschwimmer“ oder Zu-Hause-Bleiber leide auch oder gerade am Staatsschuldenkomplex. Soweit er allerdings Bauunternehmer, Bauhandwerker, Bauarbeiter oder Kleinunternehmer überhaupt (einschließlich der Landwirte) ist, dürfte er mit Recht verärgert abwandern wegen der Drosselung öffentlicher Investitionen, die die Bundesregierung auslöst (beim öffentlichen Tiefbau allein minus 16%). Daß dieser „Abschwimmer“ dann bei denen landet, die den öffentlichen Sektor noch mehr drosseln wollen, merkt er zu spät.

Ob die Polen-Ereignisse und die damit ausgelösten (oder geschürten) Kriegsängste den Rechtsdrill noch vermehren, bleibe dahingestellt; wahrscheinlicher ist, daß sie die Friedensbewegung stärken. Die Protestler dieser Bewegung wollen aber keineswegs „aus der Gesellschaft aussteigen“, wie Löwenthal meint, sondern nur aus der Gesellschaft derer, die derartige Desintegrationserscheinungen des östlichen Systems (zu denen auch das gegenseitige Umbringen der Parcham- und Khalq-Kommunisten in Afghanistan gehörte, das zum unmittelbaren Anlaß des dortigen Einmarsches der Sowjets führte, wie man meist ver-

gessen hat – die vorhergehende Niedermetzlung der Anhänger des Nichtkommunisten Daoud hatte merkwürdigerweise zu keinem Aufschrei im Westen geführt!) immer nur mit Gegen-Raketenrüstung beantworten zu können meinen. Man darf die Frontstellungen nicht vereinfachen: Breite Teile der Friedensbewegung überschneiden sich mit jener Masse der Berufstätigen aller Art, auf die Löwenthal setzen will, und sie ist keineswegs in erster Linie mit Lehrer- und Pfarrerkreisen identisch, wobei letztere ja durchaus nicht nur Seelen, sondern physische Existenzen vor dem Atomtod reiten wollen, gegen den sich die Sozialdemokratie dereinst verschworen.

8. Richtig ist eines: Rechte wie Linke (in der Sozialdemokratie) haben Grund genug, sich an die Brust zu schlagen. Erstere produzieren mit dem Verzicht auf aktive Wirtschaftspolitik Aussteiger in Massen und verprellen mit einer Intra-NATO-Politik, die als einseitig verstanden wird, einen Großteil der Jugend. Letztere treiben nicht selten mit intellektuellem Hochmut Arbeitermitglieder und –wähler in Spätdauersitzungen zur Weißglut, vor allem auch dann, wenn sie deren Streben nach Sozial- und Reallohnfortschritt verteufeln, liebäugeln mit Eigenbrödelei (Jochen Steffen ist leider ein Beispiel) alias Parteisplaltung, die nur der echten Rechten nutzt. Wenn die Linke (im Juso-Programm, in den „Memoranden“) mitten in der Rezession Sozialisierungsprogramme predigt, läuft sie nicht nur Gefahr, auf taube Ohren zu stoßen, sondern wirkt einfach inaktiv. Aber es geht doch gar nicht darum, daß derart Extreme die Oberhand bekommen – es geht nur darum, ob man sie davon abhalten kann und soll, eine USPD zu gründen.

9. Rechte wie Linke sollten sich über eines klar sein: Angesichts der Stetigkeit der deutschen Wählerschaft würde ein Zerfall der Partei diese wohl für ein Vierteljahrhundert vom Fenster weg bringen. Allerdings: Man kann sich nicht an die Regierungsfunktion klammern wollen um der Macht willen – man muß auch damit etwas anfangen wollen. Es ist nicht angängig, über ein Jahrzehnt darauf bestehen zu wollen, daß Reformen nichts kosten dürfen. Das Aussteiger- wie das Ausländerproblem können nur entschärft werden, wenn es gelingt, Konjunktur und Sozialproduktwachstum anzukurbeln – unter Wahrung aller Kautelen gegenüber der Umwelt und Außenwelt. Das kann aber eher die gemäßigt-keynesianische Linke als die „Spar-Rechte“. Sicher: Ein anderer Teil der Linken droht das Wachstum zu verteufeln, ohne zu bedenken, daß dies nur ein Meßgerät, ein Fieberthermometer ist, das man nicht gut wegwerfen

kann, weil einem das Fleber nicht behagt – und ohne zu erkennen, daß eine Nullwachstums-Gesellschaft zum Mafia-System à la Sizilien-Neapel werden muß, weil man sich darin nur noch über die Krümen eines gleichbleibenden Kuchens prügeln würde. 10. Erster Ansatzpunkt für eine Einigung von rechts bis links wäre ein Zusammenraufen in der Wirtschaftspolitik, wo beide sich auf der Zwischenposition eines wiederbelebten Keynesianismus finden könnten, wie er etwa in den USA in James Tobin verkörpert wird, der bezeichnenderweise gerade jetzt – im Augenblick des Schiffsbruchs des Monetarismus in Großbritannien und in der Reagan-Rezession – mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Ein solcher sozialistischer Keynesianismus, gekoppelt mit echtem Friedenswillen, kann die Position der Mitte in der Partei wiederherstellen, die sie allein vor dem

Herbert Tieber: Die sozialliberale Wählerkoalition der SPÖ

Der Diplom-Volkswirt Herbert Tieber ist Sekretär des Kommunalpolitischen Referates der SPÖ in Wien.

Die Sozialistische Partei Österreichs nimmt im Rahmen der Sozialistischen Internationale gewiß eine herausragende Rolle ein. Mit einer Mitgliederzahl von 717 759 (Stichtag 30. 6. 1981) bei 7,5 Millionen Einwohnern und 2,4 Millionen SPÖ-Wählern und mit 71 891 Vertrauenspersonen erreicht sie eine Organisations- und Funktionärsdichte wie kaum eine andere sozialdemokratische Partei.

Dabei geht diese Organisation in ihren wesentlichen Prinzipien auf die Beschlüsse der Parteitage noch in der Zeit der Monarchie zurück: Schon 1894 wird beschlossen, daß die Vertrauenspersonen von den lokal organisierten Mitgliedern gewählt werden. 1909 wird die Quittierung des Parteibeitrages durch Marken reichseinheitlich eingeführt und mit diesem Prinzip der persönlichen Kassierung (und Betreuung) der Mitglieder ein demokratisches Informationssystem vom Funktionär zum Mitglied und umgekehrt verwirklicht. Charakteristisch für die SPÖ ist auch das nach wie vor vorhandene dichte Netz sogenannter Vorfeldorganisationen, vor allem im Bereich der Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten, entstanden aus der vor allem in den Jahren der Ersten

Zerfall bewahren kann. Dann mag vermieden werden, daß die Rechte laufend Aussteiger produziert, indem sie ihre Vorbedingungen – eine Gesellschaft des erzwungenen Müßiggangs – schafft, und daß die Linke die arbeitenden Massen damit provoziert, daß sie ihren Produktionswillen und Daseinsverbesserungswillen mit Nullwachstumsefflirt verunglimpft. Mit dem Wiedergewinn der sozial bewußten Mitte mag die Frage aus der Mode kommen, wen man mehr hofieren sollte – den rechten Nullreformer oder den linken Wachstumsnegierer ... Wichtig ist, daß die Partei ein positives Programmimage vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich, aber auch als konsequenter Träger des Friedensgedankens und des internationalen Ausgleichs wiedergewinnt – dann hätte diese – einheitsgefährdende oder reinigende? – Debatte ihren Sinn gehabt.

Republik (1918–1934) notwendigen Entwicklung einer Art „Gegengesellschaft“, also der Durchdringung des proletarischen Milieus mit sozialdemokratischen Organisationen „von der Wiege (Kinderfreunde) bis zur Bahre (Die Flamme)“.

Ein zweiter Maßstab für die internationale Beachtung, die die österreichische Sozialdemokratie findet, ist ihr Erfolg bei den Parlamentswahlen. Seit 1971 hat die SPÖ in drei aufeinander folgenden Wahlgängen jeweils mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen und damit die absolute Mehrheit an Mandaten im österreichischen Nationalrat erzielt und stellt (unter Einrechnung von eineinhalb Jahren Minderheitsregierung auf der Basis einer 1970 erzielten relativen Mehrheit) seit nunmehr bereits 11 Jahren allein die Bundesregierung.

Der Schluß liegt nahe, daß Wahlerfolge der SPÖ eine unmittelbare Folge ihrer organisatorischen Charakteristika sind. Unbestritten ist: Alle Wahlerfolge sind nur dann erzielt worden, wenn die Partei auch ihre größten organisatorischen Leistungen vollbrachte. Diese Leistungen aber sind nicht die einer Knopfdruckpartei, in der ein elitärer Führungskader seine Parteisoldaten in Bewegung setzt und mit Marschparolen ausstattet. Es wäre tatsächlich ein entscheidender Fehler, die SPÖ und jenes nach wie vor funktionstüchtige Geflecht von Organisationen, das gemeinsam mit ihr die sozialistische Bewegung ausmacht, als politischen Apparat zu bezeichnen und dies – je nach Einschätzung – zu bewundern oder abzutun.

Es war nie die alleinige Aufgabe der SPÖ und ihrer Vertrauenspersonen, organisatorisch und politisch die Handlungsfähigkeit ihrer Spitzenfunktionäre abzustützen und ihnen als Basis für ihr Handeln parlamentarische Mehrheiten erringen zu helfen. Die Organisation der SPÖ ist nicht etwa nur ein fast ins Unendliche verlängerter Arm einer politischen Informationsabteilung, der durch freiwillige, unbezahlte Mitarbeit das ausgleicht, was ihr an Mitteln kommerzieller Werbemöglichkeiten fehlt.

Allerdings ist nicht zu leugnen, daß es auch innerhalb der SPÖ noch Reste eines derart mechanistischen Glaubens an die Bereitschaft von Vertrauenspersonen, Mitgliedern und Wählern gibt, mit der Partei auch dann durch dick und dünn zu gehen, wenn nicht erkennbar wird, daß „Wege aus der Gefahr“ gegangen werden sollen. In Wien haben erst vor wenigen Wochen nur 23 % der wahlberechtigten Bevölkerung den massiven Aufruf der SPÖ befolgt, an einer Volksbefragung über kommunal- und wohnungspolitische Fragen teilzunehmen. Die im Konflikt mit einer Bürgerinitiative zustande gekommene Frage nach der Bebauung eines Grünflächenareals mit Wohnungen wurde zudem von einer knappen Mehrheit – trotz eindeutiger Parteinahme der regierenden Wiener SPÖ zugunsten der Bebauung – abgelehnt.

Wie es in der gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung das Phänomen der Ungleichzeitigkeit gibt, so können wir auch bei Ausmaß und Tempo von Reaktions- und Änderungsbereitschaft der österreichischen Sozialdemokratie differenzierte Anpassungsprozesse registrieren. Wo die traditionellen Formen von Organisation und ihre unbestreitbaren Vorzüge, wie z. B. eine starke Bindung und Loyalität der Mitglieder und Stammwähler an die Partei, noch nicht ergänzt wurden durch neue Strukturen, die zusätzliche Dynamik einbringen und auf neue Lebens- und Verkehrsformen reagieren, dort geht letztlich auch die legendäre organisatorische Kraft zurück oder wird politisch nicht mehr wirksam.

Die Bundes-SPÖ hat spätestens seit 1966, dem Jahr ihrer schweren Niederlage bei der Nationalratswahl, des Verlustes der Regierungsbeteiligung und des Ganges in die Opposition, bei selbstverständlicher Beibehaltung ihrer Organisationsprinzipien, die Weichen in Richtung Modernisierung, Demokratisierung und Öffnung der Partei gestellt. In einer großen innerparteilichen Diskussion sind wir dabei von mehreren Überlegungen ausgegangen. Soll uns der Ausbruch aus dem sozialistischen Lager – stets gut

für mehr als 40 % der Wählerstimmen, aber nie genug für die Erreichung der absoluten Mehrheit – gelingen, dann muß die Sozialdemokratie ein glaubwürdiges Bündnisangebot machen: an jene Liberalen, die mit uns gemeinsam gegen konservativen Kleingeist und Borniertheit und für ein Klima der Liberalität kämpfen wollen; an jene Christen, die Gemeinsamkeiten der Wertsysteme im Christentum und im Sozialismus erkennen, die, wenn sie Freiheit sagen, nicht die Freiheit des Profitmachens meinen und für die Gerechtigkeit nicht die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums nach ungerechten Kriterien ist; und vor allem an jene Jungen, die mit kritischem Blick für so manche Verkarstungen unseres etablierten politischen Systems dennoch davon überzeugt werden können, daß Gesellschaftsreform ohne die SPÖ in diesem Land nicht möglich ist.

Das Bündnisangebot wurde angenommen, die politische Sprache um den Begriff der „sozial-liberalen Wählerkoalition“ bereichert. Seit 1970 konnte dieses große Bündnis immer wieder erneuert und ausgebaut werden, gleichzeitig blieben die Stammwähler der SPÖ „bei der Stange“.

Aber auch die Partei selbst mußte sich ändern. Karl Blecha, damals einer der beiden Zentralsekretäre der SPÖ und seit Mai 1981 ihr stellvertretender Parteivorsitzender, hat die Parteireform, die nach einer langen Diskussion und Vorbereitung 1976 mit statutarischen Beschlüssen einen vorläufigen Abschluß fand, so charakterisiert: „Weder die Umwandlung der SPÖ in eine Wählerpartei nach amerikanischem Muster noch gar die Reduzierung auf eine elitäre Kaderpartei stehen zur Diskussion. Wir bekennen uns vorbehaltlos zur offenen Mitgliederpartei. Wir heißen jeden Staatsbürger herzlich willkommen, der sich uns als Mitglied anschließen will. Wir wollen keine Aufnahmeprüfung, und wir brauchen keine Wartezeiten für die Bewerbung um die Mitgliedschaft. Wir bekennen uns zur Öffnung der Meinungsbildung. Offensein allerdings heißt für uns nicht, daß wir keine Grundsätze haben, sondern es bedeutet, daß wir eben diese Grundsätze in steter Gesprächsbereitschaft mit den anderen vertreten.“

Als Instrumente, mit denen wir die für permanent erklärte Parteireform und deren Beschlüsse umsetzen wollten, boten sich die Verbesserung der politischen Bildungs- und Schulungsarbeit, eine effizientere, auf die Reizüberflutung durch die Medien Rücksicht nehmende innerparteiliche Informationsstätigkeit, die Erweiterung der Rechte der Mitglieder, Lösungen für das Problem der Funktionsanhäufung (Verfälschung) und ein neues Verhältnis zu Bürgerinitiativen und

alternativen Bewegungen an.

Insgesamt diene die Parteireform der Stärkung der innerparteilichen Demokratie, schuf Voraussetzungen für eine bessere Durchlässigkeit unseres Organisationsaufbaues und unterstützte den de facto bereits vollzogenen Schritt zur offenen Partei, was u. a. bedeutete, daß nun auch statutarisch die Möglichkeit eröffnet wurde, auch Nicht-Mitgliedern die Teilnahme an der Meinungsbildung in den Parteiorganisationen anzubieten.

Die Willensbildung der Partei blieb den dafür vorgesehenen Organen, die nur für Mitglieder zugänglich sind, vorbehalten. Es ging uns darum, vermehrte Chancen zur Partizipation, Chancen für die Teilnahme an den willensbildenden Prozessen all jenen zu bieten, die sich als Mitglieder aktiv engagieren wollten. Mit dieser Absicht wurde sowohl das Recht der Organisationen normiert, ihre politischen Entschlüsse direkt dem Bundesparteivorstand vorlegen zu können, wie auch das Recht des einzelnen Mitgliedes, sich in politischen und organisatorischen Fragen unmittelbar an den Bundesparteivorstand zu wenden, der verpflichtet ist, innerhalb von acht Wochen zu antworten.

Auch für die in und außerhalb der Partei heftig diskutierte Frage der Ämterkumulierung oder Funktionsanhäufung hat es statutarische Antworten gegeben: Eine Vertrauensperson der SPÖ darf neben ihrem Beruf grundsätzlich nicht mehr als eine entgeltliche – politische oder wirtschaftliche – Funktion ausüben, die sie aufgrund einer Entsendung oder eines Vorschlages durch die Partei erhalten hat. Ausnahmen davon können in Einzelfällen von den für die Delegation jeweils zuständigen Organen mit Zwei-Drittel-Mehrheit bewilligt werden. Darüber hinaus wurde es einer großen Zahl von Funktionären zur Pflicht gemacht, ihre Funktionen zu deklarieren, insbesondere dann, wenn sie sich um die Wahl oder Wiederwahl bzw. um die Entsendung in eine entgeltliche Funktion bewerben.

Mit den Beschlüssen zur Parteireform haben wir also den Anspruch, die Gesellschaft verändern zu wollen, auch auf die eigene Partei angewandt und damit Glaubwürdigkeit gewonnen. Eine Partei, die sich anschiekt, alle gesellschaftlichen Bereiche des Lebens zu demokratisieren, muß auch stets bereit sein, ihre eigenen Entscheidungsstrukturen zu überprüfen. Eine Partei, die die verstärkte Teilnahme mündiger Staatsbürger an der Meinungsbildung in der Demokratie fordert, muß in erster Linie selbst Gelegenheit für diese Teilnahme bieten.

Wir haben aber auch die Auseinandersetzung dar-

über geführt, wie eine regierende SPÖ, der der Vorwurf nicht erspart blieb, sich im herrschenden Gesellschaftssystem bequem einrichten und bestenfalls Reformkosmetik betreiben zu wollen, auf den Druck von links innen, links außen, unten innen und unten außen reagieren sollte.

Bereits 1972 hat Heinz Fischer, heute Klubobmann der SPÖ im Nationalrat, eine Art Doppelstrategie vorgeschlagen, wenn er schrieb: „Da sich eine Regierungspartei, die Regierungspartei bleiben will, nicht permanent in Minderheits- und Außenseiterpositionen begeben kann, muß innerhalb der Spannweite der sozialdemokratischen Bewegung für eine Arbeitsteilung, eine Art Doppelstrategie Platz sein. Was eine Regierung, eine Parteiführung um so weniger kann, je größer das Ausmaß an Konsens ist, das sie anstrebt – nämlich bestehende Verhältnisse radikal in Frage stellen, Anstoß zu neuen Denkprozessen geben, neue Modelle zur Diskussion stellen –, das können progressive Gruppen und Minderheiten, die nicht unter dem Zwang einer Maximierung des Konsenses für ihr Programm und die auch nicht unter dem Zwang zur sofortigen Realisierung stehen. Was aber progressive Gruppen um so weniger können, je konsequenter sie ihre Funktion erfüllen, je heftiger sie mit jenen in Konflikt geraten, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind, je mehr Vorurteile gegen sie mobilisiert werden, das kann eine Regierung oder Parteiführung: nämlich Durchbrüche zu einem veränderten Bewußtsein abzusichern und zu erweitern, das bereits Durchsetzbare durchzusetzen, den neuen Modellen eine faire Chance zur Entwicklung zu geben und anderes mehr.

Oder ganz allgemein ausgedrückt: Die Sozialdemokratie als eine in die bestehende Gesellschaft integrierte politische Bewegung kann nicht ihr eigener linker Flügel sein. Sie kann aber auf gesellschaftskritische, systemtranszendente Ansätze nicht verzichten. Sie kann dem großen Druck der an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems Interessierten nur dann ohne Deformierung standhalten, wenn sie sich dem Druck progressiver Minderheiten, dem Druck kritischer Fragen und dem Druck aus der Konfrontation mit den eigenen langfristigen Zielsetzungen und Utopien nicht verschließt.

Insgesamt muß die Grundformel unserer politischen Strategie also lauten: Maximierung des Produktes aus sozialistischer Substanz unserer Politik mal dem Ausmaß an Konsens, das wir für diese Politik mobilisieren können. In dieser Strategie ist für politische Grundsatztreue ebenso Platz wie für Tole-

ranz, Lernbereitschaft und Konsens.“

Über den Weg der permanenten Gesprächsbereitschaft mit der kritischen Jugend hat die SPÖ versucht, das in der jungen Generation vorhandene Problembewußtsein aufzugreifen und es in ein politisches Bewußtsein zu formen, das mit der organisatorischen Kraft der SPÖ die Widersprüche der Gesellschaft überwinden hilft. Bruno Kreisky war der erste Regierungschef der Welt, der den Dialog mit der organisierten und der nichtorganisierten Jugend in Form der regelmäßig stattfindenden „Jugendkonfrontationen“ institutionalisiert hat. Damit konnte jenes Klima geschaffen werden, das es nun bei eigentlich nie unterbrochener Bereitschaft zur Begegnung ermöglicht, auch konkrete Schritte zu setzen, wie z. B. den Bau von Jugendzentren mit Selbstverwaltung, die offizielle Übergabe von leerstehenden Häusern an Selbsthilfegruppen usw. Wir sind davon überzeugt, daß sich täuscht, wer glaubt, man könne mit der neuen Jugend fertig werden durch Bevormundung und Manipulation, durch Gedanken- und sonstige Polizei. Bei den Nationalratswahlen 1979 haben die Jungwähler diese Haltung der SPÖ honoriert: 53 % der Jungwähler haben sozialistisch gewählt.

Die SPÖ ist bestrebt, in einem durchaus mühsamen und keineswegs glatt verlaufenden Prozeß der Diskussion, auch innerhalb der Partei, zu begreifen, daß „wir den Anfang einer großen neuen Bewegung erleben, die im Einklang steht mit den grundlegenden geistigen, sozialen und ökonomischen Entwick-

lungstendenzen unserer Industriegesellschaft. Deshalb wäre es töricht, dies als bloße Modeerscheinung leicht zu nehmen. Vielmehr sollte gelten: Bewegungen, die die kapitalistische Gesellschaft kritisieren und ablehnen, gehören in die sozialistische Bewegung oder an ihre Seite. Es wäre ja eine Ironie besonderer Art, wenn sich Sozialisten in Verteidigung der Übel unserer Gesellschaft gegen neue Bewegungen stellen würden, während gleichzeitig diese Bewegungen von konservativer und reaktionärer Seite auf schwindelhafte Weise hofiert und eingefangen werden.“ (Karl Blecha)

Wir machen aber auch klar, daß die Produktion materieller Existenzsicherung nicht nur zu den empirischen Erfolgswegen einer sozialistischen Partei gehört, sondern nach wie vor aktueller Auftrag an die Sozialdemokratie als der natürlichen Heimstatt der arbeitenden Menschen ist. In dieser Rolle gibt es zu einer massenhaften Mitgliederpartei, wie die SPÖ eine ist, keine Alternative. Mehr denn je müssen wir aber als Partei jene Integrationsaufgabe lösen, die darin besteht, zwischen dem Bewußtsein von Minderheiten, die manche Probleme schärfer sehen und dem Bewußtsein einer nicht sonderlich veränderungswilligen Mehrheit zu vermitteln. Eine sozialistische Mitgliederpartei würde in Bewegungslosigkeit erstarren, wollte sie sich nur nach dem Bewußtseinsstand der großen Mehrheit orientieren. Sie würde aber scheitern, würde die Minderheit das Tempo bestimmen.

Barbara Bortfeldt: Grenzen der Leidenschaft Über die Leistungsbereitschaft der SPD-Basis

Barbara Bortfeldt, geb. 1932, ist Journalistin und Bezirksverordnete in Bonn.

Im Ortsverein ging es mal wieder um Mitglieder-mobilisierung und Vertrauensarbeit. Die Debatte war lebhaft. Bis der Kassierer plötzlich die Faust zwischen die Biergläser hob: „Was soll's denn eigentlich? Wir bauen hier in mühseliger Kleinarbeit etwas auf, und von oben wird's uns kaputtgemacht!“ Alle schauten etwas betreten, nicht einmal dem Vorsitzenden fiel sofort etwas ein. Immerhin, der Genosse

Kassierer versteht etwas von Kleinarbeit: er gehört noch der aussterbenden Spezies des sozialdemokratischen Ortsvereinskassierers an, der nicht nur Dauer-aufträge verbucht und Listen abhakt, er besucht die Mitglieder zu Hause, bringt die Marken, hält ein Schwätzchen, trinkt 'nen Klaren, er sitzt regelmäßig am Stammtisch mit der Parteinadel am Rock und nimmt ein SPD-Kartenspiel vom letzten Wahlkampf zum Skatabend mit. Er weiß, wie es um die Mitglieder steht und wie die Leute so reden.

Das ist der simple Alltag an der Basis. In der veröffentlichten Meinung findet er nicht statt. Wo kein Aufruhr wütet, da schaut niemand hin, es funktioniert ja alles. Auch die Parteibasis funktioniert. Mel oder weniger effektiv, aber getreulich leistet sie die konkreten Aufgaben, die das Parteistatut und die po

litischen Leitlinien der Parteispitze ihr aufgetragen haben. „Seit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands besteht, beneiden uns die politischen Gegner um die Zahl und die Solidarität unserer Mitglieder.“ Willy Brandt schrieb dies vor einigen Jahren ins Handbuch „Parteiarbeit“, mit dem der Parteivorstand den Ortsvereinen praktische Lebenshilfe in allen Organisationsfragen bot. Und weiter: „Ohne die Treue und Tatkraft, die Unterstützung und die Opferbereitschaft unserer Mitglieder wären wir nicht so weit gekommen.“ Honig ums Maul? Gewiß. Aber, auch die blanke Wahrheit.

Die Basis hat immer funktioniert. In der Praxis bedeutet das: Gesellen opfern für die SPD nicht nur Geld, sie setzen ihre Zeit, ihre Kraft, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, neben Beruf und Familie oft ihre ganze Person für die Sache der Partei ein. Sie nehmen Ärger und Anfeindungen auf sich, stehen Kämpfe und Niederlagen durch, ertragen nicht selten persönliche Nachteile und Diskriminierung; sie leisten unter physischen und geistigen Anstrengungen überall im Lande ein Maß an freiwilliger Arbeit und Freizeitverzicht (und das nicht nur in Wahlkämpfen), das in keinem Verhältnis steht zum Nutzen oder Lustgewinn, die sie daraus ziehen können. Sie leisten diese Arbeit auch dann, wenn sie weder Dank noch Ehren dafür erwarten dürfen und wenn sie nicht zu den wenigen gehören, die zu höheren Ämtern und Funktionen aufsteigen können oder wollen. Sie leisten sie oft gegen die Auflehnung ihrer Familien und gegen das verständnislose oder mißbilligende Kopfschütteln ihrer Umgebung. Sie, die „einfachen Mitglieder“, von denen hier die Rede sein soll, identifizieren sich mit ihrer Partei auch da, wo sie nicht ganz durchblicken, sie bekennen sich zu ihr auch dann, wenn ihnen die Argumente fehlen, um den Gegner zu widerlegen. Sie sind Sozialdemokraten bis zur Selbstentäußerung dort, wo sie anders denken als ihre gewählten Vertreter gleich welcher Ebene, deren Meinung Politik macht und ihnen aus den Medien entgegenströmt, während sie das ohnmächtig hinnehmen müssen, weil sie darauf keinen Einfluß mehr haben. Menschen, die dies alles tun, über Jahre und Jahrzehnte hinweg, müssen eine starke Motivation haben.

Viel wird darüber geredet, welche Wählerschichten man wie gewinnen kann und warum jetzt die „Popularitätskurven“ der SPD sinken und Wähler „abschwimmen“ – die derzeit das Feld beherrschende „Identitätskrise“ der Partei ist, urteilt man nach den tiefstehenden Debattenbeiträgen, die bisher dazu geleistet worden sind, vorwiegend ein Problem des

Bundeskanzlers und der Parteiführung auf der Suche nach dem rechten Image beim Wahlvolk. Wie es um die Parteibasis bestellt ist, darüber wird recht wenig nachgedacht. Vielleicht war es über die Jahrzehnte hin allzu sehr selbstverständlich, daß sie eben funktionierte, und wer die höheren Weihen der Politik Kunst einmal erworben hat, der hat ja auch wahrlich Besseres zu tun.

Als die SPD sich mit dem Godesberger Programm zur Gesellschaft hin öffnete und der Zustrom ganz neuer Mitgliederschichten die neu beschwingte Volkspartei bis an die Millionengrenze trug, veränderten unterschiedliche Zielvorstellungen und Motivationen der zuwachsenden Mitglieder Struktur und inneres Klima der Ortsvereine gründlich. Parteiarbeit wandelte sich in dieser Zeit allmählich vom trotzigem Kampf einer politisch diskriminierten Gruppe um Recht, Mitsprache und Ansehen in der Gesellschaft zum selbstbewußten Kampf um die Macht im Staate. Für die Ortsvereine war diese Entwicklung eine enorme Integrationsaufgabe. Sie haben sie bewältigt, und in den siebziger Jahren hat sich an der Parteibasis ein neues „Wir-Gefühl“ entwickelt, mit dem sie in ihrem gesellschaftlichen Umfeld heimisch werden konnte und tatsächlich als „lebendiger Organismus der Partei im Organismus der Gesellschaft“ (nach Bruno Friedrich, „Parteiorganisation“, Verlag Neue Gesellschaft 1969) handelt.

Welche Rolle in dieser Phase noch das Gefühl der Gehorgenheit in der Gemeinschaft oder die einigende Gewißheit, den richtigen Weg zu kennen, spielte, war nicht so wichtig, ebensowenig die Frage, wie weit die emotionale Bindung des einzelnen Mitglieds an die Partei als Verkörperung ideeller und moralischer Werte von überwiegend materiellen Wünschen und Zielvorstellungen abgelöst wurde. Man braucht sich darüber nicht den Kopf zu zerbrechen; für eine Partei in Aufbruchstimmung und Aufwärtstrend reichte es zu wissen, daß die Mitgliedschaft im Glauben an die soziale Gestaltungskraft der Sozialdemokratie und im Vertrauen auf die reformerische und emanzipatorische Qualität ihrer Politik von einem breiten Konsens getragen wurde. Es war ein Konsens der je nach Interessenslage sehr unterschiedlich motivierten Fortschrittsgläubigkeit und Wachstumserwartung.

Heute, gut zwanzig Jahre nach Godesberg, sieht es so aus, als stünde die Parteiorganisation an einer neuen Schwelle – diesmal abwärts. Der Konsens bröckelt, im Getriebe der Basis knirscht es. Weltweit herrscht Krise – materiell, geistig und moralisch. Die Grundwerte, auf die sich die Partei heute beruft,

und der Konsens, der auf ihnen aufbaut, reichen als Bindung der Mitglieder an die Partei nicht aus, so daß die Krise jetzt auch Teile der Mitgliedschaft in ihren Strudel zieht.

Da gibt es Ortsvereine, die in stillem Einvernehmen die „große Politik“ in ihrem Arbeitsprogramm möglichst gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen und sich nur noch um die lokalen kommunalpolitischen Probleme kümmern. Damit resignieren sie zwar vor ihrer Aufgabe als „unterste Ebene der Willensbildung in der SPD“ (nach Bruno Friedrich), am Ort aber können sie immerhin, wenn sie es gut machen, mit einer bürgernahen Kommunalarbeit sehr schöne Erfolge erzielen. Allerdings leistet mancher Ortsverein auch das nicht mehr und trachtet nur noch in lustloser Routine verummumt zu überwintern.

Da gibt es Ortsvereine, die sich in der SPD ganz neuartige Taktiken ausdenken, um keinen Ärger zu kriegen: Die Mitglieder sind in der überwiegenden Mehrheit zum Beispiel gegen den NATO-Doppelbeschluß, verzichten aber darauf, über eine Resolution dieses Inhalts abzustimmen und ihre Meinung damit kundzutun, um „Helmut Schmidt nicht in den Rücken zu fallen“; dieselbe Mehrheit wählt anschließend entgegen der eigenen Meinung „Rechte“, die den Doppelbeschluß verteidigen, als Delegierte, damit im Unterbezirk kein schlechter Eindruck aufkommt . . .

Da gibt es Ortsvereine, die intern übereinkommen oder auch formell beschließen, das nächste Mal keinen Wahlkampf zu machen – keine Info-Stände, keine Plakat- und Flugblattaktionen, keine Hausbesuche –, und das nicht aus Faulheit; Ortsvereine, in denen die amtierenden Vorstände geschlossen oder zum Teil erklären, bei der kommenden Jahreshauptversammlung nicht wieder zu kandidieren. Und es findet sich niemand, der freudig bereit wäre, den Platz des Vorsitzenden, des Schriftführers, des Beisitzers „Presse“ zu übernehmen. Es gibt Ortsvereine, die intern so heftig mit sich selbst, mit Resignation und Aufbegehren der Mitglieder beschäftigt sind, daß sie nicht mehr dazu kommen, nach außen werbend oder vertrauenerweckend in Erscheinung zu treten; Ortsvereine, die in innere Konflikte gestürzt oder lahmgelegt werden, weil zahlreiche Mitglieder aktiv in örtlichen Bürgerinitiativen, autonomen Frauengruppen und Frauenhausinitiativen, Gruppen der Friedensbewegung und anderen „alternativen“ Unternehmungen mitarbeiten; Ortsvereine schließlich, denen die Mitglieder scharenweise weglaufen – zu den Bunten und den Grünen oder zurück nach Hause ins geruhlsame Privatleben.

Treue, aber bekümmerte Basisgenossen hört man

(vertraulich) fragen: Wie ist das nur möglich – da sind wir an die Regierung gekommen unter dem mitreißenden Motto „Mehr Demokratie wagen“, da haben wir seit mehr als zwölf Jahren einen sozialdemokratischen Bundeskanzler, und was ist daraus geworden? Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, Schulden und Lasten, dazu Alternative und Aussteiger, Demonstranten und Hausbesetzer, Komm-Prozeß und Startbahn West, Polizeiknüppel und Räumkommandos. Wir haben nicht mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Hoffnung, wir haben mehr Angst – Angst vor Raketen und Strahlentod, vor Atommüll und Säureregen, vor Gift im Essen und mißgestalteten Kindern, vor der totalen Verdattung und Überwachung, vor der Einbetonierung, der Wegrationalisierung, vor der Zukunft überhaupt. Was soll ich denn nur den Leuten sagen? Erkläre mir doch jemand, wie das gekommen ist . . .

In der Tat, es ist schwer zu erklären. Für das Basismitglied, das die Bedrängnis, die es hier wiedergibt, auch selbst empfindet, ist die Aufgabe der Erklärung nicht mehr lösbar. Niemand hat ihm bisher für diese Aufgabe eine Hilfestellung geboten, nicht die Wortführer der Partei, nicht ihr Professorentroß. Auch der Bundeskanzler nicht, als er sich in seiner Regierungserklärung vom 3. Dezember 1981 ausführlich dem Thema Angst widmete. Da sprach er von Anlässen eigener Angst und davor, daß Angst ein schlechter Ratgeber sei: „Wir sind dem Volke verantwortlich dafür, daß wir auch im Zustand der Ängstigung vernünftig handeln.“ Er bekannte: „Heute erheben viele Menschen, zumal jüngere, den Anspruch oder die Bitte, von der Angst, die sie beherrscht, befreit zu werden. Es ist ja zum Teil eine durchaus begründete Zukunftsangst, die sie beherrscht. Und weil Politik für den Menschen da sein soll, so glauben sie, die Politiker müßten ihnen die Angst nehmen können.“ Was sie, wie unmißverständlich zu entnehmen war, nicht können. Und das eben ist ein ganz fatales Eingeständnis.

Im Zusammenhang dieser Rede, nämlich der Friedens- und Sicherheitspolitik, hatte Helmut Schmidt mit diesem Eingeständnis sicherlich recht, auch wenn damit nichts erklärt, geschweige denn gebessert ist. Aber dies ist nur ein Teilaspekt. Die Friedensbewegung, der ein großer Teil der SPD-Mitglieder sich zugehörig oder zumindest geistig verbunden fühlt, wächst nicht allein wegen der Raketenrüstung, gegen die sie demonstriert, zu solchen Dimensionen an. Sie wächst auf dem um sich greifenden Nährboden eines allgemein gestörten Lebensgefühls nicht nur der Jugend, die noch ungebunden genug

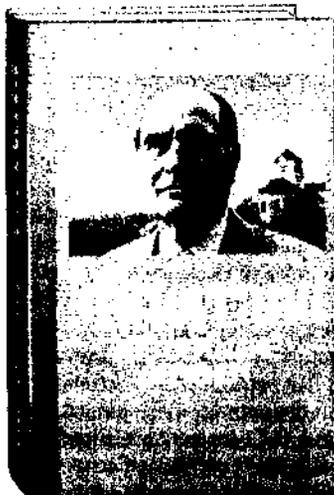
ist, um ohne Rücksicht auf mögliche Folgen ihre Angst zu artikulieren. Aufbegehren und Verweigerung richten sich weit überwiegend nicht gegen die moderne Industriegesellschaft, sondern gegen objektive Fehlentwicklungen dieser Industriegesellschaft – gegen menschenfeindliche, kapitalorientierte Lebensbedingungen, gegen die Existenz des Menschen als Kosten-Nutzen-Rechnung der Wirtschaft und des Staates, wie es sich jetzt, in Zeiten der Krise, bedrückend darstellt. Sie richten sich nicht gegen die demokratische Ordnung, oder unseren „freiheitlichen Rechtsstaat“, auf den zur Zeit so oft gepocht wird, sondern gegen Formen der politischen Anwendung dieser Ordnung und dieses Rechts, die zunehmend als verkrustet, als nicht flexibel genug für die rapiden Veränderungen im Zustand unserer Welt, als, ja, korrupt empfunden werden. Und dies um so mehr, je weniger die Politiker bereit und imstande sind, zuzuhören, nachzudenken und sich den Bürgern in verständlicher Sprache zu erklären.

Mit dem fatalen Eingeständnis, an der Angst der Menschen vor diesen Fehlentwicklungen nichts ändern zu können, würde die Sozialdemokratie sich aus ihrer historischen Rolle abmelden, so wie die demotivierte, desorientierte Basis sich abzumelden be-

ginnt. Vor einem Jahrzehnt war das Wort: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“, eine der meistgebrauchten Floskeln in der Öffentlichkeitsarbeit der SPD; heute ist es völlig vergessen, was sicherlich seine Bedeutung hat. Heute spricht ein Parteiprofessor von „parasitären alternativen Inseln“, von „ausufernden ökologischen Forderungen“ und verlangt von der Partei, die „Aussteiger“ auszugrenzen, um die Identitätskrise der SPD zu überwinden. Oberflächlicher und ignoranter könnte man gar nicht an das Problem herangehen. Sollte die Partei sich je solche Thesen zu eigen machen, hätte das an der Basis verheerende Folgen.

Es ist höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie sich an die Analyse macht. Zugegeben, die Kräfte einer Partei, die seit fünfzehn Jahren regiert, seit zwölf Jahren führend, sind stark im Staat gebunden; zugegeben, daß diese regierende Partei im brisanten Miteinander einer Koalition bestimmten Sachzwängen unterliegt und in ihren Äußerungen nicht völlig frei ist; zugegeben auch, daß die Strategie des politischen Gegners, der mit allen Mitteln zurück zur Macht strebt, zunehmend wirkungsvoll darauf gerichtet ist, die regierende SPD zu Maßnahmen zu zwingen, die sie ihren Wählern entfremden oder besser die ihre

Das Porträt des französischen Staatspräsidenten – François Mitterrand: seine Aufgaben und Ziele in der Partei; sein Standpunkt und seine politische Entwicklung.



Heiko Engelkes
Mitterrand – Aus der Nähe gesehen
 336 Seiten, zahlreiche Abbildungen,
 gebunden, 29,80 DM

Engelkes schildert den französischen Staatspräsidenten aus seinem direkten Erleben während der letzten Jahre.

François Mitterrand
Sieg der Rose
 Meine Aufgaben und Ziele.
 288 Seiten, gebunden, 29,80 DM

In »Sieg der Rose« vermittelt François Mitterrand seine Ideen, Aufgaben und Ziele in der Partei und in der politischen Entwicklung Frankreichs.

ECON

Postfach 9229
 4000 Düsseldorf 1



Wähler gegen sie aufbringen. Und nicht nur die Wähler: auch die Parteibasis.

Dennoch, es wäre kein hoffnungsloses Unterfangen, der Basis in verständlicher, offener Sprache und ohne verschleiernde koalitions- und staatspolitische Verklammerungen die komplizierten Zusammenhänge und Probleme einsichtig zu machen. Viele Mitglieder in den Ortsvereinen wünschen sich, verstehen zu können, den Zusammenhang der aktuellen Politik mit den Motiven, die sie zum Eintritt in die

Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Partialvorstand

Ökologiepolitische Orientierungen

Die sogenannte Öko-Kommission beim SPD-Parteilvorstand unter dem Vorsitz von Volker Hauff hat vor einigen Wochen ein umfangreiches Dokument zu Grundsatzzfragen sozialdemokratischer Umwelt- und Ökologiepolitik vorgelegt. An der Erarbeitung des „Hauff-Papiers“, wie es irreführend genannt wird, beteiligten sich neben den beiden stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden, Dieter Haak und Willy Görlach, als weitere Mitglieder Gerd Albracht, Hans-Otto Bäumer, Anke Brunn, Dieter Haack, Klaus Konrad, Jo Leinen, Stegfried Merten, Alois Pfeffer, Harald B. Schäfer, Fritz Scharpf, Karl Schneider, Jürgen Steinert, Johano Strasser und Klaus Traube. Zu Recht hat Volker Hauff darauf hingewiesen, daß dieses Papier auch als Beitrag zur Diskussion um den Artikel Richard Löwenthals (NG 12/81, S. 1085-1089) verstanden werden sollte. Wir dokumentieren nachstehend den Grundsatzteil des Thesenpapiers. Die beiden anderen, sehr ins Detail gehenden Abschnitte „Umweltprobleme und Lösungsansätze“ sowie „Ökologische Handlungsfelder“ mußten wir wegen Platzmangels und mit Rücksicht auf die übrigen Diskussionsbeiträge in diesem Heft weglassen.

Einleitung

Umweltpolitik kann nicht mehr isoliert betrieben werden. Die Menschen, die sich um die Erhaltung unserer Umwelt sorgen, müssen die Industriegesellschaft im ganzen ändern. Sie müssen in den politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen aktiv wirken, die die Industriegesellschaft tatsächlich gestalten.

Dort müssen sie Zielkonflikte aufdecken und nach

SPD veranlaßt haben, wenigstens geistig wieder nachvollziehen zu können. In Wahrheit möchten sie nicht austreten oder resignieren müssen oder zu den Grünen gehen, sondern das Vertrauen in diese Partei, das sie einst hatten, wiederfinden, um es an ihre Mitbürger weitergeben zu können.

Es ist nicht nur lebenswichtig für die SPD, es liegt im Interesse unseres demokratischen Staates, daß dies gelingen wird.

neuen Lösungen suchen. Gelingt ihnen dies nicht, so können sie zwar von Fall zu Fall umweltschädliche Industrieanlagen oder Infrastruktureinrichtungen verhindern; sie können aber die Dynamik des Wirtschaftens, des Produzierens und des Konsumierens, von der die Umweltprobleme der Gegenwart ausgehen, nicht wirklich verändern.

Zum Stand der Ökologiediskussion und Ökologiepolitik

1. In dem Maße, wie es in den Industrieländern gelungen ist, die Probleme der Existenzsicherung für die meisten Menschen befriedigend zu lösen, ist hier auch das Bewußtsein dafür gewachsen, daß mit der vorherrschenden Wirtschafts- und Lebensweise völlig neue Gefahren für den Menschen entstanden sind.

Vergiftete Fische, Seveso, Harrisburg, Tankerunfälle, mit Blei vergiftete Kinderspielplätze, Verkarstung ganzer ehemals fruchtbarer Landschaften – dies sind nur einige Stichworte für die besorgniserregende Entwicklung.

Jahrtausendlang hat die Ausbeutung der Natur durch den Menschen nur regional begrenzte ökologische Schäden verursacht (z. B. Verkarstung durch das Abholzen der Wälder im Mittelmeerraum). Erst durch die fortschreitende Industrialisierung ist es soweit gekommen, daß auch weltweite Katastrophen nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Die Wachstumswirtschaft der Industrieländer und die ihr zugrundeliegende ökonomische Theorie betrachten immer noch Wasser, Luft, die Natur insgesamt als weitgehend „freie“ Güter. Die Umweltbelastungen werden in der betrieblichen Rechnungslegung nur dann berücksichtigt, wenn gesetzliche Auflagen zusätzliche Anforderungen für den Umweltschutz erzwingen.

Eine auf Fortsetzung des quantitativen wirtschaft-

lichen Wachstums gerichtete Politik setzt jedoch Faktoren voraus, die sich in den letzten Jahren zusehends als problematisch erwiesen haben:

- ▷ unbegrenzte Energie- und Rohstoffressourcen,
- ▷ unbegrenzte Konsummöglichkeiten und Konsumwünsche,
- ▷ ständig gleichbleibende Aussicht auf unternehmerischen Gewinn,
- ▷ eine unbegrenzt leistungs- und ausbaufähige Infrastruktur.

Diese Voraussetzungen sind spätestens mit der weltweiten Rezession der 70er Jahre zweifelhaft geworden. Schon heute steigt in den wohlhabenden Industrieländern die durchschnittliche Lebenserwartung der Erwachsenen nicht mehr, sondern geht zurück und die Zahl der Tier- und Pflanzenarten, die in den Industrieländern noch überleben können, wird ständig kleiner.

Die Erschöpfung wichtiger Rohstoffe und Energievorräte steht unmittelbar bevor. Kommt es nicht zu einer deutlichen Kurskorrektur, so werden die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört.

Die Industrieländer produzieren den größten Teil der Umweltbelastung in der Welt. Wenn sie ihre Ansprüche an die Ressourcen der Erde nicht zumindest auf dem heutigen Niveau stabilisieren, tragen sie zur weiteren Verschärfung einer ohnehin bereits dramatischen Situation bei.

Die Dritte Welt braucht einen steigenden Anteil an den verfügbaren Ressourcen, da sonst das Leben für eine explosionsartig wachsende Bevölkerung nicht zu sichern ist. Für die Dritte Welt – eine Welt des Hungers, der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot, des Analphabetentums, der medizinischen Unterversorgung – hat die nackte Sicherung des menschlichen Lebens Vorrang.

Dies bedeutet freilich nicht, daß die Ökologieprobleme der Dritten Welt vernachlässigt werden können. Denn die wachsenden Umweltzerstörungen in der Dritten Welt verbauen dort nicht nur die Möglichkeiten, den Menschen künftig menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt werden heute auch wachsende Umweltzerstörungen in Kauf genommen, die sogar auf kurze Sicht schon die natürlichen Grundlagen der Ernährung zerstören und die damit das Problem des Hungers noch weiter zuspitzen.

Die ökologischen Gefährdungen in den Industrieländern und in der Dritten Welt summieren sich zu Problemen von weltweiter Tragweite. Da aber die Zuspitzung der Probleme in der Dritten Welt nur

wenig Chancen für ökologisch vernünftiges Handeln bietet und die größten Belastungen der Umwelt von den Industrieländern ausgehen, haben diese die Verantwortung, für eine weltweite Umweltentlastung zu sorgen.

2. Die Lösung umweltpolitischer Fragen steht in engem Zusammenhang mit der Frage nach den Maßstäben des Wirtschaftens, Produzierens und Konsumierens. Unser bisheriger Maßstab ist dabei für die Volkswirtschaft das Wachstum des Bruttosozialproduktes, für den einzelnen die Zunahme seiner Kaufkraft.

Nachdem in den Industrieländern die Probleme der Existenzsicherung für die meisten Menschen einigermaßen befriedigend gelöst sind, kann die Steigerung des Bruttosozialproduktes nicht mehr allein Kriterium für Lebensqualität sein. Die Herausbildung sozialer und ökologischer Werte für die weitere wirtschaftliche Entwicklung muß stärker als bisher in den Vordergrund treten. Denn das weitere und undifferenzierte Wachstum

- stößt auf objektive Grenzen, vor allem im Bereich der Erhaltung der Umwelt,
- erfordert zu hohe Kosten an Naturressourcen, aber auch an Lebensinhalten und möglichen Lebensweisen,
- schafft langfristig risikoreiche Abhängigkeiten unserer Wirtschaft und Gesellschaft, etwa beim Öl.
- führt zu wachsenden Belastungen der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt.

Dazu kommt, daß eine Hoffnung sich nicht erfüllt: Der Luxuskonsum von heute kann nicht zum Massenkonsum von morgen werden. Wir stoßen hier auch auf soziale Grenzen des Wachstums. Trotzdem brauchen wir neue Technologien, neue Bautätigkeit, auch neue Industrieanlagen. Zentral wird aber die Frage werden: Worin sollen die Schwerpunkte der Produktion und des Verbrauchs liegen?

3. Zu einer Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft gehört für Sozialdemokraten die intensive Arbeit an qualitativen Bewertungsmaßstäben, die ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele berücksichtigen.

Die Ziele der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Umweltpolitik sind:

- auf eine humane Gestaltung der Wohnumwelt in Städten und Gemeinden hinzuwirken,
- die natürlichen Lebensgrundlagen mit ihrer Artenvielfalt zu erhalten, Umweltschädigungen vorbeugend zu verhindern und bereits eingetretene Schäden zu beseitigen,

- die technisch-wirtschaftliche Entwicklung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu steuern,
- die Erforschung der Gefahren für die natürliche und soziale Umwelt des Menschen und die Möglichkeiten ihrer Abwehr zu fördern,
- in kritischem Dialog mit den Bürgern, vor allem den Gewerkschaften, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ein Konzept der gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu erarbeiten, in dem soziale, ökonomische und ökologische Belange besser aufeinander abgestimmt sind.

Gleichzeitig verfolgen die Sozialdemokraten die *gesellschaftspolitischen und ökonomischen Ziele*

- des Rechts auf Arbeit,
- der ausreichenden Versorgung der Menschen mit Nahrung, Kleidung und Wohnung,
- der Sicherstellung von Bildung und Ausbildung,
- einer befriedigenden umfassenden sozialen Sicherung.

4. *Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele* sind für Sozialdemokraten gleichrangig. Zwischen ihnen besteht kein prinzipieller Gegensatz. So ist z. B. Energiesparen sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Dennoch gibt es Konflikte. Denn für einen Konzern, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, möglichst viel Strom zu verkaufen, ist Einsparung von Strom eine Gefährdung der Absatzmöglichkeiten und damit der Gewinnchancen. Ähnlich verhält es sich mit dem „Zielkonflikt“ Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz.

Vielfach läßt sich zeigen, daß ökologisch vernünftige Entwicklungen auch unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten günstig sind. Dies gilt freilich nicht für die einzelnen Arbeitsplätze in ökologisch schädlichen und für Arbeitnehmer gesundheitsgefährdenden Produktionsbereichen. Dennoch sind nur ökologisch vernünftige Arbeitsplätze wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze; und nur eine Wirtschaftsordnung, die ihre eigenen natürlichen Grundlagen nicht ständig weiter untergräbt, ist auch ökonomisch vernünftig.

Insofern laufen ökologische und ökonomische Vernunft auf Dauer und gesamtgesellschaftlich betrachtet auf dasselbe hinaus. Trotzdem stößt die Berücksichtigung umweltpolitischer Ziele in den bestehenden Wirtschaftsstrukturen mit ihrer verengten betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise bei den vorherrschenden Einzelinteressen zwangsläufig auf zahlreiche Widerstände.

Vielfach handelt es sich bei der Abwägung zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen

also um einen Zielkonflikt zwischen kurzfristigen Einzelinteressen und längerfristigen gesamtgesellschaftlichen Interessen. Vieles von dem, was heute mit Erwägungen ökonomischer Vernunft gerechtfertigt wird, ist nichts anderes als unverantwortlicher Raubbau auf Kosten künftiger Generationen oder egoistische Bereicherung auf Kosten der Gesamtgesellschaft.

5. Wir brauchen also eine Kurskorrektur, aber sie darf nicht die soziale Stabilität und damit gerade eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Neuorientierung des Wirtschaftens gefährden. Der Kampf der Gewerkschaften, den technischen Fortschritt in sozialen Fortschritt umzusetzen, muß weitergehen ebenso wie der Kampf um eine gerechtere Verteilung der Einkommen für die Masse der Arbeitnehmer. Es geht darum, auf der Grundlage sozialdemokratischer Ziele eine Politik zu verwirklichen, die die vorhandene soziale Stabilität in Einklang mit den ökologischen Notwendigkeiten der Zukunft bringt.

6. Die Sozialdemokratie muß gerade in der Wachstumsfrage noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind nicht die Partei der Apokalypse, wir meinen aber auch nicht, der geschichtliche Fortschritt sei gesetzmäßig vorgegeben. Wir wollen auch in der Umweltpolitik die Partei der Hoffnung sein, indem wir nicht einer blinden, naiven Hoffnung, sondern einer realistischen Zuversicht Raum geben. Wir wollen wirklichkeitsnahe Orientierungspunkte geben. Besserwisserel und Indoktrination ist nicht unsere Sache, wohl aber Richtungsangabe und Wegweisung. Sozialdemokraten sind mit Ernst Bloch „ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern“.

Nicht alle praktischen Lösungen in der Umweltpolitik werden sofort durchsetzbar sein. Auch innerhalb der SPD gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Stellenwert der Umweltpolitik. Gerade deswegen muß die Sozialdemokratie im Dialog mit ihren Wählern in allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, den Gewerkschaften, den Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Industrie und auch mit den Kirchen nach Konsens suchen, um zu erreichen, daß die Umweltprobleme dieser Gesellschaft gelöst werden können.

Von einer Neuorientierung des Wirtschaftens gerade unter umweltpolitischer Zielsetzung hätten die arbeitenden Menschen in den Industrieregionen am meisten zu gewinnen. Sie sind deshalb die unverzichtbare politische Basis einer aktiven Umweltpolitik. Ihre aktive Mitarbeit wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn die Lasten einer Neuorientie-

rung des Wirtschaftens nicht ihnen einseitig aufgebürdet werden.

7. Jede Strukturänderung muß mit dem Widerstand derer rechnen, die nachteilige Rückwirkungen auf ihre Interessen befürchten. So beziehen sich bei Arbeitnehmern solche Besorgnisse in erster Linie auf die kurz- und mittelfristigen Arbeitsplatzauswirkungen. Eine breite politische Zustimmung und Unterstützung für Umweltziele kann deswegen nur von einer großen politischen Kraft gewonnen werden, die gleichzeitig das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen und sozialen Leistungen repräsentiert: ohne die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist ein solcher Prozeß nicht denkbar.

Der Versuch, Umweltziele nur von der politischen Basis einzelner Gruppen oder Bürgerinitiativen oder mit Hilfe alternativer Listen anzugehen, kann nicht zu einer grundlegenden Änderung der Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft führen; er reicht allenfalls zur Verhinderung einzelner umweltgefährdender Projekte. Von Fall zu Fall können solche Initiativen durchaus Bündnispartner einer sozialdemokratischen Umweltpolitik sein. Wenn einzelne jedoch glauben, zur Lösung der Umweltprobleme die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft opfern zu müssen, so müssen sie mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen.

8. Langfristige Strukturveränderungen haben die aktive Teilnahme der betroffenen Menschen zur Voraussetzung. Das gilt auch für alternative Projekte, die neue Produktions- und Lebensformen erproben und zugleich Zeichen für das öffentliche Bewußtsein setzen können. Solche Projekte bieten den darin engagierten Menschen die Möglichkeit, innerhalb der gegebenen Strukturen andere als die vorherrschenden Lebensvorstellungen zu verwirklichen und neue Produktionsweisen zu entwickeln oder traditionelle Produktionsweisen wieder zu beleben.

Dabei handelt es sich oft um soziale Experimente, aus denen die Gesellschaft insgesamt wichtige Modelle für alternative Handlungsmöglichkeiten gewinnen kann. Hier wird in vielen Fällen sozial bedeutsame Arbeit geleistet, die die Selbsthilfe einzelner Gruppen der Bevölkerung stärken und damit die öffentlichen Hände auch finanziell entlasten kann. Insofern erfüllen sie eine wichtige soziale Funktion. Wir wenden uns gegen die konservativen und reaktionären Kräfte, die einzelne oder Gruppen, die ihren eigenen Weg gehen, unter die Normen der Mehrheit zwingen, diffamieren oder gar kriminalisieren wollen.



LESERBRIEFE

Sehr erschrocken

Über den Artikel von Richard Löwenthal in NG 12/81 zur Jugend-„Aussteigerproblematik“ bin ich sehr erschrocken. Weniger, weil das Papier „dünn“ und „kraus“ ist, sondern weil darin ein ungeheurer Mangel an Information über die Bewußtseinsentwicklung eines wachsenden Teils der Jugendlichen und ihrer Handlungsmotive zu verzeichnen ist. Man kann – verkürzt – dem Verfasser und den Unterzeichnern der Thesen nur raten, an einem Konzert von Udo Lindenberg oder Marius Müller-Westernhagen in der Kölner Sporthalle teilzunehmen oder sich einmal die Arbeit von kirchlichen Jugendgruppen anzusehen. Dadurch würden sich bessere Eindrücke bekommen und wären der Wahrheit näher als bei ihren wissenschaftlich verbrämten Vorurteilen.

Der Verfasser hat nicht erkannt, daß es sich bei einer wachsenden Zahl von Jugendlichen nicht um modistische Aussteiger handelt, sondern daß deren Verhalten nur durch das Zusammenwirken verschiedener Einzelentwicklungen der letzten Jahre begründet ist. Die Jugendbewegung ist eine Suchbewegung, die sich als stellvertretend für die Gesamtgesellschaft versteht, um wieder zu einem menschlichen (statt verdinglichten) Verständnis des Menschen im Verhältnis zu sich selbst und zur Natur zu kommen.

Ein kritisches Überdenken des Fortschrittbegriffs ist mit Recht erforderlich. Daraus sich einander ausschließende Positionen zur SPD-Entwicklung zu konstruieren, ist ebenso falsch wie fatal. Das Verhalten der Jugendlichen ist überaus reformistisch. Es läßt sich leiten von dem Empfinden von Angst und Trauer. Angst vor einer unveränderten Fortschreibung mancher inhumanen Entwicklungslinien im gesellschaftlichen Zusammenleben und Trauer über die verpaßten Chancen durch eine mut- und phantasieles gewordene Politik. Die Gruppen gehen von Betroffenenverständnis aus; sie wollen die Kette der vermeintlichen Sachzwänge durchbrechen. Ist das so schlimm für uns Sozialdemokraten?

Diese Jugendlichen sind bei weitem nicht mehr so studentisch geprägt wie noch die 68er Generation. Die aktiven und wichtigsten Teile rekrutieren sich

insbesondere aus dem kirchlichen Bereich. Die wenigen Radaubröder sind oft arbeitslos und stammen meist aus dem Arbeitermilieu. (In „anderer Form“ finden wir sie auch als „Fans“ bei Fußballspielen.) Gerade die sind keine akademische Randgruppe.

Viele dieser Jugendlichen machen anerkannt gute Stadtteilarbeit, sie kümmern sich um alte Menschen und überlassen soziale Fragen nicht irgendwelchen bürokratischen Organisationen. Diese Aktivitäten,

die durch eine größere Sensibilisierung jüngerer Menschen für den Kulturbruch in unserer Gesellschaft und für die veränderten ökonomisch-ökologischen Zwänge gewachsen sind, sind nicht antisozialdemokratisch. Aber wir enttäuschen mit unserer ritualisierten Politik auf dem Hintergrund unseres politischen Anspruchs.

*Michael Müller,
Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses,
Düsseldorf*

Politische Notwendigkeiten erkannt?

Vergleicht man die Artikel von Willy Brandt und Richard Löwenthal in NG 12/81 zur Identität der SPD, so stellt sich dem aufmerksamen Leser die Frage: Worin unterscheiden sich die Auffassungen von den beiden denn so sehr, daß die Gesamtpartei derart in Aufruhr geraten ist?

Willy Brandt geht von der Grundannahme aus, daß die SPD nur regierungsfähig bleibt, wenn sie den gemeinsamen Nenner – auch wenn es nur der Kleinste ist – für die Mehrheit unserer Bevölkerung bildet.

Richard Löwenthal sagt im Prinzip das gleiche, meint aber, Willy Brandt wolle die Partei an ihren Rändern aufzfasern lassen. Deshalb sei auf einige Passagen von Brandts Artikel nochmals hingewiesen: „... unsere Arbeit liegt im Interesse aller... Jeder Mensch also, dem soziale Gerechtigkeit und geistiger Fortschritt am Herzen liegen, ist der natürliche Verbündete der Sozialisten... Tatsache nun ist, daß die erwähnten Strömungen zwar stark in die SPD hineinwirken, aber Wähler eher von ihr abziehen. Nun

kann man *nicht jedem nachlaufen, der uns davonläuft.* Doch die Partei darf nicht austrocknen. Und wir dürfen uns niemals damit abfinden, daß einige der engagierten Jungen sich dauerhaft außerhalb der Partei für Ziele organisieren, die den unseren *nicht widersprechen*... Wir dürfen ihnen nicht nur nicht nachlaufen; wir dürfen ihnen auch nicht nach dem Munde reden, nicht ihre Antworten übernehmen, wo wir sie nicht für richtig halten.“

Es wird sich also eher Richard Löwenthal die Frage stellen lassen müssen, ob er die politischen Notwendigkeiten erkennt. Dem scheint auch die Initiative der NRW-SPD in Richtung auf Integration und auch der Artikel von Hans Meinolf im „Vorwärts“ vom 17. Dezember zu entsprechen.

Wenn Sozialdemokraten nicht die unbequemen Fragen stellen, werden diese Fragen den Sozialdemokraten gestellt werden, und ich weiß nicht, ob diejenigen, die so eifrig Unterschriften zu Richard Löwenthals Papier gesammelt haben, immer die richtigen – im sozialdemokratischen Sinne – Antworten wissen.

*Dirk Mittmann,
Königswinter*

Löwenthal-Thesen und Öffentlichkeit

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Paderborn-Büren hat die Thesen des Genossen Löwenthal sowie deren öffentliche Behandlung diskutiert:

Die Form der öffentlichen Diskussion; zum Verfahren der Unterschriftensammlung für ein Diskussionspapier.

Wir sind der Auffassung, daß die Positionen von Richard Löwenthal, Annemarie Renger u. a. in der SPD vertreten und diskutiert werden können. Wir

sind jedoch nicht der Meinung, daß die durch das gewählte Verfahren zum Ausdruck gebrachte Zielrichtung zulässig ist. Diese Zielrichtung geht eindeutig hin auf Ausgrenzung mißliebiger Positionen und Gruppen.

Die öffentliche Diskussion der Thesen (und der Art, in der diese instrumentalisiert wurden) hat der SPD in einer ohnehin schwierigen Situation geschadet. Diejenigen Kritiker der Regierungspolitik, die noch zwischen Partei und Regierung differenzieren,

Manfred Porkert

China –

Konstanten im Wandel

Moderne Interpretationen der chinesischen Klassik

Von MANFRED PORKERT
1978. XII, 198 Seiten. Kat. flex. DM 20,-

Urteile aus der Fachpresse

„Manfred Porkert vermittelt dem China-Interessenten eine aufschlußreiche Sicht in das chinesische Volksbewußtsein, die besonders in den Erklärungen zum chinesischen Volksroman das Verständnis für die Gegenwart erweitert. Er kommt auf seine Weise auf die „Gelbe Gefahr“ zu sprechen. Nicht das künftige chinesische Kriegspotential sei zu fürchten, sondern eher die chinesische Wissenschaft...“

(Schwäbische Zeitung)

„Dem bekannten Münchner Sinologen Porkert ist es in diesem Buch gelungen, ein ausgezeichnetes Bild von den nationalen Charakteristika des chinesischen Volkes zu zeichnen. Es schließt die Volksmentalität ebenso ein wie die Bereiche Schrift, Sprache, Religion, Philosophie, Wissenschaft, Literatur und Theater. Wer diese Abhandlung sorgfältig studiert, erhält

ein hilfreiches Mittel zum Verständnis vieler, für den Westeuropäer nur schwer zu durchschauender Verhaltensweisen dieses größten Volkes der Erde. Ein weit aus der Masse der rein deskriptiven und für die chinesische Realität unsensiblen China-literatur herausragendes Werk, das breit empfohlen werden kann.“

(Die Neue Bücherei)

„Das Büchlein Porkerts ist ein hervorragendes Beispiel für eine Demokratisierung sinologischer Forschungsergebnisse – wenn man die verständliche Darbietung für den Laien so nennen darf. Jeder, der sich dem heutigen China nähern und dabei herausfinden möchte, wo die kulturhistorischen Schichten zutage treten, sollte sich der Führung Porkerts anvertrauen.“

(Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens)

S. Hirzel Verlag · Postfach 347 · 7000 Stuttgart 1

müssen den Eindruck gewinnen, daß der Partei endgültig eine eigenständige Rolle aberkannt werden soll. Nicht zu Unrecht wurde die gewählte Vorgehensweise der Unterschriftensammlier als Angriff auf den Parteivorsitzenden gewertet. Wie aus unserer inhaltlichen Auseinandersetzung (s. u.) mit den Thesen klar wird, schadet die gewählte Art und Weise jedoch auch dem Bundeskanzler.

Zum Gehalt der Thesen

Durch die kritisierte Vorgehensweise ist eine sachliche Auseinandersetzung mit den Thesen Löwenthals erschwert worden. Dennoch halten wir die Diskussion für notwendig. (Die Initiierung einer Diskussion ist ein Verdienst der Thesen.) Der Hauptfehler der Thesen scheint uns – vorab – die Formulierung einer falschen und schädlichen Alternative zu sein, nämlich, die SPD müsse sich entweder gegen die „Arbeiter, Angestellten, Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder Selbständigen“ oder gegen die „Kritische Jugend“ entscheiden.

Nach unserer Auffassung wird die SPD den Demokratischen Sozialismus jedoch nur *zusammen* mit der „Kritischen Jugend“ und den abhängig Beschäftigten erreichen. Daher halten wir die Bemühungen Willy Brandts um eine Integration eines möglichst großen Teils der „Kritischen Jugend“ in die SPD für richtig, notwendig und daher unterstützenswert. Auch im Detail sind dem Genossen Löwenthal aus unserer Sicht entscheidende Fehler unterlaufen:

Zu These 1

Wenn die in Reglerungsverantwortung stehenden Sozialdemokraten sich nicht schnell und nachhaltig für eine aktive Arbeitsmarktpolitik (die Umweltschutz notwendig einschließt s. u.) entscheiden, werden sich „Popularitätskurven und Wählerzahlen“ mit Sicherheit *nicht* wieder ändern. Die SPD wird dann auf Dauer nicht nur regierungs-, sondern auch oppositionsunfähig. Es geht darum, klare demokratisch-sozialistische Zielsetzungen zu formulieren und auch in der Regierungspolitik wieder deutlich zu machen. *Nur* eine solche Politik ist geeignet, den von Löwenthal dargestellten Verlust nach zwei Seiten zu beenden.

Zu These 2

Die Einschätzung, die „Alternativen“ seien gegenüber der Industriegesellschaft grundsätzlich feindlich eingestellt, ist so pauschal, daß sie falsch ist. Die beschriebene Haltung wird nur von einem sehr kleinen Teil der – in sich differenzierten – ökologischen Bewegung vertreten. Weiter ist die Konstruierung eines Gegensatzes zwischen der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und des Umweltschutzes falsch

und schädlich: Konsequenter Umweltschutz vernichtet nicht Arbeitsplätze, sondern würde solche schaffen und erhalten – auch hier also die falsche Alternative.

Zu These 3

Durch die pauschalisierende Charakterisierung der Aussteiger könnten sich die weit über 100 000 jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren diffamiert fühlen. Sie verzichten keineswegs freiwillig auf die Eingliederung in die „berufliche Arbeitsteilung“ – im Gegenteil: das kapitalistische Wirtschaftssystem gibt ihnen keine Chance der Eingliederung. Auch hier zeigt sich, daß der behauptete Gegensatz zwischen „Stammwählern“ und der „Jugend“ ein konstruierter ist – die jugendlichen Arbeitslosen sind in der übergroßen Mehrzahl Arbeiterkinder. Hier rasch tätig zu werden, ist im übrigen von den regierenden Sozialdemokraten zu fordern; Handlungsanweisungen liegen vor (Beschlüsse Parteitag Hamburg 1977; Programm „Solidarität mit den Jungen“ der Arbeitsgruppe Roth).

Zu These 4

Keineswegs ist es eine „Fehleinschätzung“, daß die Werthaltungen des Demokratischen Sozialismus und der „Kritischen Jugend“ zu gemeinsamem politischen Handeln führen kann. Vielmehr ist genau diese Zusammenführung notwendig, will man die Gesellschaft im Sinne des Godesberger Programms, des OR '85 verändern. Integrationspolitik ist von daher die einzig sinnvolle Politik.

Zu These 5

Nach unserer Auffassung ist es auch ein Merkmal der Demokratie, „bereits rechtskräftige Mehrheitsentscheidungen“ in Frage zu stellen – was gestern der Mehrheit richtig erschien, muß keinesfalls auch heute noch stimmen. Die notwendige Diskussion in der SPD (über Atomkraft, „Nach“-Rüstung, ect.) ist hierfür Beleg. (Die Mehrheit, die einmal die Produktion des „Tornado“ beschlossen hatte, würde sich hoffentlich heute nicht mehr finden!) Es gibt eben keine ewigen Wahrheiten.

Zu These 6

Keineswegs kann sich die Sozialdemokratie für „die arbeitsteilige Industriegesellschaft“ entscheiden wie sie ist. Vielmehr muß diese Gesellschaft entsprechend den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus verändert werden: „Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.“ Diese Aussage des Godesber-

ger Programms (die nach unserer Einschätzung von einem sehr großen Teil der „Kritischen Jugend“ geteilt werden kann) hat zur Konsequenz, daß die konservative Position der Erhaltung des Status quo nicht

die Position der SPD sein kann – will sie nicht ihre Identität aufgeben.

Dr. Helmut Funke,

Heinz Gunia,

Unterbezirksvorsitzender Unterbezirksgeschäftsführer

Analyse richtig – Konsequenzen falsch

Betr.: Gerhard Herz: „Rationalisierung –
unanswänglich?“ in NG 11/81

Der Artikel von Herrn Herz erscheint uns vom Thema her besonders diskussionswürdig, da er mit der Behandlung des Problems der Rationalisierung in unseren Bildungsinstitutionen eine lange verdrängte bildungspolitische Frage einmal öffentlich darstellt. So richtig uns die Behandlung dieses Themas auch erscheint, so notwendig halten wir einige Ergänzungen zur vorgetragenen Meinung von Herrn Herz mit folgender Begründung: Wir möchten nicht die These von Herrn Herz übernehmen, daß „Rationalisierung der zentrale Vorgang ist“, der das Leben der Schüler entscheidend beeinflussen wird, d. h. ein spezifisch unsere Gegenwartskultur bezeichnender Schlüsselbegriff ist. Rationalisierung ist immer Bestandteil kultureller Weiterentwicklung und kein einmaliges Phänomen unserer Gegenwart. Wohl scheint es kulturell bedingte technologische Entwicklungsschübe in unserer Geschichte gegeben zu haben, in denen die Produktivverhältnisse für jedermann sichtbar verändert wurden, sie waren aber zweifelsohne Ausdruck politischer oder politisch/ökonomisch bedingter Veränderungen, in denen der kontinuierliche Prozeß einer zunehmenden Rationalisierung menschlicher Tätigkeiten im besonderen Maße gefördert wurde. Eine Gesellschaft, die Rationalisierung an sich in Frage stellt oder negativ bewertet, steht in der Gefahr, die Kontinuität ihrer eigenen kulturellen Entwicklung aufzuheben.

Soweit es die Schule betrifft, laufen technisch/ökonomisch bedingte Rationalisierungsprozesse der Schulentwicklung voraus. Schule hat sich immer wieder als eine soziale Institution erwiesen, die reaktiv (im Nachvollzug) reagieren muß. Sie kann auch von der Sache her nicht in ihren Bildungs- und Erziehungszielen eine Gesellschaft darstellen, die im allgemeinen sozialen Rahmen, in dem die Menschen leben, noch gar nicht definiert wurde. Schule

kann also kein Eigenmodell einer Gesellschaft sein, wenn sie nicht ihre gesellschaftlichen Bezüge aufheben will.

Wohl aber kann Schule in der Gesellschaft vorhandene Entwicklungen verstärken und maßgeblich beeinflussen. Sie steht daher nicht vor der Frage, welche Gesellschaft sie definiert, sondern welche Entwicklungen sie aufnimmt und verstärkt, ihnen bildungspolitischen Zielcharakter verleiht.

Hier sieht Herr Herz die Sache dann sehr richtig: Die Schule hat die in unserer Gegenwart z. Z. beschleunigt verlaufende Entwicklung von Rationalisierungsprozessen auf ihre Art bewertet und in ihrer Binnenstruktur übernommen. Die von Herrn Herz gekennzeichneten „Lösungsversuche“ in den verschiedenen Bereichen sind für jedermann sichtbar und auch als Probleme diskutierbar. Tatsache ist, daß Schule ganz im Trend einer allgemeinen Entwicklung ebenfalls „rationalisiert“ wurde; wenn trotzdem heute keiner mehr über die bisherige Entwicklung besonders glücklich ist, so wird weniger zu fragen sein, ob die Verhältnisse in der Gesellschaft richtig sind – wann waren sie es schon einmal in der gesamten menschlichen Geschichte? –, sondern ob die aus der Entwicklung abgeleiteten Prämissen die richtigen waren, nach denen bildungspolitische Entscheidungen getroffen wurden.

Wenn wir diese These realistisch auffaßten, nach der auch gesellschaftliche Entwicklungen dialektisch verlaufen, stünde natürlich zu erwarten, daß einer zunehmend verrationalisierten Schule als Antithese ein Gesellschaftsmodell gegenübergestellt werden würde, das von einer „Entschulung“ der Gesellschaft bestimmt sein würde. Modelle aber sind zunächst nicht mehr als verkleinerte Beispiele von wie auch immer gearteten Systemen, die erst noch zu verifizieren sind. Soweit sie Relevanz für die Schule haben, läßt sich erst am Ende eines Umsetzungsprozesses in die Praxis ersehen, wozu sie bildungspolitisch tauglich sein könnten.

Wir glauben daher nicht, wie etwa Herr Herz, daß „die Strukturen kapitalistischer Wirtschaftsverfassungen“ Reformen im Bildungswesen nicht zulassen,

daß überhaupt irgendwelche Strukturen einer wie auch immer gearteten Gesellschaftsverfassung Bildung zulassen oder nicht. Wir nehmen von diesem resignativen Schluß deswegen Abstand, weil diese Auffassung wie kaum eine andere dazu dient, bösen Umständen die Schuld zu geben, wo *eigene* fortentwickelnde Gedanken gefunden werden sollten.

Wir meinen daher, daß der Denkansatz von Herrn Herz in der Analyse richtig, in den Konsequenzen falsch ist. Der Trend von Rationalisierung hat sich von den Produktionsprozessen verlagert auf die Informationsprozesse. Die Gesellschaft ist heute zunehmend weniger als Produktionsgesellschaft denn als Informationsgesellschaft aufzufassen. Und sie zeigt heute bereits erkennbare Defizite auf den Gebieten, welche die Schule versäumt hat, in ihr Aufgabengebiet aufzunehmen: dazu gehört heute nicht mehr wie zu Beginn der Neuzeit das Erlernen des Schriftcodes zur Erschließung des damals angebotenen Wissens oder des naturwissenschaftlich-technischen Denkens, was in der Glanzzeit bürgerlicher Entwicklung Weltkenntnis ermöglichte, dazu gehört heute die Fähigkeit, die enorm angewachsenen Speichersysteme von Daten so aufzuschließen zu können, daß sie instrumental nutzbar werden. Anstatt zu beklagen, daß die Gesellschaft kapitalistisch und daher böse sei, wäre zu fragen, welche von vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen unabhängige Faktoren heute als wichtig erkannt und beherrscht werden müssen, wenn der Mensch als Spezies und Individuum überleben will. Vorläufig wird die überwiegen-

de Mehrzahl der Kinder *unserer* Gesellschaft in Schulen erzogen, deren Modelle und Methoden im 19. Jahrhundert entwickelt wurden, auch hier wieder unabhängig von der jeweils herrschenden gesellschaftlichen Struktur.

Es wäre an der Zeit, heute Schulen zu entwickeln, deren Informationsmethoden wenigstens im Prinzip den Gegebenheiten entsprechen würden, die heute im privaten und wirtschaftlichen Milieu längst zur täglichen Erfahrung gehören. Wenn sowohl im Parlament (S. 2. 81, Drucksache 9/163, S. 33) wie auch in der wissenschaftlichen Literatur (Rundfunk und Fernsehen 2/1980, S. 173 ff) von einer sich neu bildenden *Wissensklüft* in unserer Gesellschaft gesprochen wird, die alle Bemühungen um Chancengleichheit zunichte machen könnte, liegt das sicherlich daran, daß unsere Bildungsinstitutionen *diese* Frage eben noch nicht gesehen haben und, damit eng verbunden, die Frage der heute zur Verfügung stehenden Informationsstränge vor lauter gesellschaftlichen Strukturproblemen einfach ausgeklammert haben.

Wie schwer es ist, z. B. die Informationsmöglichkeiten des Fernsehens in einen Unterricht einzubringen, der *dafür* keine methodischen Voraussetzungen bietet, zeigt unsere tägliche Erfahrung, ob wir allerdings vor lauter Technologiekritik zum Buschstrommeldienst zurückgehen sollten, möchten wir lieber verneinen.

Gerd Schlieff
Rudolf Gelske

Etwas zu einfach

zu Richard Löwenthals Aufsatz „Identität und Zukunft der SPD“

Liebe Genossen,

Richard Löwenthal macht es sich, wie mir scheint, etwas zu einfach, wenn er glaubt, die SPD vor die doch recht holzschnittartige Alternative stellen zu können, sich entweder für die „arbeitsteilige Industriegesellschaft“ oder für „das Aussteigertum“ zu entscheiden. Die wohl rhetorisch gemeinte Frage, ob der Weg der Industriegesellschaft denn ein „weltgeschichtlicher Irrweg“ gewesen sei – Wer hat das eigentlich je behauptet? –, sollte man füglich in einem anderen Kontext diskutieren als in dem von Löwenthal vorgeschlagenen.

Für die klassische Sozialdemokratie, deren selbstgezimmerter „Marxismus“ in der deutschen idealistischen Philosophie wurzelte, galt jeder technische Fortschritt, jede ökonomische Neuerung von vornherein schon als historisch-politischer Fortschritt in Richtung auf eine sich mit naturgesetzmäßiger Notwendigkeit entwickelnde sozialistische Gesellschaftsordnung. Aus dieser optimistisch-deterministischen Weltanschauung heraus wurde – mit Recht – etwa das Maschinenstürmertum als im Grunde reaktionäre Auflehnung gegen den unabänderlichen Gang der Geschichte verdammt, wurden Rationalisierung und Automation nicht bereits als solche abgelehnt und wurde noch 1956 die Münchener Entschließung zur „Zweiten Industriellen Revolution“ gefaßt. Diese Geschichtsmetaphysik verschaffte allem Werdenden be-

reits seine Legitimatoren: Das Bestehende war a priori vernünftig.

Mit dem Godesberger Programm, das ja auch für Löwenthal die Grundlage für das „entstandene breite soziale Bündnis“ gewesen ist, hat die Sozialdemokratie ihren Abschied von der Geschichtsphilosophie genommen und die Verantwortung für die technisch-ökonomische Entwicklung der Gesellschaft in die Hände der Gesellschaft selbst gelegt. Dies war auch die Geburtsstunde des vielgeschmähten „Reformismus“: die Arbeiterbewegung hatte sich nicht mehr allein auf die Abwehr der negativen sozialen Auswirkungen einer automatisch in den Sozialismus hinüberwachsenden kapitalistischen Entwicklung zu beschränken, sondern ihr selbst fiel die Aufgabe zu, die Voraussetzungen der „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung“ (Godesberger Programm) des demokratischen Sozialismus durch politische Aktion zu schaffen.

Jene vulgärmarxistische metaphysische Fortschrittsgläubigkeit scheint mir in der Sozialdemokratie bis heute nicht völlig überwunden, vielmehr immer noch latent vorhanden zu sein, und gerade aus ihr erwächst eine Gefahr der Desintegration: Nur allzu leicht kann sie sich mit einer prinzipiellen Verteidigung und Rechtfertigung alles Bestehenden, mit einem wirtschafts- und zumal beschäftigungspolitischen Fatalismus paaren, was einen verhängnisvollen und fast totalen Verlust an Vertrauen in der Bevölkerung zur unvermeidlichen Folge hätte. Mithin droht die SPD, wenn sie weiterhin einem traditionalistischen Fortschrittsbegriff anhängen und den zugegebenermaßen steinigem Weg vom Dialog zur Integration zu beschreiten sich weigern würde, in einen Immobilismus zu verfallen, der ihre soziale Basis in einer sich strukturell beständig wandelnden Gesellschaft mehr als nur auf die „Stammwähler“ zusammenschumpfen ließe.

Die moderne Gesellschaft ist nicht mehr so einfach wie die Klassengesellschaft des beginnenden Industriezeitalters, aber sie hat nicht aufgehört, eine

Klassengesellschaft zu sein. Und so darf man denn auch nicht wieder, wie im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, das „Aussteigertum“ von heute als bloße Dekadenzerscheinung einer verfallenden bürgerlichen Gesellschaft abtun. Gewiß gibt es Menschen, die solchen „reaktionären Utopien“ verhaftet sind, wie R. Löwenthal sie beschreibt, aber sie machen weder das Wesen noch das Zentrum dessen aus, was man neuerdings die „neuen sozialen Bewegungen“ nennt, innerhalb derer sie kaum mehr als eine extreme Randerscheinung bilden und niemals bilden werden. Und wer die Stirn hat, sie als „objektiv parasitär“ zu brandmarken, sollte dann wenigstens auch den Mut haben, z. B. gewissenlose Makler und Börsenspekulanten mit dem gleichen Verdikt zu belegen.

Aber die große Mehrheit derer, die sich – oft unter großen persönlichen Opfern – in diesen „neuen sozialen Bewegungen“ engagieren und denen auch Löwenthal keine unlauteren, sondern vielmehr „humane Motive“ unterstellt, wird nur dann in einen unversöhnlichen Gegensatz zur traditionellen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung getrieben, wenn die SPD sich von vornherein dem Dialog mit ihnen verschließt, weil ihre Ziele zugegebenermaßen noch sehr verschwommen und unausgegrenzt, damit jedoch auch nicht dogmatisch festgelegt und noch realistischer formulierbar sind. In bezug auf die Friedensbewegung hat sich Löwenthal ja unmißverständlich in eben diesem Sinne ausgesprochen. Es wäre gut, wenn in der Diskussion um die und mit den „grünen“ und „alternativen“ Bewegungen keine falschen Fronten aufgebaut würden, an denen man nur ins Leere stößt, weil die vermeintliche totale Antihaltung, gegen die Löwenthal zu Recht polemisiert, bei weitem nicht den Umfang hat, den er ihr beimißt, sondern vielmehr eine verschwindende Minderheit darstellt, die in der Tat nicht mehr politisch erreichbar ist, schon gar nicht für die SPD.

Bruno Richter

Die folgenden Anmerkungen von Heinrich Appelhans und Reinhold Vennebusch beziehen sich zwar nicht auf einen NG-Artikel, sondern sind ein Diskussionsbeitrag zum Vorschlag von Peter Glotz, einen Teil der Delegiertenplätze auf Unterbezirksparteitagen der SPD aktiven Gewerkschaftern und Betriebsräten zu reservieren. Insofern sind sie aber eine direkte Replik auf das in diesem Heft abgedruckte Streitgespräch zwischen Peter Glotz und Peter von Oertzen. Red.

Zu den Glotz-Thesen

Über die Thesen des Glotz-Papiers kann man streiten – und das ist gut so. Es wird Befürworter geben, aber sicherlich mehr Ablehner. Trotzdem muß man dem Papier bescheinigen, daß es die innerparteiliche Diskussion stark aktiviert hat. Jeder Ortsverein, jede Arbeitsgemeinschaft, die Vorstände auf allen Ebenen, haben sich mit den Thesen befaßt und tun es weiter. Die Thesen haben Anregungen gegeben, erleichtern die Standortbestimmungen in den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften und geben Entscheidungshilfen. Die Diskussion darüber sollte ausgiebig geführt werden, sachlich und fair.

Der AfA-Vorstand im Unterbezirk Dortmund hat sich natürlich besonders mit dem Teil des Papiers beschäftigt, der die Stellung der Arbeitnehmer in der Partei zum Inhalt hat. Dieser Teil stößt in einigen Passagen einmütig auf Ablehnung. Bei einer Realisierung und Anwendung wäre das unseres Erachtens ein Rückschritt mit unübersehbaren Folgen. Bei den meisten AfA-Funktionären und einem großen Teil der aktiven AfA-Mitglieder würde ein Umdenkungsprozeß mit neuer Orientierung stattfinden müssen. Heute ist es doch schon so, daß die meisten unserer AfA-Funktionäre Aufgaben in der Partei übernommen haben, im Ortsverein und darüber hinaus.

Wir können für unsere Einstellung selbstverständlich eine Reihe von Beispielen anführen, die unseren Standpunkt verständlich machen. Stellvertretend nur nachfolgendes Ergebnis: Bei einer Versammlung der SPD-Betriebsgruppe Hoesch-Phoenix wurden die anwesenden Teilnehmer (67) nach ihren Funktionen in Partei und Gewerkschaft befragt. Dabei wurden über 90 Funktionsangaben gemacht. Es wurden genannt: Ortsvereinsvorsitzender (3 x), Ratsvertreter (3x), Ortsvereinsfunktionär (14 x). Diese Tatsache, die auch in anderen Betriebsgruppen ihre Bestätigung findet, macht deutlich, wie AfA-Arbeit und

Mitarbeit in Parteifunktionen ineinander übergehen kann. Dabei verkennen wir nicht, daß in anderen Regionen der Bundesrepublik oft nicht Verhältnisse hergestellt werden können wie im mitgliederstärksten Unterbezirk Dortmund. Aber die Frage darf man wohl stellen: Haben die sozialdemokratischen Arbeitnehmer in den anderen Regionen alles getan, um ihren selbstverständlichen Stellenwert innerhalb der SPD anzumelden?

Dazu gehört allerdings mehr, als eine Betriebsgruppe zu gründen. Dazu gehört u. a. auch eine Aktivität, die neben der sozialdemokratischen Betriebspolitik als Hauptaufgabe darauf abzielt, sozialdemokratische Inhalte im politischen Tagesgeschehen durchzusetzen. Dies geschieht am besten in der Partei, beim Ortsverein angefangen. Es mag sein, daß dies besonders in Regionen mit anderen Mehrheitsverhältnissen keine leichte Aufgabe ist. Aber wir Arbeitnehmer sind es doch gewohnt, mit schwierigen Situationen fertig zu werden. Das müssen wir unter den heutigen wirtschaftlichen Umständen nur allzu oft beweisen.

Das Glotz-Papier mag in vielem nicht befriedigen, aber es gibt wichtige Denkanstöße. Es hat die Schwierigkeiten, auf die Arbeitnehmer auch in der klassischen Arbeiterpartei SPD heute stoßen, deutlich angesprochen. Es kommt nun darauf an, eine befriedigende Lösung zu finden. Sie kann nicht darin bestehen, daß Betriebsgruppen sich wie Ortsvereine einrichten. Das würde die Ortsvereine um die Mitarbeit von Arbeitnehmern bringen. Da Betriebsgruppen nur in größeren Betrieben denkbar sind, brächte eine solche Regelung zudem den übergroßen Teil der in kleinen und mittleren Betrieben Schaffenden in der Partei in Nachteil gegenüber der kleineren Zahl der in Großbetrieben Beschäftigten. Und: Müßten nicht die Ortsvereine sich bei der Vergabe von Mandaten gegenüber denen aus den Betrieben zurückhalten, weil die ja eigene Regelungen haben? Im übrigen: Nicht nur bei uns in Dortmund beweisen Delegiertenzahlen, daß in der Partei mitarbeitende Arbeitnehmer allemal Chancen haben, als Delegierte gewählt zu werden. Freilich: sie müssen es wollen!

Fazit: Peter Glotz tritt für eine Aktivierung der Ortsvereine ein. Genau das ist richtig, aber mit den Arbeitnehmern zusammen.

*Heinrich Appelhans
Vorsitzender der AfA
im Unterbezirk Dortmund*

*Reinhold Vennebusch
AfA-Sekretär im
Unterbezirk Dortmund*



Hermann Scheer: Plädoyer für parteiinterne Direktwahl bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten

Dr. Hermann Scheer, Jahrgang 1944, ist seit 1980 Bundestagsabgeordneter. Veröffentlichungen u. a.: Die Genreform (1975); s. a. NG 2, 3 und 7/77, 6 und 8/78, 9/79, 2 und 5/81.

Auf der SPD-Organisationskonferenz im Oktober 1981 lautete einer der Vorschläge von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zur Organisationsreform, daß Modellversuche für die Aufstellung von Direktkandidaten für den Bundestag oder Landtage durchgeführt werden, die das bisherige Verfahren der Kandidatenaufstellung verändern. Nach dem gegenwärtigen Verfahren werden die Direktkandidaten von einer Delegiertenkonferenz des Wahlkreises aufgestellt. Vorgeschlagen ist nun eine direkte Beteiligung aller Mitglieder durch die Vorschaltung eines Vorwahlverfahrens: alle Mitglieder der SPD sollen zunächst die Gelegenheit haben, durch eine *briefliche Stimmabgabe* den von ihnen gewünschten Kandidaten anzukreuzen. Dies soll jedoch nur ein *Vorschlagsrecht* sein, so daß die *endgültige Nominierung* dann wie bisher durch die Delegiertenkonferenz erfolgt.

Dieser Vorschlag ist auf der Organisationskonferenz eher mit Skepsis aufgenommen worden, viele lehnen ihn auf Antrieb rundweg ab. Es wird gesagt, daß dies die Aktiven in der Partei, die die laufende Parteiarbeit machen und die die Träger der Meinungs- und Willensbildung in der SPD sind, gegenüber den passiven Mitgliedern, die nur ihren Beitrag zahlen und sich nicht beteiligen, benachteiligen würde. Die Wahl durch eine Delegiertenkonferenz wird als das der repräsentativen parlamentarischen Demokratie gemäße Aufstellungsverfahren betrachtet, das die sorgsame Auswahl des Kandidaten nach den Kriterien der Partei am ehesten ermögliche.

Die reservierten Haltungen hängen aber auch damit zusammen, daß bisher über die für die SPD

wichtigen Gründe einer solchen unmittelbaren Einbeziehung der Mitglieder an der Kandidatenaufstellung kaum – auch nicht auf der Organisationskonferenz – gesprochen wurde. Meine Erfahrung ist, daß bei einer differenzierten Erörterung dieses Vorschlags zusätzlicher Beteiligung sich sehr schnell vorläufige Ablehnung in Zustimmung verwandelt. Wenn die Partei von einer eingefeischten statutengemäßen Gewohnheit abgehen will, muß sie natürlich genau wissen, warum sie dies tut und welche Folgen dies dann hätte. Bereits vor Jahren hat Günter Grass gefordert – seinerzeit als Sprecher der SPD-Wählerinitiative –, daß die SPD das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten verbessern müsse durch eine Öffentlichkeit der Kandidatenaufstellung: „Nach bisherigem Brauch werden die Kandidaten für Landtagswahl oder Bundestagswahl in der Regel hinter verschlossenen Türen ausgehandelt ... Dennoch hat sich herumgesprochen, was in vorsorglich ungelüfteten Räumen passiert: Interessengruppen raufen, Flüggekämpfe bewegen verschlossenen Mief. Nach draußen dringen nur noch ‚gezielte Indiskretionen‘. Der Wähler jedoch, dem die Aufstellung der Kandidaten wichtig zu sein hat, hört wenige, zudem abschreckende Informationen. Desinteressiert, weil uninformiert, wendet er sich ab und schimpft auf die ‚typische Parteienwirtschaft‘. Wir meinen, in jedem Wahlkreis sollte der politische Wettstreit der Kandidaten um die Kandidatur öffentlich ausgetragen werden. Wir meinen, zu einem frühen Zeitpunkt, etwa ein Jahr vor dem Wahltermin, sollte dem Wähler die Möglichkeit geboten werden, die Kandidaten, bevor sie von den Wahlmännern der SPD gewählt oder nicht gewählt werden, öffentlich zu befragen.“

Im Schlußbericht „Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform“ der Enquêtekommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Friedrich Schäfer wurde 1976 die Einführung einer Briefwahl der Parlamentskandidaten bei einer Wahlberechtigung aller Parteimitglieder vorgeschlagen: „An Kandidatenaufstellungen in den Wahlkreisversammlungen beteiligen sich nur etwa zehn Prozent bis allenfalls 20 Prozent der wahlberechtigten Mitglieder einer Partei im Wahlkreis. Diese Anzahl kann vor allem bei den großen Parteien aus technischen, organisatorischen und räumlichen Gründen kaum nennenswert erhöht werden. Um den politischen Willen der Wahlkreisversammlung einer Partei zu aktivieren und personell auf eine breitere Grundlage zu stellen, bietet sich deshalb die zusätzliche Möglichkeit einer Briefwahl sowohl hinsichtlich des Bewerbers ... an. Auf

diese Weise kann auch die überwiegende Mehrheit der wahlberechtigten Mitglieder einer Partei im Wahlkreis von ihrem Wahlrecht zur Benennung eines Bewerbers ... Gebrauch machen, die nicht in der Wahlkreisversammlung anwesend sein kann."

Es wurde eine entsprechende Änderung des Bundeswahlgesetzes vorgeschlagen, das bisher nur die Möglichkeiten einer Wahl des Kandidaten durch eine Delegiertenkonferenz oder durch eine Mitgliederversammlung der Mitglieder der Partei in dem betreffenden Wahlkreis vorsieht. Eine Diskussion über diesen wie auch über andere bedenkenswerte Vorschläge der Enquete-Kommission Verfassungsreform fand bisher weder in den Parteien noch in der Öffentlichkeit statt, obwohl dies für unsere Demokratie sehr notwendig wäre. Der eingangs genannte Vorschlag von Peter Glotz knüpft nun erstmals an diese Überlegungen an. Das vorgesehene gemischte Verfahren - zunächst Briefwahl durch alle Mitglieder, dann Kandidatenwahl durch die Delegiertenkonferenz - ist das nach den derzeitigen Vorschriften des Bundeswahlgesetzes einzig mögliche einer Erweiterung. Vielleicht ist dies der Grund für den gemischten Vorschlag.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch dafür plädieren, über diesen Vorschlag noch hinauszugehen und die Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen künftig durch eine entsprechende Änderung der Wahlstatuten der Partei direkt durch alle Mitglieder zu ermöglichen, wofür sich die Briefwahl am ehesten anbietet, aber auch ein anderes Verfahren denkbar wäre (siehe weiter unten). Zuvor mußte die Initiative im Bundestag eingebracht werden, das Bundeswahlgesetz entsprechend zu ergänzen. Darüber hinaus schlage ich vor, dies nicht nur in Modellversuchen einzuführen, sondern es bald als verbindliches Wahlverfahren in Kraft zu setzen.

Für diese Erweiterung des Glotz-Vorschlags sprechen zunächst einmal zwei Gründe: ein gemischtes Verfahren hätte den schwerwiegenden Nachteil, daß ein direktes Votum aller Mitglieder durch Briefwahl natürlich einen Stellenwert hat, an dem eine Delegiertenkonferenz nur noch unter größten Schwierigkeiten und Folgeproblemen vorbeigehen könnte. Würde eine Delegiertenkonferenz mehrheitlich einen anderen Kandidaten nominieren als den bei der Briefwahl ermittelten, so hätte dieser in aller Öffentlichkeit ein Votum der Parteimitglieder gegen sich, das im Wahlkampf nur eine erhebliche Belastung darstellen kann, die die Partei sich und dem Kandidaten ersparen muß. Einer Delegiertenkonferenz bliebe gar nichts anderes übrig, als den in der brief-

lichen Vorwahl ermittelten Vorzugskandidaten der Parteimitglieder auch zu bestätigen, wenn sie sich nicht in uferlose Kalamitäten stürzen will. Ein zweiter Grund: Statutenänderungen müssen nach aller praktischen Erfahrung mit einem Schritt und können nur sehr schwer mit Zwischenschritten vorgenommen werden. Deshalb plädiere ich dafür, daß die Partei gleich den ganzen Schritt unternimmt.

Dafür sprechen folgende grundsätzliche Erwägungen:

1. Eine große Partei kann eine Meinungs- und Willensbildung ohne repräsentative Strukturen wie Delegiertenkonferenzen, Parteitage und Vorstände nicht sinnvoll durchführen. Repräsentative Strukturen sind grundsätzlich der Ersatz für direkte Demokratie, und zwar immer dann, wenn letztere demokratisch nicht mehr funktionsgerecht und undurchführbar wird und damit im Ergebnis zu weniger Demokratie und zu mehr Willkür führen muß. Bei allen Parteiaufgaben über die Ortsvereinstebene hinaus ist die repräsentative Demokratie auf der Grundlage von Delegiertenversammlungen die demokratischere Willensbildungsform. Dies gilt für die Wahl von Vorständen, Landeslisten und Parteibeschlüsse.

Wo jedoch in einem überschaubaren Umfeld direkte Demokratie möglich ist, und dies gilt für die Aufstellung eines Direktkandidaten in einem Wahlkreis, dort kann man auf repräsentative Willensbildung auch verzichten. Wenn die Bürger die Kompetenz haben, den Wahlkreisabgeordneten direkt zu wählen, warum sollen dann nicht auch die Parteimitglieder das Recht erhalten und ausüben können, ihren Wahlkreis Kandidaten direkt zu wählen? Als der geeignetste Weg bietet sich dafür aus funktionellen Gründen das Briefwahlrecht in einem festzulegenden Zeitraum an, organisiert und durchgeführt von der Parteiorganisation. Ein anderer Weg könnte auch sein, an einem von der Partei festzulegenden Wahltag eine direkte Stimmabgabe an der Urne zu ermöglichen; wobei die Ortsvereine die Wahllokale bereitstellen. Welcher Weg der geeigneter ist, bedarf noch näherer Erörterung.

Warum, könnte man nun fragen, empfiehlt man nicht anstelle der Delegiertenkonferenzen eine Mitgliederversammlung im Wahlkreis, so wie es jetzt bereits das Bundeswahlgesetz erlaubt und wie es die CDU/CSU teilweise praktiziert? Dieses Verfahren, obwohl es eine direkte Mitgliederbeteiligung bei der Wahl möglich macht, halte ich für weniger geeignet als die Delegiertenkonferenz.

Die Zusammensetzung einer solchen Mitgliederversammlung ist zufällig und geht kaum über den

Anteil der Mitglieder hinaus, die auch zu den Ortsvereinsmitgliederversammlungen gehen und dort die Delegierten wählen. Vor allem hängt sie häufig davon ab, an welchem Ort innerhalb eines Wahlkreises sie stattfindet. Die Zusammensetzung einer solchen Mitgliederversammlung ist nach bisherigen Erfahrungen weniger repräsentativ als die einer Delegiertenkonferenz. Deshalb wäre eine Wahlkreismitgliederversammlung keine Alternative zum jetzigen Aufstellungsverfahren in der SPD.

2. Die Möglichkeit einer direkten Wahlbeteiligung bei der Kandidatenaufstellung erhöht wahrscheinlich die Motivation von Anhängern der SPD, Mitglied der SPD zu werden oder zu bleiben. Es gibt viele, die allein deshalb nicht Mitglied der SPD werden, weil sie aus familiären und beruflichen Gründen, in der Gewerkschaft, bei der Bürgerinitiative oder in einem Verein bereits stark engagiert sind, und deshalb wissen, daß sie zu einer aktiven Mitarbeit keine Zeit mehr aufbringen. Wenn sie aber wissen, daß es auch bei einer so wichtigen Frage wie der Kandidatenaufstellung eine Mitwirkungsmöglichkeit gibt, ohne die vielfältigen zusätzlichen Hürden bis hin zu einer echten Mitwirkungsmöglichkeit auf sich nehmen zu müssen, dann werden sie auch eher Mitglied und bleiben sie länger Mitglied der SPD.

3. Eine direkte Wahlbeteiligung schafft mehr Anregungen und neue Motivgrundlagen dafür, daß mehr Mitglieder am aktiven Parteileben teilnehmen. Wer ein direktes Wahlrecht hat, ist eher bereit, auf Parteiversammlungen zu gehen, z. B. wenn die Bewerber im innerparteilichen Wahlkampf sind und sich im Ortsverein vorstellen, oder wenn Abgeordnete ihre Tätigkeitsberichte geben. Wer die oft zufälligen Gründe kennt, warum Parteimitglieder aktiv werden oder passiv bleiben, der weiß auch, daß die meisten regelmäßigen Teilnehmer an der Parteiarbeit durch einen einzelnen, oft zufälligen Anstoß oder einmalige Neugier auf Mitgliederversammlungen kamen, woraus regelmäßiger Besuch und dann Mitarbeit wurde. Ein direktes Wahlrecht wäre nach dem bisherigen Erfahrungsergebnis ein solcher Anstoß. Er würde das Gefühl abbauen, daß es gleich sei, ob man in der Parteiarbeit mitmache oder nicht mitmache, die Führungskreise würden es ohnehin so machen, wie sie wollen, eine tatsächliche Mitentscheidung setze einen uferlosen Aufwand an Zeit und Kräften voraus.

4. Eine direkte Wahlbeteiligung der Mitglieder schafft neue Grundlagen, damit sich die Partei nicht von der Außenwelt isoliert und zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Bereits heute ist das Problem viel

zu weit verbreitet, daß Bewerber um eine Kandidatur den Großteil ihrer politischen Arbeit nach innen in die Partei richten und weniger nach außen in die Öffentlichkeit. Wer für die Partei öffentlich wirkt und deshalb weniger Zeit für die Besorgung der „Binnenlegitimation“ hat, kann dadurch innerparteiliche Nachteile bekommen. Auch Funktionsträger und Abgeordnete sind u. a. aus diesen Gründen zu sehr mit dem Innenbetrieb der Partei beschäftigt, was zu einer Vernachlässigung der Arbeit im Vorfeld der Partei mit der Folge einer Isolierung führen kann.

Auch bei einem direkten Wahlrecht durch Parteimitglieder würde es gleichermaßen Versuche geben, sich vorrangig mit der innerparteilichen Wählerbasis zu beschäftigen. Da man 80% der Parteimitglieder aber nicht in der Partei trifft, sondern in der Gewerkschaft, im Sportverein o. a. kommen die Bemühungen um die innerparteiliche Wählerbasis in einen Gleichklang mit den Notwendigkeiten der politischen Arbeit im Vorfeld. Wer öffentlich wirkungsvoll für die SPD wirbt und damit auch den Parteimitgliedern auffällt, die er bei den Parteiversammlungen nicht trifft, würde dadurch die zu starke Orientierung am Innenbetrieb der Partei nach außen verlagern zu Schwerpunkten, die immer zugleich der Partei Nutzen bringen. Die einzelnen Kandidaten bzw.

Abgeordneten müssen sich bei einer direkten Wahl mehr als bisher als „Transmissionsriemen“ zwischen Partei und Wählerschaft verstehen, die Vertrauensarbeit würde mit mehr Nachdruck verfolgt werden.

5. Repräsentative Demokratie erhält ihre demokratische Legitimation aus der Wahl und der Identifikation. Wenn zuviel an Identifikation verloren geht, wird repräsentative Demokratie ausgehöhlt, auch wenn sie die Legitimation durch die Wahl noch hat. Dies zeigt die geschichtliche Erfahrung. Es sind aber gerade Identifikationsstörungen innerhalb der Mitgliedschaft und der Wähler, an denen die SPD in den letzten Jahren zunehmend zu tragen hat, wie alle anderen Parteien auch. Der Unterschied zwischen SPD-Wählern und nichtaktiven SPD-Mitgliedern besteht vor allem darin, daß die innerhalb der Partei passiven SPD-Mitglieder ein besonders loyaler Ausschnitt der SPD-Stammwähler sind, die ihre Loyalität und Zugehörigkeit durch offiziellen Beitritt und ihren Beitrag unterstreichen. Wenn den SPD-Mitgliedern an einer Stelle, an der es möglich ist, die unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeit vermittelt wird, schafft dies neue Identifikationsansätze. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion über den zu starken Anteil von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und zu geringen Anteil von Arbeitern in den

Parlamenten, ist dies zu bedenken. Nicht daß automatisch dadurch mehr Arbeiter in die Parlamente kämen. Aber es macht einen großen Unterschied aus, ob man den parlamentarischen Repräsentanten der SPD mitausgewählt hat oder dies wenigstens persönlich mit beeinflussen konnte, oder ob man auch hier das Gefühl hat, auch dies würden andere nach ihrem besonderen Gutdünken machen.

Diesen grundsätzlichen, für die Partei wesentlichen Vorteilen stünde nur ein gewichtiges Argument gegenüber: das einer Entwertung der Arbeit der Funktionsträger in der Partei und einer Reduzierung des Einflusses der Aktiven bei der Kandidatenaufstellung. Die Passivität von Mitgliedern würde „belohnt“, Aktivität „bestraft“. Es ist aber keineswegs so, daß z. B. ein Vorstand in einem Wahlkreis keine Möglichkeiten mehr hätte, einen Bewerber seiner Wahl zu unterstützen und für ihn einzutreten. Mit

dem direkten Wahlrecht wird lediglich verlangt, daß auch dieser Bewerber eine breitere Legitimationsbasis erhalten soll. Warum sollte einem Bewerber, der als Kandidat der Öffentlichkeit präsentiert und hier eine Mehrheit der Stimmen erreichen soll, nicht „zugemutet“ werden können, sich zuvor auch um die mehrheitliche Zustimmung der SPD-Mitglieder zu bemühen. Und schließlich kann man das demokratische Stimmrecht nicht nach dem Grad der Aktivität oder Passivität gewichten. Dieses widerspräche sämtlichen Grundsätzen, die der Einführung der allgemeinen Demokratie nach dem Prinzip „one man, one vote“ zugrunde lag. Das bisherige Aufstellungsverfahren entspricht ebenso demokratischen Regeln wie das vorgeschlagene. Das hier unterstützte neue Aufstellungsverfahren würde der Partei aber gerade in einer schwierigen Zeit zusätzlich neue Anstöße zur Belebung, Mobilisierung und Identifizierung geben.

Hans Karl Rupp: „Kampf dem Atomtod“ und SPD Eine Erwiderung auf Annemarie Renger

Dr. Hans Karl Rupp, Jahrgang 1940, Mitglied der SPD seit 1962, Promotion bei Karl Dietrich Bracher über die „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung der 50er Jahre, Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Die folgende Arbeit ist eine Erwiderung auf A. Rengers Artikel in NG 8/81: „Kampf dem Atomtod“, „Friedensbewegung“, SPD – Ein Lehrstück.

Annemarie Renger hat zunächst einmal recht: Die „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung der späten 50er Jahre und die heutige Friedensbewegung weisen Parallelen auf. Angesichts neuer rüstungspolitischer Entscheidungen, die die Bundesrepublik betreffen, regte sich damals wie heute in breiten Schichten der Bevölkerung friedenspolitische Aktivität, die in der Bildung von Ausschüssen, Komitees und Aktionsgemeinschaften „gegen den Atomtod“ mündete. Ähnliche, ja identische sicherheitspolitische Alternativen wurden vertreten; auch dieselben unabhängigen Persönlichkeiten waren damals wie heute dabei. Der Unterschied zwischen 1958 – dem Höhepunkt der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung – und 1981 besteht, so hat es den Anschein, vor allem darin, daß

SPD, FDP und Gewerkschaften damals dazugehörten und heute nicht, ja, daß die damaligen Oppositionsparteien SPD und FDP heute die Regierung bilden.

Nun, die Frage, die sich Annemarie Renger stellt, ist: War es 1958 klug – d. h.: wäre es auch heute klug –, als Partei eine solche Bewegung mitzuintitulieren bzw. sich ihr anzuschließen? Frau Renger kommt zu einem negativen Ergebnis. (Wenn sie dies auch nicht deutlich ausformuliert, sondern eher dem Leser als eigenen Schluß nahelegt.) Ihre Argumentation ist: Trotz Ablehnung der Stationierung atomarer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik durch eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, wie dies Meinungsumfragen zu entnehmen war, gingen die auf dem Höhepunkt der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen für die SPD verloren. Annemarie Renger folgert: „Auch heute reimen sich Wahlsiege und demoskopische Umfragen zugunsten der CDU schlecht mit dem öffentlichen Eindruck zusammen, in der ‚Friedensbewegung‘ stünden große Teile des Volkes gegen eine vermeintliche Aufrüstungspolitik auf.“ (NG 8/81, S. 709) Ist die Rengersche Argumentation für 1958 wirklich stichhaltig, und treffen die für 1981 ausgesprochenen Folgerungen ins Schwarze?

Unter einem Aspekt möchte ich Annemarie Renger zustimmen: Wenn die SPD die Strategie verfolgte, sich dem vorhandenen politischen Bewußtsein

der Majorität soweit anzupassen, daß diese in der SPD eines Tages die „bessere“ Regierungspartei erblicken würde, und zwar von ihrem vorhandenen politischen Bewußtsein aus, dann war die Beteiligung der SPD an der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung ein Fehler. Zwar gab es in der Bevölkerung – nach demoskopischen Erhebungen – eine mehr als 80%ige Mehrheit gegen Atomwaffen auf deutschem Boden. Auf der anderen Seite aber hatte dieselbe Bevölkerung bei der vorangehenden Bundestagswahl zu 50,2% CDU/CSU gewählt, obgleich die SPD sich im Wahlkampf bereits eindeutig und unüberhörbar gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik ausgesprochen hatte und die CDU/CSU-Bundesregierung wegen ihrer Befürwortung atomarer Bewaffnung von den führenden Atomwissenschaftlern der Bundesrepublik, den Göttinger Achtzehn, öffentlich kritisiert worden war.

Gustav Heinemann hat zehn Jahre später in einem Gespräch mit dem Verfasser zur Bewertung dieser 80%igen Mehrheit gesagt: „Die Meinungsforschungsergebnisse zur Frage ‚Sind Sie für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr?‘ haben nur beschränkten Wert. Sie müßten verglichen werden mit Ergebnissen etwa zur Frage: ‚Sind Sie für ein größtmögliches Maß an Sicherheit vor der kommunistischen Bedrohung?‘ Und dieser Frage käme hier, wie die Erfahrungen der Bundestagswahlen, insbesondere 1957, gezeigt haben, wesentlich größere Bedeutung zu. Das Sicherheitsbedürfnis ist so stark empfunden worden unter den dramatischen Darstellungen der kommunistischen Gefahr, daß es alle anderen Erwägungen unterdrückte.“ (Zitiert in Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1980, S. 110)

Wenn man also vom vorhandenen politischen Bewußtsein der Mehrheit der Bundesdeutschen der 50er Jahre ausging und bei dieser Bevölkerung die Regierungsmehrheit erreichen wollte – ohne daß sich zuvor in deren Bewußtsein ein Änderungsprozeß vollzogen haben würde –, dann war das Herausstellen einer „Kampf-dem-Atomtod“-Position auf mittlere Sicht ohne Zweifel problematisch. Denn wie einfach war es bei einer solchen Bewußtseinsstruktur der Bevölkerungsmehrheit hier wieder einmal für die CDU, die SPD als „Unsicherheitsfaktor“ hinzustellen. Boten nicht bereits die wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD nach mehr Mitbestimmung und nach Vergesellschaftung einzelner Produktionszweige genügend Anhaltspunkte für kommunistische „Wählerboit“, also für die Verbreitung von „Unsicherheit“ in der Wirtschaftswunder-Gesellschaft?

Unter zwei anderen Aspekten indessen war es m. E. sinnvoll und angebracht, daß die SPD-Führungsgremien im Frühjahr 1958 eine bundesweite Kampagne in Gang brachten, die sich sowohl gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen als auch gegen deren Stationierung auf bundesdeutschem Boden überhaupt richtete. Zum einen entsprach es ohne Zweifel der Erwartung der Parteibasis, daß die SPD in der Atomwaffenfrage sich nicht mit parlamentarischen Anfragen und den wenigen zeitlich möglichen parlamentarischen Debatten zufriedengab, sondern daß sie auf die nationale und internationale Öffentlichkeit mit einer Welle von Kundgebungen und Demonstrationen einzuwirken half. Die Parteimitgliedschaft erkannte sich in den Reden und Aktionen der Parteiführung wieder, sie konnte sich weitgehend mit der Politik der Führung identifizieren – dies kann man, wenn man die Partei- und Gewerkschaftsarchive aus jener Zeit durchsieht, feststellen. Gewiß gingen die Vorstellungen der Mitglieder teilweise über die des Parteivorstandes hinaus – wenn etwa Partei- und Gewerkschaftsmitglieder in Kundgebungen immer wieder gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen den „Atomtod“ forderten; sie wurden hier nur von einzelnen SPD-Politikern unterstützt, so vom damaligen Abgeordneten Helmut Schmidt (Hamburg). Aber insgesamt wird die „Kampf-dem-Atomtod“-Zeit von den heute noch aktiven Mitgliedern als eine der Phasen angesehen, in denen Identität zwischen den Auffassungen der Mitglieder und der Führung bestand.

Zum anderen brachte die „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagne der SPD – gemeinsam mit vorangehenden Äußerungen der Partei in der Bewaffnungs-, Rüstungs- und Deutschlandfrage – ohne Zweifel einen beachtlichen personellen Zugewinn. Man könnte sogar so weit gehen und von einer begrenzten personellen Erneuerung der SPD sprechen, die sie im Zusammenhang ihrer Friedens- und Deutschlandpolitik in den 50er Jahren erfuhr. Nicht nur die Mitgliederzahl der SPD erhöhte sich in den Jahren dieser außerparlamentarischen Aktivität, auch das „Führungspersonal“ der Partei erweiterte sich. Besondere Beachtung verdienen hier die Politiker, die in der Zeit des prinzipiellen Neins der SPD zu Atomwaffen auf deutschem Boden der Partei beitraten: Gustav Heinemann, Diether Posser, Johannes Rau und Erhard Eppler.

Gustav Heinemann, Präses der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, war 1950 von seinem Amt als Bundesinnenminister zurückgetreten, als Adenauer offenkundig die Wie-

derbewaffnung zu betreiben begann. Er hatte Ende 1951 u. a. mit Diether Posser, dem evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer, dem Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Ernst Wilm, und dem katholischen Schriftsteller Reinhold Schneider die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ gegründet, aus der Ende 1952 die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP) hervorging. In der GVP begannen in den 50er Jahren viele junge evangelische Christen ihre politische Arbeit, unter ihnen Johannes Rau und Erhard Eppler. Die GVP löste sich 1957 auf; ihre führenden Mitglieder traten während des Bundestagswahlkampfes 1957, in dem bereits die Atomwaffenfrage eine wichtige Rolle spielte, in die SPD ein. Angemerkt sei an dieser Stelle, daß es recht verwunderlich ist, wenn Annemarie Renger in der Kampf-dem-Atomtod-Bewegung engagierten „Kirchenmännern“ „allgemeine Fremdheit... zum Staatswesen Bundesrepublik Deutschland“ attestiert (S. 708). Haben sie sich doch für das demokratisch verfaßte Gemeinwesen engagiert wie keine Theologen-Generation vor ihnen.

Das deutschland- und friedenspolitische Wirken der SPD in den 50er Jahren, unter besonderer Berücksichtigung ihres Engagements gegen eine Atomrüstung auf deutschem Boden, hat der Partei also nicht nur Schwierigkeiten für ihren späteren Kurs, sondern auch nicht unerheblichen „Nutzen“ gebracht. Ohne ihre Aktivität in der Atomwaffenfrage wäre es der Partei wohl kaum gelungen, Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, Teile der Studentenbewegung zu integrieren. In wesentlich geringem Maße als erwartet, aber auch nicht ganz unerheblich, waren die Wählergewinne, die die SPD aus ihrem friedens- und deutschlandpolitischen Engagement zu ziehen vermochte. Wer von den Wahlniederlagen der SPD in den 50er Jahren spricht – den Bundestagswahlen 1953 und 1957, den Landtagswahlen nach 1950 – darf zweierlei nicht übersehen. Erstens: Die SPD gewann in Wirklichkeit von Wahl zu Wahl kontinuierlich Stimmen hinzu; bei der Bundestagswahl 1957 etwa votierten 1,6 Mill. Wähler mehr für die SPD als 1953; bei der Landtagswahl allein in Nordrhein-Westfalen 1958 700 000 Stimmberechtigte mehr als bei der Landtagswahl 1954. Zweitens: CDU und CSU gelang in dieser Zeit nicht nur eine außerordentliche Verbreiterung ihrer Wählerstimmen aus dem Bereich bisheriger „bürgerlicher“ Nichtwähler, sie saugte in den 50er Jahren auch mehr und mehr kleine Parteien der Mitte und der Rechten auf (z. B. Zentrumspartei, Bayernpartei, Deutsche Partei usw.). Vor allem durch diese beiden

Faktoren erklären sich die in den 50er Jahren hohen Zugewinne von CDU und CSU. Während im übrigen auch nach 1958 der Stimmengewinn der SPD anhielt, verloren dann bei der Bundestagswahl 1961 CDU und CSU erstmals Stimmen – per Saldo. Wenn es vermutlich auch relativ wenige Anti-Atomwaffen-Stimmen aus dem konservativen Lager waren, die in dieses Gewinn- bzw. Verlustkonto bei der Bundestagswahl 1961 eingehen – hier irrte sich ohne Zweifel Carlo Schmid (vgl. Renger ebd., S. 707) –, so trug das zunehmende Engagement von Christen in der SPD, die über die Friedens- und Atomrüstungsfrage zur SPD stießen und die dann am 1959 verabschiedeten Godesberger Programm mitwirkten, sicher in doch erheblichem Maße zu dem weiteren Wählerzugewinn der SPD bei, der die gesamten 60er Jahre über anhielt.

Nun zum zweiten Teil der Problematik des Artikels von Annemarie Renger: Sind die Folgerungen, die Frau Renger zieht, für heute berechtigt? Meine Antwort ist: Ganz und gar nicht. Abgesehen von der Problematik der Interpretation der Ereignisse der Jahre 1957/58 ist gegen den Artikel anzuführen, daß „die politische Landschaft“ der späten 50er Jahre in ihren für unsere Fragen wichtigeren Zügen mit der „politischen Landschaft“ heute nicht vergleichbar ist. Gewiß gibt es auffällige Parallelen in der Form der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung damals und der Friedensbewegung heute, gewiß gibt es personelle Identitäten, gewiß finden sich Übereinstimmungen in den politischen Inhalten dieser beiden Bewegungen – aber das gesamte politische Umfeld ist heute ein anderes. Dazu nur einige Bemerkungen zu den Veränderungen in der Wählerstruktur seit den 50er Jahren: Fast die Hälfte der heute Wahlberechtigten hatte 1958 noch nicht das Wahlrecht, d. h. war damals noch unter 21 Jahre alt bzw. war überhaupt noch nicht geboren. Und diese Generation der nach 1937 Geborenen unterschied sich in ihrer gesellschaftlich-politischen Sozialisation erheblich von der vorangehenden: Sie wuchs in einer Gesellschaft auf, in der der Krieg als Mittel der Politik erstmals absolut abgelehnt wurde und in der nicht die geringste Begeisterung mehr für Militarismus zu wecken war. Nicht mehr der preußische Offizier wurde das Vorbild für Millionen junger Leute, sondern der erfolgreiche Selbstmademan, der seine Ideen und Produkte vermarktende junge amerikanische Unternehmer. Aber auch der emotionale und unreflektierte Antikommunismus, der bei der Generation der in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus Aufgewachsenen fest verwurzelt war – und der durch

die reale sowjetische Politik sich auch immer wieder bestätigt sehen sollte – ist in seiner Emotionalität und Pauschalität heute nicht mehr in dem Maße bestimmendes Element politischen Entscheidens und Handelns wie in den 50er Jahren. Nicht zuletzt durch die Entspannungspolitik der sozialliberalen Parteien trat im Blick auf die Sowjetunion mehr und mehr das Bild des berechenbaren Kontrahenten und gesellschaftspolitischen Antipoden an die Stelle des Bildes eines Gottseibeius schlechthin. Verändert hat sich auch in nicht unerheblichem Maße das Bildungsniveau seit den 50er Jahren, auch was die „politische Bildung“ anlangt. Martin und Sylvia Greiffenhagen stellen in ihrer umfassenden Untersuchung der „Politischen Kultur“ der Bundesrepublik fest: Das politische Bewußtsein der Westdeutschen nahm in den Jahrzehnten seit den 50er Jahren „zunehmend demokratische Züge des angelsächsischen Musters an“. Insbesondere „der Sinn für Toleranz, Kompromiß, Opposition und Freiheitsrechte“ sei gewachsen. (Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland, München 1979, S. 319)

Gewiß, es gibt in Bewußtsein und Verhalten der Wähler nicht nur Veränderungen, es gibt auch Kontinuität. Häufig wählen die Kinder dieselbe Partei wie ihre Eltern; auch relative regionale Stabilität des Wählerverhaltens ist zu beobachten, wenn auch deren abnehmende Tendenz sich seit den späten 70er Jahren beschleunigt.

Nicht nur die Wählerstruktur, auch die Konstellation in der Innen- und in der internationalen Politik

haben sich seit den 50er Jahren in damals kaum vorstellbarer Weise verändert; gewiß in unterschiedlicher Dimension und Richtung. Sicher ist jedenfalls: Die politischen Daten der 50er Jahre taugen nicht mehr als Ausgangspunkt für politische Empfehlungen heute.

Für die SPD ist es gewiß heute schwerer, mit den vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, für die Atomwaffen in der Bundesrepublik den Ausgangspunkt einer schleichenden, im atomaren Holocaust kulminierenden Katastrophe bilden. Die SPD trägt heute im Gegensatz zu den 50er Jahren Regierungsverantwortung auch und gerade im Bereich Sicherheitspolitik; es gibt Vereinbarungen, die eingehalten werden müssen; es gibt Beschlüsse, die gültig sind, es gibt Rücksichtnahmen auf mächtige Verbündete. Andererseits aber ist auch die bisherige und perspektivische SPD-Wählerschaft anspruchsvoller geworden; sie gibt sich nicht mehr so leicht mit scheinbar alternativen Formeln zufrieden, wie sie Annemarie Renger zur Krönung ihrer Argumentation in ihrem Artikel schließlich findet („Alle Sozialdemokraten wollen den Frieden...“, S. 709). Der gerade von Sozialdemokraten heute geforderte Dialog mit der Friedensbewegung scheint mir der Anfang einer geeigneteren Perspektive zu sein als das Propagieren allein der These, die SPD sei in der Friedensfrage – vom „Kampf-dem-Atomtod“-Sündenfall einmal abgesehen – immer den einzig richtigen Weg gegangen. Auch den politisch erfahrensten Sozialdemokraten kann, meine ich, das Hören auf neue Argumente guttun.

Helmut L. Müller: Keine Einigkeit mit den Einzelgängern Schriftsteller und SPD heute

Dr. phil. Helmut L. Müller, geb. 1954, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München.

Die westdeutschen Schriftsteller und die Sozialdemokraten lagen in den vergangenen Jahren selten auf derselben Wellenlänge. Das war schon einmal anders. „Bonn hat einen neuen Klang“ – so beschrieb Horst Krüger die Gefühlslage der westdeutschen Schriftsteller und Intellektuellen nach dem „Machtwechsel“ im Jahre 1969. Damals setzten die

Literaten in der Bundesrepublik große Hoffnungen auf die sozial-liberale Koalition. Sie hielten für einen historischen Augenblick die Versöhnung zwischen den widerstreitenden Prinzipien von Geist und Macht für möglich. Sie erblickten in der Politik der ersten SPD/FDP-Regierung eine Perspektive „weg von restaurativen Tendenzen, hin zu einer Staatsauffassung, die die Idee des Nationalstaats irrelevant macht und die die Vorstellung des sozialen Staates ins Auge faßt“ (Helmut Heißenbüttel). In der Ära Brandt/Heinemann gab es erstmals eine Konvergenz zwischen der Regierungsprogrammatisik und den Grundüberzeugungen der meisten Schriftsteller und Intellektuellen. Kennzeichnend für diese Periode war das Werben der Politiker um die Schriftsteller wie auch das Auftreten von Literaten auf Parteilveranstaltungen.

gen, also *der Schriftsteller in politischer Aktion*.

Eine solche Rückblende macht erst deutlich, wie grundlegend sich die Situation seither gewandelt hat. Von der Einigkeits-Euphorie früherer Jahre ist im Verhältnis zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten heute nichts mehr zu spüren. Statt dessen ist wieder die alte Berührungsanst zwischen Literaten und Politikmachern da. Spätestens 1974, mit dem Kanzlerwechsel, verlor die Politik der sozial-liberalen Koalition für die Literaten deutlich an Faszinationskraft. Die Schriftsteller argwöhnten, daß die sozial-liberale Koalition einer reformorientierten Politik immer mehr entsagte und eher einem „output“-orientierten, technokratischen Politikbegriff anhing. 1976 gab es bei der SPD mißmutige Mienen, als die treuesten Wahlhelfer ausblieben: die Schriftsteller, die noch 1972 mit ihrer Parteinahme coram publico zum Wahlsieg von Willy Brandt beigetragen hatten, standen jetzt abseits. Es herrschte „Funkstille“. Selbst Günter Grass, der unverdrossenste Mitstreiter der Sozialdemokratischen Wählerinitiative, verteilte nach der Wahl „Denkzettel“ an die Regierenden.

Im Jahre 1977 fanden sich zwar manche Schriftsteller, die sich von den „Machern“ der Koalition abgewandt hatten, wieder bei der SPD ein. Sogar ein so skeptischer Linksintellektueller wie Martin Walser zeigte sich damals erleichtert über die besonnene Reaktion sozialdemokratischer Politiker in der Terrorismusdebatte. Auch Max Frisch bekundete in seiner Rede vor dem SPD-Parteitag 1977 seine Sympathie mit den Sozialdemokraten; er insistierte in seiner Rede darauf, daß die Politik die „lästige Assistenz“ der Intellektuellen brauche. Trotz dieser positiven Signale verließen die Literaten 1978, in einer Umfrage dieser Zeitschrift, ihrer Enttäuschung über die Politik der SPD unverhohlenen Ausdruck (NG 11/1978). Der SPD-Politiker Klaus Matthiesen sprach dabei offen aus, was das Verhältnis zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten belastete: viele Autoren seien verunsichert darüber, daß auch Sozialdemokraten mit dem Extremistenbeschuß zum „Klima der geistigen Verengung und Verdächtigung“ beigetragen hätten; zahlreiche Literaten meinten, daß sich die SPD in der Terrorismusdebatte nicht genügend vor Schriftsteller und Wissenschaftler wie Böll, Walser, Rinsler, Habermas gestellt habe; die meisten Schriftsteller könnten sich schließlich des Eindrucks nicht erwehren, daß es der SPD gar nicht mehr um die Durchsetzung einer „alternativen“ Politik, sondern lediglich um die „Behauptung von Machtpositionen“ gehe.

Bei vielen Vertretern der kritischen Intelligenz herrschte am Ende der 70er Jahre die Meinung vor,

daß die Regierung des „Eisernen Kanzlers“ Schmidt sich pragmatisch vor allem Sachzwängen beuge und kaum noch politische Perspektiven entwickle. Die sozial-liberale Koalition war ursprünglich „legitimiert“ durch einen reformerischen Impetus, durch einen politischen Gestaltungswillen. In der Ära Schmidt/Genscher verstärkte sich aber bei vielen Schriftstellern in der Bundesrepublik der Zweifel an der *Innovationsfähigkeit der Politik*. Bei den Literaten dominierte in den vergangenen Jahren der Verdruß über die traditionsschwere SPD, der offenbar die politische Phantasie verlorengegangen war. Die SPD blieb zwar, vor allen anderen Parteien und Gruppierungen, der potentielle Bündnispartner der Schriftsteller, aber die Sozialdemokraten können heute nicht mehr darauf zählen, daß die Schriftsteller mit ihnen durch dick und dünn gehen. Mißtrauen und Hoffnung, Entfremdung und Solidarität liegen im Verhältnis zwischen SPD und Schriftstellern heute nah beieinander. Dies belegen die politisch-publizistischen Einwürfe jener Autoren, die sich nicht wie andere völlig von der Politik absentiert haben.

Ein Grenzgänger gibt auf

Dieter Lattmann zog 1972 als erster Schriftsteller in den Deutschen Bundestag ein. Vom „Machtwechsel“ 1969 beflügelt, von Willy Brandt inspiriert, wagte der Literat den Sprung in die Berufspolitik. In seinem Buch „Die Einsamkeit des Politikers“ schilderte Lattmann schon 1977, wie sich sein ursprünglicher Elan in Ernüchterung verwandelt hatte. 1980 verzichtete der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete auf eine weitere Kandidatur. In seinem neuen Buch „Die lieblose Republik“ weist Lattmann selbst den Verdacht weit von sich, daß er resigniert habe. Aber sein Buch erzählt dennoch von einem, der auszog, etwas zu verändern, den aber die Politik wohl eher das Fürchten lehrte.

Das Schicksal dieses Grenzgängers zwischen Literatur und Politik spiegelt gewiß die alte Trennung zwischen moralischem Rigorismus und politischem Pragmatismus, zwischen der Ethik der Gesinnung und der Moral der Verantwortung (die vielzitierte Begrifflichkeit von Max Weber wäre freilich einmal kritisch zu überprüfen: Ethik fragt kategorisch nach den Folgen des Handelns; eine Gesinnung, die für ihre Folgen nicht aufkommen will, hat mit Ethik nichts zu tun). Der Intellektuelle und die Macht – das war das „größere“ Thema bei Lattmanns Verzicht: Dieter Lattmann figurierte als der reine Rigorose, der in der praktischen Politik „schuldig“ werden, der sich „im Räderwerk“ des politischen Getrie-

bes mit Notwendigkeit „schmutzige Hände“ holen mußte.

Aber Lattmanns Verzicht erregte deshalb so großes Aufsehen, weil ihm auch für die politische Diskussion etwas Exemplarisches anhaftete. Lattmann war umgetrieben vom idealistischen Programm der Jahre 1969 – 1972, und er kehrte jetzt nach dem '69er-Ausbruch verwundet aus der Parteipolitik zurück. Die Partei, die sich ihrer Politik solche Figuren zu verbinden wußte, mußte sich augenfällig verändert haben. Tatsächlich listete Lattmann in seinen Büchern jene Deformationen durch die Parteipolitik auf, die ihn dazu bewegten, sein Mandat zurückzugeben.

Dieter Lattmann wollte nicht länger den selbsterteilten Auftrag erfüllen, reines Gewissen und politisches Geschäft in Einklang zu bringen. Er muß sich die kritische Frage gefallen lassen, weshalb er schon so bald die Flinte ins Korn geworfen hat. Carlo Schmid dagegen, *homme de lettres par excellence*, hartete bis zum 76. Geburtstag im Bundestag aus. Carlo Schmid hatte nach 1945 die wissenschaftliche Lebenslinie verlassen und sich der politischen Arena ausgeliefert, weil er den „Auszug aus dem Elfenbeinturm“ für die notwendige Antwort auf die Schuld der Intellektuellen an Hitler hielt. Carlo Schmid glaubte, daß der Intellektuelle im Parlament wirken müsse. Sein Selbstverständnis als „Geisttäter“ war seine Alternative zu dem wirklichkeitsfremden Utopisten und zu dem auf pure Pragmatik eingeschworenen Realpolitiker. Dieter Lattmann konnte sich indes nach acht Jahren nicht mehr vorstellen, als Moralist noch länger im Kreis der politischen Akteure zu verweilen.

Mehr Mut zur Utopie

Auf dem Podium des SPD-Parteitag 1979 in Berlin sprach ein anderer Schriftsteller, und er machte mit seiner Rede deutlich, wie ambivalent die Beziehung zwischen Literaten und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren stets aussah. *Walter Jens* sicherte zwar namens der Sozialdemokratischen Wählerinitiative der SPD die Unterstützung der Literaten zu; er verstand seine rhetorische Polemik einmal mehr als einen Beitrag zur Stärkung der SPD. Jens rechnete der SPD nicht kleinlich Fehler vor, er las ihr vielmehr vehement die Leviten: er hielt den Sozialdemokraten ihre Geschichte und ihre Programmatik (und deren Veränderungen) vor. Er fand es nicht recht erklärlich, daß die SPD – jene Partei, die nach seinen Worten für die andere und bessere Geschichte unseres Landes einsteht – sich ihrer Utopie

geniert, ja ihr sorgsam entsagt, als gelte es, den Status quo zu verherrlichen, also eigentlich dem Konservatismus zu huldigen. Er erinnerte daran, daß in den Forderungen nach mehr Demokratie, in Friedenssehnsucht und Antimilitarismus ein wesentliches Stück sozialdemokratischer Identität liegt. Er wünschte sich die SPD mächtig der Erinnerung an ihre restriktions- und auch rüstungsfeindliche Vergangenheit.

Die von Walter Jens in der Rede vor dem SPD-Parteitag bezeichneten Gegenreformatoren antworteten prompt mit der erwarteten Schelt- und Schimpfkanonade. Aber die SPD hatte allen Grund, in der besorgten Rede von Walter Jens nicht nur die Schelte für die Rechte, sondern auch die Lektion für sich selbst zu sehen. Walter Jens hatte nämlich in seiner Rede den geistigen Einsatz verdeutlicht, der im Wahljahr 1980 auf dem Spiel stehen sollte. Die Rede von Walter Jens wirft aber auch die Frage auf, ob der Rhetor nicht zu wenig mit handfester Politik im Sinn hatte. Während Max Frisch bei seiner Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1976 mit seiner harten Kritik an der Praxis des „Radikalen-erlasses“ ein Umdenken der Sozialdemokraten in dieser Streitfrage beförderte, blieb der Appell von Jens 1979 paktisch ohne Folgen. Jens beschwor wortmächtig Prinzipien, aber im Bereich des Kompromisses, also in der Sphäre, die Politik eigentlich ausmacht, hatte er wohl zu wenig zu sagen. Jens' scharfer Tadel am gegenwärtigen Zustand der Bundesrepublik gab der Mutmaßung Nahrung, daß seiner Rhetorik ein Moment der Kompromißlosigkeit inhärent ist. Wäre aber das Pathos seiner Rede noch möglich, wenn er in die praktischen Probleme der Politik einsteigen müßte?

Die Rede von Walter Jens steckte schon den Rahmen für das politische Engagement der Literaten im Bundestagswahlkampf 1980 ab: man war bereit, der SPD vieles nachzusehen, aber man hielt es für notwendig, der Partei ins demokratische Gewissen zu reden. Die Literaten wollten sich wieder einmal für die „gute alte Tante SPD“ einsetzen, aber sie engagierten sich diesmal ohne Begeisterung: die SPD erschien lediglich als das „kleinere Übel“, das noch größeren Übeln in der Politik vorzuziehen sei. Nicht „Zieh mit, wähl' Schmidt“ hieß das Motto, sondern „Freiheit statt Strauß“. (*Klaus Wagenbach* sah darin offenbar eine linke Variante von Autoritätsgläubigkeit. In seinem ironischen Artikel „Über das geistige Befinden der Republikaner angesichts eines Landesfürsten“ warf er der kritischen Intelligenz vor, daß sie nur reagiere, daß sie außerstande sei, neue Perspekti-

von zu entwickeln; die „Anti-Strauß-Weihfestspiele“ lenkten von den dringlichen Aufgaben nur ab.)

Von der Saumseligkeit der Schnecke

Pflichtlich zum Bundestagswahlkampf 1980 erschien auch *Günter Grass* wieder in der politischen Arena. Er legte sein neues Buch „Kopfgeburten“ vor und strafte damit jene Kritiker Lügen, die ihn bereits des Eskapismus geziehen hatten. Er wollte vor den Bundestagswahlen Öffentlichkeit für seine Phantasie („Kopfgeburt“) gewinnen, wie sich Franz Josef Strauß verhalten hätte, wenn er Schriftsteller und nicht fehlentwickelter Politiker wäre. Grass war 1980 entschlossen, für Helmut Schmidt die Werbetrommel zu rühren, weil ihm das überlegte Auftreten des Kanzlers in einer kritischen Phase der Weltpolitik Respekt abgenötigt hatte. Er bescheinigte Helmut Schmidt für sein vorsichtiges Verhalten in den Turbulenzen der neuen Ost-West-Krise „staatspolitische Klugheit“. Grass kam es im Wahljahr 1980 darauf an, dem Contra ein politisches Pro gegenüberzustellen. Die Loyalität des Schriftstellers zum Kanzler schloß freilich Kritik nicht aus. Im April 1980 veröffentlichten die Autoren *Thomas Brasch*, *Günter Grass*, *Sarah Kirsch* und *Peter Schneider* ein Manifest. Die Bundesregierung reagierte ungehalten, weil die Schriftsteller darin Folgerungen deutlicher formulierten, als die Regierung es von sich aus tun zu können glaubte. Der Schriftsteller *Günter Grass*, der früher nicht selten beschuldigt wurde, allzu rasch den Einflüsterungen der politischen Macht zu erliegen, ließ im Wahljahr 1980 eine neue innere Unabhängigkeit erkennen.

Wenn freilich selbst *Günter Grass* Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre bei der SPD den kühnen Gedankenflug und die größeren politischen Entwürfe vermißte, so ruft er die Frage auf den Plan, ob er nicht mit seinem streng reformistischen „Schnecken“-Standpunkt, mit seinem harten Urteil gegen ideale Fernziele und programmatische Perspektiven seinerseits – ungewollt – zu der von ihm beklagten „pragmatischen Engsicht“ der Politik in der Ära Schmidt/Genscher beigetragen hat.

Ein Enttäuschter zieht Bilanz

Während die „Schlamm Schlacht“ des Wahlkampfes tobte, lasen viele den Roman „Das Treibhaus“ von *Wolfgang Koeppen* – den bislang einzigen Roman über den Deutschen Bundestag – noch einmal und waren betroffen von der Aktualität des im Jahre 1953 erschienenen Buches. Der Roman zeichnet die „Tiefenstruktur“ der politischen Szene in Bonn auf. Im

Mittelpunkt des Romans steht der SPD-Bundestagsabgeordnete *Keetenheuve*, ein Außenseiter und Idealist, der fest davon überzeugt ist, bei der politischen Neuordnung in Deutschland eine Mission zu erfüllen, aber letztlich mit seinen Bemühungen scheitert, der Politik eine bessere Richtung zu geben. Der Roman hatte in den 50er Jahren heftige Proteststürme ausgelöst – auch bei der SPD. Im Wahljahr 1980 sah sich *Wolfgang Koeppen* bestätigt: „Als das Buch ‚Treibhaus‘ erschien, nahm die SPD ihre Sache übel. Ich gebe zu, es hat sich was geändert, aber nicht im Sinne *Keetenheuves*. Sie haben sich angepaßt, sie haben sich eingerichtet... In dem neuen Buch, das ich schreibe, taucht *Keetenheuve* wieder auf. Er sagt: ‚Nun ja, es ist ja noch ganz erträglich geworden‘, aber er wollte grundsätzlich mehr erreichen. Er wollte ja nicht dieses mächtige Wohlstandsdeutschland... Die SPD ist eine Schwester der CDU mit einer anderen Sozialerfahrung.“

Hier äußerte sich ein Enttäuschter; hier klang harsche Kritik über eine Entwicklung an, die auch die SPD nach *Koeppens* Meinung um des politischen Vorteils willen mitgemacht hatte. *Koeppen* fühlt sich selbst im „SPD-Staat“ an den Rand der westdeutschen Gesellschaft gedrängt. Bei ihm hat nach eigenem Bekunden das „Leiden am Vaterland“ noch nicht aufgehört. *Wolfgang Koeppen*, der Einzelgänger und Eigenbrötler, aber muß sich fragen lassen, ob die kritische Intelligenz in den späten 40er und in den 50er Jahren als „demokratische Elite“ gegenüber den politischen Parteien nicht allzusehr auf Distanz gegangen ist und sich damit der eigenen Einflußmöglichkeiten in der Anfangsphase der Bundesrepublik begeben hat. Diese frühe Abneigung der Schriftsteller gegen die Parteien war vom demokratietheoretischen Standpunkt aus immer fragwürdig. Sie fand ihr problematisches Pendant in der Schroffheit, mit der die CDU/CSU in der Restauration der 50er Jahre die Intellektuellen ins Abseits stellte.

Kein Zweifel: ein Gefühl der Entfremdung und der Enttäuschung ist bei den westdeutschen Schriftstellern weit verbreitet. Die Belege für die Befindlichkeit der westdeutschen Autoren zeigen, wieviel Vertrauen die sozial-liberale Koalition, in der die Literaten einmal eine Regierung ohne Fehl und Tadel erblickten, mittlerweile gerade bei diesen Schriftstellern verspielt hat. Nach wie vor gibt es Berührungspunkte zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten. Für die SPD spricht in den Augen der Autoren, daß sie ihre Gegensätze offen und argumentativ austrägt, daß sie auch von moralischen Skrupeln befallen wird. Das Bemühen der Regierung Schmidt/Genscher

scher, eine Politik des friedlichen Interessenausgleichs und der Entspannung fortzuführen, stellte in letzter Zeit für das Verhältnis zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten den größten Aktivposten dar. Der Parteivorsitzende Willy Brandt sammelte mit seinem mutigen Engagement im Nord-Süd-Konflikt bei den Literaten weitere Pluspunkte für die SPD. Brandt stellt hier – wie vor Jahren mit der neuen Ostpolitik – die für die Literaten zentrale Frage nach der Moral in der Politik. Brandt ist für die westdeutschen Schriftsteller nach wie vor eine Symbolfigur: er verkörpert Moral, gepaart mit Intellektualität (Jens). Dieser Vertrauensvorschuß der Schriftsteller für den Parteivorsitzenden, der sich um das Elend der Dritten und Vierten Welt bekümmert, wird freilich geschmälert und konterkariert durch die Knauserigkeit der Bundesregierung in der Nord-Südauseinandersetzung.

Aber trotz dieser partiellen Übereinstimmung überwiegt bei den Autoren dennoch das Gefühl: die SPD stagniert – politisch. Die Kanzlerpartei betreibt nach ihrer Meinung Krisenmanagement, sie ist eine perfekte Verwalterin des Vorhandenen, aber sie begreift die Gesellschaft nicht mehr als veränderbar. Von einer entschiedenen Fortentwicklung der bundesdeutschen Demokratie im Sinne der Intentionen des Grundgesetzes ist ebensowenig mehr die Rede wie von einer grundsätzlichen Umstellung einer Politik, die noch weitgehend in ökonomischen Erfolgskriterien befangen ist, auf den Maßstab von Lebensqualität und Umweltschutz. Die Verfechter eines harten Kurses in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit tun die Einwände der Schriftsteller häufig mit barschen Worten ab; sie behandeln die Einwürfe der Vertreter eines sanften, demokratischen Weges oft mit spitzen Fingern.

Die Partei müßte sich öffnen für die Spontaneität und Phantasie von gesellschaftlichen Bewegungen im öffentlichen, vorparlamentarischen Raum. Bürgerinitiativen und ökologische Gruppen, Friedensbewegung und jugendliche Alternativkultur sollten an die

Partei herangeführt werden. Die SPD bedarf aber auch – mehr als in den vergangenen Jahren – der kritischen Solidarität der Schriftsteller. Willy Brandt hat Anfang der 70er Jahre das Erfolgsmuster vorgezeichnet. „Einigkeit der Einzelgänger“ hieß das Motto des Schriftstellerkongresses 1970 in Stuttgart, und diese Losung signalisierte nicht nur die Verbundenheit von Literaten mit Literaten, sondern auch den Gleichklang zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten. „Phantasie müßte mit der politischen Macht verbunden werden“ – diese Offerte machte kürzlich Heinrich Böll. Die SPD braucht die Einladung nur anzunehmen.

Ob sich aus der Verbindung zwischen Schriftstellern und Sozialdemokraten wieder eine stabilere Beziehung der Kooperation und des Dialogs entwickelt, hängt aber von dem Willen der Autoren ab, weiter der kritische Stachel der Partei zu sein. Das heißt für die Literaten: Keine Wehleidigkeit! Kein Rückzug in den Schmolliwinkel! An allen Ecken und Enden kommt es künftig auf dialogfähige Vorschläge politisch wacher Bürger, auf den Druck von unten an. Sich auf Gustav Heinemann – ein anderes Idol der Literaten – und seine Position einer „nüchternen Leidenschaft“ zu berufen, verbietet Resignation von selbst.

Für die SPD macht es wenig Sinn, die Schriftsteller wegen ihrer Sprunghaftigkeit zu schelten. Die Schriftsteller und Intellektuellen in der Bundesrepublik wurden zwar in den vergangenen Jahren wegen ihrer vehementen Kritik an den gegenwärtigen Zuständen oft gerügt. Kritische Anfragen waren gewiß berechtigt – aber häufig tadelte man bloß den Boten, der die schlechte Botschaft überbrachte. Die Schriftsteller und Intellektuellen sind auf ihre Weise Reflektoren der Wirklichkeit: was sich bei ihnen als Thema durchsetzt, spiegelt stets politische und gesellschaftliche Phänomene wider. Wenn die Schriftsteller in den vergangenen Jahren an der SPD so wenig Gefallen fanden, so muß dies für die SPD ein Alarmzeichen sein.

Thomas Scheffler: Populismus, Konservatismus und Neue Soziale Bewegungen

Der Diplom-Politologe Thomas Scheffler, Jahrgang 1950, promoviert zur Zeit an der FU Berlin über das Thema „Die Nahostpolitik der SPD“.

Ein altes Schlagwort grassiert seit einigen Jahren wieder in den politischen Diskussionen Westeuropas: der Begriff des „Populismus“. Seine Konjunktur ist eigentümlicher Art. Moderne konservative Strategien soll er ebenso beschreiben wie die Denkweise der alternativen „Neuen Sozialen Bewegungen“. Der langen Geschichte dieses schillernden Begriffs wird damit ein weiteres verwirrendes Kapitel hinzugefügt: Die „alternativen“ Bewegungen und Franz Josef Strauß, Ivan Illich und Thatcher/Reagan, die französischen Jakobiner und die deutschen Nationalsozialisten, die russischen Narodniki und die amerikanische People's Party, Steuerrebellin wie Glistrup oder Poujade und autoritäre Staatsführer wie Atatürk, Perón oder Nasser – sie alle sind mittlerweile schon in zahlreichen Büchern, Aufsätzen und Zeitungsartikeln als populistisch bezeichnet worden.

Populismus – eine inflationierte Modevokabel? Teilweise sicherlich ja. Aber die Streuweite des Schlagworts dokumentiert zunächst nur zweierlei. Erstens: „Populismus“ ist – im Gegensatz etwa zu „Sozialismus“ – kein beschreibender, sondern ein *analytischer* Begriff. Nur wenige der gemeinten politischen Bewegungen bezeichnen sich selbst als populistisch. Zweitens: Als „populistisch“ gelten Bewegungen mit völlig unterschiedlicher sozialer Basis und ganz verschiedenen Zielen. Das bedeutet, daß weder soziale Basis noch unmittelbare politische Ziele hinreichen, um eine Bewegung oder eine politische Strategie als „populistisch“ einzustufen.

Populismus und Demokratie

Das Wort „Populismus“ selbst verrät uns zunächst nur den Bezug auf den Begriff des „Volks“ – und damit indirekt auch auf den des „Staats“, denn: „Das Volk besteht nur im Staat und durch den Staat, entweder als die Gesamtheit der Staatsangehörigen, oder im engeren und politisch wichtigeren Sinne des Wortes als die große gesellschaftliche Gruppe der Regierten gegenüber den Regierenden.“ (Ludwig August von Rochau, Grundsätze der Realpolitik [1853], Frankfurt/M. 1972, S. 55)

Aber wäre z. B. die SPD populistisch, weil sie sich

als „Volkspartei“ versteht? Oder die Demokratie, weil sie im Wortsinn „Volksherrschaft“ bedeutet? Sicherlich nicht! Umgekehrt gefragt: Wenn „demokratisch“ nicht mit „populistisch“ gleichzusetzen ist, kann es dann noch einen anderen „Primat des Volkes“ geben als den demokratischen? Dies ist tatsächlich der Fall. Das „Volk“ – als philosophisch-juristische Denkfigur wie als wirkliches politisches Subjekt – erobert die politische Bühne der Welt seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. Die „Volksouveränität“ ist Motor und Produkt jenes großen gesellschaftlichen Prozesses, der vor allem seit der amerikanischen und französischen Revolution die Mechanismen gesellschaftlicher Machtausübung grundlegend verändert, indem er die Legitimierung politischer Macht „von oben“ durch die Legitimierung „von unten“ ersetzt: Nicht mehr im Namen Gottes, sondern im Namen des Volkes wird seither Herrschaft begründet. Heute müssen sich selbst Diktaturen auf den „Volkswillen“ berufen.

Doch das „Volk“ hat die politische Bühne von Anfang an in Zwillingsgestalt besetzt, denn die Beschwörung seiner „Souveränität“ hat zwei Fragen offen gelassen bzw. sie vielmehr erst aufgeworfen: Wer bzw. was ist das „Volk“? Wie ist sein Wille zu ermitteln? Wie sich zeigte, gab und gibt es zwei einander genau entgegengesetzte Möglichkeiten, diese Fragen zu beantworten: eine demokratisch-pluralistische und eine populistisch-totalitäre.

Die demokratische versteht unter „Volk“ die Gesamtheit eines Geflechts verschiedenster gesellschaftlicher Interessen, die durch Kompromisse miteinander zum Ausgleich gebracht werden müssen. Ein Gemeinwille existiert daher nicht als solcher, sondern muß in einem durch demokratische Verfahrensweisen legitimierten Prozeß geregelten Konfliktaustrags jeweils erst *hergestellt* werden. Meinungsfreiheit, Parteienpluralismus, Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung etc. sind in diesem Rahmen keine Äußerlichkeiten, sondern sinnstiftend.

Das populistische Denken hingegen sieht das Volk als eine „ursprünglich-lebensvolle Einheit“, die erstens Verkörperung und sozialer Ort alles Natürlichen, Guten und Wahren ist und zweitens beständig in Gefahr ist, durch „ungesunde Zwietracht“ künstlich korrumpiert zu werden. Der „Volkswille“ muß daher nicht hergestellt, sondern lediglich *ausgedrückt*, durchgesetzt und u. a. „verteidigt“ werden.

Entsprechend zielt populistische Politik ihrem Wesen nach nicht auf den Ausgleich gleichrangiger Interessen, sondern auf das Durchsetzen absoluter (weil „natürlicher“), moralisch aufgeladener Wahrheitsansprüche. Politische Führung legitimiert sich im popu-

listischen Denken weniger durch demokratische Verfahrensweisen als durch das charismatisch-intuitive Erfassen und Aussprechen des „gesunden Volksempfindens“. Wo daher die Demokratie der Parteien bedarf, da artikuliert sich der Populismus als „Volksbewegung“, d. h. als Anti-Partei, die der „Parteienzwietracht“ ein Ende bereiten will, um die Volksparteien durch „die Partei des Volkes“ zu ersetzen, die endlich dem „wahren“ Willen des Volkes Geltung verschafft.

Ebenso groß wie die Gegensätze zwischen demokratischem und populistischem Denken ist auch der Unterschied zwischen ihren historisch-politischen Wurzeln. Die Demokratie setzt bei ihren Trägern Selbstbegrenzung, Kompromißwillen und einverständige Einsicht in die Pluralität der Gesellschaft voraus – Eigenschaften, die sich nur durch eigene, dauerhaft anerkannte Teilhabe an der Macht herausbilden lassen.

Anders der Populismus. Wie der französische Historiker François Furet jüngst in einer brillanten Analyse der französischen Revolution ausführte, spiegelt z. B. der absolute Volksbegriff der Jakobiner gerade den völligen Ausschluß des „Dritten Standes“ von der politischen Macht durch den vorrevolutionären Absolutismus. Es war ihre realpolitische Ohnmacht gegenüber dem absolut-religiösen Machtanspruch des Absolutismus, die die Denker des Bürgertums veranlaßte, diesem in abstrakter Umkehrung eine ebenso absolut-religiöse Machttheorie entgegenzusetzen: „Volkes Stimme – Gottes Stimme!“ – Eine Machttheorie, die die *Politik* zum Feld von Gut und Böse, Wahr und Unwahr machte und damit den Kompromiß ächtete und die Politiker dazu zwang, alle Interessenkonflikte in eine moralisch aufgeladene Freund-Feind- bzw. Patriot-Volksverräter-Sprache zu übersetzen. Wo konkurrierende politische Positionen sich nur als Vertreter der jeweils „wahren“ Interessen „des“ Volkes legitimieren konnten, war die Außerkräftsetzung demokratischer Verfahrensweisen gegenüber allen unterlegenen Partelen durch die jeweils siegreiche moralisch zwingendes Gebot: „Das Wahlrecht ist suspendiert, weil das Volk herrscht, das Recht zur Verteidigung, weil das Volk urteilt, die Pressefreiheit, weil das Volk schreibt, die Meinungsfreiheit, weil das Volk spricht“ (Cochin, zit. n. François Furet, 1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Frankfurt/M. 1980, S. 215).

Eine Politik, die sich aber auch auf eine beträchtliche soziale Basis stützen konnte! Überall da, wo die vom Ancien Régime ausgegrenzten Schichten keinen eigenen Anteil am Staatswesen hatten; wo sie über

keine geregelten Interessenvertretungen im politischen System verfügten, die ihnen die Differenziertheit der eigenen Interessenlagen bewußt gemacht hätten; überall da, wo sie daher scheinbar als relativ unstrukturierte „Masse“ in die Geschichte „einbrachen“, mußte der Appell an einen derart undifferenziert-abstrakten Volksbegriff weiterhin auf fruchtbaren Boden fallen.

Populismus und moderne Industriegesellschaft

Populismus – so lassen sich die bisherigen Überlegungen zusammenfassen – kann weder in rechts-links-, noch in oben-unten- oder Klassen-Kategorien ausreichend verstanden werden: Es gab linke Populisten (Jakobiner) ebenso wie rechte (Nationalsozialisten), und sie rekrutierten sich aus den Unter- ebenso wie aus den Oberschichten, aus Arbeitern ebenso wie aus Kleinbürgern, Staatsfunktionären oder Unternehmern. Populistische Bewegungen stützen sich vielmehr auf solche Menschengruppen, die sich aus den identitätsstiftenden Kernbereichen einer Gesellschaft ausgegrenzt und an den Rand abgedrängt (marginalisiert) fühlen. Sei es aufgrund von Marktmechanismen (Arbeitslosigkeit, Verlust an Marktmacht) oder aufgrund von politischer, rassistischer, religiöser, nationaler oder sexueller Diskriminierung. Sie artikulieren gleichsam den geistigen Feldzug der „Peripherie“ gegen das „Zentrum“ eines nationalen oder internationalen Gesellschaftssystems.

Insofern sich fast alle nationalen Gesellschaften nicht nur durch die Herstellung vertikaler Hierarchien stabilisieren, sondern auch durch die Schaffung wirtschaftlicher, kultureller, politischer und regionaler Kern- und Randbereiche, ist der Populismus auch ein fortbestehendes Problem der modernen Industriegesellschaften, wengleich sich seine unmittelbaren sozialen Wurzeln seit der Zeit der ersten bürgerlichen Revolutionen erheblich verändert haben. Auf vier „neue“ Faktoren sei hier besonders verwiesen:

Der *erste* ist bereits in den fünfziger Jahren von Hannah Arendt und William Kornhauser (Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955, bes. S. 496 ff.; William Kornhauser, The Politics of Mass Society, London 1959) angesprochen worden: die abnehmende innere Bindung der Bürger an Parteien und Interessenverbände. Fest steht jedenfalls, daß vor dem Hintergrund raschen technischen Wandels, umfassender wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe und zunehmender Kommerzialisierung der Lebensstile das bundesrepublikanische Parteiensystem allmählich seinen subkulturellen Unterbau verliert: steigende berufliche und regionale Mobilität;

Stadtsanierung; die „Bildungs- und Informationsrevolution“; der Wandel der Geschlechterrollen und der Bedeutungsverlust der Kleinfamilie als Erziehungskraft; die rasche Umwälzung der Mode- und Konsumgewohnheiten ebenso wie die „entideologisierende“ Entflechtung der kompakten, moralisch aufgeladenen Konfliktlagen des 19. Jahrhunderts in zahlreiche – in Tarifrecht, Verwaltungsverhältnissen u. ä. einzeln verhandelbare – Teilkonflikte – sie alle haben dazu beigetragen, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg die subkulturellen Profile der großen professionellen und klassenspezifischen „Sozialmilieus“ auflösten, die bisher die klassischen Integrationspole des deutschen Parteiensystems bildeten. Eine Entwicklung aber auch, die die ideologisch-kulturelle Distanz der Bürger zum zentralen Parteiensystem vergrößerte und einen ungedeckten Bedarf an neuen, einheits- und „Heimat“-stiftenden Wertorientierungen schaffen kann.

Zweitens produzieren Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wachstum und die Sanierung der Staatsfinanzen ein wachsendes Potential wirtschaftlich randständiger Gruppen (Jugendliche, Frauen, Rentner, Ausländer, benachteiligte Regionen), deren Bindungen an die Werte und pluralistisch-korporativen Konfliktregulierungsmechanismen des industriellen Kerns der Gesellschaft dünner werden.

Die Themen der Ökologie- und Friedensbewegung liefern ein drittes Stichwort zur Integrationskrise moderner Gesellschaften. Ihre apokalyptischen Zukunftsvisionen zermürben in der Tendenz die Geltungskraft des zentralstaatlichen Sanktionspotentials: Wer damit rechnet, noch in dieser Generation in einer verseuchten Umwelt an einem Atomschlag zugrunde zu gehen, wird den möglichen Strafen und Belohnungen der weltlichen Obrigkeit wesentlich gleichgültiger gegenüberstehen als jemand, der glaubt, noch für sich und seine Nachkommen vorausschauend sorgen zu können. Gerade hierin liegt der brisante Kern der „No future“-Parole in der neuen Jugendbewegung.

Der vierte Faktor schließlich ist der allgemeinste. Wie vor allem die kulturhistorischen Arbeiten von Norbert Elias gezeigt haben, ist das Zeitalter des Aufstiegs der „Volkssouveränität“ zugleich auch das der Zentralisierung der Staatsmacht und der gleichzeitigen, staatlich abgestützten, Individualisierung der persönlichen Lebenswelt, das Zeitalter der „Verwandlung zwischenmenschlicher Fremdwänge in einzel-menschliche Selbstzwänge“ (Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bd. I, Frankfurt/M. 1980, S. LXI). Das in den „alternativen“ Bewegungen vielzitierte Wort vom „Staat in uns“ deutet an, daß die Konfliktlinien dieser Gesellschaft nicht nur zwischen Men-

schengruppen verlaufen, sondern sich auch mitten durch alle Individuen hindurchziehen. Distanz und Nähe zu den zentralen Werten unserer Gesellschaft, Gefühl und Vernunft, Staatsbejahung und antistatistische Rebellion widerstreiten auch in jedermanns Psyche. Die Parteien der modernen Gesellschaft stützen sich nicht einfach auf verschiedene soziale Basen, sondern auch auf verschiedene, in labilem Gleichgewicht widerstrebende Teilelemente der Persönlichkeit.

Das bedeutet,

▷ daß die Auseinandersetzung zwischen populistischer Rebellion und demokratischer Ordnung kein vorübergehendes, sondern ein ständiges Problem moderner Gesellschaften ist;

▷ daß populistische Bewegungen keine Spezialität bestimmter Bevölkerungsschichten sind (etwa des alten oder neuen Mittelstands), sondern tendenziell bei allen Bürgern Anklang finden können;

▷ daß der ständige Kampf zwischen Populismus und Demokratie davon abhängt, wie das Verhältnis zwischen populistischen und demokratischen Stützpunkten im persönlichen Alltag durch politische Auseinandersetzungen beeinflusst wird.

Ein neuer Populismus in der Bundesrepublik?

Das heißt jedoch nicht, daß die Front Demokratie – Populismus stets zur zentralen Spannungsachse gesellschaftlicher Konflikte werden müßte. Wie wir sahen, ist der Populismus „an sich“ weder konservativ noch progressiv, weder statisch noch anti-etatistisch. Er ist eine totalitäre Philosophie über den Zusammenhang von Volk, Macht und Staat, die sich historisch und sozial auf Bewußtseinslagen ungerechtfertigter Marginalisierung stützt, die ihrerseits in messianische Allmachtsansprüche umschlagen können (bis hin zu dem des „auserwählten Volks“). Eine politische Bewegung oder Partei wird populistisch in dem Maße, wie die Begründung und Anordnung ihrer einzelnen Ziele von dieser Ideologie beherrscht und „organisiert“ werden.

In diesem Sinne gibt es in der Bundesrepublik weder populistische Parteien noch Bewegungen. Es ist zwar richtig, daß der Aufschwung der Neuen Sozialen Bewegungen eine „Krise des arbeitsteiligen Politikverständnisses“ (Michael Th. Greven) anzeigt, eine Krise der klassischen „Arbeitsteilung“ zwischen Staat und Gesellschaft, öffentlichem und privatem Sektor, Repräsentanten und Repräsentierten, Experten und Laien, Parteien und Bürgern. Aber die „alternativen“ Bewegungen zielen gerade nicht darauf ab, diese Spannungen in einer neuen totalitär-zentralistischen Verschmelzung von Volk und Staat aufzulösen. Der

Ruf nach „Autonomie“, der Rückgriff auf seismäßige „Besonderheiten“ zur politischen Identitätsfindung (Geschlecht, Region, „Heimat“), die Harmoniesehe sucht anti-industrieller Romantik – sie alle deuten eher auf eine Perspektive vielfältiger subkultureller Selbst-Abkapselung, obwohl damit zugleich auch Schlagworte popularisiert werden, die einmal von anderer Seite nationallatisch-populistisch umgedeutet werden könnten.

Weitaus bedenklicher ist denn auch der Einsatz von Bestandteilen populistischen Denkens im gegenwärtigen deutschen Konservatismus. Zwar ist Franz Josef Strauß häufig zu Unrecht als „Populist“ charakterisiert worden. Sofern damit nämlich mehr gemeint ist als eine besonders „demagogische“ Begabung, ist dieses Etikett doppelt irreführend: es vernachlässigt erstens den wirtschaftsliberalen Kern des CSU-Programms, und es verharmlost zweitens die populistischen Elemente in der Programmatik auch des „liberalen“ Flügel der Unionsparteien.

Der Kampf der Union richtet sich im Kern – ganz im Sinne des klassischen Wirtschaftsliberalismus – gerade gegen eine vermeintlich zu schwache Trennung von (sozial)staatlichen und privaten Aufgaben (Wirtschaft, Sozialversicherung, Familie). Bedenklich und zugleich bezeichnend für die Schwäche dieser klassischen wirtschaftsliberalen Programmatik ist aber, daß die Union zu ihrer Durchsetzung bedenkenlos populistische Stichworte mobilisieren muß und sie damit langfristig salonfähig macht: so etwa die Kultivierung emotionaler Staatsfeindschaft im Namen einer angeblichen „Bevormundung“ der Bürger durch den Staatsapparat oder der in Sonthofen entworfene positive Einbezug der Katastrophe ins politische Kalkül durch apokalyptische Zukunftsvisionen (Staatsverschuldung, Kriegsgefahr). Schließlich der an mikrosozialen Spannungen ansetzende Kampf gegen eine „konfliktorientierte Pädagogik“, der in der Familien- und Erziehungspolitik Pflichterfüllung, Leistungsbeitschaft und Einordnung in die Gemeinschaft über

konflikt- und kompromißbewußte Toleranz stellt und nach der wertorientierenden Rolle des Staates ruft – Zeuge eines harmonistischen Gesellschaftsbildes, das nicht nur F. J. Strauß, sondern die Gesamtheit der Union kennzeichnet, vor allem aber die Wahrnehmung innenpolitischer Konflikte in „Freund-Feind“-Kategorien fördert, wie es in Helmut Kohls Rede von der „Moskau-Fraktion“ klassisch formuliert worden ist.

So sind CDU und CSU zwar keine populistischen Parteien, aber in ihrem Denken existiert eine Fülle zentraler Stützpunkte für eine populistische Konzeption, die bei einer Verschärfung des politischen Klimas zur organisierenden Achse konservativer Programmatik werden könnten.

Gerade weil Populismus und Demokratie antagonistische Zwillinge sind, gerade weil ihr Gegeneinander ein ständiges Strukturproblem moderner Zivilisation ist, gerade deshalb steht die engagierte Demokratie auch heute immer wieder vor der Aufgabe, die Stützpunkte ihrer Gegnerin beständig bloßzulegen, einzukreisen und zu isolieren. Dies um so mehr, als populistische Denken die Probleme der modernen Gesellschaft, an denen es anknüpft, nicht durch einen neuen dauerhaften Integrationstyp lösen kann: „Weil aber dem harmonischen Gesellschaftsverständnis Konflikte wesensfremd sind, weil Personen oder Gruppen, die solche Harmonie in Frage stellen, als Störer gelten, als nicht zugehörig oder als Außenseiter, mit denen man nicht zu argumentieren braucht, ... dann kann dies in Wirklichkeit zur Desintegration der Gesellschaft führen! Zu verstärktem Freund-Feind-Denken, das heißt zu weniger Bereitschaft, zu weniger Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbewältigung, zu weniger Bereitschaft und insbesondere zu weniger Fähigkeit zur Konsensfindung, das heißt insbesondere zu weniger Bereitschaft und Fähigkeit zum Kompromiß.“ (Helmut Schmidt, Bemerkungen zu Moral, Pflicht und Verantwortung des Politiker in: NG 4/81, S. 297)



WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Ulrich Steger: Amerikanische Wachstumskrise und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Ein europäischer Kommentar)

Dr. Ulrich Steger, Jahrgang 1943, ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie. Zahlreiche Veröffentlichungen, vor allem zu wirtschafts- und energiepolitischen Fragen.

Westdeutschlands Ökonomen sind irritiert – 30 Jahre hörten sie vom amerikanischen Lehrmeister, daß sie (vor allem in der Debatte um Markt- und Planwirtschaft) nicht so ideologisch sein sollten. Statt dessen sollten sie sich lieber den praktischen Problemen und der Realität eines gemischten Wirtschaftssystems zuwenden, in dem sich Marktkräfte und Wirtschaftspolitik wirksam ergänzen und wo die Arbeitsteilung zwischen beiden Lenkungsmechanismen nach Effizienzkriterien pragmatisch entschieden wird.

Nachdem nun diese Lektion gelernt und auch erfolgreich praktiziert wird, wird Europa mit einem ideologischen Exportprodukt „Made in USA“ überschwemmt: der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. In einer finsternen Welt mit düsteren Wachstumsaussichten verspricht sie nicht nur die Lösung, sondern schon die Erlösung von allen Wirtschaftsproblemen. Im krassen Gegensatz zu dieser verbreiteten Euphorie stehen aber die resignativen bis skeptischen Hoffnungen der amerikanischen Bürger. In den fast sieben Wochen, die ich nach Präsident Reagans Wahl in den USA verbracht habe, traf ich bei zahllosen Gesprächen und Diskussionen nur zwei wirkliche Anhänger der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – beide kamen aus dem akademischen Bereich (haben also noch nie selber eine Investitionsentscheidung getroffen) und hatten gerade neue Funktionen in der Administration übernommen. Alle anderen unterstützten – wenn überhaupt – den monetaristischen Ansatz mehr als „Strohhalme“, an den man sich klammert; „Wir haben alles versucht, nichts hat geholfen – also probieren wir es mal mit

der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik“, lautete die meistgehörte resignative Begründung.

Darin zeigt sich der wichtigste Erfolg der Promotoren der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik: Es ist ihnen gelungen, weiten Kreisen einzureden, daß sich die amerikanische Wirtschaft in einer besonderen Krise befunden habe. Im Sinne einer Motivation müsse man „immer der Erste sein, bereits der zweite Platz ist eine Niederlage“. Mag dies psychologisch erklärbar sein – durch ökonomische Fakten ist es nicht gedeckt. Hier nehmen die USA im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten über alles gesehen einen guten Mittelplatz ein – allerdings mit weniger guten Ergebnissen bei der Produktivitäts- und Preisentwicklung in den letzten Jahren.

Hier soll nicht bestritten werden, daß sich alle Industriestaaten in einem langwierigen, kostspieligen und schmerzhaften Anpassungsprozeß befinden – Energiekostensexpllosion, verstärkter internationaler Wettbewerb durch Schwellenländer, neue Technologeschübe, Änderungen des Bedarfs, des Lebensstils und der Konsummuster, interne Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, um nur einige Stichworte zu nennen. Aber schnelle Lösungen sind hier nicht zu erwarten und vermutlich passen dazu weder die einfachen Rezepte von Keynes noch die von Friedman.

Darum soll hier analysiert werden, wo die Schwächen der amerikanischen Wirtschaft und die zu überwindenden Engpässe liegen und inwieweit die z. Zt. betriebene Wirtschaftspolitik, die ja den Prinzipien der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik folgen will, in ihren praktischen Konsequenzen die Wachstumschancen der US-Wirtschaft – gemessen an ihren eigenen Zielen – und der ihrer Verbündeten beeinträchtigt (das Interesse soll also mehr auf einer Diskussion der praktischen Folgewirkungen dieser Politik liegen als auf den ideologischen Prämissen).

Geldpolitik als Wachstumshremse

Es gehört zu den gesichertsten Erfahrungen der Wirtschaftspolitik, daß die Dosierung der eingesetzten Instrumente letztlich ihren Erfolg bestimmt. Überstrapaziert man ein ökonomisches Instrument, so verliert es schnell an Effektivität, und es ergeben sich zunehmend unerwünschte Nebenwirkungen. Genau dies zeigt sich z. Zt. an der Geldpolitik der „Fed“, Federal Reserve Board. Unbestritten ist, daß ein kontrolliertes Wachstum der Geldmenge, eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Inflationsbekämpfung ist (wobei selbst Friedman immer wieder auf die erforderliche Stetigkeit des

Geldmengenwachstums hinweist). Bereinigt man die US-Inflationsrate seit Anfang der 70er Jahre um die Faktoren Zinsschwankungen, Nahrungsmittel- und Energiepreissteigerungen, so ergibt sich eine erstaunlich konstante Rate von ca. 8 bis 9 % pro Jahr. Dieser harte Kern der Inflation ist fast völlig konjunktur-unabhängig und durch strukturelle Ursachen der amerikanischen Wirtschaft bedingt – etwa das Preisverhalten der Großunternehmen, das Tarifvertragssystem für Löhne und Gehälter, automatische Anpassungsmechanismen an die Lebenshaltungskosten, gesetzlich geschützte Monopole usw.

Diese Inflationsrate ist jetzt erreicht. Jeder Versuch, sie mittels „harter“ Geldpolitik weiter abzusenken, ohne die sie verursachenden Faktoren zu ändern, führt nach allen Erfahrungen nur zu steigender Arbeitslosigkeit, und die Wachstumseinbrüche vernichten die Kapazitäten, die im später beginnenden Aufschwung fehlen und dann zu einer wieder rasch steigenden Inflationsrate führen.

So steht denn die amerikanische Wirtschaft m. E. am Beginn einer schweren Rezession. Die durch die Geldpolitik verursachten hohen Zinsen sind in dieser Situation besonders kontraproduktiv, weil sie vornehmlich die Investitionen treffen, auf die wir besonders dringend angewiesen sind. Vor allem dann, wenn meine Einschätzung richtig ist, daß alle Industrienationen vor einem schmerzhaften Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozeß stehen, sind die langfristigen Auswirkungen der betriebenen Geldpolitik mit den extrem hohen Zinsen besonders fatal. Es werden nämlich vor allem die für den Modernisierungsprozeß strategisch wichtigen Investitionen getroffen, die eine hohe Kapitalintensität mit langen Vorlauf- und Ausreifungszeiten verbinden und die von daher eine hohe Zinsreagibilität aufweisen.

Typisch dafür ist beispielsweise der Energiesektor. Energiesparen heißt doch meistens nichts anderes als Substitution von laufenden Energiekosten durch Kapital (etwa bei der Abwärmenutzung). Oder der Bau eines Kernkraftwerkes: Der Kapitalaufwand hierfür ist um ein Vielfaches höher und die Bauzeit erheblich länger als dies beim zu ersetzenden Öl- oder Gaskraftwerk der Fall ist. Die Liste der Beispiele von steigender Kapitalintensität ließe sich, auch für andere modernisierungsbedürftige Industriezweige, beliebig verlängern.

Anhänger der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik würden hier argumentieren, daß die depressiven Effekte der restriktiven Geldpolitik durch die stimulierende Wirkung der Steuersenkungen mehr als aus-

geglichen würde. Das ist aus drei Gründen sehr unwahrscheinlich:

– Die Verschuldung der privaten Haushalte ist – bedingt durch die „Flucht in die Sachwerte“ – noch stärker gestiegen als die der Unternehmen oder der öffentlichen Haushalte. Gerade die oberen Einkommensschichten werden daher angesichts der hohen Zinsen zunächst Einkommenssteigerungen durch Steuersenkungen eher zur Konsolidierung ihrer Verbindlichkeiten benutzen.

– Das dadurch frei werdende Kapital wird die umlaufende Geldmenge senken, jedoch nicht von der Industrie für Investitionen absorbiert, da sie sich angesichts der beginnenden Rezession ohnehin Überkapazitäten gegenüber sieht und bestenfalls zusätzliche Kredite für die ungeplante Lagerhaltung benötigt. Ob die geplanten Abschreibungserleichterungen – die mittelfristig sicherlich positiv wirken – und die Steuersenkung für die Unternehmen die sich verschlechternden Absatzaussichten überkompensieren, muß – zumindest nach allen europäischen und auch amerikanischen Erfahrungen – bezweifelt werden.

– Eine wesentliche Ursache des inflationären Drucks (die steuerliche Absetzbarkeit von Zinsen, die auch den exzessiven Gebrauch von Kreditkarten und Konsumentenkrediten begünstigt, die die Geldmenge in den USA so unkontrollierbar werden läßt) wird durch die gegenwärtigen Steuersenkungspläne nicht beseitigt (obwohl es doch auch unter Vereinfachungsgesichtspunkten viel sinnvoller wäre, die zahlreichen Steuerprivilegien abzuschaffen und dann die Raten für alle zu senken). Mittelfristig – also etwa im nächsten Aufschwung – werden die wachstumshemmenden Belohnungen des kreditfinanzierten Konsums durch das Steuersystem wieder wirksam.

Wenn diese Einschätzung auch nur halbwegs richtig ist, wird die Reagan-Administration ein Ziel verfehlen, das sicher – nicht nur in den USA – derzeit prioritär ist: die Eindämmung der öffentlichen Verschuldung und der Ausgleich des Budgets. Das Beispiel des Großbritanniens von Margret Thatcher zeigt, daß der tödliche Zirkel von rezessionsbedingten Mindereinnahmen und krisenverursachten Mehrausgaben in der sozialen Sicherung (z. B. Arbeitslosengeld und Pensionsfonds) auch durch noch so dramatische Kürzungen (in England einschließlich des Verteidigungshaushaltes!) nicht durchbrochen werden kann. Und ob unter amerikanischen Bedingungen das, was durch ein wachsendes Budget-Defizit an Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft zerstört wird, durch Sinken der Steuerbelastung ausge-

glichen werden kann, wäre einer gesonderten Betrachtung wert.

Wachstumsengpässe der US-Wirtschaft

Wo liegen nun – jenseits der aktuellen Konjunkturaussichten – die Engpässe für ein neues, auch qualitativ hochwertiges Wachstum in den USA? Meine – vielleicht überraschende – These: am wenigsten in den privaten Investitionen. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA in einer reifen Industriewirtschaft mit einer im internationalen Vergleich erstaunlich niedrigen Investitionsquote hohe Wachstumsraten erzielt. Daran hat sich höchstens insofern etwas geändert, als der Anteil der inflexibleren Groß-Unternehmen an der US-Wirtschaft gestiegen und entsprechend der kleineren und mittleren Unternehmen gesunken ist (im industriellen Sektor stieg der Anteil der 200 größten Unternehmen – gemessen am Bilanzvermögen – in den letzten 25 Jahren von ca. 48 auf 60%).

Ansonsten können die Engpässe bei jenen „Schnittstellen“ identifiziert werden, die das private Industrie- und Dienstleistungssystem mit dem politischen und gesellschaftlichen System verbinden. Im einzelnen lassen sich sieben Engpaßbereiche ausmachen:

1. Das Ausbildungssystem in den USA produziert hervorragende Wissenschaftler und zahlreiche Rechtsanwälte. Im Bereich der mittleren und technischen Führungskräfte und handwerklichen Fachkräfte, die für das Funktionieren der Industrie entscheidend sind, können dagegen beträchtliche Defizite festgestellt werden. Dies ist nicht nur die Folge eines vielleicht zu einseitig ausgerichteten Ausbildungssystems, sondern auch sicher die Kehrseite der vielgerühmten amerikanischen „Flexibilität“, in dessen Belohnungs- und Karrieresystem Eigenschaften wie langjährige Erfahrung und handwerkliches Fachwissen eher unterbewertet werden.

2. Damit zusammenhängend ist vielleicht die zu langsame Anwendung und breite Umsetzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in marktfähige Produkte zu sehen. Zwar hat die amerikanische Wissenschaft noch in vielen Bereichen eine Spitzenstellung, aber im industriellen Bereich kann die US-Wirtschaft nur noch bei der Luft- und Raumfahrt und Teilen der Computer- und Informationstechnologie auf eine dominante Spitzenposition verweisen. Dies ist aber zu wenig für die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft von der Größenordnung der USA. Am deutlichsten spiegelt sich dies in der Handelsbilanz wider, wo neben den wenigen techno-

logischen Spitzenprodukten vor allem Agrarprodukte und Rohstoffe exportiert werden. Neben dem Mangel an geschulten Fachkräften dürfte wohl das Fehlen einer konsistenten Forschungs- und Technologiepolitik hierfür ausschlaggebend sein, die durch eine (nicht nur staatliche) Organisation der „Innovationskette“ von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung dafür sorgt, daß keine Engpässe die rasche Umsetzung von Erfindungen in Innovationen mit breiter Anwendung behindern.

3. Das amerikanische Bankenwesen befindet sich in einer dramatischen Umstrukturierung, an deren Ende vielleicht Merrill Lynch als größte US-Finanzinstitution stehen mag. Bisher läuft diese Entwicklung völlig ungesteuert, und es ist eine sehr offene Frage, ob am Ende ein Bankensystem steht, das wirklich Sammler von Kapital ist und es in geeignete Fristen und Anlagenformen transformieren kann. In der letzten Zeit haben sich jedenfalls die Zweifel daran verstärkt, ob das US-Bankensystem darauf vorbereitet ist, die gewaltigen und riskobehafteten Investitionsströme der 80er Jahre zu finanzieren.

4. In den USA hat sich besonders in den letzten 15 Jahren eine regionale Schwerpunktverlagerung von den alten Industrieregionen im Nordosten und mittleren Westen zu neuen Wachstumsregionen im Süden und Westen ergeben. Diese unvermeidbare, aber ungesteuerte Entwicklung kann nicht mehr so weitergehen – in den neuen Industrieregionen sind die Grenzen der Infrastrukturbelastung (auch oft die der Umwelt) erreicht. In den alten, schrumpfenden Regionen verfällt teilweise die gut ausgebaute Infrastruktur, und es entstehen hohe soziale Kosten durch langanhaltende, hohe Arbeitslosigkeit, besonders in den Problemzonen der großen Städte. Ein ausgeglicheneres Wachstum erfordert sowohl einen Ausbau der Infrastruktur im Süden (mit beträchtlichem Kapitalaufwand, vor allem in den neuen energiereicheren Gebieten des Westens, auch um verschiedene Ansprüche an die Umwelt – z.B. Wassernutzung – miteinander in Einklang zu bringen) und eine Revitalisierung der alten Industriegebiete, wozu nicht nur industrielle Impulse, sondern auch eine Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen gehören.

5. Es kann keinen Zweifel geben, daß es in einigen Bereichen Wachstumshemmnisse durch bürokratische Überreglementierungen gegeben hat. Aber das Problem liegt weniger an unfähigen Politikern oder böswilligen Bürokraten, sondern in der Struktur des amerikanischen Regierungssystems selber. Die Kombination eines föderalen Rechtsstaates mit einem Zwei-Kammer-Parlament ohne Parteidisziplin und ei-

nem dem Volk direkt gewählten Präsidenten stellt das ausgeklügelte System von „Checks“ und „Balances“ dar, das es in den westlichen Regierungssystemen gibt. Dies und die bloße Größe des Landes (besser des Kontinentes) machen dabei in den meisten Fällen einen komplizierten Interessenausgleich mit vielen Kompromissen notwendig, dessen Resultat eine komplizierte Gesetzgebung ist. Die Folge ist, daß jede Bundesbehörde (auch das Verteidigungsministerium) einen numerischen Umfang annimmt, der sie zu einer nicht mehr zu managenden, unkontrollierbaren Bürokratie macht.

Ich glaube, daß an diesem Grundmuster amerikanischer Politik selbst die Reagan-Administration kaum etwas ändern kann. Praktische Beispiele – etwa bei dem Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke – werden dies bald zeigen. Die systembedingten Reibungsverluste oder gar Blockaden lassen sich nur dann vermindern, wenn es einen breiten Konsens über anzustrebende Entwicklungen gibt. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß in den sensiblen Bereichen der Energie- und Umweltpolitik die zuständigen Minister die strategische Regierungsaufgabe der Konsensbildung angemessen handhaben. 6. Das amerikanische Sozialversicherungssystem ist nicht zuletzt deshalb in eine finanzielle Krise gekommen, weil es – wie kein anderes sonst – sich vornehmlich darauf beschränkte, die Folgen von Fehlentwicklungen zu finanzieren, anstatt sie zu verhindern oder wenigstens auszugleichen. Ein typisches Beispiel dafür ist das zusätzliche Arbeitslosengeld für Arbeiter, die ihren Job durch Importe verloren haben. Wäre es nicht besser, das Geld dafür zu verwenden, daß neue Arbeitsplätze durch Modernisierung der Industrie und Umstrukturierung geschaffen würden oder die Entlassenen umgeschult und qualifiziert würden, damit sie schnellstmöglich wieder in Arbeit kommen? Einfaches Kürzen oder das Unterlaufen von Schutzgesetzen (z. B. OSHA) wird die sozialen Folgekosten weiter erhöhen und damit ein beträchtliches Risiko für die Stabilität der amerikanischen Gesellschaft darstellen. Sozialen Sprengstoff anzuhäufen, ist auch ökonomisch kontraproduktiv, weil natürlich gesellschaftliche Explosionen auch das wirtschaftliche System erschüttern.

Was die Sozialpolitik braucht, ist ein mehr präventiver Ansatz. Statt durch aufwendige bürokratische Agenturen aus Steuern die sozialen Kosten zu finanzieren, ist es eine durchaus marktwirtschaftliche Politik, die externen Effekte der unternehmerischen Entscheidungen als Kosten zu internalisieren (wie z. B. auch beim Umweltschutz), um so die unternehmeri-

schen Entscheidungen mehr auf die Verhinderung von sozialen Folgekosten auszurichten.

7. Eng damit im Zusammenhang steht das Problem der Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die sich weiter verschlechtern werden und dann ihren Ausdruck nicht nur in aggressiven Tarifkämpfen, sondern auch in industrieller Sabotage oder hohen Fluktuations- und Krankheitsraten finden. Zumindest die deutschen Erfahrungen zeigen, daß Konfliktregulierung und -verminderung durch Mitbestimmungsrechte und humane Arbeitsbedingungen nicht nur die Produktivität erhöhen, sondern auch eine gesamtwirtschaftlich verantwortungsvolle Lohnpolitik ermöglichen.

Die US-Wirtschaft wird wie die anderen Industrieländer die Herausforderungen der 80er Jahre nur dann bestehen können, wenn sie einen breit angelegten Modernisierungsprozeß im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich einleitet (denn in diesem Punkt hatte Marx recht – Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse müssen im Einklang miteinander stehen. Nur ist dies eine Aufgabe der dauernden Anpassung, die nicht durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse gelöst wird). Sicherlich wird die Reagan-Administration daran gemessen – auch international –, inwieweit dieser Modernisierungs- und Anpassungsprozeß gelingt.

Führungsrolle der USA und wirtschaftliche Entwicklung

Wenn ein mittleres europäisches Land – wie z. B. Großbritannien – durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik in eine schwere Rezession schliddert, werden alle anderen Länder nur marginal beeinflusst. Anders bei den USA. Der Satz: „Wenn die USA sich erkälten, bekommt Europa eine Lungenentzündung“, gilt gerade (oder wieder) in der jetzigen Lage. Durch die größere Ölabhängigkeit sind die europäischen Länder in eine tiefere Rezession gerutscht als die USA. Statt einen Aufschwung vorbereiten zu können, haben sie alle das Gefühl, durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der USA in eine noch tiefere Krise gedrückt zu werden (wie war das eigentlich mit der Lokomotiv-Theorie vor zwei bis drei Jahren?). Und nicht nur die Europäer haben Grund zu klagen – auch die hochverschuldeten Entwicklungsländer zahlen bei den Zinsen das drauf, was sie bei der Stabilisierung der Ölpreise gewinnen.

Man sollte sich nicht täuschen: Solche „Brot und Butter“-Themen, wie hier diskutiert, haben überall ein großes innenpolitisches Gewicht und können die Fähigkeit der USA zu einer überzeugenden Führung mehr beeinträchtigen als rüstungspolitische Kontro-

versen (ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten, in einer Wirtschaftskrise Sozialausgaben zu kürzen und die Rüstungsanstrengungen zu erhöhen). Führung in der freien Welt muß sich – anders als im kommunistischen Machtblock – durch überzeugende Ideen und praktische Erfolge legitimieren. Gegenwärtig erscheinen aber im wirtschaftspolitischen Bereich die USA mehr als „Problemexporteur“ denn als Führungsmacht.

Um nicht mißverstanden zu werden: Nicht daß die USA seit einiger Zeit entschiedener die Inflation bekämpfen, wird in Europa beklagt (ganz im Gegen-

teil), sondern wie einseitig es getan wird und wie wenig die internationalen negativen Rückwirkungen mit ins Kalkül einbezogen werden, die im krassen Gegensatz zu dem neuen weltweiten Führungsanspruch der USA stehen.

Aber die Europäer sind nicht ohne Hoffnung: Präsident Reagan hat versprochen, die guten amerikanischen Tugenden wieder zu beleben. Und wie aus der Geschichte der USA bekannt ist, gehört dazu nicht, daß ein ideologisches Konzept wie die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die praktischen Folgen durchgezogen wird.

Peter Lang: Bilanz der deutschen Währungspolitik

Dr. Peter Lang, Jahrgang 1948, ist Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bochum.

Bewertung und Nutzen der deutschen Währungsreserven

Die deutschen Währungsreserven sind in den siebziger Jahren zunächst aus anhaltenden Zahlungsbilanzüberschüssen (im System fester Wechselkurse vor 1973), später durch Devisenmarktinterventionen (vor allem zugunsten des Dollars) entstanden: 1969 verfügte die Bundesrepublik über ausgewiesene Nettowährungsreserven von 20,5 Mrd. DM; im Jahre 1978 waren diese auf über 100 Mrd. DM angewachsen, sanken jedoch seitdem beschleunigt auf gegenwärtig etwa 60 Mrd. DM.

Die von der Deutschen Bundesbank gehaltenen und nach dem aktienrechtlichen Niederstwertprinzip bewerteten Währungsreserven beliefen sich zum Jahreschluß 1980 auf rd. 96,1 Mrd. DM. Sie setzen sich zusammen aus: 95 Mill. Unzen Gold, bilanziert mit einem Anschaffungswert von 13,7 Mrd. DM; Ziehungsrechten, Sonderziehungsrechten und Forderungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Werte von 8,1 Mrd. DM; Forderungen an den Europäischen Währungsfonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) für die an ihn übertragenen 20 % der deutschen Gold- und Devisenreserven im Werte von 31,7 Mrd. DM; Devisen- und Sortenbestände zum Jahreseinstandswert von 42,6 Mrd. DM.

Werden hiervon die Verbindlichkeiten der Bundesbank aus dem Auslandsgeschäft (ca. 10,2 Mrd. DM) und die Differenz zwischen Markt- und Anschaffungswert der in den EFWZ eingebrachten 23 Mill. Unzen Gold im Werte von 22,5 Mrd. DM abgesetzt, so ergibt sich Ende 1980 ein Niveau der Nettowährungsreserven von 63,4 Mrd. DM.

Hätte die Bundesbank ihre Dollarbestände statt mit dem Niederstkurs des Jahres 1979 (= 1,7315 DM) mit dem Jahreschlußkurs von 1980 (= 1,959 DM) bewertet, so hätte sie einen Abwertungsgewinn in Höhe von 5 Mrd. DM ausweisen können. Noch erheblich größer sind die stillen Reserven bei den Goldbeständen. Da sie zum Anschaffungspreis von 144 DM pro Unze bewertet sind, stehen sie nur mit 17 Mrd. DM zu Buche, hatten jedoch nach dem Goldpreis zum Jahreschluß 1980 (1150 DM pro Unze) einen Wert von rd. 137 Mrd. DM. Der tatsächliche Wert der deutschen Währungsreserven muß somit zum Ende des Jahres 1980 auf etwa 125 Mrd. DM geschätzt werden. Dies ist etwa das Doppelte der tatsächlich ausgewiesenen Nettowährungsreserven.

Kritiker der Reservspolitik weisen häufig darauf hin, daß die von der Bundesbank gehaltenen Reserven zumindest der Höhe nach nicht notwendig und volkswirtschaftlich äußerst kostspielig sind. So unterlagen die Dollarreserven im Zeitraum von 1961 bis 1969 einem Wertverlust von insgesamt etwa 47 Mrd. DM, der aus der anhaltenden Aufwertung der DM resultierte. Diesen Verlust an Dollarforderungen konnten auch die Zinserträge aus der Anlage der Dollarreserven in US-Geldmarktpapieren von ca. 39 Mrd. DM nicht kompensieren.

Bedenkt man darüber hinaus die Ursachen des

starken Reservezuflusses, wie strukturelle Exportüberschüsse (realer Leistungstransfer an das Ausland ohne reale Kompensation!) und die interventionsbedingte Ausweitung der inländischen Geldmenge mit ihren stabilitätspolitischen Folgen, so ist der Reservebestand keineswegs positiv zu beurteilen.

Allerdings gibt es nach wie vor eine Vielzahl von Befürwortern hoher Liquiditätsreserven, die darin eine Sicherheit für die Finanzierung temporär auftretender Zahlungsbilanzdefizite sehen oder gar aus Währungsreserven langfristige Kredite für Entwicklungsprojekte gewähren wollen.

Reservehaltung und Währungspolitik

Sah man bis in das Jahr 1978 im Zustrom internationaler Liquidität das Hauptproblem, so zeigte sich seit 1979, daß die Bundesbank durch die anhaltende DM-Schwäche gezwungen war, ihre Devisenbestände abzubauen. So war sie vertraglich gezwungen, wiederholt zugunsten der DM zu intervenieren, um ihren Pflichten im Rahmen des Europäischen Währungssystems zu genügen. Sie intervenierte jedoch auch gegenüber dem Dollar mit dem Ziel, den Abwertungsdruck auf die DM zu mindern und die reale Abwertung zu begrenzen.

Eine Ursache hierfür ist die Veränderung der Leistungsbilanz. Schloß sie im Jahre 1978 noch mit einem Überschuß von 17,5 Mrd. ab, so entstand bereits 1979 ein Defizit von 10,1 Mrd. DM, das sich 1980 auf 28,1 Mrd. DM erhöht hatte.

An dieser Entwicklung war vor allem der Warenverkehr mit dem Ausland beteiligt. Betrag der Überschuß in der Handelsbilanz (sie erfaßt die Werte der exportierten und importierten Güter) 1978 noch 41,2 Mrd. DM, so halbierte er sich in 1979 und erreichte 1980 nur noch 9,1 Mrd. DM. Die traditionellen Defizite der Dienstleistungs- (sie erfaßt vor allem Reiseverkehr, Zinszahlungen, Patenzahlungen usw.) und Übertragungsbilanz (sie erfaßt z. B. Überweisungen der Gastarbeiter, Rentenzahlungen, Zahlungen an internationale Organisationen, Entwicklungshilfe usw.) konnte dieser reduzierte Überschuß nicht mehr ausgleichen, zumal z. B. die Positionen Ausgaben im Reiseverkehr, Entwicklungshilfegrants und Zahlungen an internationale Organisationen (z. B. EG) zunehmende (passivierende) Tendenz zeigen.

Zum erheblichen Teil wurde dies durch die Ölpreisentwicklung der Jahre 1979 bis 1980 verursacht, die zu einem Anstieg der Ölrechnung der Bundesrepublik auf etwa 65 Mrd. DM führte. Darüber hinaus zeigte sich eine Scherenentwicklung zwischen Exporten und Importen. Infolge der im internationalen

Vergleich guten Binnenkonjunktur stiegen die Importmengen weiter an, so daß unter Berücksichtigung der beschleunigt voranschreitenden Weltinflation der Wert der deutschen Importe einschließlich des Rohöls um 20 % zunahm.

Die Exporte wuchsen zwar ebenfalls, aber in weit geringerem Umfang als die Importe. Dies ist vor allem eine Folge des Wachstumsgefälles zum Ausland hin, der Importzurückhaltung der OPEC-Staaten, dem Ausfall der Nachfrage des Irans und der ölpreisbedingten Zahlungsunfähigkeit verschiedener Entwicklungsländer. Daneben sind von Bedeutung die Stagnation im Ost-West-Handel sowie das Auftreten neuer (vor allem die Schwellenländer) und expandierender Konkurrenten auf dem Weltmarkt (vor allem Japan und die USA).

Die veränderte Wettbewerbssituation deutscher Exporteure auf den Weltmärkten kann wohl auch als Spätfolge der realen Aufwertung der DM im Zeitraum von 1973 bis 1978 gesehen werden. In dieser Periode stieg der Außenwert der DM um etwa 11,5 % stärker, als es zum Ausgleich der internationalen Inflationsdifferenzen notwendig gewesen wäre.

Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits

Ein Leistungsbilanzdefizit muß durch Kapitalimporte oder Abgabe von Währungsreserven finanziert werden. Da letztere naturgemäß begrenzt sind, können sie nur als zeitlich begrenztes Mittel der Währungspolitik aufgefaßt werden. Auf lange Sicht muß deshalb der „Markt“ die Defizitfinanzierung vornehmen.

Noch im Jahre 1979 gelang es, das Leistungsbilanzdefizit durch entsprechende Kapitalimporte auszugleichen. Dagegen blieben die Kapitalimporte des Jahres 1980 weit hinter dem Leistungsbilanzdefizit zurück. Der langfristige Kapitalverkehr war in dieser Phase vor allen Dingen durch Direktinvestitionen im Ausland gekennzeichnet, während sich Auslandsinvestoren mit Anlagen in der Bundesrepublik zurückhielten. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der Verlagerung von Produktionsstätten in Niedriglohnländer. Direktinvestitionen von Ausländern in der Bundesrepublik waren vor allem wegen der realen Aufwertung der DM relativ teuer. Hinzu kamen wachsende Risiken durch die Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes (Afghanistan, Polen).

Ausländische Anleger haben zudem den deutschen Kapitalmarkt gemieden, weil er eine im internationalen Vergleich zu geringe Verzinsung bot. Damit ist der Abfluß von Kapital aus der Bundesrepublik hauptsächlich verursacht durch das ungewöhn-

lich hohe Zinsniveau im Ausland und damit vornehmlich eine Folge der äußerst scharfen monetären Restriktionspolitik in den USA und Großbritannien. Hätte der Bund im Jahre 1980 nicht Kredite in Höhe von 20,6 Mrd. DM im Ausland aufgenommen, so wäre der Überschuß der Kapitalbilanz von 6,8 Mrd. DM nicht erzielt worden. Die Zahlungsbilanz erreichte somit 1980 ein Defizit von insgesamt 27,9 Mrd. DM.

Strategische Alternativen für die Währungspolitik

Angesichts dieser Entwicklung hätte die Bundesbank zwischen drei Verhaltensmöglichkeiten wählen können. Die erste Politikvariante hätte in einer Abwertung der DM innerhalb des EWS und im übrigen frei flexiblen Wechselkursen bestehen können. Damit wäre die Zahlungsbilanz im wesentlichen marktmäßig ausgeglichen worden und die Währungsreserven wären weitgehend unverändert geblieben.

Die Bundesbank wollte jedoch einen zu starken wechselkursbedingten Importpreisschub (vor allem Ölverteuerung) vermeiden, da er ihre Inflationsbekämpfung im Inland erschwert hätte, und wollte außerdem verhindern, daß es zu einem weltweiten Vertrauensschwund in die DM als Reservewährung gekommen wäre. Schließlich wollte sie ein den „fundamentalen Marktdaten“ (ein im internationalen Vergleich günstiges Lohn- und Preisniveau) nicht gerecht werdendes Überschießen (nach unten!) des DM-Kurses verhindern. Auf diese Weise sollten fehlerleitete Erwartungen bezüglich der langfristigen Kursentwicklung und durch diese verursachte realwirtschaftliche Anpassungstransaktionen erspart bleiben.

Eine zweite interventionsfreie währungspolitische Strategie wäre eine am internationalen Zinsniveau orientierte Hochzinspolitik gewesen. Sie hätte das Zinsgefälle beseitigt und u. U. Nettokapitalimporte bewirkt, die auf dem Devisenmarkt einerseits den DM-Kurs gestützt und andererseits zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits beigetragen hätten. Durch die restriktiven Wirkungen einer solchen Strategie wäre jedoch die bereits bestehende Gefahr einer tiefen Rezession vergrößert worden.

So hat sich die Bundesbank wechselkurspolitisch auf eine Stabilisierung des DM-Kurses fixiert und zur Erreichung dieses Ziels zum einen am Devisenmarkt interveniert, zum anderen eine begrenzte Hochzinspolitik betrieben. Sie konnte damit jedoch weder drastische Kursschwankungen verhindern (der Dollarkurs schwankte z. B. börsentäglich um bis zu 9 Pfennige) noch konnte sie den Kursverfall der DM

aufhalten. Der Dollar stieg von 1,70 DM bis auf über 2,30 DM. Diesen insgesamt mäßigen Erfolg mußte sie mit einer Begrenzung der Geldmengenexpansion erkaufen, welche die Wachstumsrate der Geldmenge (M_1) 1980 für mehrere Quartale unter 2% hielt und damit die vorhandenen Rezessionsimpulse verstärkte.

Besser wäre es sicher gewesen, der DM-Kursbildung auf den Devisenmärkten freien Lauf zu lassen. Die Abwertung wäre hierdurch zweifellos stärker ausgefallen, die steigenden DM-Preise der Importe hätten einen gewissen Importpreisdruck verursacht und das Leistungsbilanzdefizit zunächst verstärkt, auf lange Sicht wäre jedoch der Import bei elastischer Nachfrage zurückgegangen und die Exporte hätten preisbedingt zugenommen. Da die Bundesrepublik nach wie vor zu den wirtschaftlich und politisch stabilsten Ländern der westlichen Welt zählt, hätte sich bei einem niedrigen Kursniveau sehr rasch eine DM-Aufwertungserwartung gebildet, die über spekulationsbedingte Kapitalimporte dem Kursverfall entgegen gewirkt hätte. Als Nebeneffekt wäre die Zahlungsbilanz marktmäßig ausgeglichen worden, und zwar bei unveränderten Devisenbeständen.

Entwicklungsprognose

Aber auch dann, wenn die Bundesbank ihre zumindest wenig wirksame Interventionspolitik fortsetzen sollte, zeichnet sich ein Ende der Leistungsbilanzpassivierungs- und DM-Abwertungstendenzen ab. Dies ist vor allem aus folgenden Gründen zu erwarten: Die erhebliche DM-Abwertung sowie der anhaltende Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik haben die bis 1978 entstandene reale Aufwertung gegenüber den meisten Währungen mittlerweile abgebaut. Die DM kann gegenwärtig bereits als weitgehend unterbewertet angesehen werden.

Die preis- und wechselkursbedingten Importpreiserhöhungen, verbunden mit der rezessiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft haben den deutschen Importbedarf bereits erheblich gedämpft. Die Exporte werden dagegen begünstigt durch eine wieder anlaufende Weltkonjunktur sowie die wechselkurs- und lohnkostenbedingten Wettbewerbsvorteile der deutschen Wirtschaft auf Binnen- und Auslandsmärkten.

Der Überschuß in der Handelsbilanz hat sich im April 1981 im Vergleich zum April des Vorjahres auf 3,3 Mrd. DM genau verdreifacht. Die Leistungsbilanz insgesamt schloß im April 1981 mit einem Passivsaldo von 0,4 Mrd. DM ab. Ein Jahr zuvor betrug der Passivsaldo noch 2,2 Mrd. DM. Einfuhr- und Ausfuhrwerte übertrafen damit ihr entsprechendes Vor-

jahresergebnis um 6 bzw. 5%.

Die Leistungsbilanz hat sich auch im zweiten Halbjahr 1981 verbessert und es ist zu erwarten, daß sie sich auch im ersten Halbjahr 1982 deutlich verbessern dürfte.

Da die fundamentalen Marktdaten die Bundesrepublik als wirtschaftlich stabiles und damit aufwertungsverdächtiges Land ausweisen, dürfte die gegenwärtige Phase der DM-Abwertung mit einer sich verstärkenden Aufwertungserwartung verbunden sein. Hierdurch können spekulationsbedingte Kapitalimporte bewirkt werden.

Karl Kühne: Sachverständigen Gutachten 1981/82 Sehfehler mit Teilumfall

Das jüngste Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (vom November 1981) zeichnet sich durch drei Merkwürdigkeiten aus: Erstens durch die Weigerung, die entgegen den Voraussagen des Rates eingetretene Rezession für die Bundesrepublik als solche anzuerkennen – zweitens durch die Beharrlichkeit, mit der weiterhin die „Konsolidierung“ des Staatshaushalts (sprich: dessen reale Drosselung) anempfohlen wird – drittens, durch einen teilweisen „Umfall“, weil nämlich im Gegensatz zu diesen beiden Positionen doch ein (bescheidenes) Beschäftigungsprogramm „als Alternative“ in Vorschlag gebracht wird.

Rezession – die gibt es nicht

Zyklen darf es im Lehrbuch des Rates nicht geben, obwohl ganze Generationen von Ökonomen sie analysiert haben; nach wie vor klammert er sich an seine „Dellentheorie“ vom Vorjahr: „Bei unserem Rückblick hat sich unsere Einschätzung gefestigt, daß die nun anderthalb Jahre währende Stagnation in ihrem Kern nicht ein zyklischer Abschwung ist.“ Das schlägt den Fakten ins Gesicht: Nach der Harvard-Definition genügt eine konsekutive Schrumpfung des Sozialprodukts in zwei Quartalen zur Feststellung einer Rezession – nach den eigenen Ziffern des Rates hatten wir sie über mindestens drei Quartale hinweg bis Mitte 1981. Der Rat konstatiert, daß

Angesichts der Bemühungen der Bundesregierung um Kapitalanlagen aus dem OPEC-Raum und der Entschärfung der politischen Lage in West-Europa dürfte der strukturell vorhandene Anlagenzwang der ölimportierenden Staaten ebenfalls Kapitalimporte in die Bundesrepublik bewirken. Durch diese Entwicklung könnte das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik bereits 1981 deutlich geringer ausgefallen sein als 1980 und zudem durch Nettokapitalimporte marktmäßig finanziert werden. Zugleich dürfte damit die Abwertungsstendenz des DM-Kurses ihrem Ende zugehen.

das reale Volkseinkommen im laufenden Jahre sank. Die Industrieproduktion zeigte nach der Euro-Statistik im März 1981 einen Tiefpunkt: damals lag sie um 6,3 % unter dem Vorjahresniveau.

Wieder verschärfte sich ein gewisses „Angstsparen“ die Rezession durch Verbraucherschrumpfung: Diese betrug etwa 1,5 %, während das verfügbare Einkommen nur um 0,5 % sank (Ziffer 103/4). Die realen Anlageinvestitionen liegen nach eigenen Angaben des Rates 1981 um 2,5 %, 1982 nochmals sogar um 3,5 % unter Vorjahresniveau, die Bauinvestitionen gar um 4,5 % (Tabelle 32). Das Volumen der staatlichen Bauinvestitionen ging 1981 um 5 % zurück und soll 1982 um 10 % schrumpfen, die gesamten öffentlichen Investitionen sollen um 6 bzw. 12 % zurückgehen (Ziffern 279 und 350). Die Aufträge im Wohnungsbau gingen 1981 um 10 % zurück, die im gewerblichen Bau um 13 % (Zi. 102 und 97).

Der Rat vergleicht selber die Investitionsschrumpfung mit der Rezession von 1974/75, wenn er sie auch „weniger schwer“ findet. Die Arbeitslosigkeit stieg wie damals um eine runde halbe Million...

Für Großbritannien spricht der Rat allerdings doch von einer „schweren Rezession“ (Zi. 267), und in den anderen Ländern überwiegen für ihn meist die rezessiven Einflüsse (Zi. 267). Nur bei uns darf man einen Rückgang des Brutto Sozialprodukts um 0,5 % nicht rezessiv nennen... Übrigens: Zu dieser Ziffer kommt der Rat nur mit einer großzügigen Abrundung; Rechnet man nämlich den Rückgang der absoluten Ziffern in konstanten Preisen von 1980 bis 1981 nach – von 896,7 auf 890,5 Mrd. DM. –, so ergeben sich nach Adam Riese genau 0,7 % Schrumpfung, fast 40 % der britischen „schweren Rezession“...

Die Voraussage einer schwachen Erholung um etwa ebensoviel 1982 steht und fällt mit der Errechnung eines positiven Konjunkturimpulses von rund 3 % des Sozialproduktes für 1980/81 – angeblich also fast ebensoviel wie für 1975 (3,21 %). Ich habe die Unwahrscheinlichkeit dieser Berechnung – in zwei Jahren reichte der gleiche Impuls nicht aus, der uns damals in einem Jahr aus der Rezession herausbrachte! – in der NG in meiner Rezension des Gutachtens 1979/80 ausführlich dargestellt. Sie steht im Widerspruch zu den OECD-Berechnungen und erklärt sich weitgehend daraus, daß der Rat damals bei der Korrektur seines Berechnungsverfahrens mit vier verschiedenen Änderungen jonglierte, die sich gegenseitig so kompensierten, daß es nur zu einer milden Verringerung der vom Rat errechneten Konjunkturimpulse kam.

So stützt der Rat denn auch weiterhin seine Empfehlungen zu einer Konsolidierung auf die Annahme, daß die sogenannte „Normalverschuldung“ nicht mehr als 1 % des Produktionspotentials ausmachen darf, womit ein „strukturelles Defizit von rund 41 Mrd. DM.“ (etwa soviel wie der errechnete Konjunkturimpuls) wegzukonsolidieren wäre. Das hieße also, daß die Konsolidierung nach 1982 überhaupt keine Konjunkturimpulse mehr übrig lassen dürfte.

Dann bekommt der Rat aber doch sichtbar Gewissensbisse. Sie fangen damit an, daß er in Ziffer 342 die Stiltzelsche These vom Staat als „letzten Schuldner, der einspringen muß, wenn alle Gläubiger werden wollen“, zu akzeptieren scheint: „Man mag dagegen halten, daß der Staat als Kreditnachfrager doch nicht prinzipiell anders zu sehen sei als das Unternehmen, an dessen Stelle er träte, wenn – wie in der Rezession“ (hier nimmt der Rat doch das böse Wort in den Mund!) „die private Investitionstätigkeit darniederliegt. Das kann zutreffen.“ Stützel argumentiert, daß der Staat ja gar nicht anders kann, als die Schuldner-Lückenbüßerfunktion zu übernehmen! „Aber“, sagt der Rat, „man kann den Kreditgebern im Inland und Ausland nicht befehlen, es so zu sehen.“ Haben sie es aber nicht doch so in etwa gesehen, als sie der öffentlichen Hand vor allem im Ausland höhere Kredite gewährten denn je?

Der Rat führt nun eine Art Eiertanz auf, zwischen seinem Shibboleth, der Konsolidierung, und einer schüchternen Wiederaufnahme Keynescher Ideen: „Als Grundsatz hat zu gelten, daß konjunkturbedingte Defizite durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren sind“ (Zi. 345). „Es herrscht im Prinzip Einigkeit darüber, daß derjenige Teil des Haushaltsde-

fizits, der auf konjunkturbedingte Steuerminderungen und konjunkturbedingte Mehrausgaben zurückgeht, nicht konsolidiert zu werden braucht“ (Zi. 372). Da müßte man nur noch ergänzen: Auch auf den Zeitpunkt kommt es an – man darf nicht konsolidieren, wenn eine Rezession läuft!

Im übrigen ist das ein Zahlenstreit: Vom Zuwachs des Gesamtdefizits um 18,5 Mrd. will der Rat nur 11 Mrd. als konjunkturbedingte Steuerausfälle anerkennen. Unter Berücksichtigung von 3 Mrd. für „unvermeidliche Preissteigerungen“ will er dann auf ein Restdefizit von 64,5 Mrd. kommen, wovon man 16,5 Mrd. als Normalverschuldung absetzen müsse. Der Rest von 48 Mrd. steht dann für den Konjunkturimpuls, der danach also zu hoch, somit wegzukonsolidieren sei (Zi. 242–244). Man fragt sich nur nicht, ob damit die „Stagnation“ nicht verschärft würde, womit die Steuerausfälle und Mehrausgaben wieder auf uns zukämen...

Die geplante Kürzung des Gesamtdefizits (nach Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung) von 72,5 auf 63,5 Mrd. DM. erfolgt sowieso zu rund 45 % auf Kosten der Investitionen (Tabelle 33, Seite 249).

Und nun kommt eben die Überraschung: Trotz all dieser Konsolidierungsargumentation beißen sich die Gewissensbisse des Rates doch durch. Sie beginnen mit einer leisen Kritik an der Bundesregierung: „Der Bund hat sich jedoch nicht für eine weitere Kreditaufnahme entscheiden mögen, als es im Herbst 1981 darum ging, Deckung für das größer gewordene konjunkturbedingte Defizit zu beschaffen“, aus Angst vor Vertrauensschwund... (Zi. 345). Die Kritik wird später schärfer: „Zu der Tatsache, daß die Unterscheidung zwischen konjunkturbedingten und nicht konjunkturbedingten Haushaltsdefiziten nicht genug eingetübt ist, hat sie (die Bundesregierung) jedoch selbst beigetragen, zuletzt als sie im Sommer und Frühherbst bei der Planung für den Bundeshaushalt 1982 das Ziel, ein bestimmtes Defizit nicht zu überschreiten, in einer Weise betonte, die der Unsicherheit bei der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung nicht entsprach“ (Zi. 384).

Der Rat erklärt: „Wir geben unseren Ratschlag, die konjunkturbedingten Defizite ohne Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen, aus der Vorstellung heraus, daß die Aufgabe der Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht als erledigt angesehen wird“ (Zi. 346). Sie soll also später kommen? Dennoch wird das Konsolidierungsprogramm für 1982 bejaht. Dann heißt es: „Auf der Grundlage eines beschäftigungspolitischen Konsens und eines Konsolidierungspfades könnte der Staat sogar das wirtschaftliche Wachstum aktiv unterstützen“ (Zi. 347)! Rückkehr zu

Keynes?

Als Konkretisierung der eigentlichen Überraschung prüft der Rat dann in den Ziffern 358-366 unter der Überschrift „Alternative“ eine „Maßnahmenkombination“: „Im Vorgriff... werden schon für das Jahr 1982 wachstumspolitische Maßnahmen in der Größenordnung von 7 Mrd. DM beschlossen. Zum einen sollten die öffentlichen Investitionen um 3,5 Mrd. DM weniger gekürzt werden..., zum anderen werden 3,5 Mrd. DM zur Förderung der privaten Investitionen bereitgestellt“ (Zi. 360). Heißt das nun, daß die Kürzung des Defizits der Gebietskörperschaften um rund 9 Mrd. DM, die der Rat schätzt (Tabelle 33), größtenteils wieder rückgängig gemacht werden soll? Heißt das, daß die Konsolidierung erst 1983 beginnen soll? Der folgende Satz scheint darauf hinzudeuten: „Da die kompensierenden Ausgabenkürzungen überwiegend erst ab 1983 in Kraft treten dürften“ (heißt das: sollen oder werden?), „ist für 1982 durch diese Maßnahmen ein höheres Finanzierungsdefizit angelegt“ (Zi. 361). Die Einsicht kommt etwas spät – und der Rat selber meint auch nicht, daß die Maßnahme viel bringt: Er will das Wachstum 1982 damit von 0,5 auf 1 % anheben (Zi. 54). Aber immerhin: Die positive Rolle der Fiskalpolitik wird damit von einem überwiegend vom Monetarismus beherrschten Gremium wieder ins Spiel gebracht. Das hat bis in die „Financial Times“ hinein Aufsehen erregt...



SICHERHEITSPOLITIK

Hans Günter Brauch: Vorbereitungen einer chemischen Nachrüstung

Dr. Hans Günter Brauch, Jahrgang 1947, ist Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an den Universitäten Tübingen und Stuttgart. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Partelvorstand und des International Institute for Strategic Studies in London. Veröffentlichungen: Struktureller Wandel und Rüstungspolitik der USA (1940-1950), 1977; Entwicklungen und Ergebnisse der Friedensforschung (1969-1978), 1979; Abrüstungsamt oder Ministerium? 1971 (s. a. NG 6/77, 12/77, 2/79, 10/79, 11/80 und 11/81)

„Versuche, die Bedrohung durch chemische oder bakteriologische Waffen bewußt und zu einem Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen, sind immer wieder gescheitert. ... Nur eine hinsichtlich ihrer Ausdehnung auf die Streitkräfte bestehende Parteilichkeit im Bereich chemischer Kriegführung ergäbe im übrigen ... die Voraussetzung echter Rüstungsbegrenzungs- bzw. Abrüstungsverhandlungen.“

Hans Rühle, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar 1958 (1)

„Rußland übertrifft die USA bei den chemischen Einheiten um einen Faktor 35: 1;

Rußland übertrifft die USA beim chemischen Personal 25: 1;

Rußland übertrifft die USA bei der Ausrüstung zur chemischen Entgiftung im Verhältnis 10:1;

Rußland übertrifft die USA bei den chemischen Munitionen 8:1;

Rußland übertrifft die USA bei den einsetzbaren chemischen Munitionen etwa 80:1;

Rußland übertrifft die USA bei den chemischen Produktionsstätten 14:1.“

Capitol Hill Staff Group, A Program for Military Independence, Washington 1980 – als Madison Group bekannt geworden (2)

Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit scheint eine neue Phase des Wettrüstens bei den chemischen Waffen bzw. Nervenkampfstoffen zu beginnen. Seit 1978 wurden die Leser amerikanischer und deutscher Militärzeitschriften auf die nächste Stufe der „Nach“-Rüstung vorbereitet und mit der „sowjetischen Bedrohung“ bei den chemischen Waffen vertraut gemacht. Hans Rühle, dessen Institut sich „die Förderung einer demokratischen und politischen Erziehung auf christlicher Grundlage zum Ziel setzt“, meldete bereits im Januar 1978 in der „Europäischen Wehrkunde“ einen chemischen Nachrüstungsbedarf an. Amoretta Hoerber und Joseph D. Douglass Jr. von der System Planning Corporation, einer konservativen militärischen Denkfabrik, mit der auch Paul Nitze eng verbunden war (Nitze zählte seit 1950 zu den unermüdbaren Warnern vor der sowjetischen Gefahr und war als führender Kopf des Committee on the Present Danger ein erbitterter Gegner des SALT II-Vertrages und ein Befürworter einer massiven amerikanischen Aufrüstung; er ist inzwischen Chefunterhändler bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf³⁾) bereiteten derweil das amerikanische zivile Verteidigungsetablishment auf die Notwendigkeit einer Neuaufnahme der Produktion chemischer Waffen und von neuen Nerven-kampfstoffen vor⁴⁾. Im Frühjahr 1980 versuchte eine anonyme Gruppe von Mitarbeitern konservativer Kongreßmitglieder – viele haben inzwischen führende Positionen in der Reagan-Administration inne – unter der geistigen Führung von William Van Cleave den „Nachrüstungs“-Bedarf mit den obigen Zahlen zu begründen.⁵⁾

Die sorgsam vorbereitete Kampagne zeigte nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan erste Erfolge. Von den Geheimdiensten in der Öffentlichkeit lancierte Berichte – die sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan hätten Gas gegen die einheimische Bevölkerung eingesetzt – und in der Presse aufgebauschte Berichte über mehr als 1000 Tote bei einer angeblichen Explosion in einer Fabrik für biologische Kampfstoffe in Swerdlowsk schufen die Voraussetzung für eine Kurskorrektur im Kongreß.⁶⁾ Nach mehrjährigen vergeblichen Bemühungen des Pentagon, mit der Produktion binärer Nerven-kampfstoffe zu beginnen – sie waren an der Weigerung der Präsidenten Nixon, Ford und Carter gescheitert – bewilligte der Kongreß erstmals im Oktober 1980, 3,15 Mio. \$ für den Bau einer Fabrik zur Herstellung von binären Kampfstoffen in Pine Bluff im Staate Arkansas.⁷⁾ Präsident Reagan machte sich zu Beginn seiner Amtszeit die Forderung der ameri-

kanischen Falken und ihrer europäischen Bündnispartner zu eigen. Am 22. 5. 1981 billigte der Senat nach dem Repräsentantenhaus einen Antrag, 20 Millionen Dollar für die chemische Waffenfabrik in Pine Bluff bereitzustellen und damit erstmals seit 1969 wieder chemische Waffen zu produzieren.⁸⁾ Während der Bundestag über einen Antrag der CDU/Fraktion zur weltweiten Abrüstung bei den chemischen Waffen debattierte, wurden in den USA die Weichen für eine neue Phase des Wettrüstens bei den Massenvernichtungswaffen eingeleitet.

Nahezu unbeachtet blieb in den deutschen Medien die Tatsache, daß ein Teil dieser neuen Nerven-kampfstoffe voraussichtlich im Raum Pirmasens und Hanau stationiert wird und in einem Konflikt in Europa vornehmlich auf deutschem Boden zum Einsatz käme. Vergeblich warteten im September 1980 der demokratische Senator Gary Hart und im Mai 1981 sein republikanischer Kollege Mark Hatfield in den Kampfabstimmungen im Senat auf eine argumentative öffentliche Unterstützung durch deutsche Parlamentarier. Wie die Neutronengefechtssköpfe nehmen die chemischen Kampfstoffe nach Ansicht ihrer Befürworter „in der Familie der modernen Gefechtsfeldwaffen eine einzigartige Sonderstellung ein, als sie nur gegen Lebewesen wirken. Sie verwunden und töten, ohne Geräte oder Anlagen zu zerstören.“⁹⁾

Nach der Entwicklung und Produktion der Neutronenwaffe, nach der „Nach“-Rüstung bei nuklearen Mittelstreckensystemen setzte mit dem Produktionsbeginn für binäre Nerven-kampfstoffe eine dritte Stufe der Modernisierung der westlichen Massenvernichtungswaffen ein. Eine vierte Stufe wird in den Militärzeitschriften bereits argumentativ vorbereitet; die Modernisierung der „veralteten“ nuklearen Kurzstreckensysteme und der Gefechtsfeldwaffen, was spätestens 1983/1984 zu einem weiteren NATO-Nachrüstungsbeschluß führen könnte.¹⁰⁾ Neutronensprengköpfe und chemische Nerven-kampfstoffe in Verbindung mit einer neuen Generation noch präziserer Trägersysteme für das Gefechtsfeld (SRTNF) und für Interdiktionsaufgaben (MRTNF) dürften in einer Krisensituation bei drastisch verminderten Vorwarnzeiten, erhöhten Präseptionszwängen die Krisenstabilität vermindern und die Selbstabschreckung gegenüber dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen abbauen. Durch die vier Stufen der Modernisierung der Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa dürften mit dem Übergang von rein politischen Abschreckungskonzepten zu militärischen Kriegsführungskonzeptionen Kriegs wieder führbar und gewinnbar erscheinen, was wiederum die Kriegs-

wahrscheinlichkeit auch in Europa in den 1980er und 1990er Jahren wieder erhöhen dürfte.

Die Einführung einer neuen Generation chemischer Nervenkampfstoffe stellt nur ein Element in einer Reihe destabilisierender waffentechnologischer Neuerungen dar. Wird auch in diesem Falle die Politik erneut zum Erfüllungsgehilfen „unverzichtbarer“ militärischer Erfordernisse, die von neuen „verfügbaren“ Waffentechnologien diktiert werden? Wird sich auch hier wieder die Feststellung von Lord Solly Zuckerman, dem langjährigen wissenschaftlichen Chefberater der britischen Regierung, bewahrheiten: „Die Entscheidungen, die wir heute auf den Gebieten der Wissenschaft und Technologie treffen, bestimmen die Taktiken, dann die Strategie und schließlich die Politik von morgen“? Soll auch bei den chemischen Waffen, wie Hans Rühle es fordert, die Schaffung eines Gleichgewichts auf höherem Niveau die unabdingbare Voraussetzung für eine chemische Abrüstung werden? Sollen Aufrüstungsbestrebungen erneut mit Abrüstungserfordernissen begründet werden? Wird die öffentliche Diskussion über neue chemische Kampfstoffe in West und Ost wieder erst dann beginnen, wenn eine Umkehr nur noch bei Entrichtung eines hohen politischen Preises möglich ist? Die Erfahrungen bei den Mehrfachsprengköpfen (MIRV) dürften als Beleg für die These genügen: Sind neue Waffentechnologien erst einmal eingeführt, sind erst einmal Milliarden ausgegeben worden, dürften sie nur noch schwerlich als verzichtbar erscheinen.

Die chemischen Waffenarsenale der Vereinigten Staaten

Der Umfang der amerikanischen chemischen Waffenvorräte ist geheim. Nach Schätzungen der anonymen Madison-Gruppe unter der geistigen Führung von William van Cleave besaßen die USA 1980 „nur“ 90 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, von denen 9000 Tonnen sich in militärisch verwendbaren (aber veralteten) Waffen befänden.¹¹⁾ Nach Berechnungen von Meselson und Robinson¹²⁾ produzierten die USA zwischen 1953 und 1957 15 000 Tonnen Sarin (eine Dosis von 1 mg reicht aus, um einen Menschen zu töten) und zwischen 1961 und 1967 etwa 5000 Tonnen des Nervenkampfstoffes VX, von dem bereits 0,4 mg beim Menschen tödlich wirken können. Etwa 30 verschiedene Typen von Nervengasmunitionen wurden in den vergangenen drei Jahrzehnten bei den amerikanischen Streitkräften eingeführt, von denen sich noch 3 Millionen Artilleriegeschosse (105 mm-Granaten mit dem Kampfstoff GB, 155

mm-Granaten mit den Nervengiften GB und VX und 8-Zoll-Granaten mit den Wirkstoffen GB und VX), einige Tausend 500 bis 750 Pfund schwere Luftbomben mit dem Gift GB, Hunderttausende VX-Landminen und 1500 Sprühtanks mit einem Volumen von je 160 Gallonen für das Nervengift VX in den Beständen der US-Streitkräfte befinden. Nach Meselson und Robinson belaufen sich die amerikanischen Vorräte an todbringenden chemischen Munitionen auf 150 000 Tonnen, wobei auf die Nervengase etwa 2/3 entfallen.

Nach einer anderen amerikanischen Quelle, dem Defense Monitor des Zentrums für Verteidigungsinformation in Washington,¹³⁾ beträgt der amerikanische Bestand an Nervengaswaffen etwa 130 000 Tonnen. Wenn alle aufgewahrten Chemikalien in Waffen abgefüllt würden, wäre der Gesamtbestand an chemischen Waffen etwa 400 000 Tonnen (über 500 000 Tonnen an konventioneller Munition verfügt die amerikanische Armee in Europa).

Dieses Arsenal chemischer Waffen wird gegenwärtig in 9 Depots der amerikanischen Armee in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland und auf zwei Entwicklungs- und Teststationen in den USA und auf den Johnston Insel im Pazifik gelagert. Nach Meselson und Robinson umfassen die in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Kampfstoffe, die ausschließlich unter amerikanischer Kontrolle sind, hauptsächlich Granaten, die für höchstens zwei Wochen umfangreicher chemischer Kriegsführung in Europa ausreichen. Nach dem Zentrum für Verteidigungsinformation sind in der Bundesrepublik mehrere Zehntausende chemischer Waffen gelagert, die von Flugzeugen oder vom Boden aus eingesetzt werden können. Nach Ermittlungen des deutschen Ablegers der amerikanischen „Scientology Kirche“ sprechen viele Informationen dafür, daß in amerikanischen Depots im Kreis Pirmasens sowie bei Hanau chemische und bakteriologische Waffen lagern.¹⁴⁾ Der amerikanische Rechnungshof wies auf zahlreiche Defekte bei der Lagerung der chemischen Waffenvorräte hin.

In den letzten vier Haushaltsjahren sind die Ausgaben für die Entwicklung neuer chemischer Kampfstoffe und für die defensive Ausrüstung für medizinische Forschung zur Bekämpfung des Einsatzes chemischer Waffen von 61,6 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1980, 105,9 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1981 auf 157,6 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1982 angestiegen. Die Ausgaben für die Beschaffung für chemische Verteidigung und für die Instandhaltung der Arsenale stiegen von 121,7 Mio. Dollar im Haus-

haltsjahr 1980 auf 129,2 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1981 auf 170,9 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1982.¹⁵⁾

Die chemischen Waffenarsenale der Sowjetunion

Von den konservativen Befürwortern einer neuen Stufe des chemischen Wetrüstens in den USA und in der Bundesrepublik wird diese stets mit einer quantitativen sowjetischen Überlegenheit begründet. Nach Angaben der Madison Gruppe soll die Sowjetunion über 700 000 Tonnen an moderner chemischer Munition besitzen. Nach unbelegten Angaben von Hans Rühle verfügt die Sowjetunion „über ein Potential 200 000 t bis 700 000 t an feldverwendungsfähiger Munition“ und weist eine chemische Industrie auf, „deren Kapazität ausreichen dürfte, um jährlich ca. 30 000 t chemische Munition zu produzieren“. Rühle schließt aus seinen nicht nachprüfbar angelegten, daß die Sowjetunion „nicht nur die Fähigkeit zur nuklearen – und wahrscheinlich auch zur biologischen – Kriegführung [besitzt], sondern auch und insbesondere über die Option eines umfassenden offensiven Einsatzes chemischer Kampfstoffe [verfügt]. Die NATO hat weder eine offensive Option, noch würde es ihr derzeit gelingen, eine gegnerische chemische Offensive durch geeignete chemische Abwehrmaßnahmen zu neutralisieren.“¹⁶⁾ In Anlehnung an nicht nachprüfbar Schätzungen amerikanischer Falken nannte der CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn bei den C-Waffen eine acht- bis 16fache sowjetische Überlegenheit.¹⁷⁾ Nach dem Zentrum für Verteidigungsinformation in Washington stützen sich die Schätzungen in westlichen Militärzeitschriften auf die Produktionskapazitäten und die Lagerstätten. Amerikanische Regierungsstellungen verwiesen 1980 auf eine sowjetische Fähigkeit hin, 30 Tage lang einen intensiven chemischen Krieg führen zu können. Der frühere Verteidigungsminister Harold Brown bekannte vor dem Streitkräfteausschuß des Senats, es gäbe keine zuverlässige Schätzung der sowjetischen chemischen Waffenpotentiale. Nach Senator Gary Hart, einem Mitglied des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Senats, gibt es keinen zuverlässigen Beweis für die Behauptung, die Sowjetunion habe in den siebziger Jahren massiv chemisch aufgerüstet. Julian Perry Robinson kommt bei einer systematischen Auswertung westlicher Quellen über die sowjetischen chemischen Waffen zu zahlreichen widersprüchlichen Daten, wobei die Angaben der Bundeswehr häufig über den amerikanischen Schätzungen lagen.¹⁸⁾ Hoerber und Douglas geben statt Zahlen über sowjetische chemische Waffenbestände

an, daß die Sowjets über 70 000 bis 100 000 Offiziere und Mannschaften verfügten, die ausschließlich für chemische Kriegführung zuständig seien, während die USA nur 2000 Offiziere und Soldaten für diese Aufgabe besäßen.¹⁹⁾ Ebenso zweifelhaft wie diese Angaben bleiben auch die proportionalen Kräftevergleiche der Madison Group. Diese Kräftevergleiche haben offenbar die einzige Funktion, einen westlichen Nachrüstungs- bzw. Modernisierungsbedarf zu begründen. Da die genauen Bestände der amerikanischen chemischen Waffen und Nervenkampfstoffe geheim sind und die Angaben über die sowjetischen Potentiale auf westlichen Schätzungen beruhen, die von interessierten Regierungsstellen gezielt ausgewählten Journalisten oder publizistischen Bündnispartnern zugespielt werden, ist damit der Spekulation über eine sowjetische chemische Überlegenheit ein breiter Spielraum gegeben. Exakte Kräftevergleiche, wie sie die transatlantischen Befürworter einer neuen Welle der „Nach“-Rüstung bei den chemischen Waffen aufstellen, sind propagandistisches Spielmaterial, das wissenschaftlich weder belegt noch widerlegt werden kann, da die Befürworter die Quellen nicht offenlegen.

In ihren öffentlichen Äußerungen vor amerikanischen Kongressausschüssen gaben sich Vertreter der amerikanischen Geheimdienste eher zurückhaltend. So gestand z. B. G. Henderson von der amerikanischen Defense Intelligence Agency am 9. Juni 1975: „Wir können [das sowjetische chemische Waffenpotential] aus der Sicht der Geheimdienste nicht quantitativ bestimmen, außer daß wir uns die gesamten Lagerflächen ansehen, aber wir können nicht wissen, was sich dahinter verbirgt. Wir können nicht durch das Dach eines Gebäudes sehen, deshalb können wir nichts zuverlässig feststellen.“²⁰⁾ Die Befürworter einer neuen Welle der chemischen Nachrüstung in der Bundesrepublik aus dem Lager der CDU/CSU: Hans Rühle, Graf Huyn und Alois Mertes, sind stets an die ungesicherte Datenbasis für ihre politisch-weitreichenden Schlußfolgerungen zu erinnern.

Amerikanische Einsatzgrundsätze für die chemische Kriegführung

Ein unzweideutiger Indikator für die Fähigkeit, einen chemischen Krieg zu führen, ist der Besitz chemischer Waffen, von denen beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und in einem gewissen Maße auch Frankreich über umfangreiche Vorräte an todbringenden Nervenkampfstoffen besitzen. Nach dem Einsatz der ersten Generation chemischer Kampfstoffe im Ersten Weltkrieg hat keine Nation in

den letzten 60 Jahren Nervenkampfstoffe eingesetzt. Alle Planungen für eine chemische Kriegführung in Ost und West beruhen deshalb weitgehend auf theoretischen Annahmen und einer begrenzten Anzahl von Waffentests.

Nach einem Handbuch der amerikanischen Armee aus dem Jahre 1976²¹⁾ beruht die derzeitige politische Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der chemischen und biologischen Kriegführung auf einer Direktive von Präsident Richard M. Nixon vom 25. November 1969. Nach Hoerber und Douglass war es das erklärte Ziel, „andere Länder durch Abschreckung an der Verwendung chemischer Kampfstoffe zu hindern und sich für den Fall des Versagens der Abschreckung die Fähigkeit zur Führung von Vergeltungsschlägen zu bewahren.

Zuerst wurde auf den Ersteinsatz von C-Waffen und generell auf den Einsatz von B-Waffen verzichtet. Im Januar 1975 ratifizierte die USA das Genfer Protokoll von 1925, das im wesentlichen dieselben Regelungen über den Einsatz von B- und C-Waffen vorsieht wie der 1969 einseitig verkündete Verzicht der Amerikaner. Im Mai 1977 ordnete der Präsident eine Überprüfung der Richtlinien und des Vorbereitungsstandes der USA für den chemischen Krieg an. Diese Überprüfung zeitigte eine Präsidentschaftsentscheidung, die zwar keine sofortigen Änderungen der politischen Grundsätze nach sich zog, aber für 1978 eine erneute Überprüfung vorsah, die nach Vorliegen der Ergebnisse eines weiteren Jahres von Verhandlungen des Abrüstungsausschusses über einen C-Waffenvertrag in Angriff genommen werden soll.“²²⁾

Sollte die Abschreckung mit chemischen Waffen versagen und die Sowjets als erste chemische Waffen einsetzen, dann planen die USA einen chemischen Gegenangriff. Es wird angenommen, daß der Präsident eine Entscheidung für den Einsatz chemischer Waffen trifft und die Joint Chiefs of Staff anschließend Instruktionen für den defensiven oder offensiven Einsatz chemischer Kampfstoffe geben. In zahlreichen Handbüchern der amerikanischen Streitkräfte werden im Detail die Pläne für einen Angriff und für Verteidigungsmaßnahmen mit chemischen Waffen beschrieben.²³⁾

Um bei einem sowjetischen Einsatz chemischer Waffen überleben und weiter operieren zu können, müssen die US-Streitkräfte in der Lage sein:

- Anzeichen für einen chemischen Angriff zu erkennen und sofortige Schutzmaßnahmen dagegen einzuleiten;
- die Kriegführung in einer Umgebung, in der nukleare, biologische und chemische Waffen einge-

setzt werden, fortführen können und

- chemische Waffen als Vergeltung einsetzen können.

Nach dem Handbuch der US-Armee (FM 100-5) soll der erste Einsatz chemischer Waffen umfangreich sein, um den Gegner von einem weiteren Einsatz chemischer Waffen abzuhalten: „Die Antwort sollte geplant sein und so durchgeführt werden, daß sie Opfer hervorruft, die Mobilität beschränkt und die Wirksamkeit der feindlichen Aufgaben beschränkt.“

Das Handbuch der US-Armee unterscheidet zwischen drei Einsatzoptionen für chemische Waffen beim Angriff, bei der Verteidigung und beim Rückzug. Beim Angriff würde der Kommandeur den Einsatz chemischer Waffen zur Erzielung folgender Ziele einsetzen:

- „1. Angriff auf gegnerische Verteidigungsstreitkräfte der ersten Reihe mit nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen ...
2. Angriff auf feindliche Reserven mit dauerhaft und nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen ...
3. Schutz der Flanken der Eindringsschnecke mit dauerhaften Kampfstoffen ...
4. Angriff auf gegnerische Kommando- und Kontrolleinrichtungen mit dauerhaften und nicht dauerhaften Kampfstoffen ...
5. Angriff auf feindliche Feuerunterstützung mit dauerhaften und nicht dauerhaften Kampfstoffen ...
5. Angriff auf feindliche Feuerunterstützung mit dauerhaften und nicht dauerhaften Kampfstoffen.“

Bei der Verteidigung würde der Kommandeur den Einsatz chemischer Kampfstoffe zur Erreichung folgender Aufgaben erwägen:

- „1. Verseuchung der wahrscheinlichen gegnerischen Aufmarschgebiete mit dauerhaften Kampfstoffen.
2. Angriff auf gegnerische Streitkräfte der 2. Welle mit dauerhaft und nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen.
3. Angriff auf gegnerische Kommando- und Kontrolleinrichtungen mit dauerhaft und nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen.
4. Angriff auf gegnerische Feuerunterstützung mit dauerhaften und nicht dauerhaften Wirkstoffen.
5. Angriff auf gegnerische logistische Systeme mit dauerhaften und nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen.“

Beim Rückzug schließlich sieht das Handbuch der US-Armee den Einsatz von chemischen Waffen zur Erreichung folgender militärischer Aufgaben vor:

- „1. Verlangsamung des Angriffs gegnerischer Streitkräfte mit dauerhaft und nicht dauerhaft wirkenden Kampfstoffen.
2. Versagung eines bestimmten Gebietes für den Feind durch den Einsatz dauerhaft wirkender chemischer Kampfstoffe.
3. Verseuchung jener Vorräte und Ausrüstungsgeräte, die ohnehin aufgegeben werden müssen, mit dauerhaft wirkenden chemischen Kampfstoffen.“²⁴⁾

Da amerikanische chemische Waffen in Europa nur in zwei Depots in der Bundesrepublik gelagert sind, würden bei einem sowjetischen Ersteinsatz chemischer Waffen, die verfügbaren amerikanischen chemischen Granaten, Bomben und Sprühtanks voraussichtlich auf dem Gebiet Mitteleuropas eingesetzt werden. Die Langzeitwirkung eines massiven Einsatzes chemischer Waffen z. B. auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind kaum vorhersehbar. Die Erfahrungen in Seveso dürften dagegen nur eine kleine unbedeutende Episode darstellen. Die Auswirkungen einer chemischen Kriegsführung auf die ungeschützte Bevölkerung im dicht besiedelten Mitteleuropa, auf den Wasserhaushalt, auf die Umwelt und auf die Nahrungsvorräte dürften schwer kalkulierbar sein.

Die sowjetische Doktrin für die chemische Kriegsführung

Die Befürworter einer neuen Welle der amerikanischen chemischen Rüstung begründen ihre Forderung häufig mit der sowjetischen Fähigkeit zur Führung chemischer Operationen und mit der Einsatzphilosophie. Hoerber und Douglass verweisen hierbei auf Ansichten der US-Armee, „daß die chemische Kampfkraft der Sowjets für die Streitkräfte der NATO bereits heute schon eine gefährliche Bedrohung darstellt, die zudem kontinuierlich zunimmt“. Chemische Truppen seien heute organische Bestandteile aller Führungsebenen, von der Front bis zum Regiment. Die sowjetische Chemisarmee umfasse nach Angaben einer Zeitschrift der US-Armee 70 000 bis 100 000 Mann, während in den US-Streitkräften höchstens 2000 Mann in Hauptfunktion mit chemischen Aufgaben befaßt seien. Der Schutz gegen die Wirkung von C-Waffen sei integraler Bestandteil des sowjetischen Großgeräts. Dagegen gebe es bei der US-Armee kein mit ABC-Schutzbelüftungsanlagen ausgerüstetes Kampffahrzeug. Der sowjetische Soldat verfüge über eine ausgezeichnete persönliche Schutzausrüstung und leistungsfähige Entgiftungsgeräte. Die Ausbildung an chemischen Einsatzmitteln

und in der C-Abwehr sei standardisiert.

Hoerber und Douglass lehnen die Bewertung ab, daß die Sowjets chemische Kampfmittel und Atomwaffen als weitgehend ähnlich betrachten. Aus sowjetischer Sicht biete sich der Einsatz chemischer Kampfstoffe gegen Schwerpunktziele, wie z. B. die westliche Panzerabwehr, die atomaren Einsatzmittel der NATO mit den dazugehörigen Kampfführungsanlagen, die NATO-Reserven und die taktischen Luftstreitkräfte des Bündnisses an. „Für die Bekämpfung dieser im allgemeinen gegen die Wirkung von C-Waffen ungeschützten Ziele bieten sich im atomaren ebenso wie im konventionellen Krieg chemische Kampfstoffe als wirksamstes Mittel an.“²⁵⁾

Hoerber und Douglass fühlen sich in ihrer Einschätzung, daß die Sowjets in der Lage sind, auf jeder Konfliktebene chemische Kampfstoffe einzusetzen, u. a. durch das bereits zitierte Handbuch der US-Armee bestätigt: „Sowjetische oder von Sowjets ausgebildete oder ausgerüstete Truppen können groß angelegte C-Operationen auslösen und durchstehen, sei es im nuklearen oder im konventionellen Gefecht. Ihre Kampfgrundsätze betonen den Einsatz von C-Waffen in engem Zusammenwirken mit konventionellen und nuklearen Waffen mit dem Ziel, die Eigenschaften all dieser Waffen optimal auszunutzen.“²⁶⁾

Die Autoren stützten ihre Auffassung, daß die Sowjets beim Ausbruch eines Krieges chemische Waffen zum Einsatz bringen würden, u. a. auf die sogenannten Penkowskij-Papiere, einer sowjetischen Quelle aus den fünfziger Jahren, die von den US-Streitkräften übersetzt und der amerikanischen Wissenschaft zugänglich gemacht wurde, übrigens der einzigen sowjetischen Quelle, die sie für ihre Schlußfolgerungen über die aktuelle sowjetische Doktrin über den Einsatz sowjetischer chemischer Waffen heranziehen. Hoerber und Douglass schlußfolgern aus ihrer selektiven Auswertung offiziöser Quellen der US-Streitkräfte zur sowjetischen chemischen Bedrohung: „Wie bereits gesagt wurde, sind die Sowjets so engagiert bei der Entwicklung von C-Waffen, Kampfgrundsätzen für die chemische Kriegsführung, Entwicklung von Ausrüstung und Ausbildung von Personal der Chemiestruppe sowie in der Ausbildung für den Einsatz tödlicher Kampfstoffe, daß es vom militärischen Standpunkt her höchst merkwürdig wäre, dieses Potential nicht einzusetzen.“²⁷⁾

Verteidigungsmöglichkeit gegen den Einsatz chemischer Waffen

Defensive Techniken gegen den Einsatz chemi-

scher Kampfstoffe bestehen aus Ausrüstungen zum persönlichen Schutz (Masken mit Luftfilter, Gummianzügen), zusätzlichen Schutzeinrichtungen für Soldaten in geschlossenen Räumen (Luftfilter), chemischen Injektionen gegen den Einsatz von Nervenkampfstoffen, Ausrüstung zur Entseuchung von Soldaten, Waffen, Fahrzeugen und selbst von Gebieten und Alarmeinrichtungen, die beim Einsatz von chemischen Substanzen in der Luft zu deren Erkenntnis beitragen.

Nach Angaben des liberalen Zentrums für Verteidigungsinformation in Washington kann die sowjetische Schutzausrüstung bei einer Temperatur von 21°C nur 45 Minuten getragen werden. Der Schutz sowjetischer Soldaten in Panzern höre dann auf, wenn sie ihre Fahrzeuge verlassen. Die Autoren schließen hieraus, daß die Mobilität der sowjetischen Soldaten in einer durch chemische Waffen versauerten Umwelt stark eingeschränkt ist. Nach dem Oktoberkrieg von 1972 stellten die Israelis bei den erbeuteten sowjetischen Panzern Abwehreinrichtungen gegen Strahleneinwirkungen fest. Die Entwicklung sowjetischer Schutzvorrichtungen gegen den chemischen Waffeneinsatz fielen mit der Produktion amerikanischer Nervengase und mit dem Beginn des Einsatzes amerikanischer chemischer Entlaubungsmittel zusammen.

Die Studie des Zentrums für Verteidigungsinformation unter Leitung von Admiral La Rocque widerspricht der von Hoerber, Douglass und anderen konservativen Kritikern und Senatoren vertretene These, die amerikanischen Streitkräfte seien gegen den Einsatz chemischer Waffen unzureichend geschützt. Demgegenüber habe der Unterstaatssekretär für Verteidigungsforschung und Entwicklung im Pentagon, Dr. William J. Perry, 1980 erklärt, daß ein Überleben der Truppen in einer Umgebung, in der atomare, biologische und chemische Waffen eingesetzt wurden, mit den heutigen Mitteln möglich sei. 1976 verfügten nach dieser Quelle alle US-Soldaten in Europa über Gasmasken und Anfang 1977 über Schutzanzüge. Die Schutzausrüstung eines einzelnen Soldaten koste derzeit 220 \$, die Aufwendungen für eine Heeresdivision ca. 9 Mio. \$.

Nach jüngsten Schätzungen der US Defense Intelligence Agency verfügten die sowjetischen chemischen Verteidigungstruppen über 50 000 Personen, während die US-Armee derzeit über 4700 Aktive und 2500 Reservisten verfüge, eine Zahl, die sich bis 1986 auf 15 400 Aktive und 6500 Reservisten erhöhen werde.

(wird fortgesetzt)

ANMERKUNGEN

- 1) Hans Rühle, „Chemische Waffen und europäische Sicherheit 1980-1990“, in: Europäische Wehrkunde, Januar 1981, S. 5-10.
- 2) Capitol Hill Staff Group, A Program for Military Independence, Washington 1980, S. 116.
- 3) Hans Günter Brauch, „Ein neues Feindbild gegen Entspannung in den USA?“ (I), (II), in: Vorgänge 39, S. 117-122 und Vorgänge 40/41, S. 147-156.
- 4) Amorata Hoerber und Joseph D. Douglass, Jr., „The Neglected Threat of Chemical Warfare“, in: International Security, Sommer 1978, Band 3, No. 1, S. 55-82; dies., „Das Problem Chemische Kriegführung“, in: Europäische Wehrkunde, Oktober 1978, S. 489-495.
- 5) Vgl. Anm. 2.
- 6) Peter Hall, „Nerve gas politics - While decrying Soviet 'atrocities', the Pentagon reads its own program“, in: The Progressive, September 1980, S. 42-44.
- 7) Fiscal Year 1982 Arms Control Impact Statements - Statements Submitted to the Congress by the President Pursuant to Section 36 of the Arms Control and Disarmament Act, Washington Februar 1981. (Printed for the use of the Committees on Foreign Affairs and Foreign Relations of the House of Representatives and Senate respectively).
- 8) „USA wollen C-Waffen produzieren. Kongress gibt grünes Licht für Herstellung chemischer Kampfmittel“, in: Tageblatt, 23./24. 5. 1981.
- 9) Hoerber/Douglass, in: Europäische Wehrkunde (Anm. 4), S. 490.
- 10) Zitiert nach: Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch - Herausgegeben vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Reinbek 1977, S. 229.
- 11) Capitol Hill Staff Group (Anm. 2), S. 115.
- 12) Matthew Meselson und Julian Perry Robinson, „Chemical Warfare and Chemical Disarmament“, in: Scientific American, April 1980. Band 242, Nummer 4, S. 34-43.
- 13) „Old Fears, New Weapons: Brewing a Chemical Arms Race“, in: The Defense Monitor, Band IX, Nummer 10, 1980, S. 3.
- 14) Hans Willenweber, „Deutsche ‚Scientologen‘ verlangen Auskunft über chemische US-Waffen - Das Pentagon soll Farbe bekennen - Lagert die amerikanische Armee in Pirmasens hochgefährliches Psychonervengas?“, in: Stuttgarter Nachrichten, 18. 11. 1980.
- 15) Fiscal Year 1981 Arms Control Impact Statements, Washington Februar 1981, S. 340.
- 16) Rühle (Anm. 1), S. 6/7.
- 17) „Mertes beschwört ‚Horrorvision einer Gasmaskengesellschaft‘ - Bundestag debattiert über Antrag der CDU/CSU zur kontrollierten Abrüstung biologischer und chemischer Waffen“, in: Frankfurter Rundschau 9. 5. 1981.
- 18) Julian Perry Robinson, „A Summary of Western

- Sources on Soviet and Warsaw Pact Chemical Weapons", in: Carnegie Endowment for International Peace (Hrsg.), Chemical Weapons and Chemical Arms Control, Papers and Discussion for a conference at the American Academy of Arts and Sciences, Boston, Massachusetts, January 21-22, 1977, Matthew Meselson (Hrsg.), New York, Washington 1978, S. 104-112.
- 19) Hoerber/Douglass, in: Europäische Wehrkunde (Anm. 4), S. 491.
 - 20) G. Henderson (Defense Intelligence Agency), Stellungnahme vor dem House Defense Appropriations Subcommittee, 9. Juni 1975, in: U.S. Congress, House Defense Appropriations, FY 76, Band 9, S. 226.
 - 21) U.S. Army Field Manual 100-5, „Operations in the Field“, U.S. Department of the Army, Washington D.C. 1976, insbesondere Kapitel 11: „Chemical Warfare and Nuclear Biological, an Chemical (NBC) Defense“.
 - 22) Hoerber/Douglass, in: Europäische Wehrkunde (Anm. 4), S. 493.
 - 23) Defense Monitor (Anm. 13), S. 2-3.
 - 24) U.S. Army Field Manual 100-5, Kapitel 11, S. 11-12.
 - 25) Hoerber/Douglass, in: Europäische Wehrkunde (Anm. 4), S. 491.
 - 26) Hoerber/Douglass, a.a.O., S. 492.
 - 27) Hoerber/Douglass, a.a.O., S. 493.



EUROPA

Europäische Gemeinschaft: „Europäische Akte“ macht Beschäftigungsstrategie nicht überflüssig

Gedämpft positive Aufnahme fand im Europäischen Parlament der gemeinsame Plan der deutschen und der italienischen Regierung, mittels einer „Europäischen Akte“ das heikle Problem der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft anzugehen. Für die Autoren der „Akte“ geht es darum, daß sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Sachzwänge die Mitgliedstaaten in „einer politischen Willenserklärung hohen Ranges“ – so Mitinitiator Hans-Dietrich Genscher vor dem EP – auf das Ziel einer Europäischen Union verpflichten. Der Entwurf einer Europäischen Akte zeigt dazu Wege und Mittel auf, die den Einigungsprozeß in diese Richtung in Gang bringen sollen. So werden in einem grundsätzlichen Teil neue Tätigkeitsfelder abgesteckt, in denen mit Vorrang eine engere Zusammenarbeit zwischen den zehn EG-Mitgliedstaaten angestrebt werden soll: Sicherheitspolitik, kulturelle Zusammenarbeit, Recht und öffentliche Ordnung, Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität.

Im institutionellen Bereich wird vorgeschlagen, die bestehenden Strukturen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zusammenzufassen und zu stärken. So soll der bisher nicht in die Entscheidungsstrukturen eingebundene „Europäische Rat“ (Regierungs- und Staatschefs und Außenminister der Zehn) zum gemeinsamen politischen Lenkungsorgan der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit werden. Er soll für alle Fragen aus EG und EPZ Beschlüsse fassen und Leitlinien festlegen. Für den Bereich der EG soll es allerdings bei den in den Verträgen von Paris und Rom verankerten Verfahren und Regeln bleiben.

Dem Ausbau der Stellung des Europäischen Parlaments, vor allem seiner Initiativ- und Kontrollfunktion, soll dabei besonderes Augenmerk geschenkt werden, wobei der Akzent auf ein engeres Zusammenwirken von EG-Ministerrat und EP gesetzt werden soll. Bisherige Forderungen des Parlaments wurden dabei berück-

sichtig; so die Anerkennung des Rechts, sich mit allen politischen Fragen zu befassen, die Zusage, Stellungnahmen des EP mehr Gewicht zu schenken, die Einbeziehung in den sicherheitspolitischen Bereich; ferner bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten, dem Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen, bei der Weiterentwicklung der Grund- und Menschenrechte, die wechselseitigen Kontakten zwischen EP und den nationalen Parlamenten.

Das deutsch-italienische Regierungskonzept fand im EP verhaltene grundsätzliche Zustimmung. Völlig zufriedenstellen konnte es aber nicht alle europäischen Abgeordneten. Während nur von liberaler Seite nahezu bedingungslose Zustimmung signalisiert wurde, die Christdemokraten die Forderung nach einer Europäischen Verfassung erhoben, setzte die Kritik der Sozialisten bei den Inhalten an. Schwächen in der Substanz könnten nicht dadurch kompensiert werden, daß man „neue Etiketten auf alte Flaschen“ klebt. Willy Brandt und Ernest Glinne, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion, erneuerten die Forderung nach Verbesserung der Inhalte europäischer Politik. „Nichts führt daran vorbei, daß die eigentlichen ursprünglichen Aufgaben der Gemeinschaft besser angepackt werden müssen, wenn man ihnen etwas hinzufügen will“, gab der SPD-Vorsitzende in Straßburg zu bedenken und verwies gleichzeitig auf die notwendige Umstrukturierung der EG-Finanzien und Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. „Die Bürger werden die Gemeinschaft . . . an den Beiträgen und Einflüssen messen, die sie aufzubringen in der Lage ist, um die Beschäftigung zu sichern und Strukturen zu verbessern“.

Der Belgier Ernest Glinne machte sich im Namen seiner Fraktion die Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu eigen und forderte, über die „wenig konkreten politischen Elemente der Europäischen Union“ hinaus eine gemeinsame europäische Strategie zur Bewältigung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Die im Anhang des Entwurfs der Eu-

ropäischen Akte enthaltene „Erklärung zu Fragen der wirtschaftlichen Integration“ wird, so Glinne, der Notwendigkeit nicht gerecht, dem Mißtrauen der nahezu 10 Millionen Arbeitslosen in der EG und namentlich der Jugendlichen unter ihnen gegenüber alldem, was europäische Politik bedeutet, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten. „Soziale Gerechtigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist dringlicher als die besten diplomatischen Formeln und institutionellen Konstruktionen.“ Die Anregungen der französischen Regierung, die auf Schaffung einer Sozialunion abzielen, müßten daher, so die Forderung der Sozialisten im EP, in den Überlegungen der Regierungschefs zur Fortentwicklung der EG den angemessenen Raum einnehmen.

Wenn Willy Brandt davor warnt, im „Feilschen um Quanten und Prozente die historische Dimension des europäischen Einigungsprozesses zu vergessen“ und „mit bequemen Schuldzuweisungen von Unzulänglichkeiten abzulenken“, so bedeutet dies ein Ja zum politischen Ausbau der EG und dadurch zur Ausweitung der Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments – nicht als „Gratifikation“ an die im Juni '79 erstmals direkt gewählten Abgeordneten, sondern als ein Beweis für die Glaubwürdigkeit derer, „denen damals zum Ausbau der Gemeinschaft nicht mehr als die Direktwahl eingefallen ist“. Denn nur eine Gemeinschaft, die auf den Gebieten funktioniert, für die sie eigentlich geschaffen wurde, ist letztlich auch nach außen handlungsfähig. Da Europa heute kein Hauptakteur der globalen Spannungen sei, könne es zu einem „Faktor der Vernunft“ werden. Daher trügen die europäischen Staaten und die Europäische Gemeinschaft eine besondere Verantwortung – nämlich, die eigenen Erfahrungen auf dem Gebiet von Friedenssicherung, des Ausgleichs und der Stabilität in die Bemühungen um Friedenssicherung, Abbau von Rüstung und Milderung der Spannungen miteinzubringen, wo immer dies möglich ist.

Elfi Schöner (Luxemburg)

Belgien: Unruhe vorprogrammiert

Als der flämische Christdemokrat Wilfried Martens Ende März 1981 König Baudouin sein Entlassungsgesuch überreichte, war er zwar – wie viele seiner Vorgänger – ein Opfer der spezifisch belgischen Verhältnisse geworden, war gescheitert am Unvermögen, die wirt-

schaftlichen, sozialen und nationalen Probleme des Landes zu lösen; an Martens' Sturz nach vier Kabinetten, denen er vorgestanden hatte, waren aber auch zwei Politiker maßgeblich beteiligt – bezeichnenderweise Parteifreunde des demissionierenden Regierungschefs. Der eine, Leo Tindemans, Belgiens derzeit bekanntester Polit-Prof, war selber schon Premierminister und leitete die stärkste politische Gruppierung des Landes, den flä-

mischen Flügel der Christlichen Demokraten. Er, der es nie recht verwunden hatte, daß sein früherer „junger Mann“, Martens, an ihm vorbei die höchste Regierungsverantwortung erreicht hatte, sorgte innerparteilich für Liebes- und Vertrauensentzug. Der andere Beteiligte, Marc Eyskens, saß als Finanzminister im Kabinett des Wilfried Martens und bescherte ihm von dort aus ein Kuckucksei: Ein von ihm ausgearbeitetes Sparprogramm sah vor, einer in Belgien wie eine heilige Kuh gehüteten Institution an den Kragen zu gehen: der Indexierung der Löhne und Gehälter, d. h. deren automatische Anpassung an die Preissteigerungsrate. Mit dieser Idee trat Martens an die Öffentlichkeit, ließ sie sich gar von seinen europäischen Kollegen auf dem EG-Gipfel in Maastricht absegnen – und brach zuhause prompt ein. Paradoxiertweise wurde der Mann, der Martens die Suppe eingebrockt hatte, dessen Nachfolger.

Doch nach fünf Monaten Eyskens zerbrach die schwarz-rote Koalition, die fast drei Jahre in den verschiedensten Konstellationen gehalten hatte. Die vorgezogenen Neuwahlen des 8. November brachten schwere Verluste für die Christdemokraten und bemerkenswerte Gewinne für die rechtsorientierten belgischen Liberalen. In der für Belgien erstaunlich kurzen Zeit von nur sechs Wochen wurde ein Bündnis der Verlierer mit den Siegern gebastelt, und siehe da: der neue Regierungschef heißt Wilfried Martens; sein Kabinett wird in der belgischen Öffentlichkeit kurz und treffend als „Martens V“ apostrophiert. Mit der Zusammensetzung seiner Regierung hat Martens den Versuch unternommen, einen möglichen Stolperstein von vornherein aus dem Weg zu räumen: indem er Tindemans zum Außenminister ernannte, Vorgänger Eyskens zum Wirtschaftsminister, den bisherigen Außenminister Nothomb zum Innenminister und die beiden liberalen Parteipräsidenten De Clercq und Gol zu Vize-Premierministern sowie zu Chefs des Finanz- bzw. des Justizressorts, hat er die wichtigsten parteipolitischen Drahtzieher der neuen Koalition eingebunden. Ein geschickter Schachzug – möglicherweise. Das allein garantiert jedoch weder Bestand noch Erfolg dieser Regierung.

Es geht vielmehr um das, was Martens ein „Programm der Sparsamkeit und der Reform“ nennt, was die sozialistische Opposition als „größten Angriff gegen die soziale Sicherheit nach dem Zweiten Weltkrieg“ bezeichnet, als Versuch, die Zeit um ein Jahrhundert zurückzudrehen. Einsparungen will die christlich-liberale Regierung vor allem auf dem Gebiet der Krankenversicherung vornehmen, durch Maßnahmen, von denen sie selbst sagt, daß sie weh tun werden. Niederlassungsbeschränkung für Ärzte, Kontrolle und Begrenzung der Verschreibungen, höhere Selbstbeteiligung bei Medika-

menten, Verringerung der Zahl der Krankenhausbetten, Einführung einer generellen Selbstbeteiligung für Witwen, Invaliden und Pensionäre. Auch beim Arbeitslosengeld soll es Einschnitte geben. Martens nennt das „stärkere Berücksichtigung der familiären Situation“. Die zweite Angriffssäule auf sozialem Sektor richtet sich gegen den „Index“, der vor allem von Gewerkschaften als Grundpfeiler des sozialen Gebäudes angesehen wird. Die verschiedenen Modelle der „Index-Amputation“ sehen reale Einkommenseinbußen von einem bis 3,5 Prozent vor.

Abbau der Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, Ermunterung der Rückwanderung von arbeitslosen ausländischen Arbeitnehmern, Steuerumschichtungen, möglicherweise auch Einführung eines Kommerzfunks – das sind weitere Hauptpunkte in Martens' Regierungsprogramm, für dessen Durchführung er für ein Jahr Sondervollmachten vom Parlament beansprucht. Vollmachten, die nach Auffassung des sozialistischen Fraktionsführers im Senat, Wijninx, eher erforderlich sind, um den Premierminister gegen die eigene Partei zu schützen, die lediglich Schwäche dokumentieren und allenfalls geeignet sind, die demokratische Debatte abzuwürgen.

Und tatsächlich, kaum hat Martens mit seinem Kabinett die ersten parlamentarischen Hürden genommen, kaum hat der belgische Franken sich aufgrund bloßer Ankündigungen von der schwächsten Position im Europäischen Währungssystem zu einem fast unglaublichen Höhenflug aufgeschwungen, da werden schon wieder Wetten abgeschlossen, wie lange das neue Regierungsbündnis halten wird, wie lange sich Martens als Regierungschef behaupten kann. Gefahr droht von mehreren Seiten, vor allem aus den Reihen der Christdemokraten selbst, mögen auch die wichtigsten potentiellen Quertreiber zunächst beschwichtigt sein; Gefahr droht dem Kabinett durch seine Zusammensetzung, die vom französisch-sprachigen Süden wegen der in der Tat vorhandenen Flandern-Lastigkeit als ein Affront empfunden wird; die regionale Unausgewogenheit wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß die stärkste politische Kraft Walloniens, die Sozialisten, von der Regierung ausgeschlossen sind. Hier ist Unruhe vorprogrammiert, auch wenn Martens Milliarden für die wallonische Stahlindustrie locker machen will. Kritisch werden könnte es auch im Zusammenhang mit dem künftigen Statut für die Hauptstadt Brüssel, die bei der vor einviertel Jahren beschlossenen Teilregionalisierung ausgeklammert wurde und auf die sich seither der Sprachenstreit zwischen Flamen und Frankophonen konzentriert.

Es wäre für Martens schon in Erfolg, wenn er seine Regierung wenigstens so lange im Amt halten könnte,

wie Belgien den Vorsitz im EG-Ministerrat innehat – nämlich bis 30. Juni dieses Jahres. Aber selbst im Falle eines erneuten Scheiterns braucht der jetzt 45jährige nicht zu resignieren. Das Rotationsprinzip, das der bel-

gischen Politik zugrunde zu liegen scheint, wird sicher auch noch Martens VI und VII ermöglichen . . .

Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)

Dänemark: Vor dem Chaos?

Die Wahl zum Folketing am 8. Dezember erbrachte einen deutlichen Rückgang für die Sozialdemokraten, die deshalb am 9. Dezember als Regierungspartei zurückgetreten sind. Andere Trends sind eine deutliche Stärkung der Sozialistischen Volkspartei links von der Sozialdemokratie und ein ebenso großer Stimmenzuwachs der Zentrumsdemokraten auf dem bürgerlichen Flügel. Ein anderer, aber weniger ausgeprägter Trend ist die Stärkung der Konservativen.

Damit sind die Sozialdemokraten von den Wählern disqualifiziert worden, ohne daß neue klare Alternativen erkennbar wären. Wichtigstes Wahlkampfthema waren die beiden „Pläne“ der Sozialdemokraten auf der einen und von „Venstre“ und Konservativen („VK-Plan“) auf der anderen Seite. Das Ergebnis zeigt, daß die Sozialdemokraten erfolgreich vor den sozialen Konsequenzen des „VK-Planes“ gewarnt haben und daß deshalb die bürgerliche Sammlung um die Zentrumsdemokraten, eine frühere Abspaltung von der Sozialdemokratie, stattfand. Mit dem eigenen Plan hatten die Sozialdemokraten jedoch keinen Erfolg.

Der Erfolg der Sozialistischen Volkspartei (SF) läßt sich auch interpretieren als Linksprotest gegen die kümmerlichen Ergebnisse der sozialdemokratischen Regierung, die bisher von den kleineren bürgerlichen Parteien (Radikalen, ZD und Christlichen) abhängig war. Von den bürgerlichen Parteien, insbesondere der Venstre und den Konservativen, früher außerhalb der bisherigen Zusammenarbeit, werden die Ergebnisse so interpretiert, daß eine Gesamtsammlung gefordert worden ist, d. h. auch unter Einfluß der Sozialdemokraten, zumal die VK-Zusammenarbeit zerfallen ist. Auf der anderen Seite meinen die Linken, daß eine Sozialdemokratische Minderheitsregierung, gestützt von SF und den Radikalen, die beste Lösung sei. Diese Möglichkeit ist die einzige, die der SF einen ihrem Wahlerfolg angemessenen Einfluß sichern würde. Mit zwei oder drei Mandaten aus

Grönland und den Färöern würde das (ohne die Linkssozialisten) eine knappe Mehrheit von 90 oder 91 Mandaten sichern.

Man glaubt aber nicht, daß die Radikalen bereit wären, mit SF zusammenzuarbeiten, die für „reine“ Sozialisten gehalten werden. Sie wünschen eine „breite“ Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit mehreren bürgerlichen Parteien. Sollte sich dies als unmöglich erweisen, wird das historische Dilemma dieser Partei als „Zünglein an der Waage“ noch einmal unterstrichen. Die Entscheidung wäre dann zwischen den „reinen“ Sozialisten (SF) und liberalem Monetarismus auf der einen, wie er von der Steuerverweigererpartei („Fortschrittspartei“), aber auch von Venstre und den Konservativen vertreten wird, zu treffen.

Den Sozialdemokraten bieten sich zwei Möglichkeiten, die beide gefährlich aussehen: durch ein Abkommen sowohl mit SF als auch mit den Radikalen, das eine progressivere soziale Linie ermöglicht, eine neue Minderheitsregierung zu bilden, die große Gegensätzlichkeiten überbrücken soll – oder nach der großen Niederlage in die Opposition zu gehen und hier den Vorwurf zu riskieren, daß man die „notwendige Lösung“ verhindere, weil man eine schwache bürgerliche Mehrheit nicht stützen wolle. Die taktisch richtige Lösung liegt darin, sich eine längere Periode zurückzuziehen, um sich dann bessere Wahlchancen zu sichern. Die politischen Kräfteverhältnisse sind nicht eindeutig geklärt.

Die wirtschaftliche Lage hinter der politischen Situation ist aber noch sehr ernst. Die wirtschaftliche Krise hat viele Sektoren getroffen, besonders die Bauindustrie und die Landwirtschaft. Viele Betriebe sind schon bankrott gegangen, und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dieser Sektoren wird allgemein gefordert. Dies haben die Sozialdemokraten versucht (s. NG 12/81), und keine andere Alternative hat sich gezeigt. Eine politische Lösung muß die große Arbeitslosigkeit abbauen (275 330 am 25. November bei einer Gesamtbevölkerung von 5 Mio.), das Zahlungsbilanzdefizit (Januar 1980: 9,3 Milliarden DKr.; Januar 1981: 6,4 Milliarden DKr. –

eine Verbesserung, aber nicht ausreichend) verringern, mit hohen Zinsen und Energiepreisen fertig werden, Investitionen in der Industrie tätigen usw. Auch scheint es keine Aussicht auf eine verbesserte Weltwirtschaftslage zu geben, die eine Lösung leichter machen könnte.

Kein politischer Kurswechsel in den wichtigen außenpolitischen Fragen, nur möglicherweise „kos-

metische Änderungen“ der EG-Linie und der NATO-Mitgliedschaft sind abzusehen. In Fragen wie z. B. der Energiepolitik gibt es jedoch große Meinungsverschiedenheiten in Sachen Kernkraft, Kohle und Erdgasversorgung, wo eine neue Regierung andere Prioritäten setzen könnte.

Bent Christensen (Kopenhagen)

Folketing-Wahlen in Dänemark 1975-1981				
	Stimmenanteile in % (Mandate)			
	1981	1979	1977	1975
Sozialdemokratie	32,9 (59)	38,3 (68)	37,1 (65)	29,9 (53)
Sozialistische Partei	11,3 (20)	6,9 (11)	3,9 (7)	5,0 (9)
Linkssozialisten	2,6 (5)	3,7 (6)	2,7 (5)	2,1 (4)
Radikale (sozialliberal)	5,1 (9)	5,4 (10)	3,6 (6)	7,1 (13)
Zentrumsdemokraten	8,3 (15)	3,2 (6)	6,4 (6)	2,2 (4)
Christliche Volkspartei	2,3 (4)	2,6 (5)	3,4 (6)	5,3 (9)
Venstra (liberal)	11,3 (21)	12,5 (22)	12,0 (21)	23,3 (42)
Konservative Volkspartei	14,4 (26)	12,5 (22)	8,5 (15)	6,5 (10)
Fortschrittspartei	8,9 (16)	11,0 (20)	14,5 (26)	13,5 (24)
Kommunistische Partei	1,1 (-)	1,9 (-)	3,7 (7)	4,2 (7)
Gerechtigkeitsbund (Georgisten)	1,4 (-)	2,6 (5)	3,3 (6)	1,8 (-)

Sperklausel: 2 %; Grönland und die Färöer stellen je zwei Abgeordnete.

Frankreich: Reformen und Hindernisse

Ein Blick in die französische Presse genügt, um sich Rechenschaft über das „Klima“ abzugeben, das gegenwärtig in Frankreich herrscht: die meisten Zeitungen nämlich, und das sind jene, die weiterhin von Unternehmerkreisen beeinflusst, wenn nicht sogar zum Teil finanziert werden, malen seit Mai und Juni 1981 Schreckensbilder an die Wand. Von Nuancen abgesehen sagen sie alle voraus, daß die „sozialistische Herrschaft“ das Land in die Katastrophe treiben werde.

Nun fragt man sich allerdings, woraus sich derartig finstere Visionen herleiten. Zwar stimmt es, daß bisher das Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht aufgehalten werden konnte und daß die Inflationsrate weiterhin zweistellig ist. Es ist auch richtig, daß sich das Jahr 1982 in dieser Hinsicht auch nicht gerade erfreulich ankündigt, aber das war vorauszusehen: ein Programm, welches auch immer, braucht Zeit, um Wirkungen zu haben.

Aber die Schwarzmaler wollen das nicht wahr haben.

So haben sie auch bewußt keine Kenntnis davon genommen, daß die spezialisierten Wirtschaftsinstitute - die nicht eben Sympathien für den Sozialismus hegen - zum ersten Male seit Beginn der Rezession ein, wenn auch noch schwaches, Steigen des Wirtschaftswachstums verzeichnet haben. Auch in der Diagnose dieses Phänomens zeigen sie sich einmütig: es ist zum größten Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Regierung von Beginn an gemäß ihrem Versprechen die niedrigsten Löhne systematisch erhöht und den anderen Lohn- und Gehaltsempfängern die Kaufkraft bewahrt hat. Warum wird dieses Phänomen von der oppositionellen Presse und vom Unternehmerverband verschwiegen? Aus einem einfachen Grunde: es widerspricht ihrer „Theorie“, wonach eine Erhöhung der Kaufkraft nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen kann.

Aber in Wirklichkeit geht es diesen Kreisen nicht so sehr um die Wahrheit. Es gilt vielmehr gegen „Mißstände“ zu protestieren, die in der Tat „schrecklich“ sind.

Schrecklich ist zum Beispiel, daß es sich die sozialistische Regierung gestattet hat, eine Vermögensteuer einzuführen. Nun muß man wissen, daß diese Steuer, nach

europäischen Maßstäben – deutschen und skandinavischen beispielsweise – äußerst bescheiden ist: nur die wirklichen Großverdiener werden da zur Kasse gebeten, und auch das noch in sehr bescheidener Form.

Macht nichts: da wird von „Bolschewismus“ gesprochen, da wird das Schreckensbild vom „Kollektivismus“ heraufbeschworen.

Zweites Beispiel: ihrem Versprechen gemäß hat die sozialistische Regierung eine Reform der Betriebsverfassung ausgearbeitet, die vorsieht, daß die gewerkschaftlichen Rechte in den Unternehmen besser garantiert werden sollen, als das bisher der Fall gewesen ist. Nun meine man nicht, daß es sich da um ein revolutionäres Gesetzeswerk handle. Wenn ein Unternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, sollen die Betriebsräte (was normal scheint, bisher aber nicht der Fall ist) über die Lage orientiert werden und ihre Auffassung kundtun können. Für französische Unternehmer ist eine solche Selbstverständlichkeit schon ein „Bingriff in die Rechte der Besitzer“ . . . Ursprünglich hatten die Gewerkschaftsorganisationen für solche Fälle (beispielsweise, wenn es um Entlassungen geht) eine Art von Vetorecht gefordert. Die Regierung, die sich einem Unternehmerverband gegenüber sieht, der – klammheimlich – eine Art von Investitionsstreik propagiert, hat in diesem Falle nicht auf die Gewerkschaften gehört. Sie will hingegen dafür sorgen, daß in Zukunft jeder Lohnempfänger, arbeite er in einem großen, mittleren oder kleineren Unternehmen, die Garantie erhält, sich gewerkschaftlich organisieren zu können. Wenn man weiß, daß diese Möglichkeit in zahlreichen Betrieben bisher nicht besteht, so handelt es sich da in der Tat um ein „revolutionäres“ Unterfangen.

Aber Unternehmer und konservative Opposition wollen der Regierung, wie sie fast offen zugeben, das Leben so schwer wie möglich machen. Ein Beispiel: erst zum Ende des Jahres 1981 konnte das Gesetz, das die „Nationalisierungen“ von großen Unternehmen und des Kreditwesens vorsieht, im Parlament durchgebracht werden. Monatelang wurden da im Parlament Hunderte und Aberhunderte von zum Teil völlig sinnlosen Änderungsorschlägen eingebracht. Es wurde ein regelrechtes „Filibustern“ organisiert, um den Abschluß der Diskussion zu verhindern. Schließlich war die Regierung gezwungen – um Zeit für die Durchführung anderer Reformen zu gewinnen –, auf dem in der Verfassung garantierten Verordnungswege vorzugehen. Somit wurde zumindest erreicht, daß die Steuerreform und die Reform der Sozialversicherung, die ebenfalls für das Jahr 1981 auf dem Programm stand, in den ersten Monaten des Jahres 1982 realisiert werden können.

Um es eindeutig zu sagen: es handelt sich da in erster

Linie um eine destruktiv motivierte Opposition. Die Regierung hat sich nämlich bisher bemüht, eine Politik des „Kompromisses“ vorzuschlagen. Premierminister Pierre Mauroy und Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors haben den Unternehmern – vor allem den mittleren und kleinen – eine Art von „Deal“ vorgeschlagen: die Regierung führt die Sozialreformen durch, die in einem Land wie Frankreich, das auf diesem Gebiet arg im Rückstand ist, unerlässlich sind: zum Ausgleich gewährt sie den betroffenen Unternehmen Krediterleichterungen und Nachlässe auf dem Gebiet der Sozialabgaben. Aber die Devise muß sein: diese Unternehmen müssen investieren und das Prinzip des „job-sharing“, das ihr von der Regierung vorgeschlagen wird, in die Tat umsetzen: für einen Arbeiter, der in die Rente geht, muß ein junger Arbeiter eingestellt werden.

Nun kann all das nicht auf bürokratischem Weg geschehen. Auf Ersuchen der Regierung haben die Unternehmer und die Gewerkschaften der verschiedenen Industriebranchen Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen. In zahlreichen Fällen ist es bereits zu Abkommen über die Einführung der 39-Stundenwoche gekommen. Das reicht sicherlich nicht aus, um bedeutende Fortschritte auf dem Wege der Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Das Ziel der sozialistischen Regierung bleibt weiterhin, bis zum Jahre 1985 zur Einführung der 35-Stundenwoche zu gelangen.

Aber hier gibt es erhebliche Differenzen: wie hoch beispielsweise soll das „Kontingent“ der Überstunden sein, das die Unternehmer in Zukunft verfügen können? Wie hoch darf oder soll ein eventueller Lohnverlust sein, oder kann sogar ein voller Lohnausgleich verkräftet werden? Sehr bemerkenswert in diesem Zusammenhang: die Gewerkschaftsorganisationen erweisen sich auf diesem Gebiet als sehr aufgeschlossen und sind zu Konzessionen unter der Voraussetzung bereit, daß die Unternehmer wirklich Einstellungen vornehmen. Die Regierung hat eindeutig erklärt, sie wolle dafür sorgen, daß in absehbarer Zeit kein Jugendlicher zwischen sechzehn und achtzehn Jahren mehr ohne Arbeitsplatz sein soll. Ein sehr großzügig angelegtes Programm der Berufsausbildung – auf diesem Gebiet hat es in Frankreich bisher sehr gehapert – ist in Angriff genommen worden. Aber die Unternehmer zeigen sich störrisch: eindeutig aus ideologischen Gründen. Gemeinsam mit der konservativen Opposition „setzen“ sie auf eine Niederlage der Regierung. Aber diese entgegnet, daß eine solche Opposition, die auf eine „Katastrophe“ spekuliere, sinnlos sei. Der Staatschef ist für sieben Jahre gewählt, das mehrheitlich sozialistische Parlament für fünf Jahre. Wollen die Unternehmer es darauf anlegen, für

eine so lange Zeit den „Investitionsstreck“ fortzusetzen? Können sie es überhaupt, unter Gefahr der eigenen „Katastrophe“, darauf ankommen lassen? Tag für Tag ist Premierminister Mauroy durchs Land gezogen, um die Unternehmer an ihre „Pflicht“ zu erinnern.

Aber Mauroy hat nicht nur das getan. Seine Experten haben Pläne ausgearbeitet, die große staatliche Finanzmittel für einige Industriezweige vorsehen, die in der Lage sein müßten, den „inneren Markt wieder zu erobern“, ohne zu unsinnigen protektionistischen Maßnahmen zu greifen. Das gilt insbesondere für die bisher schwer vernachlässigte Werkzeugmaschinenbranche sowie für die Leder- und Holzindustrie. Die „nationalisierten“ Unternehmen sollen auf diesem Gebiet die treibende Kraft werden; in Übereinstimmung mit dem zu neuem Leben erweckten „Plan“, der Direktiven geben und der Regierung helfen soll, eine gewisse Investitionslenkung zu realisieren.

Steht man sich das von der Regierung trotz der heftigen Widerstände bereits realisierte Reformwerk an, so wird man feststellen, daß auf zahlreichen Gebieten bereits starke Impulse da sind: der erste Teil des Dezentralisierungsplanes ist vom Parlament bereits angenommen worden; die „Nationalisierungen“ werden trotz aller Widerstände gerade eine Realität. Die Steuer- und Sozialreform ist auf den Weg gebracht worden; die Mit-

tel für das Kultur- und Forschungsministerium sind fast verdoppelt worden.

François Mitterrand hat eindeutig erklärt, daß alle „versprochenen“ Reformen durchgeführt werden sollen nicht mehr, aber auch nicht weniger. Bleibt natürlich, daß es vorläufig „Lücken“ gibt: die Soldaten z. B. haben bisher weniger Rechte erhalten, als ihnen ursprünglich versprochen waren. Man steht da dem allzu bekannten Phänomen gegenüber, daß sozialdemokratische (oder sozialistische) Minister gegenüber der Armee mehr „Verständnis“ aufbringen, als notwendig scheint. Es sieht auch so aus, daß auf dem Gebiet des Baus von Atomkraftwerken weniger Abstriche vorgenommen worden sind, als ursprünglich vorgesehen war.

Aber wo in der Welt gibt es „ideale“ Regierungen? Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, daß zum Jahresende, sieben Monate nach der sozialistischen Welle, die über das Land rollte, die Popularität des Staatschefs noch fast ebenso groß ist wie zu Beginn seiner Amtszeit und daß Premierminister Pierre Mauroy gemeinsam mit seinen als „gemäßigt“ angesehenen Ministern Jacques Delors (Wirtschaft und Finanzen) und Michel Rocard (Planung) über das meiste Ansehen in der Volksmeinung verfügt. Jedenfalls ist keine der so großzügig vorausgesagten „Katastrophen“ eingetroffen. Die Bilanz insgesamt ist positiv.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Verbindlich in der Form — hart in der Sache

Kaum je zuvor hat die griechische Öffentlichkeit so sehr einer Regierungserklärung entgegengefeuert. Dies war auch ganz verständlich, denn der „Wechsel“, den die jetzige Regierung im Wahlkampf angekündigt hatte, sollte sich nicht bloß auf die Regierungstätigkeit beschränken, sondern auf das gesamte politisch-soziale Leben erstrecken. Auf der anderen Seite hatte die jetzige Opposition das Schreckgespenst eines PASOK-Wahlsieges an die Wand gemalt, der sogar den politischen Umsturz und gefährliche außenpolitische Verwicklungen zur Folge haben könne.

Wie sich zeigte, wich die Regierungserklärung nicht von den Wahlkampfaussagen ab, gab diesen jedoch die Gestalt eines konkreten Plans politischer Aktion. Klarheit und Realismus zeichnete sie aus. Um die Wahr-

heit zu sagen, es sind bislang keinerlei einschneidende Veränderungen, z. B. die angekündigten Sozialisierungen, vorgenommen worden, und Andreas Papanou läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß alles andere fanatisch oder leichtsinnig ist. Er geht mit großer Klugheit und Umsicht vor und riskiert keine Fehler. Damit beruhigte er die „Hasefüße“, die Angst vor dem Wandel haben. Bis jetzt hat die Regierung zwei wirtschaftspolitische Maßnahmenpakete verabschiedet. Das erste betrifft kurzfristige einkommenspolitische Maßnahmen der Regierung, die sich erstrecken auf

1. eine alle vier Monate vorzunehmende automatische Angleichung der Löhne und Gehälter an den Preisindex;
2. eine Lohn- und Gehaltsaufbesserung, die die Inflationsdifferenz abdecken soll;
3. steuerliche Entlastung der arbeitenden Bevölkerung.

Das zweite, noch vor Weihnachten verkündete Maßnahmenpaket betrifft längerfristige Maßnahmen

zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und allgemein die Funktion der Produktionstechnik für die wirtschaftliche Entwicklung.

Ebenso groß, wenn nicht noch stärker, war das Interesse für die erste Auslandsreise des Premierministers zur Zehner-Gipfelkonferenz in London. Mit bangen Erwartungen verfolgten die Griechen das erstmalige Auftreten und Wirken des neuen Premierministers in einem für den künftigen Fortschritt der EG sehr pessimistischem Klima. Aber abgesehen von den kritischen Problemen, mit denen die EG derzeit konfrontiert ist, gab es gewisse Befürchtungen gegenüber dem, was Andreas Papandreou, dessen Haltung gegenüber der EG hinlänglich bekannt ist, vorhabe. Aber statt eines „Ochsen im Glasegeschäft“, wie es in einem griechischen Sprichwort heißt, erlebten sie bei ihm eine dezente, aber um so bestimmtere Präsentation der griechischen Positionen ohne jeglichen antieuropäischen Zungenschlag. Gegenüber Journalisten in London erklärte der griechische Premierminister: „Heute, am ersten Tag, haben sie uns zugehört, ohne irgendeine Position zu beziehen. Wenn wir auseinandergeraten sind, so jedenfalls in ruhiger Form. Das Thema Griechenland stand nicht auf der Tagesordnung. Es wurde von uns eingebracht. Mein Eindruck ist, daß wir harte Verhandlungen zu führen haben werden. Ich kann Ihnen sagen, daß ich glaube, daß sie unser Problem präzise verstanden haben und daß sie im Grunde fühlen, daß wir im Recht sind, daß dies aber sehr schwer zugegeben wird, denn sonst müßten sie Maßnahmen ergreifen, von denen ich im Augenblick nicht weiß, ob sie wünschenswert sind oder ob sie überhaupt ergriffen werden können.“

Wir haben uns einen weiteren Schritt von dem entfernt, was wir erwarten. Dennoch glaube ich ehrlich, daß von einigen ernsthaft die Tatsache in Rechnung gestellt wird, daß wir in einer tiefen und

langen Wirtschaftskrise stecken, was nicht hilfreich ist. Ich kann aber sagen, daß wir stark aufgetreten sind, und ungeachtet des Ausgangs eines Referendums, glaube ich, daß wir eine Verbesserung unserer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft erzielen werden – in welchem Umfang, kann ich allerdings noch nicht abschätzen.“

Aus diesen Bemerkungen geht hervor, daß A. Papandreou am Anfang sehr diplomatisch vorgeht. Er verlangt eine Revision bestimmter Abkommen und eine Verbesserung der griechischen Position, die zu einer Sonderregelung führt, und dabei setzt er, sehr diplomatisch, die Trumpfkarte des Referendums ein. Auf der anderen Seite ist es ihm gelungen, die Probleme der südlichen EG-Länder gegenüber denen der nördlichen auf den Tisch zu bringen und sich selbst an die Spitze der Südstaaten-Front zu setzen, wobei er sich der einmütigen Unterstützung dieser Länder für die griechischen Positionen sicher sein kann.

Worin liegt Andreas Papandreous Erfolg in London? Es ist ihm gelungen, das Problem Griechenland zur Sprache zu bringen und die anderen Länder zum Zuhören zu bewegen, so daß dieses Problem „in die Schlagzeilen der internationalen Presse“ Eingang fand. Irgend jemand meinte, daß nach jedem EG-Gipfeltreffen ein Glas auf dem Tisch zurückbleibt, das zur Hälfte mit Wasser gefüllt ist und das jeder, je nachdem, wo er steht, als halbleer oder als halbvoll betrachtet. Diesmal standen zwei Gläser auf dem Tisch: das, je nachdem, halbleere bzw. halbvolle und ein anderes, das von A. Papandreou dorthin gestellt worden war, der sagte: „Da ist Südeuropa. Schauen Sie es sich an! Wenn Sie ihm als eine Gemeinschaft gegenüberreten, können wir miteinander reden, wenn nicht, wird das Glas weggeräumt und auf einen anderen Tisch gestellt.“ *Artemis Kyriazis (Athen)*

Großbritannien: Labour und Konservative am Ende?

Das Ergebnis der Parlamentsnachwahl in Crosby war verblüffend in jeder Hinsicht: nicht nur, weil dies der erste parlamentarische Wahlsieg der SDP war (in Croydon hatte ein Liberaler für die Allianz kandidiert und gesiegt), und nicht nur, weil es der

überaus populären Shirley Williams gelungen ist, einen schier hoffnungslos großen Vorsprung der Konservativen von 19 000 Stimmen in einen Vorsprung von 5000 Stimmen zu ihren Gunsten zu verwandeln, sondern vor allem, weil das Ausmaß und die Beständigkeit der Unterstützung für die SDP – regelmäßig um 40 Prozent – sowohl in den Meinungsumfragen als auch bei Nachwahlen landesweit die Position der Labour Party als wichtigster Oppositionspartei in Frage stellen.

Natürlich nicht auf parlamentarischer Ebene. Im Unterhaus verfügt die SDP gerade über 25 Abgeordnete oder 5% der Mandate. Aber es hat sich eine interessante Konstellation ergeben, in der die politische Zusammensetzung der Volksvertretung mit der der Bevölkerung nicht mehr übereinstimmt. Denn eine Situation wie die jetzige hat es noch nie gegeben, und so gibt es denn auch keine Präzedenzfälle dafür, wie man mit den Ansprüchen der SDP im Parlament verfahren soll. Welche Partei etwa soll der SDP etwas von der ihr zur Verfügung stehenden Debattezeit abtreten? Wie, wenn überhaupt, sollen die Sendezeiten für die Parteien in Rundfunk und Fernsehen neu verteilt werden? Die SDP kämpft wacker um neue Rechte, und das nicht schlecht – was vermuten läßt, daß ihre Abgeordneten davon ausgehen, daß sie einen relativ sicheren Platz im Parteienspektrum behalten werden.

Und sie nicht allein. Das Popularitätshoch der Liberalen und der SDP läßt sich immer weniger mit jenem früheren Höhenflug der Liberalen vergleichen, der so schnell zum Sinkflug wurde; Obgleich damals einige Wahlerfolge der Liberalen noch deutlicher ausgefallen waren als die der Allianz heute, fielen sie 1972 in den Meinungsumfragen ebenso deutlich zurück. Kaum ein Jahr nach Gründung der SDP hingegen haben deren Wahlergebnisse, auch bei den vergleichsweise wenig beachteten Kommunalwahlen, bei denen keine bekannten Kandidaten antraten, die Umfragezahlen noch deutlich übertroffen.

Die Labour Party hat sich von ihrer vernichtenden Niederlage in Crosby – sie erhielt nur noch 9,6% der Stimmen – noch immer nicht erholt – und das bei einer beispiellosen Unpopularität der Regierung und drei Millionen Arbeitslosen! Seither sind noch weitere Katastrophen über unsere dahinsiechende Partei hereingebrochen, und unter den Parlamentsabgeordneten hat sich eine tiefe Vertrauenskrise ausgebreitet. Einmal mehr konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf die Unterwanderung des linken Parteiflügels. Kürzlich wurden einige Mitglieder des harten Kerns der (trozkistischen) „Militant Tendency“ als Parlamentskandidaten aufgestellt. In der Tat sieht es so aus, als werde einem von ihnen, der „außerparlamentarische“ Methoden zum Sturz der Regierung propagiert, die offizielle Bestätigung durch die Parteiführung, die sonst eher eine Formalität ist, versagt.

Michael Foot, der sonst gerne mit seiner radikalen Vergangenheit kokettiert, hat sich einer erneuten Diskussion des heiklen Themas Unterwanderung am meisten widersetzt, aber schließlich doch dem innerparteilichen Druck gebeugt. Foot ist in solchen Din-

gen jedoch ein notorischer Umfaller, und so gibt es keine Gewähr dafür, daß er diese Auseinandersetzung auch durchsteht. Weit und breit ist nichts zu sehen, was die Bewältigung der schwierigen Aufgabe, die Wahlchancen der Labour Party wiederherzustellen, erleichtern könnte.

Die Konservativen, deren Hochburg Crosby geschleift wurde (landesweit hochgerechnet, würden ihnen bei den dortigen Stimmeneinbußen nur noch vier Parlamentssitze zufallen!), sehen sich, zumal nach der jüngsten Erklärung von Finanzminister Howe zur Wirtschaftspolitik, auch nicht gerade im Aufwind. Einmal mehr sollen denjenigen, die ohnehin am wenigsten belastbar sind, die größten Opfer abverlangt werden. Die Sozialmieten werden erneut angehoben (in den drei Jahren Tory-Regierung um jetzt insgesamt 100%); die Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge werden kräftig erhöht. Am niederträchtigsten aber sind die fortgesetzten Angriffe der Regierung auf die soziale Sicherung der Arbeitslosen. Eine zweiprozentige Kürzung sämtlicher Sozialleistungen im letzten Jahr sollte die Lächer in der Arbeitslosenversicherung und in anderen Bereichen stopfen, doch liegen diese Leistungen bereits so niedrig, daß eine wachsende Zahl von Leistungsempfängern unterhalb des Sozialhilfeniveaus herabsinkt und damit um so größere Belastungen für die öffentlichen Haushalte entstehen. Wieder einmal drohen gemäßigte Tory-Hinterbänkler mit dem Aufstand. Wahrscheinlich ist es ihnen zu danken, daß die vorgesehenen kommunalen Volksabstimmungen (s. NG 12/81) nicht eingeführt wurden, doch eine regelrechte Haushaltsrevolte hätte schon eine andere Qualität und dürfte auch kaum von Erfolg gekrönt sein.

Angesichts der Schärfe dieser Maßnahmen kann man wohl kaum davon ausgehen, daß das Mini-Budget einen deutlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel markiert. Nur teilweise wiegen die „Kürzungen“ die außerplanmäßigen Mehrausgaben für Staatsunternehmen, Verteidigung, Beschäftigungs- und Ausbildungswesen auf. In Wirklichkeit sind daher die feierlich beschworenen monetären und fiskalischen Ziele aufgegeben worden. Der nächste Akt sollen die langerwarteten Steuersenkungen im April sein, mit denen die Regierung verlorenes Vertrauen wieder wettmachen will. Wie umfangreich – und damit wie effektiv – diese Steuersenkungen sein können und sein sollten, wird gegenwärtig heiß diskutiert. Angesichts der Nachwahl-Katastrophen der letzten Zeit könnten sie durchaus zu gering ausfallen – und viel zu spät kommen.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Paisleys Dritte Kraft

Das Auftreten von Jan Paisleys sogenannter Dritter Kraft („Third Force“) spiegelt eine der abwegigsten und gefährlichsten Entwicklungen in der nordirischen Situation. Paisley – ein mit allen Wassern gewaschener Politiker und zugleich ein skrupelloser sektiererischer Demagoge – hat in dem gegenwärtig von Gewalt und Mißtrauen geschwängerten Klima die Initiative ergriffen, um eine Kampagne vom Zaun zu brechen, die auf die Bildung einer zivilen Miliz zielt – angeblich um den loyalistischen Bevölkerungsteil gegen terroristische Übergriffe zu verteidigen. Möglicherweise könnte seine Dritte Kraft ein zentraler Ansatzpunkt für die Schaffung eines „unabhängigen Ulster“ werden – eine äußerst provokatorische Herausforderung für die künftige Stabilität Irlands.

Paisleys Schritt war eine direkte Reaktion auf die von der Provisorischen IRA sorgsam geplante und rücksichtslos durchgeführte Ermordung Rev. Robert Bradfords, eines führenden Politikers und Parlamentsabgeordneten der Unionisten. Niedergeschossen wurde Bradford in einem Gemeindesaal, wo er mit Wählern über die Probleme ihres vernachlässigten Stadtteils sprechen wollte. Auch der Pförtner wurde von den flüchtenden Attentätern noch erbarmungslos umgebracht. In einer bislang einzigartigen Antwort auf diese besonders üble Attacke auf das demokratische System haben beide Häuser des Dubliner Parlaments dem toten Politiker ihren Tribut gezollt und die Machenschaften der IRA verurteilt.

Aus zwei Gründen hatte sich die IRA Bradford als Opfer ausgesucht. Zum einen machte es der Zusammenbruch ihrer Hungerstreik-Kampagne erforderlich, ihre Fähigkeit zu gesteigerten Aktivitäten und ihre Möglichkeit, die Schlagzeilen zu beherrschen, klar unter Beweis zu stellen. Zum zweiten, wichtiger noch, ist die IRA offensichtlich entschlossen, ihren Kampf gegen die demokratische politische Ordnung in Irland wie im Vereinigten Königreich eskalieren zu lassen.

Für diese Vermutung spricht auch die gleichzeitig ablaufende Serie von Bombenattentaten gegen britische Militärangehörige, bei denen auch völlig unbeteiligte Personen umkamen. Gegenüber Sympathisanten in Dublin erklärte die IRA-Führung, in Zukunft werde sie ihre Ziele mit dem Stimmzettel in der einen und einem Armalite-Gewehr in der anderen Hand verfolgen – eine Referenz an die Wahlerfolge der H-Block-Gefangenen wie an die fortgesetzte terroristische Gewaltkampagne.

Der Bradford-Mord war der Höhepunkt einer Serie von Anschlägen, die sich in erster Linie gegen Angehörige

der nordirischen Sicherheitskräfte richtet. Einige dieser Vorfälle zeichneten sich durch besondere Grausamkeit aus. So wurde etwa ein junger Polizist beim Verlassen eines Krankenhauses zusammengeschossen, in dem er gerade seine Frau und sein neugeborenes Kind besucht hatte. Unter dem loyalistischen Bevölkerungsteil Nord-Irlands riefen Verbrechen dieser Art außerordentlich große Spannungen und Haßgefühle hervor. Just in dieser Situation sah Paisley seine große Stunde gekommen. Bradfords Ermordung löste in der gesamten loyalistischen Bevölkerung tiefe Bestürzung aus. Viele glaubten, daß die britischen Behörden bei ihrer Aufgabe, ihren führenden Persönlichkeiten einen effektiven Schutz zu gewährleisten, versagt hätten. Zu einem „Aktionstag“ strömten in Belfast und in anderen Städten Tausende auf die Straße. Doch an den verschiedenen Demonstrationen wurde auch deutlich, daß der Unionismus in Nord-Irland in zahlreiche Fraktionen und Auffassungen über die in der nächsten Zukunft zu verfolgende Politik gespalten ist. Paisley unterstrich seine Entschlossenheit, die Führung an sich zu reißen, indem er zur Nachtzeit einige Meilen außerhalb Belfasts Hunderte von Mitgliedern seiner „Third Force“-Miliz aufmarschieren ließ. Daß Schauspiel war gekonnt inszeniert und gab Paisley weiteren Auftrieb.

Seit dem „Aktionstag“ haben noch weitere „Third Force“-Demonstrationen stattgefunden. Zwar sind die Teilnehmer noch nicht bewaffnet aufmarschiert, doch muß befürchtet werden, daß die meisten von ihnen im legalen Besitz von Feuerwaffen sind, und auch Paisley hat getönt, daß seine Dritte Kraft den Kampf gegen die IRA-Terrorgruppe selbst aufnehmen und diese erledigen werde, falls die offiziellen Sicherheitskräfte nicht schnell und wirksam genug handelten. Die Dritte Kraft gilt auch als eine Art Bürgerwehr und als Informations-zuträger für Polizei und Armee.

Die katholische Bevölkerung ist über diese Entwicklung tief betroffen. Sie sieht die riesige Gefahr von Vergeltungsanschlägen loyalistischer Terrorgruppen – in Dublin hat es bereits eine Schießerei gegeben, in die ein führender H-Block-Propagandist und republikanischer Aktivist verwickelt war. Sie betrachtet die Dritte Kraft als eine potentiell faschistische Organisation, die eine Bedrohung für die verschiedenen katholischen Minderheitsregionen darstellt und einen Zermürbungskrieg gegen Individuen und ganze Ortschaften führt. Sie befindet sich in dem höchst ernstesten Dilemma, sich zunehmend der wahren Natur der IRA-Kampagne bewußt zu werden und deren Schreckensregime abzulehnen, zugleich aber die Verteidigung ihres eigenen Lebens und ihrer Interessen nicht sichergestellt zu sehen. Namentlich junge Katholiken, so heißt es, sehen sich vor

die schmerzliche Entscheidung gestellt, entweder mit dem permanenten Schrecken zu leben oder in den katholischen Terrorismus abzutauchen.

Eine Eskalation der Gewalt, wie sie mit dem Auftreten der Dritten Kraft als eines völlig unberechenbaren Faktors zu befürchten steht, macht alle Hoffnungen auf politischen Fortschritt, denen die britisch-irischen Gespräche und die jüngsten Beschlüsse des Bilateralen Rates (s. NG 12/81) neue Nahrung gegeben hatten, zunichte. Weitere Mordanschläge werden die Spannung steigern und zwischen den Religionsgemeinschaften und ihren politischen Führern ein Höchstmaß an Polarisierung schaffen.

Die britische Haltung erscheint völlig unberechenbar. Die konservative Regierung hält weiterhin an der alten Zusicherung an die Loyalisten fest, daß es ohne deren Zustimmung kein vereinigtes Irland geben werde. Das Auftreten der Dritten Kraft jedoch ist ein direkter Affront gegen die Autorität der Regierung wie auch des Parlaments und durchkreuzt die Bemühungen der zuständigen Minister. Die Labour Party hat auf ihrem Jahresparteitag den Beschluß gefaßt, das Ziel der irischen Einigkeit aktiv anzustreben. Auch die kompetent aufgestiegene Social Democratic Party scheint diese Auffassung zu teilen, obgleich es dazu bislang keinen formellen Beschluß gibt. Der größte Teil der britischen Bevölkerung ist der durch die lange nordirische Tragödie verursachten Kosten und Belastungen ohnehin überdrüssig.

Die britisch-irischen Gespräche selbst und die Aussicht auf eine besser aufeinander abgestimmte Politik Dublins und Londons werden gegenwärtig von Nord-Irland aus heftig torpediert. Die Loyalisten empfinden diese Entwicklungen als direkte Bedrohung ihrer Zukunft und betrachten den Widerstand dagegen als den einzig erfolgversprechenden Weg, den protestantischen

Bevölkerungsteil zu einigen. Die Grundüberlegung, daß diese Gespräche Ansätze zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Probleme darstellen, von denen die gesamte Insel betroffen ist, wird dabei übersehen, da emotionsgeladene Themen im Vordergrund des Interesses stehen. Der Umstand, daß die US-Administration in einem während des Besuchs eines Staatssekretärs in Dublin überreichten Brief Präsident Reagans der britisch-irischen Initiative ihre ausdrückliche Unterstützung zugesagt hat, sorgte bei den Loyalisten für zusätzlichen Verdruß.

Was jetzt zu befürchten steht, ist ein tragisches und völlig unkontrollierbares Abgleiten in die Gewalt – in ganz Irland wie im Vereinigten Königreich selbst. Instabilität und Spaltung durchkreuzen die Hoffnung auf eine politische Lösung des Konfliktes und setzen all jene enorm unter Druck, die für ein demokratisches politisches Engagement in Nord-Irland eintreten. Die Politiker, vor allem die, welche sich eine vernünftige und besonnene Haltung bewahrt haben, stehen in den vorliegenden Wochen vor einer großen Herausforderung.

Besonders gefordert aber ist die Arbeiterbewegung, die mehr als jede andere politische Kraft ihren Einfluß geltend macht, um die Entwicklung im Interesse der arbeitenden Menschen gleich welchen Glaubens zu lenken. In dieser Krisenzeit zeigt sich einmal mehr das traditionelle Problem Labours: Es ist noch immer so gut wie unmöglich, in einer Situation, die beherrscht wird von Haß, Verbitterung und einer historischen Spaltung, zur politischen Normalität zurückzufinden, in der ökonomische und soziale Faktoren stärker zur Geltung kommen. Jan Palsleys Dritte Kraft und die fortgesetzte Mordkampagne der IRA haben nicht dazu beigetragen, die Dinge zum Besseren zu wenden.

Tony Brown (Dublin)

Italien: Italiens Kommunisten nicht auf Moskau-Kurs

Mit angehaltenem Atem verfolgt die italienische Öffentlichkeit die dramatische Zuspitzung in Polen. Die öffentliche Anteilnahme bewegt sich gewissermaßen auf zwei Geleisen:

– einmal, mit dem Polen Karol Wojtyla auf dem Stuhle Petri, hat dieses slawische Land in der politischen Diskussion Italiens einen Stellenwert wie nie zuvor eingenommen;

– zum anderen scheinen die explosiv zu Tage getretenen Widersprüche in einem Land des „realen Sozialismus“ die Kräfte der Linken in Italien und besonders die Kommunistische Partei der Gretchen-Frage, wie man es mit Moskau halte, unausweichlich nahegebracht zu haben.

Der Papst hat unverzüglich nach der Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen seiner tiefen Besorgnis über die Entwicklung Ausdruck gegeben. Die Polen – so Johannes Paul II. – „haben das Recht, als Nation ihr eigenes Leben zu leben und ihre inneren Probleme im Geiste ihrer Überzeugung und in

Übereinstimmung mit ihrer Kultur und ihren Traditionen zu lösen. Diese Probleme, die zweifellos schwierig sind, lassen sich nicht mit Gewaltanwendung lösen.“ Parallel dazu forderte der vatikanische Rundfunk in seinen Sendungen in über dreißig Sprachen, den unter Hausarrest gestellten Führer von „Solidarnosc“, Lech Walesa, wieder auf freien Fuß zu setzen.

Die Kommunistische Partei Italiens – ebenso wie die mit ihr verbundenen Kräfte in den Gewerkschaften – sieht sich vor die Stunde der Wahrheit gestellt, wie sie in ähnlich dramatischen Dimensionen wohl nur nach der sowjetischen Intervention in der CSSR auftauchte. Einstweilen läßt sich noch nicht übersehen, ob die KP in der Lage ist, „mitten aus der Furt“ einen couragierten Schritt nach vorn zu tun, auf den die Öffentlichkeit nicht nur in Italien seit Jahren wartet. Parteichef Enrico Berlinguer, der sich kurz vor Weihnachten am Rande der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt traf, fand von der Tribüne des Palais d'Europe Worte gegen die Anwendung von Gewalt in Polen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen und ihm auch außerhalb der Linken Befall eintrugen: „Von diesem Europäischen Parlament aus wiederholen wir unsere klare Verurteilung der Verletzung der Freiheitsrechte, die in Polen vor sich geht und bringen unsere Solidarität zum polnischen Volk und mit allen Kräfte des gesellschaftlichen und religiösen Lebens zum Ausdruck, die sich für eine vom Willen zur Erneuerung getragene politische Lösung auf der Grundlage der Demokratie und des Schutzes der Souveränität der polnischen Nation einsetzen.“ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteizentralen in Moskau und Rom über Polen sind fast so alt wie das fast nie spannungsfreie Verhältnis Polens zu den anderen Staaten des östlichen und süd-östlichen Europas.

Luxemburg: Katerstimmung

Ins neue Jahr sind die Luxemburger mit gemischten Gefühlen getreten. Zwar hat der Fraktionsvorsitzende der Christlich-Sozialen Volkspartei 1982 zu einem „nützlichen Jahr“ erklärt, womit er andeuten wollte, die Regierungsparteien würden die kommenden zwölf Monate nützen, um all jene Reformen

Schon im Februar letzten Jahres hatten das Politbüro der KPdSU in einem rüden Brief den römischen Genossen vorgeworfen, „antisozialistische Kräfte“ in Polen zu unterstützen.

Auch der Vorsitzende des kommunistisch geführten Gewerkschaftsbundes CGIL, Luciano Lama, wurde sehr deutlich: Er ließ sein Publikum wissen, daß er nicht von „realem“ oder „verwirklichtem“ Sozialismus in Fällen sprechen könne, in denen die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte mit Füßen getreten würden. Die italienischen Gewerkschaftsbünde hatten, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, das Entstehen und die Aktivität von „Solidarnosc“ von Anfang an mit besonderer Anteilnahme verfolgt: noch im Frühherbst waren Lama und seine Kollegen Pierre Carniti (CISL) und Girolamo Benvenuto (UIL) zum Kongreß der Gewerkschaft nach Danzig gereist. Italien war auch das erste westliche Land gewesen, dem eine „Solidarnosc“-Spitzendelegation unter Führung von Lech Walesa einen Besuch abstattete.

Die Vorgänge in Polen haben in Italien, wie in der Bundesrepublik Deutschland und anderswo einem Phänomen dramatische Akzente verliehen, das im Herbst allenthalben in Europa zum beherrschenden Thema wurde: der Friedensbewegung. Italien wurde davon ungefähr gleichzeitig wie die Bundesrepublik erfaßt. Nach ersten Friedensmärschen, die Ende Oktober in Rom, Mailand und Venedig hunderttausende von Menschen auf die Beine brachten, war am 28. November Florenz Schauplatz einer eindrucksvollen Massenkundgebung, die von allen drei Gewerkschaftsbünden getragen war. Die PSI proklamierte mit zahlreichen Großkundgebungen im ganzen Land den 15. November als „Sozialistischen Friedenstag“, nachdem die Partei zuvor gegenüber den Kräften der Friedensbewegung eine eher unentschlossene Haltung eingenommen hatte. *Holger Quiring (Rom)*

durchzusetzen, die sie in der ersten Hälfte der Legislaturperiode vor sich hergeschoben haben, weil sie ihre Ausgangsposition für die 81er Kommunalwahlen nicht gefährden wollten. Da spätestens im Juni 1984 die Parlamentswahlen stattfinden, mithin 1983 ein Vorwahljahr ist, bietet sich effektiv nur noch das Jahr 1982 an, um nützliche Arbeit zu leisten.

Doch die Aussichten stehen schlecht. In der Koalition herrscht dicke Luft. Die Kommunalwahlen ha-

ben bewiesen, daß die Sozialisten wieder den Genossen Trend im Rücken haben. Dagegen würden die Christlich-Sozialen bei gleichbleibendem Wähler-trend ein Fünftel ihrer Parlamentssitze einbüßen, während die Liberalen ihre Position in etwa halten könnten.

In der Regierungskoalition, ohnehin keine Liebes-ehe, ist damit das Mißtrauen dritter Partner im Bunde, und weil keine der beiden Regierungsparteien der anderen über den Weg traut, langt es im politischen Geschäft nicht mehr zu mutigen Entscheidungen, sondern nur mehr zur gegenseitigen Blockierung.

Ein Paradebeispiel ist die überfällige Reform des Rentenwesens. Zur Zeit haben noch alle Berufssparten ihre eigene Pensionsversicherung: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, Freiberufler, Handwerker usw. Die meisten Pensionsversicherungen geraten jedoch immer tiefer in die roten Zahlen, weshalb der Ruf nach einem einheitlichen Pensionsregime mit gleichen Beiträgen und Leistungen für alle Bürger laut wird. Während nämlich Arbeiter, Angestellte, Freiberufler hohe Beiträge für begrenzte Leistungen zahlen müssen, kassieren Beamte fünf Sechstel ihres Endgehaltes als Pension, ohne jedoch Beiträge leisten zu müssen.

Während alle Interessenvertreter des beitragspflichtigen Sektors mit steigendem Nachdruck für eine einheitliche Pensionsregelung plädieren, zu deren Finanzierung auch die Beamten des öffentlichen Sektors heranzuziehen seien, wehren sich verständlicherweise die Nutznießer des nicht beitragspflichtigen Pensionswesens mit Händen und Füßen gegen ihre Einbeziehung in eine globale Rentenreform.

Die Regierung gab den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors nur insofern recht, als sie im Regierungsprogramm die Einführung einer einheitlichen Pensionsregelung für den beitragspflichtigen Sektor vorsieht. Da eine solche halbe Maßnahme nur mit Beitragserhöhungen zu bewerkstelligen ist, wehren sich vom Industriellenverband über die Handels- und Handwerkskammer bis zu den christlichen Gewerkschaften so ziemlich alle betroffenen Organisationen des privaten Sektors. In beiden Regierungsparteien, aber vornehmlich in der CSV gibt es einflußreiche Kreise, die dennoch eine Gesamtrentenreform durchziehen möchten. Dagegen sperrt sich jedoch die Beamtenlobby in der DP, so daß in Sachen Rentenreform die Regierung bislang nicht einmal ein Vorprojekt auf den Tisch legen konnte.

Falls es jedoch zu keiner Lösung kommt, muß der Staat spätestens in einem Jahr den Pensionsversiche-

rungen mit Budgetmitteln beispringen, wenn die Renten und Pensionen noch ausbezahlt werden sollen. Eine ähnlich angespannte Situation gibt es bei den Krankenkassen, die alle saftige Defizite machen. Doch auch hier sind es die Liberalen, die sich jeder Lösung versperren, welche die Einnahmen der Ärzte auch nur annähernd beschneiden würde.

Die Finanzmisere im Bereich der sozialen Sicherung spielt sich auf dem Hintergrund einer generellen Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen ab: Die Inflation droht demnächst die 10-Prozent-Marke zu übersteigen; die Arbeitslosigkeit steigt an, die Mittel des Arbeitslosenfonds sind erschöpft, so daß jetzt eine Verdoppelung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verfügt werden mußte. Die Stahlindustrie, noch immer der wichtigste Industriezweig des Landes, taumelt von einem Schwächeanfall in den anderen und wird mit Finanztransfusionen aus dem Staatsäckel am Leben gehalten. Der Bankensektor, Luxemburgs wichtigster Dienstleistungszweig, leidet an iranischer Grippe und polnischem Fieber und liefert der Staatskasse nicht mehr die gewohnten Einnahmen. Im Bausektor jagen sich die Konkurse und ist die Wildbahn wie leergefegt von Baulöwen.

Auch in den anderen Wirtschaftssektoren ist Pessimismus oben auf der Tagesordnung und herrscht eine allgemeine Katerstimmung. Diese Katerstimmung ist mit sauren Gurken und ähnlichen Hausrezepten nicht mehr zu bekämpfen. Erforderlich wäre eine energische Aktion seitens der Regierung, um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen, den Bürgern Vertrauen einzuflößen und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen.

Doch außer Steuererhöhungen ist der Regierung noch nichts eingefallen, um die Krise in den Griff zu bekommen. Die Zerstrittenheit der Regierungskoalition über den einzuschlagenden Kurs erkennt man allein daran, daß nicht alle Mehrheitsabgeordneten ihre Zustimmung zum Haushaltsgesetz für 1982 gaben. Es mehren sich daher die mehr oder weniger diskreten Rufe an die Sozialisten, mit auf die Kommandobrücke zu steigen, um entweder mit den Christlich-Sozialen oder in einer Regierung der „nationalen Union“ das Regierungsschiff durch die wilde See zu führen.

Doch die Sozialisten haben wenig Lust, erneut die Krise zu managen und den derzeitigen Regierungsparteien gewissermaßen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, um womöglich nach getaner Arbeit wieder in die Opposition entlassen zu werden.

Robert Goebbels (Luxemburg)

Niederlande: Die KP wirft historischen Ballast ab

Unter allen empörten Protesten gegen den Militärputsch in Polen ist eine Reaktion wohl besonders aufgefallen: die der Kommunisten. So scharf wie ihre war keine. In einer Erklärung des Vorstandes der KPN - am 14. 12. 1981 im Parteiorgan „Die Wahrheit“ (de Waarheid) abgedruckt - hieß es, daß die Verantwortung für die Vorgänge in Polen allein bei der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei liege. Das Scheitern der Demokratisierung in Polen zeige „das Versagen des Einparteiensystems“. Wirtschaftliche Probleme löse man nicht mit Repression, sondern indem man mehr Demokratie wage, damit die schöpferischen Kräfte der Bevölkerung soweit wie möglich zu ihrer Lösung beitragen können. Angesichts dieser Umstände sei der Rückgriff auf die Macht der Armee eine „reaktionäre Tat“.

Stellen Hollands Kommunisten mit dieser Erklärung, die die logische Konsequenz einer durchgehend positiven Einschätzung der Entwicklungen in Polen seit August 1980 ist und die im Vergleich mit den Reaktionen der anderen westeuropäischen KPs übrigens ganz gut abschneidet, nun auch die Vorhut der eurokommunistischen Bewegung dar? Sicher nicht unbedingt. Die Entwicklung der KPN und ihre ganze Geschichte zeigen zuviel Eigenheiten, als daß sie sich problemlos in ein internationales Phänomen einordnen ließe.

Die KPN ist eigentlich die älteste kommunistische Partei der Welt: 1909 trennte sich eine Gruppe von etwa 500 revolutionären Sozialisten von der als zu reformistisch (wenn nicht gar revisionistisch) angesehenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (der Vorläuferin der heutigen Partij van de Arbeid). Als „Sozialdemokratischer Bund“ lebte diese Gruppe bis 1917 in relativer Anonymität, aber zwei Ereignisse gaben ihr dann einen neuen Impuls. In Amsterdam führte in jenem Jahr Lebensmittelmangel - Holland war 1914-18 zwar neutral, hatte jedoch unter den Folgen des Krieges zu leiden - zu einem „Kartoffelaufbruch“.

Dieser wurde von der Stadtverwaltung, in der auch Sozialdemokraten vertreten waren, niedergeschlagen. Teile der Amsterdamer Arbeiterbevölkerung, unter der die anarcho-syndikalistische Strömung ohnehin noch stark vertreten war, wandten sich den revolutionären Sozialisten des SDB zu, die sich vorbehaltlos auf ihre Seite geschlagen hatten. Damit gewannen die Kommunisten nicht nur in Amsterdam, sondern auch in einigen anderen, meist abgelegenen Teilen des Landes, erheblich an Einfluß. Als nach der russischen Oktoberrevolution der SDB sich in „Kommunistische Partei Hollands“ umbenannte, wurde er ein ernsthafter Konkur-

rent für die Sozialdemokraten im Ringen um die radikalisierte Arbeiterbevölkerung. Der gescheiterte Revolutionsversuch der SDAP im November 1918 trug denn auch unverkennbare Spuren der Angst vor der agitatorischen Konkurrenz der Kommunisten.

In den 20er und 30er Jahren verlor die KPN einen großen Teil ihrer Attraktivität. Schuld daran war vor allem ihre Einordnung in die ideologische und taktische Disziplin der Komintern. Bei den Wahlen konnte sie die Sozialdemokratie überhaupt nicht mehr bedrohen - nie kam sie über 3 % der Stimmen hinaus und nur in der Amsterdamer Gegend blieb ihr Einfluß bedeutend.

Die deutsche Besatzung 1940-1945 bedeutete eine neue Chance für die Kommunisten. In Illegalität gedrängt, organisierten sie schon bald ihren bewaffneten Widerstand, der sich zu dem von den Besetzern am meisten gefürchteten entwickelte. Auch zwang der Krieg sie zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber der Komintern. So wurde der große Februarstreik 1941 gegen die ersten Juden-Deportationen von Kommunisten organisiert, als der Hitler-Stalin-Pakt noch galt und die meisten kommunistischen Parteien in Europa noch zur Neutralität gegenüber den Deutschen neigten.

Daß die holländischen Kommunisten mit ihrem Verhalten während des Krieges erhebliche Popularität erhalten hatte, wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich: Sie waren ein bedeutender politischer Faktor geworden. Bei den Wahlen 1946 erhielten sie rund 11 % der Stimmen. Ihre Zeitung „De Waarheid“ gehörte zu den größten im Lande, und ihr Einfluß unter den Arbeitern in der Einheitsgewerkschaft verbreitete sich stark.

Der Kalte Krieg machte dieser Entwicklung jedoch schnell ein Ende. Die Kommunisten fielen in der Volksgunst stark zurück, als sie sich mit dem Vorgehen der Kommunisten in Osteuropa 1946-1948 und mit der Repression, die darauf folgte, solidarisierten.

In den 50er Jahren wurde die KPN wieder dieselbe obskure, sektiererische, stalinistisch geführte Partei wie in der Vorkriegszeit. Und daß sie 1963/64 ihre Beziehungen zu Moskau abbrach, war eher Zeichen eines fortgesetzten Stalinismus als einer „eurokommunistischen“ Liberalisierung.

Die Entwicklung der KPN in den 70er Jahren ist voller Widersprüche. Einerseits fand sie Anhang in Teilen der ehemaligen APO und der Studentenbewegung der ausgehenden 60er Jahre. Längerfristig hatte dieser neue Zuwachs gewisse Folgen im Sinne einer internen Demokratisierung und einer intellektuellen Bereicherung. Zugleich verfolgte die Partei eine Politik einer konsequenten Opposition gegen die regierenden Sozialdemokraten (Regierung Den Uyl 1973-77) und knüpfte 1977

auch wieder Verbindungen zur KPdSU. Mit dem Eurokommunismus wollte die KPN hingegen nichts zu tun haben. All dies erwies sich als wenig fruchtbar: Bei den Wahlen 1977 liefen viele Wähler zu den Sozialdemokraten über, und die KPN fiel von sieben auf zwei Sitze im Parlament zurück.

Seitdem hat ein Prozeß der Erneuerung eingesetzt, wie vorsichtig und widersprüchlich er manchmal auch erscheinen mag. Die interne Diskussion wird offener, die Kritik an der Parteiführung und an kommunistischen Erbstücken wie der Avantgarde-Theorie und dem demokratischen Zentralismus immer lauter. Auch scheut man immer weniger vor Kritik am real existierenden „Sozialismus“ und selbst an der sowjetischen Außenpolitik zurück. Nur die These, daß die Sowjetunion wesentlich eine Friedensmacht sei, ist weitestgehend noch unangefochten, obwohl der Abzug der SS20-Raketen auch von der KPN gefordert wird. Daß diese Entwicklung die kommunistische Identität der KPN in vollem Umfang in Frage stellt, wird von der Parteiführung wahrscheinlich klar erkannt, denn man weicht noch im-

mer einer theoretischen Auseinandersetzung über die neue Praxis (z. B. ein neues Grundsatzprogramm) aus. Es mag sein, daß die KPN eine neue Identität finden kann als links-sozialistische Partei. Denkbar ist auch, daß die Partei auf ihre alte Tradition von Anarcho-Syndikalismus und Links-Populismus zurückfallen wird. Ihre Anbiederung an viele Thesen der sog. neuen sozialer Bewegungen (Grüne, Feminismus, Nuklearpazifismus), ohne sie in eine realistische Politik zu integrieren, läßt vermuten, daß die heute eingeschlagene Richtung auf eine echte Alternative hinauslaufen soll.

Weil all dies den Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein kann, haben sie sich vorsichtig dem Dialog geöffnet. In einem ausführlichen Positionspapier hat der PvdA-Vorstand die Entwicklung der KPN bewertet und die Kommunisten zu einer sozialdemokratischen Politik aufgefordert. Sicher ist das vorläufig zu viel verlangt. Aber in Sachen Polen haben Hollands Kommunisten die Probe bisher praktisch tadellos bestanden.

Martix Krop (Amsterdam)



KRITIK

Bücher Energiepolitik (Teil I: Deutsche Literatur)

Die Energiepolitik wird seit der ersten Ölpreisexplosion beherrscht von der Durchsetzung zweier Vermeidungsstrategien: der Strategie des „Weg vom Öl“ und der Strategie „Kernkraft, nein danke“. In der Auseinandersetzung werden je nach Standpunkt diese beiden Strategien ebenso für unvereinbar und gefährlich, wie für richtig und notwendig erklärt. Die Darstellungen der einzelnen Standpunkte dieser Auseinandersetzung

und ihre Begründungen sind unübershbar, und ihre Zahl wächst noch immer. Aus der Papierflut zu diesem Thema seien daher einige deutsche Bücher herausgegriffen, an denen sich die unterschiedlichen Standpunkte besonders deutlich machen lassen.

Die Beurteilung der Bücher geht aus von den Kriterien, die die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestages ihrer Beurteilung von Energiesystemen zugrunde legt; es sind dies die Kriterien der Wirtschaftlichkeit, der Umweltverträglichkeit, der Sozialverträglichkeit und der internationalen Verträglichkeit. Hinzuzufügen wäre als fünftes Kriterium die historische Verträglichkeit. Energiesysteme sind um so geeigneter, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, je besser sie diesen Kriterien ent-

sprechen, wobei die Enquête-Kommission davon ausgeht, daß kein Versorgungssystem allen Punkten gleichermaßen genügen kann. Für die Darstellung von Standorten in der energiepolitischen Auseinandersetzung bedeutet dies, ob und in welchem Maße der (die) jeweilige(n) Autor(en) diese Kriterien thematisiert und beachtet hat (haben). Die Orientierung an diesen Kriterien rechtfertigt sich vor allem aus der Tatsache, daß alle Mitglieder der Kommission, deren Zusammensetzung das gesamte Spektrum der Energiediskussion abdeckt, diese Kriterien einstimmig verabschiedet haben. Aufgabe der Kommission war und ist es, zukünftige Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten auf dem Felde der Energiepolitik zu prüfen und entsprechende Handlungsempfehlungen für den Bun-

destag auszusprechen.

Den ersten Schritt zur Lösung dieser Aufgabe hat die Kommission mit der Vorlage eines Zwischenberichtes gemacht.

Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien, Möglichkeiten, Empfehlungen. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, 2 Teile, Herausgeber: Deutscher Bundestag, Bonn 1980 (kostenlos über das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages zu beziehen)

Die Kommission entwirft vier verschiedene „Energiezukünfte“ – Szenarien, wie Energieverbrauch und -versorgung sich bis zum Jahre 2030 unter gewissen Voraussetzungen entwickeln könnten – und gibt Problemaufträge über verschiedene Handlungskomplexe wie Energiesparen, Reaktorsicherheit, Entsorgung und Schnellbrütertechnologie. Die oben genannten Kriterien bleiben dabei noch weitgehend unberücksichtigt, doch wird aus den Problemstellungen deutlich, daß die Umwelt-, Sozial- und die internationale Verträglichkeit einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. Mit dem Zwischenbericht ist es der Kommission gelungen, durch die Ausgewogenheit der Argumente Befürwortern wie Gegnern einer oder beider Vermeidungsstrategien wieder eine Basis für die rationale Diskussion in der energiepolitischen Auseinandersetzung zu schaffen.

Die meisten anderen Bücher, die sich mit möglichen „Energiezukünften“ befassen, sind mehr oder minder stark auf eine der beiden Vermeidungsstrategien fixiert. Als Beispiele seien genannt für die Vermeidungsstrategie „Kernkraft, nein danke“ die

ökologistische Darstellung von Krause, Bossel u. a. „Energie-Wende“ und für die Vermeidungsstrategie „Weg vom Öl“ das Buch von Zischka „Kampf ums Überleben“.

F. Krause/H. Bossel/K.-F. Müller-Reiffmann: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1980, 234 S., DM 20,-

Bei Krause, Bossel u. a. werden ökologische und Sozialverträglichkeit sehr hoch bewertet. Sozialverträglichkeit wird allein nicht-nuklearen Energieversorgungssystemen, insbesondere den „sanften“ Technologien – dem „sanften Weg“ – unterstellt, die auch ohne Nutzung des Erdöls auskommen. Großen Raum nehmen die Beweisführungen ein, daß diese Technologien anwendbar sind und wirtschaftlich sein können. Das Schwergewicht bei der Anwendung liegt auf dem Sektor Haushalt und Kleinverbrauch; die andere, ebenso gewichtige Hälfte, nämlich der Industrieverbrauch, wird weniger berücksichtigt, und hier werden kaum konkrete Vorschläge für alternative Versorgungssysteme gemacht, so daß es den Autoren leicht fällt, auf Kernenergie zu verzichten. Die internationale Verträglichkeit wird eng mit der Sozialverträglichkeit assoziiert und leider auf einige moralisierende Bemerkungen beschränkt. Wie der Titel des Buches sagt, wird die historische Verträglichkeit, die Weiterentwicklung des bestehenden Energieversorgungssystems und die Verträglichkeit mit den bestehenden Infrastrukturen zugunsten einer „Energie-Wende“ hintangestellt.

Gleichsam als „Gegendarstel-

lung“ hierzu sei auf das Buch von Renn „Die sanfte Revolution“ verwiesen, in welchem eine sozialpolitische Analyse des „sanften Weges“ vorgenommen wird.

Ortwin Renn: Die sanfte Revolution. Zukunft ohne Zwang? W. Girardet Verlag, Essen 1980, 192 S., DM 26,-

Dieses Buch ist eine Gegenkritik zu der Kritik, die von der „alternativen Szene“ an den bestehenden Gesellschaftsstrukturen, die sich auch im System der Energieversorgung niederschlagen, geübt wird. Alternative Techniken der Energieversorgung werden von Renn weniger unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit, als unter dem Gesichtspunkt der Wünschbarkeit dargestellt. Dabei wird allen Kriterien von der ökonomischen bis zur historischen Verträglichkeit Rechnung getragen. Da Renn sein Buch nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern als Diskussionsbeitrag verstanden wissen will, bezieht er ganz eindeutig Stellung. Dabei verteidigt oder propagiert er nicht ein bestimmtes Energie-Versorgungssystem, sondern sucht bestimmte Vorstellungen von alternativen Versorgungssystemen zu widerlegen.

Die Gegenposition zu Krause, Bossel u. a. nimmt ein Autor wie beispielsweise Zischka in seinem Buch „Kampf ums Überleben“ mit dem pathetischen Untertitel „Das Menschenrecht auf Energie“ ein.

Anton Zischka: Kampf ums Überleben. Das Menschenrecht auf Energie. Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1979, 368 S., DM 29,80

Für Zischka wurzelt die Ablehnung der Kernenergie in der

„Angst vor eingebildeten Gefahren“ und in einer „Verwirrung der Geister, die dazu führen kann, ... Selbstmord zu begehen“. Alternative Energieversorgungskonzepte und die sie begründenden gesellschaftspolitischen Ideen rangieren bei ihm schlicht unter dem Stichwort „rückwärts gerichtete Utopien“. Energiepolitisch setzt Zischka ganz allein auf die Vermeidungsstrategie „Weg vom Öl“ und argumentiert hauptsächlich mit der demographischen Entwicklung der Weltbevölkerung und dem Recht aller auf eine Energieversorgung und Teilhabe an der industriellen Entwicklung. Die künftige Energieversorgung der Welt ist für ihn allein durch planmäßigen und großzügigen Ausbau der Kernenergie zu decken. Weltökonomische und Argumente des technischen Fortschritts stehen bei ihm im Vordergrund, so daß er die Vertreter alternativer Energieversorgungssysteme als eine falsche „Elite“ abstempeln kann. Ökologische Kriterien wie auch Kriterien der sozialen und der internationalen Verträglichkeit bleiben bei ihm weitgehend außer Betracht.

Ähnliche Überlegungen, wenn auch besser wissenschaftlich fundiert als bei Zischka, liegen dem Buch von Gerwin über „Die Weltenergieperspektive“ zugrunde.

Robert Gerwin: Die Welt-Energieperspektive, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1980, 224 S., DM 26,-

Anhand des IILASA-Berichtes (Abkürzung für Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien) „Energy in a Finite World“ werden die Möglichkeiten eines „beständigen Energiesystems“, das

die ganze Welt versorgen kann, entworfen, und es wird versucht, einen Zeithorizont zu finden, bis zu dem der Aufbau eines solchen Systems geleistet werden kann oder muß. In dieses Szenario werden alle bekannten Energiegewinnungsarten einbezogen, wobei deutlich wird, daß auf die volle Nutzung der Kernenergie einschließlich der Uran-Recyclierung über Schnelle Brüter langfristig nicht verzichtet werden kann. Ökologische Kriterien zur Beurteilung von Energieversorgungssystemen werden als Randbedingungen der ökonomischen Betrachtung einbezogen, ebenso Probleme der Sozialverträglichkeit. Doch da die „Energie-Optionen“ als „Wahlmöglichkeiten mit begrenzter Entscheidungsfreiheit“ dargestellt werden, müssen sie eine untergeordnete Rolle spielen.

Überblickt man die Diskussion über die Durchsetzung der beiden anfangs genannten Vermeidungsstrategien, so ergibt sich, daß jeder der Anhänger oder Gegner einer der beiden Strategien gute Gründe und Gegenargumente für sich beanspruchen kann. Auf eine energiepolitische Konsensformel gebracht: soviel Öleinsparung wie möglich und so wenig Kernenergie wie nötig. Daß gerade die Kernenergie einer eigenen Vermeidungsstrategie unterliegt (aus ökologischen Gründen hätten es ebenso andere fossile Energieträger sein können), hat Gründe außerhalb von energiewirtschaftlichen Überlegungen, so daß sich die energiepolitischen Kriterien auch nicht mehr allein auf ökonomische Begründungen reduzieren lassen, falls eine Konfliktbegrenzung oder ein Teilkonsens politisch angestrebt wird. Energiepolitik ist daher Gesellschaftspolitik ge-

worden, und dieser Entwicklung tragen alle energiepolitischen Diskussionsbeiträge, wenn auch zum Teil widerwillig, Rechnung.

Neben der energiepolitischen Literatur existiert jedoch noch eine Fülle unpolitischer und informierender Literatur zu diesem Thema. Sie widmet sich in der Regel Spezialproblemen der Energieversorgung, Energietechnik, Energiegewinnung, Energiewirtschaft usw. Nur wenige von ihnen informieren allgemein verständlich und umfassend über Grundprobleme und Tatsachen, die in der energiepolitischen Diskussion eine Rolle spielen.

Oskar Höfling: Energieprobleme. Aulis-Verlag, Köln 1980, 214 S., DM 16,80

Eines der wenigen Bücher dieser Art ist das Buch von O. Höfling, mit dem irreführenden Titel „Energieprobleme“, denn es macht weniger auf die Probleme der verschiedenen Energietechniken, ihrer Anwendung und politische Fragestellungen aufmerksam, sondern vermittelt in den ersten vier Kapiteln Grundwissen über physikalische Grundlagen, fossile, nukleare und regenerative Energiequellen. Erst im letzten Kapitel wird auf Energiepolitik und Energiewirtschaft eingegangen, wobei jedoch mehr auf energiepolitische Fragestellungen als auf Optionen und Entscheidungen Wert gelegt wird.

Eine aktuelle Sammlung von Meinungen und Tatsachen, die in der Energiepolitik eine Rolle spielen, ist die vom Bundesminister für Forschung und Technologie herausgegebene Reihe „Argumente in der energiepolitischen Diskussion“.

Volker Hauff/Hans Matthäfer
(Hrsg.): **Argumente in der Energie-**
diskussion, Neckar-Verlag, VII-
llingen, seit 1977, bisher 12 Bände,
Preise zwischen DM 18,90 und
DM 37,80

Die Reihe umfaßt inzwischen 12 Bände und reicht thematisch von der Energiebedarfsforschung (Band 2) bis zu einer Darstellung von Gerichtsentscheidungen zu Kernkraftwerken (Band 10) und zur Darstellung der Diskussion über „Schnelle Brüter“ (Band 1). Besonders hervorzuheben ist die als Band 7 diese Reihe angelegte Loseblatt-Sammlung „Energiediskussion in Europa“, die jeweils auf dem neuesten Stand einen Überblick über die wichtigsten Daten, Beschlüsse und Entscheidungen in der Energiepolitik gibt. *Ferdinand Wiebecke*

Das Ende des Ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas von Peter Bender, Verlag Severin und Siedler, Berlin 1981, 269 S., DM 32,-

Das Buch kam zur rechten Zeit. Die Reibungen im Ost-West-Verhältnis einerseits und der Reformprozeß in Polen andererseits – wer kann angesichts dieser neuen Phänomene daran zweifeln, daß es notwendig und sinnvoll ist, über Europa nachzudenken? Doch wer tut es? Und schließlich – wer ist gleichzeitig Realpolitiker und Visionär genug, um über den tagespolitischen Denkhorizont hinauszugehen und die harten Realitäten nicht aus dem Blickfeld zu verlieren? Peter Bender gehört zu den wenigen Autoren, die all diese Voraussetzungen erfüllen.

Bei Peter Benders neuem Buch fällt als erstes auf: Wenn Bender von Europa schreibt, dann sind damit nicht nur – wie bei vielen anderen Autoren – die Länder westlich der Elbe gemeint. Auch der östliche Teil, den Bender – wieder eine seltene Gabe – ausgezeichnet kennt und versteht, gehört zu dem Europa, das nach einer neuen Gemeinsamkeit sucht. Für den Osten ist das Ergebnis dieser Bemühungen – wie die Krise in Polen zeigt – möglicherweise sogar wichtiger als für den Westen.

Benders Europa-Konzept ist ein Versuch, den Widerspruch zwischen der Stabilität, die seit über 30 Jahren in der Nachkriegsordnung verankert ist, und den notwendigen Veränderungen, für die es in dieser Ordnung bisher wenig Platz gab, aufzuheben. Wer ein so brisantes und tabuisiertes Thema berührt, der muß mit skeptischen und mißtraulichen Reaktionen rechnen. Er setzt sich sogar dem Vorwurf aus, die bewährten Grundlagen des europäischen Friedens aufs Spiel zu setzen. Ein schwerwichtiges Argument – es muß ernst genommen werden. Es darf aber nicht als Denkverbot, sondern muß vielmehr als Denkanstoß betrachtet werden. Legitim ist auch die Frage, die sich wohl vielen nicht-deutschen Lesern aufdrängen wird, ob denn die Europäisierung, die Bender predigt, nicht etwa ein neuer Umweg wäre, der zur Lösung der sog. deutschen Frage (sprich: Wiedervereinigung) führen soll.

Bender ist sich all dieser Gefahren bewußt. Er ist kein Enthusiast der Militärblöcke, aber sieht ein, daß sie erhalten bleiben müssen, solange sie ihre Funktionen erfüllen. Die Auflösung ist zwar ein wünschenswertes Ziel, aber ein langfristiges oder gar utopisches. Bender geht aber noch weiter und sagt, was wiederum manchen deutschen Leser verblüffen wird, daß die Teilung

Deutschlands aufrechterhalten werden muß, damit die Teilung Europas aufgehoben werden kann. Ein Skeptiker wird sich fragen, ob dieses „Zugeständnis“ nicht das Ziel hat, die Idee der Europäisierung anderen Völkern schmackhaft zu machen. Bender würde das Wort „Zugeständnis“ gewiß zurückweisen. Seine Prognose für die beiden deutschen Staaten ist vielmehr eine logische Konsequenz der Theorie, die er in seinem Buch entwickelt. Wenn man, wie er, davon ausgeht, daß die Teilung Deutschlands nicht ein nationales, sondern vor allem ein soziales Problem ist, dann kann es auch nicht durch Wiedervereinigung, sondern allenfalls durch die Neuordnung Gesamteuropas gelöst werden.

Die wichtigste Chance für eine Neugestaltung Europas sieht Bender in der Entideologisierung, die in Ost und West eingetreten ist. Die ideologischen Widersprüche spielen, nach seiner Meinung, keine eigenständige Rolle mehr, sondern werden nur zur Tarnung machtpolitischer Rivalitäten benutzt. Das Ende der Ideologie bedeutet – so Bender – daß die ost- und westeuropäischen Länder „normal“ geworden sind. Zwischen ihnen liegt nicht mehr die Kluft der Ideologie, sondern liegen nur noch politische Gegensätze, die abgeschafft werden können. Für die Verständigung – hofft Bender – ist es ein gutes Zeichen.

So gesehen, reduziert sich der Ost-West-Konflikt überhaupt auf eine Summe von machtpolitischen Widersprüchen, die vor allem die Supermächte und nur sekundär die kleineren Länder betreffen. Dies ist die wichtigste Erfahrung, die Bender aus den Reaktionen auf Afghanistan zieht: „Umrißhaft wurde eine neue Struktur erkennbar: einerseits die Großmächte, fixiert aufeinander durch Mißtrauen und Rivalität, andererseits die Europäer im engeren

Sinne, verbunden miteinander durch bestätigtes Vertrauen und durch gemeinsame Furcht um die Ruhe auf ihrem Erdteil“.

Benders Fazit: Der Dualismus der Supermächte muß beschränkt werden. Es liege erstens im Interesse des Friedens, zweitens im Interesse der europäischen Länder und schließlich auch im Interesse der beiden Supermächte. Nun mögen angesichts eines solchen Optimismus Zweifel aufkommen: Ist es wirklich möglich, so unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen? Und wenn ja, lassen sich die Interessierten dann auch davon überzeugen? Nicht alles, was im Sinne der Logik möglich erscheint, ist auch in der Politik realisierbar.

Diese Erfahrung scheint Peter Bender manchmal zu vergessen. Trotzdem macht er sich keine falschen Hoffnungen. Er erwartet nicht, daß sich die beiden Supermächte mit Begeisterung auf die Lockerung ihrer Bündnisse einlassen und auf einen Teil ihres Einflusses verzichten werden. Auch im Falle Amerikas hält er das für problematisch. Dabei hätte die Sowjetunion - weiß Bender - viel mehr Bedenken, obwohl auch sie von der Herstellung partnerschaftlicher Beziehungen zu ihren Verbündeten profitieren könnte.

Dieser Teil von Benders Ausführungen hat, verständlicherweise, die meisten schwachen Punkte und neigt am häufigsten zum Wunschdenken. Und doch gerade hier wird gewiß die Entscheidung fallen, ob Benders Konzept nur in der Sphäre der Utopie bleibt oder - mehr oder weniger - Wirklichkeit wird.

Die polnische Krise zeigt so deutlich wie nie zuvor alle Gefahren und Chancen, vor denen besonders der östliche Teil Europas steht. Bender vermutet zwar, daß auch ein Scheitern des polnischen Experiments den Emanzipationsprozeß in Osteu-

ropa nicht aufhalten würde. Es scheint aber, daß das Ergebnis des polnischen Erneuerungsprozesses - wie es auch immer ausfällt - die Zukunft des östlichen Teils Europas für lange Zeit determinieren wird. In Polen wird sich erweisen, ob es möglich ist, eine neue, pluralistische Form des Sozialismus zu entwickeln, ohne die geopolitische Position (Mitgliedschaft im RGW und Warschauer Pakt) zu revidieren. Mit anderen Worten: können die osteuropäischen Länder im Rahmen der Jaltaer Ordnung mehr Spielraum für innenpolitische Reformen gewinnen? Für Polen ist das heutzutage eine existentielle Frage. Sie wird aber auch für die Zukunft ganz Europas entscheidende Bedeutung haben.

Benders Buch hilft, die Prozesse in Polen in einer weiteren Perspektive zu sehen. Es ist aber vor allem ein Beitrag dazu, das Europa, wie es ist, zu verstehen, um sich ein Europa vorzustellen, wie es werden könnte. Freilich, dies ist kein akademisches Werk, sondern ein Buch, das an die Tradition des utopischen Denkens anknüpft. Es beweist, daß man das Zukunftsdenken nicht alleine Berufspolitikern überlassen darf. Europa ist nicht nur eine Sache der Politiker. Soviel steht fest: die Europäisierung, für die Peter Bender plädiert, ist eine Aufgabe für alle Europäer. *Janusz Reiter*

Amerika - Dekadenz und Größe von Herbert von Borch, Piper-Verlag, München 1981, 332 S., DM 38,-

Ganz sicher gibt es gerade zur Zeit ein besonders ausgeprägtes Bedürfnis nach Information und Interpretation zur jüngsten politischen

Entwicklung und zu deren Hintergründen in den Vereinigten Staaten. Denn der kraß anmutende Schwenk der neuen Reagan-Administration auf innen- und außenpolitischem Feld hat vielen, wenn nicht den meisten hierzulande doch eine Menge Rätsel aufgegeben.

Keht nun der wichtigste Verbündete der Bundesrepublik zu jener alt-konservativen Außenpolitik zurück, die die Welt wie in den 50er Jahren in Freunde und Feinde einteilt und Freunde danach beurteilt, wie bereitwillig sie sich - ohne Rücksicht auf eigene Interessen und innenpolitische Entwicklungen - in dieses Schwarz-Weiß-Schema einzuordnen bereit sind?

Bedeutet die Reagansche Innenpolitik eine massive Begünstigung des militärisch-industriellen Komplexes, (vor dem am Ende seiner Amtszeit Präsident Eisenhower gewarnt hatte), zu Lasten der sozial Schwächeren? Und wie weit läßt der „Neue Konservatismus“, der mit zu Reagans erdrutschartigem Wahlsieg beitrug, den Präsidenten noch Rücksicht nehmen auch auf andere, progressive politische Bestrebungen in West- und Ost(!)Europa und in den Staaten Lateinamerikas?

Herbert von Borchs ein Jahr nach Reagans Amtsantritt vorgelegtes Buch gibt auf solche und ähnliche hier brennend interessierende Fragen keine direkten Antworten, denn nach einem Vierteljahrhundert Korrespondententätigkeit aus den USA für „Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ ist der Autor an einer umfassenderen Beschreibung der historischen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Vereinigten Staaten interessiert. Teile dieses Buch gewordenen Sammlung von Essays sind im übrigen auch schon früher unter dem Titel „Die unfertige Gesellschaft“ publiziert worden.

Indirekt allerdings kann die Lektüre vor allem der Anfangskapitel

dieses neuen Buchs auch auf aktuelle Fragen ein paar Antworten geben. Zum Beispiel die, daß in Ronald Reagans neuer Politik nichts auftaucht, was es so oder so nicht auch schon früher in der politischen Geschichte Amerikas gegeben hat, daß die Reagansche Außenpolitik nicht etwa einen gewaltigen Pendelschlag von einem idealistischen Extrem ins andere „realistische“ Extrem markiert, daß vielmehr schon der promovierte Idealist Carter ins Schwanken geraten war.

Borchs Buch vermittelt, sorgfältig gelesen, dabei den Trost, daß auch in der amerikanischen Politik nichts so heiß gegessen wird, wie es in Wahlkampfzeiten zuvor gekocht wurde. Dafür sorgt schon der – auch während des ersten Amtsjahres der Reagan-Administration wieder sichtbar gewordene – Anpassungsprozeß jeder neuen Präsidentenmannschaft an das vergleichsweise ungeheuer komplizierte Netzwerk des amerikanischen Regierungssystems, das von Borch bis in seine Verästelungen hinein mit großer Sachkunde veranschaulicht, dessen zunehmende Probleme für die zuverlässige Führung einer Weltmacht er aber auch diskutiert bis hin zu Reformvorstellungen.

So kompliziert das amerikanische Regierungssystem sich bei solcher genauer Betrachtung darstellt, so beunruhigend sind Tendenzen zu einer „Balkanisierung“ der amerikanischen Gesellschaft, die auch von Borch in einem „Rückzug auf das Ich, auf Sonderinteressen, auf rassische, ethnische, religiöse, regionale Vereinzelung“ erkennt. Allerdings, hier referiert der Autor weitgehend amerikanische Autoren, rekurriert zu wenig auf eigene Anschauung. Und das ist denn m. E. auch das wesentliche Manko: Der gelehrte Soziologe und Philosoph von Borch nähert sich über allzu weite Strecken dem Phänomen Amerika auf dem Wege

des Nachdenkens und der Auseinandersetzung mit sicher intelligenten, häufig aber überpointierten amerikanischen Gesellschaftstheoretikern. Die systematische, empirisch fundierte Beschreibung der politischen Soziologie der Vereinigten Staaten kommt dabei zu kurz.

Wer das Buch gelesen hat, mag eine Menge von „Dekadenz und Größe“, von gesellschaftlichen Verfallserscheinungen und der Fähigkeit einer Nation, sich zu revitalisieren, erahnen. Die amerikanischen politischen Parteien mit ihren historischen und aktuellen Intentionen, das Geflecht der außerparlamentarischen politischen Bewegungen und die historische und aktuelle Funktion der Gewerkschaften werden nur in Andeutungen erwähnt, die lediglich dem bereits Sachkundigen verständlich sind. *Helmut Hohmann*

Texte zur deutschen Frage.

Mit den wichtigsten Dokumenten zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten

von Günter Gaus, Sammlung Luchterhand Band 383, Verlag Luchterhand, Darmstadt und Neuwied 1981, 128 S., DM 7,80

Über Tabus (auch öffentlich) nachzudenken, ist nicht verfassungswidrig. Dies gilt – hoffentlich – auch für die Entwicklung unserer Beziehungen zur DDR.

Der erste Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR hat die Ergebnisse seines Nachdenkens über die deutsche Nation, über den Umgang mit der DDR und nicht zuletzt über Probleme deutsch-deutscher Beziehungen zur Diskussion gestellt.

Auch wenn das kleine Buch im wesentlichen aus einem Vortrag in

der evangelischen Akademie Arnoldsheim, einem ZEIT-Interview und einem SPIEGEL-Gespräch (sowie im Anhang einer Dokumentation der deutsch-deutschen Vertragsgrundlagen) besteht, verdienen die Überlegungen von Günter Gaus doch unsere Aufmerksamkeit.

Muß der ein „kompromißloser Tabubrecher“ sein (so der Klappentext), der fragt, ob der Nationbegriff, wie wir ihn seit 1949 in bezug auf das staatlich geteilte Deutschland gebrauchen, noch mehr ist als eine inzwischen gedankenlos benutzte leere Hülse?

Derzeit geht es im Verhältnis der beiden deutschen Staaten um die – zunächst gedankliche – Ausformung einer neuen Grundlage auf der Grundlage des entsprechend benannten Vertrages. Dies ist der Ausgangspunkt für die Überlegungen von Günter Gaus. Bei dieser gedanklichen Ausformung müsse erst einmal eine Menge ideologischen Schutts beiseite geräumt werden. Wenn man die präsentierten Überlegungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen wollte, so geht es Gaus in erster Linie um diese Aufklärungsarbeiten. Gaus ist der Ansicht, daß wie zunächst unser falsches DDR-Bild korrigieren müssen. Wir müssen uns befreien von Ideologien, die uns den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse versperrern.

Gaus stößt bei seinen Überlegungen auf den Begriff der Nation. Hier warnt er erneut davor, „bedenkenlos, gedankenlos den Begriff der Nation zu verwenden, von dem die Gründerväter der Bundesrepublik ausgehen durften, bevor wir ihn nicht überprüft haben“ (S. 37). Gaus brandmarkt die Neigung bei uns, „drüben“ weniger die Landsleute zu sehen als vielmehr das ideologische System.

Gaus hält an seiner These fest, die er zum ersten Mal Anfang 1977 im SPIEGEL-Gespräch geäußert

hat: Wir waren (und sind) dabei, trotz des Grundlagenvertrages eine neue Art von Alleinvertretungsanspruch zu entwickeln, und zwar in der Staatsbürgerschaftsfrage. Allerdings fügt er hinzu, daß er die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft unter Aufgabe der deutschen nicht vorgeschlagen hat und auch nicht vorschlagen will. Er plädiert hier für praktikable Regelungen.

Die DDR ist jedoch – das weiß Gaus – nicht an „praktikablen“ Regelungen interessiert, sondern an grundsätzlichen (Honecker in Gera am 13. Oktober 1980).

Im übrigen fällt auf, daß Günter Gaus nicht den bei uns herrschenden Terminus „Deutschlandpolitik“ benutzt, sondern von der DDR-Politik spricht, wenn es um unsere Beziehungen zur DDR geht. Dies ist nicht nur ein terminologischer Unterschied!

Wilhelm Bruns

Jugend zwischen Anpassung und Ausstieg

Ein Symposium mit Jugendlichen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

hrsg. v. Wilhelm von Iseemann
Jugendwerk der Deutschen Shell
Hamburg 1980, 281 S.

Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979

Studie des IJF Institut für Jugendforschung im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell
Hamburg 1980, 215 S.

(Kostenlos erhältlich beim
Jugendwerk der Deutschen Shell,
Postfach 60 05 20, 2000 Hamburg
60.)

In den letzten Jahren ist das
Jugendwerk der Deutschen Shell

AG mit Untersuchungen zur Einstellung von Jugendlichen zu verschiedenen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung an die Öffentlichkeit getreten, die bisher dreimal durch ein anschließendes Symposium vorgestellt und diskutiert wurden. Die Tatsache, daß dabei auch recht deutliche Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen mit Erfolg publiziert und von einem multinationalen Konzern finanziert wurde, erscheint auf den ersten Blick sehr verwirrend. Daß dies ohne Konsequenzen möglich ist – Kritik auch am Unternehmertum, ohne dieses gleich damit in Frage zu stellen – wird bei der Beschreibung der Ziele der Shell-Jugendforschung deutlich.

Shell begreift sich nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Shell AG auf dem Symposium in erster Linie als Wirtschaftsunternehmen, das aber auch Bestandteil der Gesellschaft und nicht nur der Wirtschaft ist. „Wir haben erkannt, daß auch an die Unternehmenspolitik heute neue Anforderungen gestellt werden. Seit Jahren vertreten wir die Auffassung – und erfreulicherweise stehen wir da nicht allein –, daß eine Unternehmenspolitik, die die sozialen Belange der Gemeinschaft vernachlässigt und sich einseitig auf das Erreichen ökonomischer Ziele ausrichtet, vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt sein könnte. Wenn wir als Unternehmen in die Gesellschaft der Bundesrepublik eingebunden sind, so müssen wir uns auch der sozialen Verantwortung stellen und entsprechend handeln. Aus dieser Einstellung heraus ist es für uns durchaus wichtig zu erfahren, wie uns die Gesellschaft sieht, ob wir uns in unserem Anliegen verständlich gemacht

haben, ob wir in unserer Argumentation verstanden werden.“

Verstanden werden bedeutet freilich noch nicht, daß die Deutsche Shell AG sich in erster Linie nach sozialen Kriterien bei der Gestaltung ihrer Unternehmenspolitik orientieren wird. Shell möchte lediglich wissen, wie die Gesellschaft und insbesondere die Jugendlichen die Tätigkeit der Wirtschaft und des Unternehmens einschätzen. Dabei können und sollen auch unternehmenskritische Einstellungen befragt werden, ja es werden sogar kritische Sozialwissenschaftler wie Thomas Ziehe und Tilmann Fichter, DGB-Jugendfunktionäre wie Klaus Westermann, Wolfgang Römisch und Hinrich Oetjen oder Jugendvertreter aus Chemiebetrieben eingeladen, um ein möglichst exaktes Bild zu erhalten. Direkte Konsequenzen für die Unternehmenspolitik ergeben sich daraus keine, so lautet jedenfalls die Antwort des Direktors der Deutschen Shell AG, Volker Hoffmann, auf diesbezügliche Fragen von Arbeitsgruppenteilnehmern bei dem Symposium.

Vor diesem Hintergrund wäre es deshalb zu verstehen, wenn Shell auch künftig Jugendstudien finanziert, die durchaus spektakuläre Einschätzungen und Verhaltensweisen zutage fördern würden. Bei der diesjährigen Studie ist dies nur zum Teil gelungen, nicht zuletzt deshalb, weil in der Anlage der Untersuchungsmethode eine ganze Reihe von Unzulänglichkeiten lagen. So sind z. B. Repräsentativuntersuchungen mit Fragebögen und teilstrukturierten Interviews in der Sozialforschung längst durch längerfristige beobachtende Projekte und intensivere Auswertung und Beobachtung von Einstellungen und Verhaltensweisen abgelöst worden.

Fragebögen bieten solchen Verfahren gegenüber theoretisch den Vorteil, daß man die Veränderung der Einstellung gegenüber bestimmten Fragen über mehrere Jahre hinweg verfolgen kann. Dies wird praktisch allerdings dadurch in Frage gestellt, daß sich die Bewertung der Fragen im Laufe der Jahre stark verändern kann. In der Shell-Studie wird zum Beispiel die Vorlage einer Liste mit 17 Themen zur Ermittlung der Fragen benutzt, die Jugendliche besonders interessieren. Im Vergleich zu den Vorjahren wird dabei allerdings noch eine Differenzierung ermöglicht, die eine Wertung des Interesses (Für welche Fragen interessieren Sie sich sehr, für welche etwas, für welche gar nicht?) zuläßt.

Bei der Auswertung dieser Frage kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß 6 Themenkreise die besondere Aufmerksamkeit der Jugendlichen finden:

1. Schutz der Umwelt,
2. Sicherung der Arbeitsplätze,
3. Jugendarbeitslosigkeit,
4. Verhalten der Unternehmer gegenüber dem Arbeitnehmer,
5. Verbesserung des Ausbildungswesens,
6. Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb.

Das Verhältnis der Jugendlichen zu diesen Fragen hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Die Dringlichkeit, mit der die Jugendlichen über diese einzelnen Fragen diskutieren und welches Verhältnis sie dazu entwickeln, wird von der Studie überhaupt nicht erfaßt. Was Thomas Ziehe in seiner „Trendanalyse zur Situation der jungen Generation aus psychologischer Sicht“ auf dem Symposium dargestellt

hat, nimmt genau Bezug auf diese „inneren Veränderungen“ in der Generation der Jugendlichen, fällt aber bei der Shell-Studie völlig heraus.

Ein Teil dieses „empirischen Dilemmas“ ist durch das Symposium etwas korrigiert worden. Die Einbeziehung von Sozialwissenschaftlern, Jugendgruppen, Jugendlichen und Jugendpolitikern bei der Diskussion der Symposiumsergebnisse hat die allzu schablonenhaften Ergebnisse der Studie erheblich relativiert und auf Tendenzen und Positionen im Jugendbereich aufmerksam gemacht, die in der Studie nicht enthalten waren.

Eine umfassende Darstellung der „Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979“ mit der Feststellung, die Jugend befinde sich „zwischen Anpassung und Ausstieg“, ist mit der Shell-Studie sicher nicht vorgenommen worden. Ihre Bedeutung liegt jedoch darin, daß sie – bei allen methodischen Mängeln – einen Versuch beinhaltet, vorurteilslos angelegte Jugendforschung zu betreiben. Daß dies vom deutschen Ableger eines multinationalen Ölkonzerns finanziert und betrieben wird, um die Perspektiven und die Reflexion der eigenen Unternehmenspolitik zu erkunden, sollte den Gewerkschaften und politischen Parteien zu denken geben. Es wäre längst an der Zeit, die Ursachen für das immer häufiger beklagte Desinteresse von Jugendlichen gegenüber traditionellen Organisationen und ihren politischen Vorstellungen genauer zu untersuchen, um dann daraus – im Unterschied zur Deutschen Shell – Konsequenzen

für die Inhalte und die Anlage der eigenen Politik zu ziehen.

Die Deutsche Shell AG wird sich – vor allem nach der Diskussion auf dem Symposium – vermutlich längst Gedanken über andere Untersuchungsmethoden gemacht haben und entsprechende Konsequenzen ziehen. Für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei wäre es jedenfalls gut, wenn sie ebenso vorurteilslos wie die Deutsche Shell AG versuchten, die Vorbehalte der Jugendlichen zu erkunden, um dann allerdings auch Konsequenzen für die eigene Politik zu suchen.

Soeben ist vom Jugendwerk der Deutschen Shell die Studie 1981 „Lebensentwürfe, Alltagsstrukturen, Zukunftsbilder“ in drei Bänden herausgegeben worden.

Beim ersten Durchsehen der Studie 1981 fällt auf, daß die Untersuchungsmethode gegenüber früheren Studien wesentlich verändert wurde, was vom Jugendwerk der Deutschen Shell auch genau begründet wird.

Zum einen werden biografische Studien zur Beschreibung von Jugendverhaltensweisen und -perspektiven herangezogen und zum anderen wurde davon ausgehend versucht, eben diese Verhaltensweisen und Perspektiven ohne die Werturteile der Erwachsenenwelt zu beschreiben.

Die Ergebnisse dieses methodischen Vorgehens bedürfen einer genaueren Durchsicht. Eine Reduzierung auf plakative Begriffe, wie „Die junge Generation sieht pessimistisch in die Zukunft“ (so das Shell-Jugendwerk in der Presseinformation zur Jugendstudie) ist für die weitere Diskussion der Jugendprobleme sicher wenig hilfreich.

Reinhard Reibsch

ArbeiterTübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt

Hrsg. von einer Autorengruppe (Hartmut Boger, Helmut Bürger, Ulrich Engler, Karlheinz Goppert, Erich Holzwarth, Markus Hug, Hans-Joachim Lang, Volker Sobottke, Bernd Jürgen Warneken, Katrin Warneken-Pallowski), Schwäbische Verlagsgesellschaft, Tübingen 1980, DM 12,-

Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933—1945
(Eine Dokumentation)

Hrsg. von einer Autorengruppe, Offensiv-Verlag, Freiburg 1980, 254 S., DM 9,80

Regionalisierung der Geschichtswissenschaft, Geschichte der „kleinen Leute“, Geschichte der Arbeiterbewegung nicht als Wissenschaft vom Wesen und Walten großer Persönlichkeiten, sondern als Teil der Landes-, Regional- und Ortsgeschichtsschreibung verstanden – das sind Stichworte einer Diskussion, die sich zunehmend an den Hochschulen, bisher aber zu meist in kleineren unabhängigen Gruppen entfaltet hat, die sich für eine Vergangenheit interessieren, welche in der etablierten Wissenschaft, wenn überhaupt vorgekommen, dann eher vernachlässigt worden ist. Zwei lokale Studien aus Tübingen und Freiburg versuchen jetzt, einen Anspruch einzulösen, der an die Wissenschaftler der Universitäten hätte gestellt werden müssen. Nicht von ungefähr stammen die Arbeiten von Gruppen, die sich diese Aufgabe explizit außerhalb eines organisierten Wissenschaftsbetriebes gestellt haben.

Das Projekt „ArbeiterTübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitäts-

stadt“ fand die Unterstützung des DGB-Kreises Tübingen. In höchst anschaulicher Weise wird hier von einem Team von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern an einem vielleicht nicht repräsentativen Mikrokosmos „das Allgemeine am Einzelfall anschaulich“, das „Über-, Neben-, Gegen- und seltener Füreinander von arbeitender Bevölkerung und akademischer Intelligenz“ (Bernd Jürgen Warneken, Nachwort S. 244) deutlich gemacht. Die Geschichte, die in dem Buch erzählt wird, umfaßt einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren. Sie konnte nur auf wenigen Vorarbeiten fußen, sie hat dankenswerterweise auch vieles, was sonst für immer verloren wäre, in Tonband-Interviews mit „Veteranen“ der Arbeiterbewegung festgehalten.

Die Vorläufer aus der Zeit zwischen dem „Gogenaufstand“ bis zur 1848er Revolution, die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie bis hin zu der Zeit, da der „schlimme, gärende Geist der Bewegungsjahre“ in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts „beschwichtigt“ wurde, haben hier ebenso eine in Darstellung und Dokumentation vorbildliche Würdigung erfahren wie die Zeit des Sozialistengesetzes und der Aufstieg von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie in der Zeit bis zum 1. Weltkrieg. Was diese „Ortsgeschichte“ so interessant und bedeutsam macht, ist der durchaus gelungene Versuch, die lokalen Vorgänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region und der Stadt in Beziehung zu setzen. Auch der Zusammenhang mit der sogenannten großen Politik, die lokale Widerspiegelung von Ereignissen in Württemberg und in

Deutschland bleibt so weit wie möglich gewahrt. Ereignisse wie die um den Heidelberger Mathematiker und Hochschullehrer Emil Julius Gumbel, Verfasser des Buches „4 Jahre Mord“ über die „Schwarze Reichswehr“, über die politischen Morde in der Weimarer Zeit, Ereignisse, die auch in Tübingen zu Straßenschlachten zwischen der großen Mehrheit der rechtsgerichteten Studenten und der wesentlich geringeren Zahl von sozialdemokratisch und republikanisch gesinnten Studenten und Arbeitern führten, waren symptomatisch für die Stimmung an den Universitäten dieser Jahre.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Machtergreifung der Nationalsozialisten und der Arbeiterwiderstand sind im Gesamtkontext des Buches etwas zu knapp dargestellt worden. Und auch der Abschnitt über den „Neuaufbau“ endet eigentlich dort, wo man gerne weiterlesen und mehr erfahren würde über die Anfänge nach dem Zweiten Weltkrieg, über Viktor Renner zum Beispiel, den späteren baden-württembergischen Innenminister, über Carlo Schmid und alle die anderen, die aus der Geschichte der baden-württembergischen SPD nicht wegzudenken sind. Geschichte der Arbeiterbewegung auch als Heimatgeschichte, Heimatgeschichte auch als Geschichte der Arbeiter und ihrer lokalen Vereine, Organisationen, Arbeitsstätten, Feste und Feiern, Heimatgeschichte als Alltagsgeschichte – für das alles ist dieses ungemein sorgfältig erarbeitete, sehr lesbar, aber nicht simplifiziert geschriebene und vorzüglich bebilderte Buch geradezu vorbildlich.

In etwas kleinerem, auch zeitlich beschränkterem Rahmen



SOCIALIST AFFAIRS

8 Flowers Mews, Archway Close, London N19 3TB, England



Disarmament, The Middle East, Revolution in Central America, The North-South dialogue, Socialist strategies in times of recession...

Willy Brandt, Felipe Gonzalez, François Mitterrand, Bruno Kreisky, Eric Heffer, Michael Manley, Daniel Oduber, Olof Palme...

... recent topics and contributors in **SOCIALIST AFFAIRS** – indispensable reading for anyone interested in international politics.

SOCIALIST AFFAIRS is the bimonthly journal of the Socialist International, the organisation of socialist, social democratic and labour parties of the world.

Subscribe today – and make sure your library has a copy.

The annual subscription is : £10.00, US\$25.00 or Sw.Fr.40.00

I would like to subscribe to **SOCIALIST AFFAIRS**

Enclosed cheque £/US\$/Sw.Fr.

Cheques payable to Socialist International.

Send coupon to **SOCIALIST AFFAIRS** office:

8 Flowers Mews, Archway Close, London N19 3TB, England

Name _____

Address _____

DNGS

versucht die Dokumentation „Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933–1945“ ebenfalls die Anknüpfung an zum Teil verschüttete Traditionen der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wenn auch bei ihr der Zusammenhang zwischen allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Entwicklung mit den lokalen Vorgängen weniger glücklich, wenn die Verbindung ökonomischer und allgemeinhistorischer Vorgänge mit regionalen Ereignissen als zu wenig vermittelt erscheint, so ist doch auch hier ein wesentliches, lange überfälliges Stück an „Aufarbeitung der Vergangenheit“ gelungen – Aufarbeitung der Vergangenheit, die auch nach den Ursachen fragt und die am Beispiel einer Stadt wie Freiburg aufzeigt, wie sich der Terror und die Verfolgung der Nationalsozialisten gegen Juden, Kommunisten, So-

zialdemokraten, gegen Gewerkschafter, gegen Zeugen Jehovas und Sinti richtete. Es ist gewiß kein Zufall, wenn auch heute noch, 40, 50 Jahre danach, die lokalen und regionalen Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung und Herrschaftsausübung historisch nur zu einem Teil aufgearbeitet worden sind. Zu verbreitet war in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vielfach eine Tendenz, unter alles einen Schlußstrich zu ziehen, das Geschehene zu verleugnen und zu verkleinern, ein Tatbestand, den beispielsweise Theodor W. Adorno bereits in den fünfziger Jahren konstatierte; sein Urteil hat heute noch Gültigkeit. „Dokumente der Gewalt, der Menschenverachtung, Dokumente des Widerstandes, persönliche Erinnerungen und subjektive Empfindungen vermischen sich zu einem

Bild, daß das menschliche Elend deutlich macht, ...“ schreibt der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Eugen Keidel in seinem Vorwort. Auch diese Dokumentation schließt, noch abrupter als die Tübinger, unmittelbar nach 1945. Fast will es scheinen, als wären hier die Ansprüche auf Unmittelbarkeit und Wirklichkeitstreue in Widerspruch geraten zu der noch fehlenden Distanz zu den historischen Ursprüngen unserer Gegenwart. Denn auch diese Geschichte, die des „Neubeginns“ nach 1945, ist, wenn auch in anderer, komplizierterer Weise als die Vorgänge von 1933–1945 mit einer Tabuisierung belegt, die vor allem was die lokalen und regionalen Aspekte angeht, erst allmählich eine distanziertere Auseinandersetzung ermöglicht.

A. Götz von Olenhusen